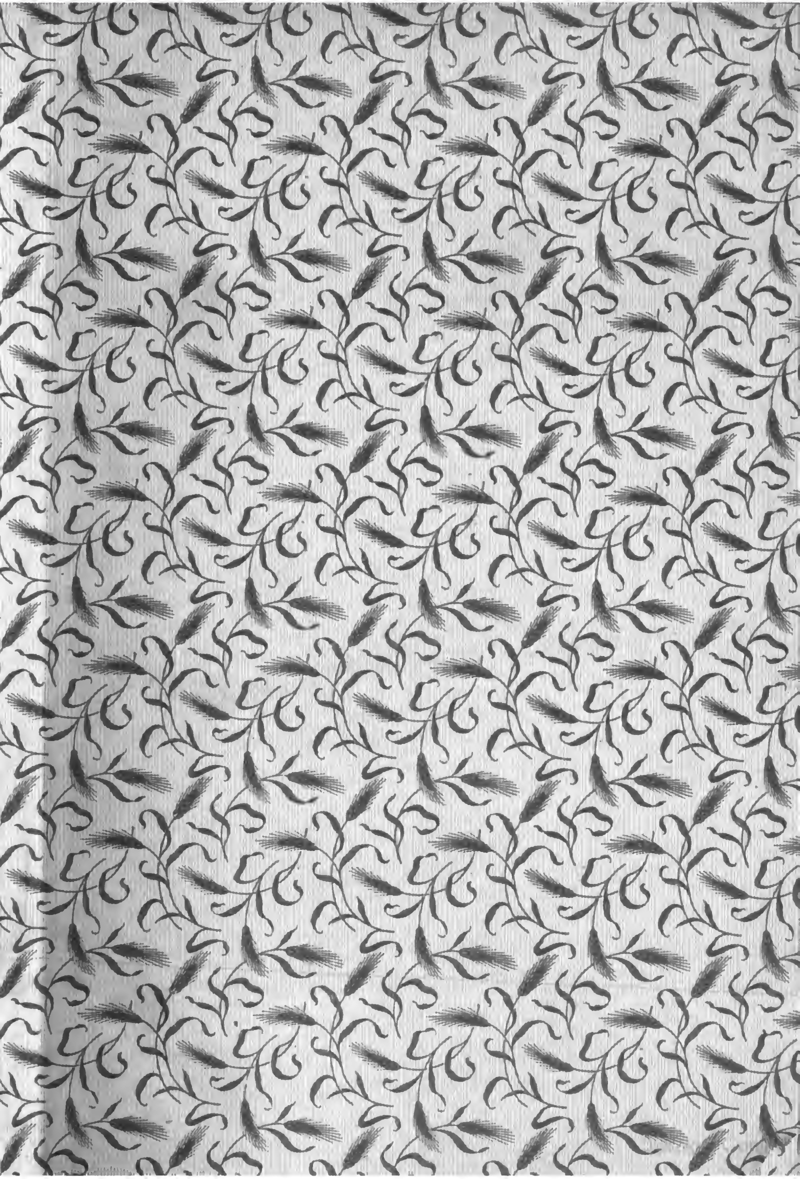


Patria



Patria

Jahrbuch der „Hilfe" 1905

Herausgegeben

von

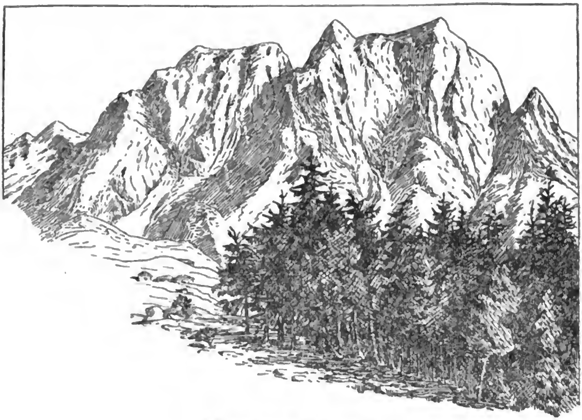
D. Fr. Naumann.

Herausgeber des nationalsozialen Wochenblatts „Die Hilfe".



Buchverlag der „Hilfe"

Berlin-Schöneberg.



Vaterland!

Es ist das fünfte Mal, daß die „Patria" um freundliche Aufnahme bittet. Wieder bringt sie eine Auswahl von literarischen Gaben des Kreises, der sich um die „Hilfe" gesammelt hat. Das Hauptstück dieses Jahrganges aber ist die Geschichte des nationalsozialen Vereins aus der Feder seines früheren bewährten Sekretärs, Pfarrer a. D. Wenck. Wir alle danken es ihm, daß er uns noch einmal im Geiste durch die Jahre führt, die wir gemeinsam erlebt haben. Mag das einzelne Wort und Urteil dem Verfasser gehören, der die Geschichte geschrieben hat, die Geschichte als Ganzes ist unvergeßbarer und unverlorener innerer Besitz derer, die an ihr teilgenommen haben, und erst eine fernere Zukunft wird darüber entscheiden, welchen bleibenden Wert für das Volksganze die Mühen dieser Jahre haben werden, auch darüber entscheiden, ob es richtig war, die Form des Vereines zu zerbrechen, um den Gedanken freiere Bahnen zu öffnen. Die Mehrzahl von uns sind jetzt ein Jahr nach dem Abschluß des Vereins noch mehr als vorher überzeugt, daß

wir das getan haben, was die allgemeine Lage der deutschen Politik und die richtige Erkenntnis unserer Kräfte von uns forderten, und es wird auch der in diesem Buche enthaltene Aufsatz von Dr. Barth ein neuer Beweis dafür sein, daß es keine Hingabe an fremden Geist war, als wir uns mit den sozial gerichteten Elementen des entschiedenen Liberalismus verbanden. Sie und wir dienen derselben Sache, dem sozialen und politischen Aufschwung der Masse des Volkes im starken deutschen Staate. Das aber war es immer und ist es heute, was wir mit dem Worte „Patria" aussprechen wollen, das wir als Losung dieses Buches kennen.

Es war im Sommer dieses Jahres, als der Herausgeber der „Patria", aus Ungarn heimkehrend, mit einem Manne im Bahnwagen saß, der, von der russisch-rumänischen Grenze kommend, zum ersten Male Deutschland sah. Ich vergesse sein Staunen nicht, als wir zusammen von Oderberg bis Berlin fuhren: „Da ist ja alles wie in einer Stadt! Da sind ja die Bauern anständige Menschen!" Dinge, die uns selbstverständlich geworden sind, waren diesem Fremdling wie Kulturoffenbarungen. Der Ertrag einer mehr als hundertjährigen Geschichte wurde als Fortschritt klar. Es geht in der Tat aufwärts. Das alte Deutschland hebt sich, Stadt und Land steigern ihre Leistungen und ihren Verbrauch, das Zeitalter des Verkehrs wirkt bis in die Dörfer hinein. Aber dieses Steigen, das hier der Ausländer so beweglich empfand, ist nichts, das ohne Arbeit und Bewußtsein von selbst kommt, und nichts, das sich ohne Überlegung und Politik von selbst fortsetzt. Wir alle müssen uns anstrengen, damit es bleibt und wächst. Und was der Fremdling nicht sehen kann, das sehen wir, nämlich, daß auch im allgemeinen Aufstieg noch genug Zurückgebliebenheit übrig ist und daß die neue Kultur den Menschen ärmer und unfreier macht, wenn sie nicht mit Menschenschutz und Menschenrecht durchsättigt wird. Gewiß wollen

wir froh sein, wenn unser Vaterland einen guten Eindruck macht, aber befriedigt uns hinlegen, Sozialpolitik verachten und Staatspolitik verlachen, nichts fürchten, nichts sorgen, nichts wollen als nur den Kleinkram des einzelnen Lebens, das dürfen wir nicht, denn eine solche Gesinnung der Schlaffheit würde das Ende der guten Entwicklung bedeuten. Wenn das Vaterland etwas taugen soll, dann muß fürs Vaterland gedacht und gearbeitet werden. In diesem Sinne heißt es also auch im Jahre 1905: pro patria!

Fr. Naumann.

Inhalt.



Der Politiker Heinrich Rickert.

Von

Theodor Barth.

Mit der Bezeichnung „Berufspolitiker" suchte Bismarck die unbequemsten seiner parlamentarischen Gegner zu stigmatisieren, und die Gedankenlosigkeit hat den Ausdruck im politischen Verkehr erhalten. Herübergenommen ist der Name aus Ländern, in denen, wie z. B. in den Vereinigten Staaten von Amerika, die Politik ihren Mann ernährt, da dort dem Sieger im politischen Kampfe auch die Beute an einträglichen Stellungen zufällt, welche die Union, der Einzelstaat und die Kommune zu vergeben haben. In diesem Sinne war in Deutschland die Politik niemals ein Gewerbe. Allerdings ist ja auch uns der Begriff einer Interessenpolitik längst nicht mehr fremd, die darauf abzielt politische Macht zu gewinnen, um wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Aber diese materiellen Vorteile werden durch die Klinke der Gesetzgebung vermittelt, und das erscheint manchem weniger anstößig, als die Besitzergreifung gutbezahlter Staatsposten, die ja bei uns dem öffentlichen Marktverkehr einstweilen noch entzogen sind. Die Oppositionsmänner, die zur Bismarckschen Zeit in Deutschland als Berufspolitiker bezeichnet wurden, konnten aber überhaupt nie ernstlich daran denken, aus ihrer Politik ein Geschäft zu machen. Die Opposition war für sie persönlich wie für die von ihnen vertretenen Parteien kein Metier, das irgendwelche materielle Beute verhieß. Bei Männern wie Rickert und Richter, die besonders häufig als „Berufspolitiker" bezeichnet wurden, war der Name von jeher als Schimpfname sinnlos. Wer sich uneigennützig dem öffentlichen Dienst widmet mit einer Hingabe, als ob es sich um einen Beruf handelt, für dessen Ausübung man bezahlt wird, der verdient die höchste Anerkennung. Er

leistet der Öffentlichkeit aus freien Stücken ohne Entgelt Dienste, ähnlich denen, für welche der Minister, der Verwaltungsbeamte, der Offizier Bezahlung empfangen. Die Unentgeltlichkeit seiner Dienstleistung kann den Berufspolitiker doch unmöglich despektierlich machen. Bei uns hat die Bezeichnung Berufspolitiker deshalb nur als Ehrentitel einen Sinn.

Heinrich Rickert war ein solcher Berufspolitiker.

Seine gesamte Wirksamkeit wurde von politischen Erwägungen bestimmt und auf politische Ziele gelenkt. Bereits mit fünfundzwanzig Jahren trat der 1833 zu Putzig Geborene, der von 1852—1856 die Universitäten zu Breslau und Berlin besucht hatte, in die Redaktion der „Danziger Zeitung“ ein, deren Miteigentümer er alsbald wurde. Auch als Journalist blieb er Zeit seines Lebens fast ausschließlich Politiker. Seine Feder wie seine Rede waren bis zu seinem Lebensende nur politischen Interessen zugewandt, im Gegensatz zu den meisten seiner nächsten politischen Freunde, wie Bamberger, Stauffenberg, Karl Braun, Kapp, Alexander Meyer und manchen anderen, die vielseitig auf den verschiedensten Altären opferten. Abgesehen von Eugen Richter, habe ich keinen Mann kennen gelernt, dessen gesamtes geistiges Leben so sehr von politischen Bestrebungen beherrscht war. Der politischen Leidenschaft opferte Rickert auch unbedenklich den eigenen Vorteil und den seiner Familie. Wenn je an einem Manne das Wort: „Die Politik verdirbt den Charakter“ zu Schanden geworden ist, so bei Heinrich Rickert.

Der junge Redakteur der „Danziger Zeitung“ trat in die Kommunalverwaltung Danzigs ein und leitete als unbesoldeter Stadtrat die Armenverwaltung. Mit Danzig blieb er dann auch als Parlamentarier dauernd verknüpft. Schon 1870 entsandte ihn Danzig in das Abgeordnetenhaus, 1874 in den Reichstag. In beiden gesetzgebenden Körperschaften blieb er bis zu seinem Tode. Das Reichstagsmandat, das ihm seine Heimatstadt anvertraute, trat er während der Jahre 1884—1890 an einen seiner nächsten persönlichen und politischen Freunde, Karl Schrader, ab, um einen weniger sicheren Wahlkreis zu erobern. Nach der Einführung der neuen Provinzialordnung wurde Rickert 1876 in Königsberg zum Landesdirektor der Provinz Preußen gewählt, eine Stellung, der er sich in hohem Grade gewachsen zeigte. 1878, bei der Teilung der Provinz in West- und Ostpreußen, legte er aber sein Amt nieder und kehrte nach Danzig zurück.

Soviel über die äußeren Begebenheiten in Rickerts politischem Leben.

Die politische Arbeit, die er während eines vollen Menschenalters geleistet hat und die ihrer ganzen Natur nach dem Unermüdlichen immer neue Verpflichtungen aufnötigte, wie z. B. die Übernahme des Vorsitzes in der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung und in dem Verein zur Abwehr des

Antisemitismus, war eine ungeheure. Ein fleißiger Arbeiter in zahlreichen Kommissionen beider Parlamente, an allen wichtigen Debatten im Plenum beider Parlamente fortgesetzt aktiven Anteil nehmend, Jahr aus, Jahr ein ein Hauptredner auf Parteitagen und in Volksversammlungen, unablässig bemüht, die Organisation der Partei, der er angehörte, zu verbessern, bald für diesen, bald für jenen Zweck mit dem politischen Klingelbeutel umhergehend, unermüdlich in Vorwürfen ob der politischen Lauheit des liberalen Bürgertums, die Mutlosen anfeuernd, die Skeptiker mit seinem Idealismus beschämend, fand er auch noch Zeit, tausend kleine persönliche Anliegen zu berücksichtigen, die irgendwie mit der Politik im Zusammenhang standen. Ein Briefbote, dem Unrecht geschehen, ein Volksschullehrer, den man grundlos zurückgesetzt hatte, ein Büreaubeamter, dem die verdiente Gratifikation nicht zuteil geworden war, ein armer Teufel, den man mit der Ausweisung bedroht — das alles waren Fälle, die den Vielbeschäftigten nicht selten veranlaßten, von Pontius zu Pilatus zu laufen, um Remedur zu schaffen. Der Berufspolitiker Heinrich Rickert nahm es eben mit seinen politischen Pflichten bitter ernst.

Für was aber strebte er, mühte er sich ab, lebte er in der Politik?

In seinem Buche „Demokratie und Kaisertum" hat Friedrich Naumann von Rickert gesagt, „daß der alte ursprüngliche Sinn des Wortes national-liberal in ihm eine reine und menschlich hochstehende Vertretung gefunden und behalten habe". Dies Urteil ist zutreffend. Rickert war ein typischer Vertreter des Nationalliberalismus der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Damals besaß das „national" im Parteinamen noch einen stolzen, selbständigen Klang und hatte sich in der deutschen Volksseele das Gefühl dafür, daß der Liberalismus der eigentliche Träger der deutschen Nationalitätsidee war, noch nicht verwischt. Der Liberalismus aber erschien als der politische Lebensodem des neugegründeten Deutschen Reiches, der den wirtschaftlichen Partikularismus überwand, die Freizügigkeit herstellte, die noch vorhandenen gewerblichen Fesseln zersprengte, durch die einheitliche Regelung des Geldwesens, durch die Schaffung der Goldwährung und durch unzählige andere Kräfte befreiende Reformen die politische deutsche Großmacht auch zu einer wirtschaftlichen Weltmacht umzuschaffen begann. Kein Wunder, daß der Nationalliberalismus der damaligen Zeit alle anderen politischen Gebilde überragte. Es klingt wie ein Märchen aus alten Zeiten, wenn man heute hört, daß im Jahre 1874 im preußischen Landtage 182 und im Reichstage 155 Nationalliberale saßen. Zusammen mit den Mitgliedern der Fortschrittspartei, die damals im preußischen Landtage 72 und im Reichstage 49 Mandate zählte, verfügte der Gesamtliberalismus vor 30 Jahren sowohl im preußischen wie im Reichsparlament über eine sichere Mehrheit.

Diesen parlamentarischen Zustand festzuhalten, und nachdem er unter Bismarckschen Hammerschlägen zerbrochen war, wiederherzustellen, war Rickerts politische Zentralidee. Auch als er sich im Jahre 1880 mit Lasker, Forckenbeck, Bamberger, Stauffenberg und anderen nationalliberalen Führern aus dem alten Fraktionsverbande der Nationalliberalen löste und die Liberale Vereinigung bilden half, betrachtete er diese Neubildung vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Herstellung eines politischen Bindegliedes zwischen den alten nationalliberalen Freunden und der Fortschrittspartei. In den ersten achtziger Jahren blieb der Gedanke, daß die damals ungefähr gleichstarken, im Reichstage über rund 150 Mandate verfügenden drei liberalen Gruppen zusammengehörten und politisch zusammengehen müßten, noch lebendig. Es kam auch in Gotha zu einer öffentlichen Kundgebung, bei der führende Männer aller drei Parteien der Idee des Gesamtliberalismus energischen Ausdruck gaben. Der Wunsch nach einer praktischen Verwirklichung dieses Gedankens führte dann 1884, abermals unter Rickerts lebhafter Mitwirkung, zur Verschmelzung der Liberalen Vereinigung mit der Fortschrittspartei zur deutsch-freisinnigen Partei. Auch bei dieser Fusion war der Gedanke an eine wirksame parlamentarische Vertretung des Gesamtliberalismus das entscheidende. Die Fusion hatte keine Spitze gegen die Nationalliberalen. Man hoffte vielmehr, daß die durch die Fusion geschaffene größere Masse — die deutsch-freisinnige Partei zählte bei ihrer Bildung mehr als 100 Reichstagsmitglieder — eine erhöhte Anziehungskraft auf die Nationalliberalen ausüben und sie, wenn auch nicht zur Verschmelzung, so doch zu einer energischeren Betätigung ihres Liberalismus veranlassen würde. Diese Spekulation erwies sich allerdings als irrig. Rickert aber blieb auch in der freisinnigen Partei derselbe entschieden national und entschieden liberal gesinnte Politiker, der er als einer der führenden Männer der nationalliberalen Partei gewesen war. Speziell in allen Fragen, die mit der Wehrhaftigkeit des Reiches zu Lande wie zur See in Verbindung standen, war er seiner nationalliberalen Vergangenheit treu. Bekanntlich führte diese Verschiedenheit der Auffassung bei der Behandlung der Wehrfragen im Jahre 1893 wieder zu der Auflösung der deutsch-freisinnigen Partei. Die Freisinnige Vereinigung knüpfte unter Rickerts Führung dann erneut an die Traditionen jener Sezessionisten an, die sich 1880 von der nationalliberalen Partei losgelöst hatten.

Man kann danach mit Fug und Recht behaupten, daß es kaum einen anderen Politiker in Deutschland gegeben hat, der während eines vollen Menschenalters so sehr der Repräsentant des Liberalismus, wie er sich bei der Schöpfung des Deutschen Reiches in der nationalliberalen Partei verkörperte, gewesen ist, wie gerade Rickert. In seinem Schicksal spiegeln sich die politischen Schicksale eben dieses — man könnte sagen klassischen — Liberalismus wieder.

Und nun vergegenwärtige man sich die Stellung dieses Liberalismus, als Rickert anfangs der siebziger Jahre in das parlamentarische Leben eintrat, und als er nach einem Menschenalter zähen Ringens für die Grundideen eben dieses Liberalismus aus dem Leben schied! Beim Beginn seiner Laufbahn gehört er im preußischen Abgeordnetenhause der ausschlaggebenden Partei an, die es alsbald zu 182 Mandaten bringen sollte, eine Zahl, wie sie von keiner anderen politischen Partei nachher jemals wieder erreicht ist. Am Ende seiner Laufbahn fand er sich im Abgeordnetenhause nur noch im Verein von elf Fraktionsgenossen. Als Rickert in den Reichstag eintrat, war seine Fraktion 155 Mitglieder stark; als der Tod ihn abberief, bestand seine Fraktion aus 14 Mitgliedern. Rickert war in allen wesentlichen politischen Anschauungen derselbe geblieben. Die nationale Macht des Deutschen Reiches, Humanität und Gerechtigkeit blieben seine Leitsterne. Während der ganzen Dauer seines tatenfrohen Lebens war er den Kulturidealen seines ersten Mannesalters treu. Und doch mußte er diesen eigentümlichen Wandel der Geschicke erleben, den fortgesetzten Rückgang des Einflusses jener politischen Kräfte, die bei der Gründung und dem ersten Ausbau des Deutschen Reiches in vorderster Linie tätig gewesen waren. Andere politische Parteien, die bei der Gründung des Deutschen Reiches abseits geblieben waren, der Bildung des Nationalstaates teils kühl, teils oppositionell gegenübergestanden hatten, Konservative, Zentrum, Sozialdemokraten, stiegen aufwärts, nur der Liberalismus, die einzige politische Kraft, die sich rückhaltlos der Nationalitätsidee zur Verfügung gestellt hatte, verlor fortgesetzt an Einfluß.

Ein solches Phänomen ist nicht aus einzelnen Mißgriffen, aus einzelnen politischen Handlungen zu erklären. Bei einer solchen Entwicklung müssen allgemeinere Ursachen mit einer Reihe schwerer politischer Irrtümer zusammengewirkt haben, um das Endresultat begreiflich erscheinen zu lassen. Im politischen Leben herrscht kein Gesetz so unumschränkt, wie der Wechsel von Aktion und Reaktion. Auf jede Periode einschneidender Reformen pflegt eine Zeit der Erschlaffung zu folgen. Ebensowenig wie es im Wirtschaftsleben einen fortgesetzten Aufstieg gibt, vollzieht sich der politische Fortschritt in einer geraden Linie. Auch die segensreichste Entwicklung kann nicht allen Volksteilen in gleicher Weise zugute kommen. Es gibt stets zahlreiche Elemente, die den Segen neuer Einrichtungen nicht auszunutzen verstehen, die sich in ihren Interessen durch die Neuerungen verletzt wähnen. Auch gibt es in jedem historisch gewordenen Staatswesen Volkskreise, deren materielle Interessen mit politischen Mißbräuchen, Privilegien, Klassenunterschieden und sonstigem Unrecht eng verknüpft sind. Zudem ziehen von jedem Fortschritt die Leistungsfähigsten den Hauptgewinn. Als deshalb unter dem entscheidenden Einfluß

des Liberalismus das neue Reichsgebäude aufgebaut wurde, gefiel es gar manchem in diesen großen Räumen mit ihrer modernen Einrichtung sehr wenig und man sehnte sich nach der guten, alten Zeit zurück, da die Konkurrenz noch nicht so unerbittliche Anforderungen an die Energie des Einzelnen stellte. Der moderne Industriestaat, zu dem sich das Deutsche Reich rasch entwickelte, mit seinem geschäftlichen Hasten und Drängen, war ungemütlich geworden. Wer nicht mehr mitkonnte, wurde bei Seite geschoben. In dem Zeitalter des Verkehrs erweiterte sich die Konkurrenzmöglichkeit ins Ungemessene. Das gefiel den Starken, die ihre Macht auf immer weitere Gebiete ausdehnen konnten, aber es erfüllte Schwache mit der Besorgnis, daß sie von Stärkeren aus dem Markt gedrängt werden würden. Jeder wünscht ja, Konkurrent zu sein, aber niemand, Konkurrenten zu haben. In diesem sich stetig verschärfenden Konkurrenzstreit Aller gegen Alle, der in gleichem Maße eine Folge der modernen Verkehrsmittelrevolution und der Schaffung des gewaltigen neudeutschen Wirtschaftskörpers war, verwischte sich die Misere der Vergangenheit allmählich in der Erinnerung. Die kümmerliche Zeit des Zunftzwanges wurde zu einer Ära, in der das Handwerk noch einen goldenen Boden gehabt habe. Der Bauer vergaß, welch gebranntes Herzeleid der feudale Gutsherr ihm und seinen Vorfahren von jeher zugefügt hatte, und fing an, auf das Lied von der Interessensolidarität der Großen und der Kleinen in der Landwirtschaft zu hören. Wer immer in irgend einem Erwerbszweige nicht vorwärtskam, der ließ sich gern bereden, daß nicht seine persönliche Unzulänglichkeit, sondern die liberale Gesetzgebung, der Kapitalismus oder der Freihandel, oder der Hausierer oder das Wanderlager, oder die „schrankenlose" Gewerbefreiheit, oder auch schlechthin der Jude oder das Warenhaus an seiner mißlichen Lage Schuld sei. Damals entstanden die Phrasen von dem „herzlosen Manchestertum", der „mitleidlosen Freiheit", die mit Vorliebe von den preußischen Junkern in den Kurs gesetzt wurden, die sich bekanntlich durch Mitleid und uneigennützige Hilfsbereitschaft von jeher ausgezeichnet haben. In dieser geistigen Atmosphäre erwuchs die Reaktion gegen alles, was liberal war, und als dann der gewaltigste Staatsmann der Zeit, der politische Schöpfer des neuen Deutschen Reiches, als Fürst Bismarck der Reaktion die Hand reichte, sich mit den „Kreuzzeitungs"-Deklaranten wieder aussöhnte, dem Ultramontanismus Konzessionen machte und selbst mit dem Mann des „vae victis!", dem ehemaligen württembergischen Minister von Varnbüler, politische Freundschaft schloß, den Freihandel aufgab und das Sozialistengesetz schuf, da bekam selbst diese Reaktion eine national gesinnte Färbung und der Liberalismus wurde allmählich seiner Rolle als politische Vormacht des neuen deutschen Nationalstaats entsetzt.

An dieser Entwicklung der Dinge war der deutsche Liberalismus unschuldig. Es war der Rückschlag seiner Tugenden, unter dem er zu leiden hatte. Für die Krisis, in die er geriet, kann man ihm keine historische Schuld zumessen. Sein Verschulden beginnt erst bei seinem Verhalten während dieser Krisis. Um sich in diesem schwierigen politischen Spiel zu behaupten, hätte er seine beiden stärksten Karten rücksichtslos ausspielen müssen. Der Liberalismus war mit der nationalen Machtidee und mit dem modernen Industrialismus groß geworden. Die ganze liberale Gesetzgebung war auf einen modernen Industriestaat zugeschnitten, der rapide in die Weltwirtschaft hineinwuchs. Für den Liberalismus gab es deshalb keine wichtigere Aufgabe, als unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts mit den in der Industrie beschäftigten Massen die engste politische Fühlung aufrechtzuerhalten und andererseits vor keinem Opfer zurückzuschrecken, das die neuerworbene nationale Machtstellung sicherte. Der Liberalismus als politischer Gesamtkörper ist beiden Aufgaben nicht voll gerecht geworden, und darin liegt seine tragische Schuld.

Es gab wenig liberale Politiker, die von der Notwendigkeit, jene Doppelaufgabe zu lösen, so völlig überzeugt waren wie Heinrich Rickert. In jeder der verschiedenen liberalen Fraktionen, der er angehörte, hat er unablässig dieser seiner Überzeugung gemäß gewirkt. Aber bald vernachlässigte man den einen, bald den anderen Teil jener Doppelaufgabe, und damit schwächte sich der Einfluß sowohl des rechten wie des linken Flügels des Liberalismus ab. Als anfangs der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts Bismarck die Bekämpfung des Liberalismus zu einem Hauptziel seiner Politik machte, lag die Vorherrschaft des Liberalismus durchaus bei dessen linkem Flügel, bei der deutsch-freisinnigen Partei, die im Reichstage doppelt so stark war wie die Nationalliberalen. Bismarck tat, was er konnte, um den entschiedenen Liberalismus zu schwächen. Er hatte durch das Sozialistengesetz bereits einen Keil zwischen Arbeiter und Bürgertum getrieben. Mit demselben Keil hatte er auch das liberale Bürgertum selbst gespalten, und durch die Schutzzollpolitik war der Spalt erweitert worden. Die wirksamste Waffe gegen den entschiedenen Liberalismus fand er aber in der Wehrfrage. Hier lief ihm die deutsch-freisinnige Partei mit einer doktrinären Ungeschicklichkeit in's Garn, die heute bei einem historischen Rückblick kaum noch verständlich erscheint.

Das parlamentarische Leben eines Großstaates läßt es nicht zu, alle Forderungen der Regierung einer rein sachlichen Prüfung zu unterziehen. Es gibt keine sachliche Entscheidung darüber, ob ein Regiment Soldaten oder ein Panzerschiff mehr oder weniger erforderlich ist, ob ein paar Beamte mehr oder weniger anzustellen sind. Eine parlamentarische Partei, die sich darauf verbeißt, bei solchen Forderungen den strikten Nachweis sachlicher Notwendigkeit

zu verlangen, wird in der Regel den Kürzeren ziehen, besonders gegenüber einer Regierung mit einer starken Autorität. Und Bismarck besaß die denkbar stärkste Regierungsautorität. Die freisinnige Partei hatte schon im Jahre 1885 eine Lektion bekommen, als die Frage des dritten Direktors im Auswärtigen Amt zur parlamentarischen Verhandlung kam. Bismarck, der unbeschränkte staatsmännische Herrscher auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, hatte zu seiner Unterstützung diesen dritten Direktor verlangt, und es fand sich eine parlamentarische Mehrheit, geführt von Eugen Richter und Windthorst, die ihm diesen dritten Direktor verweigerte, weil sie den Nachweis der Notwendigkeit nicht für geführt erachtete. Der Vorgang erscheint heute einfach grotesk. Damals aber wurden im Reichstage um diesen dritten Direktor homerische Kämpfe ausgefochten. Natürlich endete die Sache mit einer schauderhaften Blamage für die Opposition. Daß es eine unbegreifliche Torheit war, wegen einer solchen Lumperei mit einem Bismarck sich herumzustreiten, war manchem gesinnungstüchtigen Freisinnigen damals schwer begreiflich zu machen. Rickert hatte übrigens die Dummheit nicht mitgemacht, sondern mit vielen seiner freisinnigen Freunde für die Bewilligung gestimmt.

Während die Frage des dritten Direktors nur eine symptomatische Bedeutung hatte, trat dann bald darauf eine Frage in die Erscheinung, bei der die liberale Opposition direkt auf den ihr von Bismarck vorgehaltenen Spieß laufen sollte. Es handelte sich um die Erneuerung des Septennats. Das 1880 bewilligte Septennat lief bis zum 1. April 1888. Der im Jahre 1884 gewählte Reichstag, der damals noch eine dreijährige Legislaturperiode hatte, mußte im Jahre 1887 einer Neuwahl unterworfen werden. Es hätte unter diesen Umständen nahegelegen, dem neu zu wählenden Reichstage die Frage einer etwaigen Erneuerung des Septennats zur Entscheidung zu überlassen. Bismarck aber, der die Bedeutung der Militärfragen für die Schaffung einer gefügigen Majorität nur zu gut kannte, ließ bereits in der Reichstagssession 1886/87 die Septennatsfrage zur Entscheidung bringen. Er verlangte eine um 41 145 Mann höhere Friedenspräsenzstärke abermals für sieben Jahre. Dieses neue Septennat sollte außerdem nicht erst nach Ablauf des alten Septennats, sondern schon mit dem 1. April 1887 beginnen. Es stellte sich sehr bald heraus, daß Bismarck nicht die geringste Neigung verspürte, den Parteien, die dieser Vorlage zaudernd gegenüberstanden, die Annahme zu erleichtern. Er verlangte die Annahme dieser Vorlage pur et simple. Die offiziöse Presse machte sich ein besonderes Vergnügen daraus, durch brüskes Auftreten den Freisinnigen und der Zentrumspartei die Annahme zu erschweren.

Für die deutsch-freisinnige Partei lag die Sache besonders unbequem. Der aus der früheren Liberalen Vereinigung gebildete Flügel stand Militär-

fragen ziemlich unbefangen gegenüber und war durchaus nicht in der Stimmung, sich auf einen Militärkonflikt einzulassen. Speziell Rickert hatte das lebhafteste Gefühl dafür, daß es ein großer Fehler sein würde, bei diesem Anlaß eine politische Kraftprobe zu riskieren. Der aus der Fortschrittspartei hervorgegangene andere Flügel dagegen wandte sich unter Eugen Richters Führung sofort leidenschaftlich sowohl gegen die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke, wie gegen die Erneuerung des Septennats. Erst nach schwierigen Auseinandersetzungen und nachdem es inzwischen ganz klar geworden war, daß Bismarck die Ablehnung seiner Vorlage wünschte, um daraufhin den Reichstag auflösen zu können, gelang es, die ganze deutsch-freisinnige Fraktion auf den Beschluß zu vereinigen, jeden Mann und jeden Groschen zu bewilligen, also für die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke zu stimmen. Es blieb nun nur noch das Septennat als Streitfrage übrig.

Bei dem Zusammenschluß der deutsch-freisinnigen Partei im Jahre 1881 hatte das Septennat eine große Rolle gespielt. Während Rickert und dessen nähere Freunde gegen jede Erneuerung des Septennats, das sie noch ein Jahr vorher mit hatten beschließen helfen, nicht grundsätzlich Stellung nehmen wollten, war die frühere Fortschrittspartei auf die Gegnerschaft gegen das Septennat geradezu eingeschworen. Um an dieser Frage die ganze Fusion nicht scheitern zu lassen, wurde in den programmatischen Einigungspunkten die Friedenspräsenzstärke innerhalb jeder Legislaturperiode als programmatische Forderung der deutsch-freisinnigen Partei niedergelegt. Auf Grund dieser Programmforderung erklärten sich die Freisinnigen deshalb nur bereit, die neue Friedenspräsenzziffer auf drei Jahre, nicht auf sieben, zu bewilligen.

Rickert und denen, die mit ihm in dieser Frage einer Meinung waren, war es völlig klar, daß es unklug sei, auf dem Boden dieser konstitutionellen Doktorfrage — Bewilligung für drei oder für sieben Jahre — Bismarck entgegenzutreten. Sachlich war es ja völlig gleichgültig, ob man die Friedenspräsenzstärke auf ein, drei, sieben oder mehr Jahre bewilligte. Die Erfahrung hatte zur Genüge gezeigt, daß eine Herabsetzung der Friedenzpräsenzziffer schlechterdings niemals ernsthaft auch nur angeregt war. Es hatte sich immer nur um eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke gehandelt. Das Septennat konnte deshalb sogar als ein Schutz gegen eine allzu häufige Steigerung der Präsenzziffer angesehen werden. Bei einer alljährlichen Feststellung wäre jedenfalls die Versuchung einer rascheren Steigerung in höherem Maße vorhanden gewesen. Der Septennatskampf entbehrte deshalb jedes realen Inhalts. Das galt für die Regierung allerdings geradesogut, wie für die Volksvertretung. Aber eine politische Partei ist immer im Nachteil, wenn sie für Forderungen kämpft, die sachlich nichts bedeuten. Und nun gar einem Bismarck gegenüber!

Fürst Bismarck wollte, wie das auch Eugen Richter in seinem „Politischen A-B-C-Buch" ausspricht, die Auflösung haben, „um sich noch vor dem voraussichtlich in kürzester Zeit bevorstehenden Thronwechsel eine gefügige Reichstagsmehrheit zu verschaffen". Als deshalb seitens der Opposition die Parole „Wir bewilligen jeden Mann und jeden Groschen!" ausgegeben wurde, fürchtete er schon, daß ihm das Wild wieder aus dem Garn gegangen sei. Er warf sich deshalb mit umso größerer Energie auf den allein noch übrigbleibenden Streitpunkt, auf das Septennat, und blies diesen Ballon zu einer ungeheuren Größe auf. Alle Brücken, die es der Opposition hätten ermöglichen können, aus ihrer falsch gewählten Stellung noch in letzter Stunde wieder abzurücken, brach er ab, um die gewünschte Wahlparole zu erlangen.

Ich werde nie den Eindruck vergessen, den Bismarck in der denkwürdigen Sitzung des Reichstages, in der es zur Abstimmung über die Alternative drei oder sieben Jahre kam, machte. Es war mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen, daß das von der Regierung geforderte Septennat abgelehnt werden würde. Bismarck erschien deshalb in der entscheidenden Sitzung des Reichstags bereits mit der bekannten roten Mappe, in der die Auflösungsordre enthalten war. Der Reichskanzler war außerordentlich aufgeräumt und trug die rote Mappe demonstrativ zur Schau. Ganz ohne Besorgnis, daß schließlich die Regierungsvorlage noch angenommen werden könne, war er aber doch nicht, und so verfolgte er dann mit wachsender Spannung den Namensaufruf bei der entscheidenden Abstimmung. Die Waage schwankte hin und her, bis gegen Schluß der Abstimmung ein Zweifel nicht mehr aufkommen konnte, daß die Opposition gesiegt habe. Es handelte sich um eine zweite Lesung und um den § 1 der Regierungsvorlage, der nicht einfach abgelehnt, sondern in einer amendierten Form angenommen wurde. Wäre es Bismarck einfach um die Annahme der Regierungsvorlage zu tun gewesen, so hätte er noch die dritte Lesung abwarten können. Die Wahrscheinlichkeit, daß er bis dahin noch seinen Willen durchgesetzt hätte, war nicht gering, denn das Septennat wurde nur mit 183 gegen 154 Stimmen abgelehnt. Aber er konnte es kaum abwarten, daß der Präsident das Resultat der namentlichen Abstimmung verkündete. Sobald dann von den Lippen des Präsidenten die Abstimmungszahlen gefallen waren, erhob sich Bismarck mit jugendlicher Elastizität und strahlenden Gesichts und verkündete im Namen des Kaisers die Auflösung des Reichstags.

Wem es bis dahin noch nicht klar geworden war, daß die Opposition eine Torheit ersten Ranges begangen hatte, den konnten die nächsten Wochen belehren. Die deutsch-freisinnige Partei ging mit 67 Mandaten in den Wahlkampf hinein und kam mit 32 wieder heraus. Die süddeutsche Volkspartei wurde völlig aufgerieben. Selbst die Sozialdemokratie verlor mehr als die

Hälfte ihrer Mandate, 13 von 24. Die Zentrumspartei, die auf derselben Linie wie die freisinnige Linke marschiert war, kam ungeschwächt davon; aber der maßgebende Einfluß, den sie in dem Reichstage von 1884 bis 1887 ausgeübt hatte, ging an das konservativ-nationalliberale Kartell über. Die demokratische Linke hatte eine zerschmetternde Niederlage davongetragen. Nicht bloß, daß sie in allen ihren Teilen selbst mit Einschluß der Sozialdemokratie von rund 100 Mandaten auf wenig über 40 herabgedrückt war, hatte die nationalliberale Partei durch ihre Wahlverbrüderung mit den Konservativen auch an liberalem Charakter so stark eingebüßt, daß sie als aktiver Teil des Gesamtliberalismus garnicht mehr in Betracht zu ziehen war. Eindringlicher konnte der Beweis nicht geliefert werden, daß für die Demokratie die Opposition in Militärfragen ein selbstmörderisches Beginnen sei. Dabei war die Zahl der Stimmen, die auf Kandidaten der deutsch-freisinnigen Partei fielen, nur unerheblich gegen die Wahlen des Jahres 1884 zurückgegangen. In einzelnen Wahlkreisen hatte man sich sogar brillant gehalten (in dem damals von mir vertretenen niederschlesischen Wahlkreise Hirschberg-Schönau z. B. siegte ich 1887 im ersten Wahlgange mit einer Stimmenziffer, wie sie weder vorher noch nachher jemals wieder erreicht ist; ich erhielt rund 6000 Stimmen mehr als meine beiden Gegner zusammengenommen), aber die künstlich entfachte Wahlerregung war so groß, daß zahllose Elemente an die Wahlurne gingen, die sonst jeder Wahl fernbleiben. Niemals ist im Deutschen Reiche während der dreiunddreißig Jahre seines Bestehens die Wahlbeteiligung prozentual so groß gewesen, wie bei den Septennatswahlen des Jahres 1887.

Man hätte annehmen sollen, daß die Lehren des Jahres 1887 auf die Militärpolitik des entschiedenen Liberalismus nicht ohne dauernde Wirkung geblieben wären. Dennoch wiederholte sich nach sechs Jahren genau derselbe Fehler, nur unter Umständen, die den Fehler von 1893 weit weniger verzeihlich erscheinen lassen, als den von 1887. Die Reichstagswahlen des Jahres 1890 waren für alle Gruppen der Linken sehr günstig ausgefallen. Die Freisinnigen hatten die Scharte von 1887 ausgewetzt und erschienen wieder mit 66 Mandaten im Reichstage. Die süddeutsche Volkspartei brachte es auf 10 Mandate, die Sozialdemokraten auf 35, während die Nationalliberalen von rund 100 Mandaten, die sie im Kartellreichstage hatten, auf 42 herabsanken. Es begann die Ära Caprivi, die, nachdem der Irrtum des Zedlitz'schen Schulgesetzentwurfs überwunden war, sich gerade für den Liberalismus äußerst günstig gestaltete. Der Nachfolger Bismarcks entwickelte sich zu einem Reichskanzler, wie sich ihn unter den einmal gegebenen Umständen die Liberalen nicht besser erhoffen konnten. Caprivi wünschte auch, mit den Liberalen Politik zu machen, und er brachte es schließlich sogar dahin, die alte liberale

Forderung der zweijährigen Dienstzeit allen Vorurteilen der militärischen Tradition zum Trotz zur Erfüllung zu bringen. Dies Zugeständnis war aber verknüpft mit einer abermaligen namhaften Erhöhung der Friedenspräsenzstärke.

Wiederum begann jetzt das alte sattsam bekannte Spiel der Bemängelung. Man verlangte den Nachweis für die Notwendigkeit einer solchen abermaligen Steigerung der Militärlasten. Solche Nachweise sind aber immer nur für den zu liefern, der auch ohnedies schon bereit ist, das Verlangte zu bewilligen. In letzter Linie kommt alles auf die Vertrauensfrage heraus. Im Jahre 1887 sah sich der Liberalismus einem Reichskanzler gegenüber, von dem er Grund hatte anzunehmen, daß er die Schwächung des Liberalismus als eine seiner Hauptaufgaben betrachtete. Daß man Bismarck 1887 Opposition machte, da man zu seiner gesamten inneren Politik kein Vertrauen mehr hatte, war deshalb an sich nicht zu mißbilligen. Der Fehler bestand nur darin, daß man die Schlacht auf einem Terrain angenommen hatte, auf dem man gewiß sein konnte, geschlagen zu werden.

Dem Reichskanzler Grafen Caprivi gegenüber lag die Sache aber völlig anders. Man hatte einen Staatsmann vor sich, der mit dem Liberalismus nicht bloß Frieden, sondern auch Freundschaft schließen wollte, der nicht, wie s. Zt. Bismarck, die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke unter beleidigenden Ausfällen gegen die Freisinnigen forderte, sondern sie mit der Erfüllung einer alten liberalen Forderung, der zweijährigen Dienstzeit, verknüpfte. Caprivi gab sich auch in Privatverhandlungen mit einzelnen führenden Männern der damaligen freisinnigen Partei große Mühe, gerade die Freisinnigen davon zu überzeugen, daß er gern mit ihnen zusammen arbeiten wolle, daß es aber ganz unmöglich sei, die zweijährige Dienstzeit ohne die gleichzeitige Erhöhung der Friedenspräsenzziffer durchzusetzen. Caprivi hat auch niemals den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß er die Auflösung des Reichstags gern vermieden sähe, daß sie aber unabwendbar sei, wenn die Vorlage der Regierung nicht wenigstens in ihren wesentlichen Bestandteilen angenommen werde. Angesichts dieser Sachlage war die hartnäckige Opposition des entschiedenen Liberalismus gegen die Caprivi'sche Militärvorlage unverzeihlich.

Rickert und seine näheren Freunde sahen das alsbald ein, aber sie waren numerisch nicht stark genug, um der Caprivi'schen Militärvorlage zur Majorität im Reichstage zu verhelfen. Ihre Aufgabe mußte deshalb darin bestehen, innerhalb der Gesamtfraktion für ihre Auffassung Boden zu gewinnen. Sie gewannen auch langsam an Terrain. Auf immer mehr Fraktionsmitglieder machte die Erwägung Eindruck, daß man einen dem Liberalismus so günstig gesinnten Reichskanzler wie Caprivi in absehbarer Zeit nicht wiederbekommen werde. Auch sprach der wachsende Haß der Agrarier für die Bedeutung

Caprivis. Nur Eugen Richter blieb intransigent. Es fiel sogar in einer der zahlreichen Fraktionsdebatten jener Zeit das Wort: „Es ist immer gut, wenn ein Minister fällt“. Richters Einfluß in der Partei war stark genug, um zu verhindern, daß die ganze Partei sich auf den auch von mir nachdrücklich vertretenen Rickert'schen Standpunkt stellte. Nur wenn wenigstens die größere Hälfte der Fraktion für die Vorlage eintrat, konnte die erforderliche Majorität im Reichstage beschafft, die Auflösung vermieden und die freisinnige Partei zu einem ausschlaggebenden Faktor gemacht werden. Wäre es möglich gewesen, sie zu bestimmen, geschlossen für die Vorlage einzutreten, so gewann der entschiedene Liberalismus mit einem Schlage einen Einfluß auf die Regierung, wie er ihn nie vorher besessen hatte. Die Reaktionäre beobachteten denn auch mit wachsender Besorgnis die Entwicklung der politischen Einsicht in den Reihen der freisinnigen Partei und drängten zur Entscheidung. Sie begriffen vollauf, in welche Klemme sie gerieten, wenn die Freisinnigen aus der Militäropposition ausschieden und damit für seine gesamte weitere Politik Caprivi eine feste parlamentarische Basis boten.

Die Entscheidung fiel aber, ehe es innerhalb der freisinnigen Fraktion gelungen war, den festgefahrenen Karren herumzudrehen. Da Rickerts Anhängerschaft nicht groß genug war, um der Militärvorlage im Reichstage eine Mehrheit zu verschaffen, so entschloß man sich dazu, sich bei der Abstimmung nicht von dem stärkeren Flügel der Partei zu trennen, um unmittelbar vor den bevorstehenden Neuwahlen den Wählern nicht das Bild äußerer Zerrissenheit zu geben. Nur sechs Mitglieder der Fraktion trennten sich schon bei dieser Abstimmung von ihren Parteifreunden. Rickert befand sich nicht unter ihnen. Optimist, der er war, hielt er noch immer an dem Gedanken fest, die Partei könne zusammenbleiben. Bekanntlich folgte der Abstimmung die Auflösung des Reichstages auf dem Fuße, und die freisinnige Partei brach noch am selben Abend auseinander. Den äußeren Anlaß für die Trennung bot das Verlangen Richters nach einer Maßregelung der sechs Dissidenten. Daß der Rickert'sche Flügel der Partei diese seine Freunde nicht fallen lassen werde, konnte nicht zweifelhaft sein. Die innerlich seit Monaten vorbereitete Trennung vollzog sich deshalb auch sofort.

Bei den Neuwahlen wiederholte sich das Schauspiel von 1887. Mit 67 Mandaten zog die deutsch-freisinnige Partei in den Wahlkampf, mit zusammen 38 Mandaten kehrten die beiden getrennten Teile in das Haus zurück. Selbst das Zentrum, das bis auf eine kleine Minderheit mit in der Opposition gewesen war, büßte diesmal 10 Mandate ein. Nur der dritte Faktor der Gesamtopposition, die Sozialdemokratie, behauptete nicht nur seine Position, sondern gewann auch noch eine Anzahl Mandate. Von diesem Schlage hat

sich der entschiedene Liberalismus nicht wieder erholt. Heeres- und Flottenfragen gegenüber nahmen die beiden getrennten Teile der ehemals deutschfreisinnigen Partei seit 1893 einen verschiedenen Standpunkt ein. Schon bei der Wiedereinbringung der Caprivi'schen Militärvorlage, unmittelbar nach den Neuwahlen von 1893, stimmte die freisinnige Vereinigung für, die freisinnige Volkspartei gegen den Entwurf, der in der sogenannten Huene'schen Fassung erneut vorgelegt war.

Den Mißgriffen des Liberalismus in der Behandlung der Wehrfragen traten Mißgriffe in der Behandlung der Arbeiterfragen hinzu. Die Schuld des Liberalismus wird hier allerdings in der Regel an einer falschen Stelle gesucht. Man kann zugeben, daß sich speziell die Freisinnigen sowohl in der Behandlung der Arbeiterschutzfragen, wie auch gegenüber den Zwangsversicherungsgesetzen allzu spröde verhalten haben. Da sie aber dem beabsichtigten Zweck, dem Schutz der Arbeitskraft vor Ausbeutung und der Hebung der wirtschaftlichen Existenz der Arbeiter durch Versicherung gegen Krankheit, Unfall und Invalidität, nicht an sich widerstrebten, sondern nur den angepriesenen staatlichen Zwangsmitteln sehr mißtrauisch gegenüberstanden, so war ihre sogenannte manchesterliche Haltung durchaus nicht entscheidend für die Verschlechterung ihres Verhältnisses zu den Arbeitermassen. Hat doch auch die Sozialdemokratie, wenn auch zum Teil aus anderen Gründen, der sozialpolitischen Gesetzgebung ihre Zustimmung versagt. Rickert selbst war, speziell was die Arbeiterschutzgesetzgebung anlangt, schon aus Erwägungen der Humanität, die sein ganzes Wesen erfüllte, geneigt, Bedenken gegen staatliche Eingriffe in den freien Arbeitsvertrag ziemlich weit zurückzudrängen. Speziell vor der gesetzmäßigen Reduktion übermäßiger Arbeitszeiten schreckte er keineswegs zurück, auch dort nicht, wo es sich um erwachsene männliche Arbeiter handelte. Eine sozialreformatorische Abstinenz war aber überhaupt bei den Freisinnigen garnicht vorhanden, was natürlich nicht ausschloß, daß sie ihnen mit umsomehr Eifer angedichtet wurde. Daß die mehr oder weniger starke Neigung für eine sozialreformatorische Gesetzgebung für das politische Verhältnis zu den Arbeitermassen nicht entscheidend gewesen ist, geht zur Genüge daraus hervor, daß die Träger der offiziellen Sozialreform und insbesondere der Zwangsversicherungsgesetzgebung in einem noch stärkeren Gegensatz zu den Arbeitern geblieben sind, als die sogenannten Manchestermänner.

Man übersieht eben nur zu leicht, daß die moderne Arbeiterbewegung sich nicht um Wohltaten, sondern um Rechte dreht. Die Bismarck'sche Idee, der Sozialdemokratie, nachdem sie tüchtig mit der Peitsche bearbeitet worden war, durch gesetzgeberisches Zuckerbrot die Anhänger zu entziehen, hat sich als eine völlig falsche Spekulation erwiesen. Die Sozialdemokratie verlangt für

die Arbeiter Rechte und Macht, nicht Wohltaten, die etwa als Brosamen vom kapitalistischen Tische fallen. Dies nicht rechtzeitig erkannt zu haben, war der zweite große Fehler des Liberalismus. Das Sozialistengesetz hob die staatsbürgerliche Rechtsgleichheit auf. Für den Liberalismus, zu dessen ersten Grundsätzen die Rechtsgleichheit gehört, mußte deshalb die Anteilnahme an dem Sozialistengesetz verhängnisvoll werden. Männer wie Bamberger und Rickert haben es nie ganz verwunden, daß sie als Mitglieder der nationalliberalen Partei dem Sozialistengesetz einst ihre Zustimmung gegeben hatten. Die Fortschrittspartei hatte diesen Fehler nicht mitgemacht. Aber auch sie sündigte dadurch, daß sie die Arbeiter nur als politische Gefolgschaft betrachtete und mit wachsender Verständnislosigkeit die großartige Evolution, die in der Sozialdemokratie zu Tage trat, gewissermaßen wie eine parasitäre politische Entwicklung behandelte. Rickert mit seiner feinen Nase für den Erdgeruch, die Bamberger an ihm zu rühmen pflegte, stand der Sozialdemokratie weit unbefangener gegenüber, und wenn er die von mir bereits anfangs der neunziger Jahre vertretene Meinung, daß der Liberalismus nicht wieder zu Kräften kommen werde, wenn es nicht gelinge, ihn mit der Sozialdemokratie in eine Schlachtreihe zu bringen, lange Zeit hindurch nicht gelten lassen wollte, so näherte er sich dieser Meinung in den letzten Jahren seines Lebens doch fortgesetzt, und die Sympathie, mit der er der national-sozialen Bewegung folgte, beruhte nicht zum wenigsten darauf, daß er in dieser Gruppe ein Mittelglied zwischen dem Freisinn und der Sozialdemokratie erblickte. Aus einem ähnlichen Gedankengange heraus verfolgte Rickert auch die politische Tätigkeit von Richard Roesicke mit dem lebhaftesten Interesse und war glücklich, daß sich das Band, das Roesicke mit der freisinnigen Vereinigung verknüpfte, im Laufe der Jahre immer enger zog.

Rickert hat weder den Zusammenschluß zwischen der freisinnigen Vereinigung und den Nationalsozialen, noch auch die heftigen Zollkämpfe im Winter 1902 erlebt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß jene Kämpfe ihn im Innersten erschüttert haben würden. Der Rechtsbruch des Antrags Kardorff insbesondere hätte ihn ganz sicher in der ersten Reihe der Protestierenden gesehen. Sein Rechtsgefühl versagte nie, ebensowenig sein immer reges Gefühl für Humanität und Billigkeit.

Rickerts politisches Schicksal war kein beneidenswertes. Er sah den Liberalismus in seiner Glanzperiode und schwang sich zu einem Führer dieses Liberalismus auf. Dann hat er in führender Stellung den Liberalismus Schritt für Schritt auf seinem Abstieg begleiten müssen, wurde, meist unverschuldet, in alle Niederlagen verwickelt und schloß die Augen, als der umdüsterte politische Horizont kaum einen Lichtblick gewährte. Unter allen Ent-

täuschungen hielt sich aber Rickert stets aufrecht, nie an der Zukunft verzweifelnd, nie lässig, nie feige. Wenn ich an Rickert denke, fällt mir immer ein Goethe'sches Wort ein, das ich auch an den Schluß dieser meiner Betrachtungen setzen möchte:

> „Es kann wohl sein, daß der Mensch durch öffentliches und häusliches Geschick zu Zeiten gräßlich gedroschen wird; allein das rücksichtslose Schicksal, wenn es die reichen Garben trifft, zerknittert nur das Stroh, die Körner aber spüren nichts davon und springen lustig auf der Tenne hin und wieder, unbekümmert, ob sie zur Mühle, ob sie zum Saatfeld wandern."



Shakespeare und Rembrandt.

Von

Paul Schubring.

Die italienische Renaissance fand die Natur in prächtigen Leibern wieder, die englische in ungestümen Seelen. [H. von Stein.]

I.

Es soll der Dichter mit dem Bildner gehn; sie Beide wandeln auf der Menschheit Höhn. Nicht Willkür ist es, wenn wir hier einen Dramatiker und einen Maler zusammenstellen; wir tun es mit dem gleichen Recht, das Dante und Giotto, Luther und Dürer zu einander gesellt. Es ist nicht nur die tiefe Verbundenheit aller Künstler untereinander, welche auch diese Gruppen rechtfertigt; auch nicht die Gleichheit der Lebensgrenze und Heimat erschöpft den Sinn solcher Zweiheiten. Vielmehr soll durch solche Zusammenstellung angedeutet werden, daß diese „Brüder" einer gemeinsameren tieferen Heimat entstiegen und daß ihr Lebensgedanke, von der Warte der Jahrhunderte aus betrachtet, sich deckt. Ihr Doppelleben, einst gesondert geführt, erscheint uns Nachfahren wie eine Einheit und Notwendigkeit; wie Hälften wollen die Beiden sich ergänzen und bestätigen. Es handelt sich dabei nicht nur Zeitströmungen und diejenigen Geisterkämpfe, an denen jeder wache Geist in seiner Weise teilnimmt; sondern hier kommt ein tieferer Drang zum Vollzug, der fast außerhalb der Historie zu liegen scheint. Shakespeare und Rembrandt waren mehr als reife Geister, die nur den Drang ihrer Gegenwart zu deuten gewußt hätten. Sie waren schöpferisch; aus ihrem Leben bricht ein neuer Wille zur Gestaltung und Entwicklung auf, der weit über das herüber greift, was die Völker des dreißigjährigen Krieges in ihrem Schoße bargen. Allen Blutgerichten und Bluthochzeiten jener Zeit zum Trotz erwachte in ihnen ein frischer, germanischer

Lebenswille, dessen Kraft jene Zeit erst ahnen konnte, dessen Größe auch den Menschen unserer Tage, die das Erbe zu erwerben suchen, teilweise ein schönes Rätsel bleiben muß. Worte wie „der Dichter der englischen Renaissance" und „der Maler der niederländischen Freiheit" sagen viel zu wenig. Die Blutbrüderschaft Shakespeares und Rembrandts blüht aus der reinmenschlichen Empfindung auf, die freilich durch Rassengleichheit gebunden und gefestigt ist. Inmitten einer Zeit, die uns ein wildes Getümmel oder ein häßliches Behagen auf allen ihren Bahnen zeigt, als die Jesuiten ihre pompösen Barockkirchen erbauten und der erste Kolonialtaumel die europäischen Küstenvölker ergriff, erhoben sich diese beiden Männer, um ganz anders zu sein und unbeirrt auszusprechen, wie sie den Sinn des Lebens deuteten und wie man es zu packen habe. Jeder von Beiden hat das auf seine Weise gesagt. Auf den ersten Blick scheint es, als seien Shakespeare und Rembrandt ganz verschiedene Geister. Es hat sich denn auch noch Niemand gefunden, der ihre Gemeinschaft geschildert hätte. Und doch leuchtet sofort ein, wie verwandt sie einander sind, wenn wir an ihre Gegensätze denken: Man setze statt Rembrandt Rubens, statt Shakespeare Tasso oder selbst Alfieri — das sind Gegensätze und Abstände! Oder man halte das 17. gegen das 15./16. Jahrhundert, überhaupt den Germanen gegen den Romanen. Verbunden sind Rembrandt und Shakespeare vor allem durch einen Protest, d. h. durch den Kampf mit allem, was romanisch heißt. Im G e g e n s a t z g e g e n d i e g a n z e R e n a i s s a n c e k u l t u r treffen sie sich; positiv führen sie dann die junge p r o t e s t a n t i s c h e K u l t u r im Gegensatz zu der katholischen Kultur der JesuitenPeriode herauf.

II.

Ich darf einiges über das persönliche Schicksal der beiden Männer voranschicken; schon dieses enthält überraschend viele Affinitäten. Shakespeare ist 1564, Rembrandt 1606, also 42 Jahre später geboren; als der Dramatiker starb (1616), lief der künftige Maler als 10 jähriger Bursche unter den weißbestaubten Knechten in der väterlichen Mühle mit herum. Wie Shakespeare von Rembrandt nichts wissen konnte, so hat auch Rembrandt von Shakespeare, obwohl er 53 Jahre nach dessen Tod (1669) starb, nichts gewußt. Wenigstens ist trotz aller Bemühungen nicht der kleinste Hinweis zu finden. Wie hätte auch der ohne höhere Schulung heranwachsende Müllerssohn von englischen Bühnenstücken etwas hören, gar sie verstehen sollen? Beide Künstler stiegen aus kleinen Verhältnissen zu hohem Ruhm; ihre Väter waren Bäcker und Müller. Beide verließen etwa 20 jährig die engen Verhältnisse der Heimat, um in der Hauptstadt ihres Landes (London und Amsterdam) eine größere Ausdehnung ihres Lebens und Könnens zu erreichen. Ging über dem Leben des

Malers nach junger Tollheit bald die Sonne des ehelichen Glücks auf, so verdankte auch Shakespeare einer Geliebten (Mary Fitton, der schwarzen Dame der Sonette), wenn nicht Glück, so doch Aufschwung und ein Verlangen nach „höherer Begattung". Das Überraschendste aber ist, daß beide Männer nach diesen hohen Jahren einen tiefen Fall in die Melancholie und Menschenverachtung getan haben, aus der sie sich tiefverwundet nur zögernd in die stille, leise lächelnde Resignation gerettet haben. Ich wüßte bei Beiden nicht zu sagen, welches ihre reiffste Periode war. Sicher war es nicht die letzte. Man hat bei diesen Geistern in jedem Augenblick ihres Lebens das Gefühl von einem so geschlossenen Schaffen, daß man wenig Verlangen trägt, abzuwägen und zu vergleichen. Nur der Anfang ist hier wie überall ein Tasten; die Zeit des Glücks bringt frohe, aber nicht absolut reifere Werke. Was in der Melancholie geschaffen wurde, ist unendlich ergreifend und wahr, aber als Kunstwerk versagen gerade diese Visionen am ehesten. Timon von Athen, Shakespeares düsterstes Werk, ist als Drama reich an Mängeln; Rembrandts düstere Zeit liegt um 1655; die „schmutzige" Periode wird sie genannt.

Beide Künstler hatten das Bewußtsein und den Willen, auf die Masse zu wirken. Für einen Bühnendichter ist das selbstverständlich; aber es wäre auch falsch, bei dem Radierer und Porträtisten Rembrandt diese Absicht zu leugnen. Beide waren nicht Kabinetskünstler und Kammermusiker. Ihre Stärke liegt im Guß, nicht im Ziselieren. Die Sammt-Seide-Maler, die Pieter de Hoogh und Vermeer van Delft übertreffen Rembrandt in der Delikatesse um ein Beträchtliches; ebenso sind Shakespeares Dramen technisch betrachtet keineswegs Musterleistungen — es gibt ausgeglichenere Sachen in jener Zeit, wo jedermann ein Dichter war. Die Schönheit ist nicht in diesen Accessorien, sondern in der Unmittelbarkeit, Frische und vor allen Wahrhaftigkeit des Vortrags zu suchen; es geht ohne Schleier, Umwege und Verwitzelungen ab. Wie aus dem schweren Dunkel einer dichten Nacht das sparsame Licht einer Fackel kräftig herausdringt und uns plötzlich wild rötet, so leuchtet das Lebendige bei Shakespeare aus dem Chaos des Ungeborenen und Trägen auf wie blitzende Gegenwart und Kraft. Alles erscheint Drang, Wille, Sehnsucht, ein Sichrecken und Sichwehren, ein Locken und Stoßen; alle Schönheit liegt in der Stärke, Klarheit und Unmittelbarkeit dieser Regungen. Nicht ein graziöses, sondern ein wildes Spiel erleben wir. Das, was sich äußert, ist nur ein Teil der Empfindung, die wie ein Riese hinter dem Staket der Worte lagert. Es ist, als ob alle diese Menschen der englischen Bühne und der niederländischen Leinwand sich sträubten, mit ihren Gefühlen hervorzutreten, obwohl der Künstler sie zum Reden locken möchte. So hört man statt der Worte oft ein Schluchzen, einen Schrei, statt der Rede eine — Pause, statt der Geste sehen wir ein Zusammenknicken. Es sind

negative Gesten. Diese negativen Momente wirken trotz ihrer Kleinheit und Bescheidenheit oft viel stärker als die lauteste Deklamation und die blendendste Gymnastik. Hier liegt übrigens der Grund, weshalb unsere Schauspieler heute Shakespeare nicht mehr spielen können. Sie haben sich so sehr an die pathetischen Gebärden gewöhnt, daß sie weise Sparsamkeit oder gar das Ersticken der Geste nicht mehr anzuwenden wissen. Nur in Bayreuth wird die negative Geste reichlich verwandt.

III.

Das Pathos der Geste weist auf die romanische Kunst. Ihr ist die Entladung der Empfindung Pflicht; Wort und Geberde, Auge und Hand haben im großen Duktus tätig zu sein. Wer solche Art nicht in der Heimat der Romanen verstehen lernte, verurteilt sie leicht, weil äußerlich und unsparsam; das ist sehr ungerecht. Aber allerdings ist die Redeweise der Nordländer eine andere. Ein Vergleich Shakespeares und Rembrandts mit den romanischen Künstlern, mit den Italienern des 16., den Spaniern und Franzosen des 17. Jahrhunderts, führt zu den einschneidendsten Unterschieden.

Das Thema der italienischen Renaissance ist der Held am Sonnentag. Der glücklichste Augenblick wird festgehalten, wenn der Ritter, im Panzer und Sonnenlicht strahlend, den Gegner nieder stößt, wenn er, mit Samtrock und Federbarett geschmückt, das hochgemute Mädchen freit. Oder wir finden die Gatten in der Kirche mit den Kindern vereint, fromm vor der schönsten Himmelsfrau knieend, geleitet und empfohlen von strahlenden heiligen Männern und Frauen. Die Sonne des Ruhmes oder die Kerzen der Gnade leuchten. Alles Alltägliche ist heut verbannt; alles Triviale wird verschwiegen. Was im Bild verewigt werden soll, muß Helle, Glanz und Ruhm verbreiten. Vergebens suchen wir in der ganzen Renaissance nach einem Echo der Danteschen Seufzer. Im Sinn dieser Zeit prägte Nietzsche das schlimme Wort von Dante als „der Hyäne, die zwischen Gräbern heult.“ Alle Porträts, alle Altarbilder, alle Truhenstücke und Brautteller des Quattrocento und Cinquecento, erzählen von festlichen, fröhlichen Stunden. Und wenn von den Freskenwänden bisweilen das kleine Wimmern der unschuldigen Kindlein herabdringt, so versichert das Gold der Heiligenscheine, daß diese kleinen Geschöpfe für solches Leid der Glorie des Martyrtums gewürdigt wurden. Ebenso ist bei der Passion nicht das Hoffnungslose die eigentliche Note, sondern die dumpfe Größe des Unerhörten. Überall leiden oder jauchzen die Helden, es wimpelt der bunte Tag, Kavalkaden ziehen zur Liebesburg und schöne Frauen tanzen den Reigen der Grazien.

Es ist ein heller Fond, auf den man mit fröhlichem Rötel gezeichnet hat. Boccaccio und Tasso, Raffael und Tizian haben es so gehalten. Es gibt

Ausnahmen — mit Michelangelo nenne ich die wichtigste — aber diese bestätigen nur die Regel. Wie sieht nun der Fond aus, auf dem Shakespeare und Rembrandt ihren Griffel führen?

Das Helle erscheint den Künstlern des Nordens und der Winternächte als Ausnahme. Daher ist der Fond dunkel und das Licht die seltene Überraschung. Auf dem Grunde des Dunkeln, des Leidens, der Sünde, der Knechtschaft und Schwachheit erhebt sich hie und da wie ein wunderbares Phänomen ein helles Geschöpf, eine leuchtende Hand. Lichtstrahlen irren kraftlos durch dunkles Gewölk und stickige Finsternis, die stärker sind als sie. Endlich treffen die feinen goldenen Geister einen kleinen blanken Augenspiegel, einen schimmernden Panzer, ein liebes Frauengesicht: glücklich ruht das Licht auf diesem Spiegel aus. Auf dem Prinzip der sparsamen Lichtführung beruht die starke Leuchtkraft der Rembrandtschen Tafeln und der Shakespeareschen Bühne. Bei Rembrandt ist das Helldunkel sprichwörtlich geworden. Und wie will man bei Shakespare anders das wunderbare Licht erklären, das so schimmernde Gestalten wie Imogen (Cymbeline) und Hermonione (Wintermärchen) verklärt? Bei Rembrandt kann man geradezu das Prinzip verfolgen, daß er das Wichtige mit dem Licht unterstreicht, während er das Gewöhnliche im Dunkel schlafen läßt.

In der Braunschweiger Gallerie hängt ein Bild des Sündenfalls; es ist von einem Venetianer, Palma vecchio, um 1510 gemalt worden. Die Erstlinge der Menschheit leuchten hier wie frischgefallener Schnee. Vor dunklem Laub glänzen die weißen Leiber. Das Goldhaar rieselt über die Schultern Evas, und Adam strahlt wie der Knabe David „bräunlicht und schön". Die Gestalten sind weniger der Fabel zu Liebe, als um ihrer selbst willen gemalt; mit Wonne nutzte der Maler die Gelegenheit, einen männlichen und einen weiblichen Körper, beide in höchster Schönheit, gegeneinander zu stellen. Mit fast feierlicher Ruhe wird der Apfel überreicht. Gelassen und vornehm handeln diese von der höchsten leiblichen Bildung geadelten Menschen. Der schlimme Moment der ersten Sünde erscheint hier schimmernd wie ein feierliches Opfer.

So haben sich die Italiener des 16. Jahrhunderts die Scene gedeutet. Der junge Rembrandt hat in einer Radierung das gleiche Thema dargestellt. Aber wie anders sieht dies Blatt aus! Troglodytem und Hinterwäldlern gleicht dies Menschenpaar, mit dem Rembrandt die Darwinsche Entdeckung vorausgenommen zu haben scheint. Eben erst scheinen die Zwei aus dem Erdenkloß geformt und noch nicht ganz fertig geworden zu sein. Kein höheres Leben leuchtet in ihren Zügen; ein wildes Tasten sind die ersten Regungen. Adam täppisch, dumpf, fast idiotisch, der Caliban Shakespeares; Eva ganz Bauch, widerlich animalisch. Ueber ihnen grinst und geifert ein Tatzelwurm ekligster

Gestalt. Erschüttert werden wir inne, daß diesen dumpfen Instinkten von Halbmenschen die folgenschwerste Entscheidung anheim gegeben wurde, welche die Welt erlebt hat.

Palma dachte sich den ersten Mensch noch unbefleckt, strahlend in erster Reinheit; Rembrandt fängt bei dem Nichts an und sieht im ersten Menschenpaar den unvollkommenen Versuch der Gattung. Mit der Gründlichkeit eines Nordländers ist Rembrandt mit der Phantasie zurückgegangen, immer weiter bis dahin, wo die „Mütter" sich dehnen. Da ist es Nacht und Schlamm. Aus diesem Dunkel ringen sich zwei menschenähnliche Gestalten los und dringen allmählich ins Hellere. Das Licht blendet zuerst ihre Augen und an jedem Stein stoßen sie die langen Zehen. So talpen sie den Hügel herauf, wo der Baum steht. Da sie Hunger haben, essen sie frech, ohne Scheu. Das sind unsere Stammeltern, wie Rembrandt sie sich dachte.

Auch Shakespeare geht gern in die Tiefe der Negation zurück. Es gibt auffallend viel Personen bei ihm, die den Wasserspiegel des sittlichen Bewußtseins nicht erreichen, sondern nur in der Tiefe vegetieren können. Damit spricht Shakespeare das vernichtende Urteil: „So sind die meisten, die anderen sind Ausnahmen". Wenn er Prinz Heinrich hoch heben will, so zeigt er ihn zuerst dumpf und gebändigt von niederer Minne; allmählich erst ringt dieser sich los, um dann wirklich hoch zu steigen. Bei wie vielen seiner Ritter und Frauen ist der Panzer und die Schabracke nur täuschende Außenseite; unter dieser Hülle lauern gemeine Leidenschaften, wilder Ehrgeiz durstet nach Blut, geile Brunst nach Betten, die noch warm sind. Verrat und List, Mord und Buhlerei sind die Regel. Alles gravitiert nach unten; nur selten hebt sich mühsam ein vereinzeltes Geschöpf aus der ekligen Tiefe ans Licht. Solche Gestalten erscheinen uns dann wie lichte Wunder. Wir fragen erstaunt: Gibt es in dieser Welt der dumpfen Begierden so süße Reinheit, so heldenhaften Glanz?

IV.

Mit dieser Verteilung von Dunkel und Licht hängt das allgemeine Bild der Kräftebewegungen zusammen, das die beiden Nordländer ihren Schilderungen zugrunde legen. Die künstlerische Welt des Südländers steht im Lot. Man hat sich hier ein klassisches Symbol für diese Ordnung in der Säule geprägt, deren ruhige, senkrechte Kraft den breiten, horizontalen Balken trägt. Das ist klare Ordnung und sauberer Gegensatz. Dem Rythmus der Sechssäulenfront entspricht beim Epos der des Hexameters. Der Tempel ist ein gestreckter Würfel, wo drei Quadrate nebeneinander lagern. Es gibt hier nur rechte Winkel und horizontale oder vertikale Flächen. Diese Ordnungen stehen fest: an ihnen ist auch in der Barockzeit kaum gerüttelt worden. Auch das

romanische Drama anerkannte diese Gesetze; seine „Säulen" sind die drei Einheiten von Zeit, Ort und Handlung. Dieses Gerüst bewahrte den Bau vor dem Schiefen, Verzetteln und Auseinandergleiten. Selbst Alfieri wagt es nicht, diese Gebote zu übertreten.

Der Gegensatz von horizontal und vertikal wird auch auf die Menschen übertragen. Eine rigorose Zweiteilung wird durchgeführt. Böse und Gute, Engel und Teufel, Helden und Ungeheuer bevölkern nicht nur die Ritterepen, sondern auch alle Dramen. Auch die bildende Kunst schuf sich solche moralischen Extrakte. Ein Lieblingsbild der Italiener ist Michael der Drachentöter. Da haben wir die radikalste Rechnung. Der hochragende Held lodernd, in heißer Schönheit, sieghaftstehend; der Teufel am Boden im letzten Zucken liegend und letzten Geifer ausspeiend.

Eine solche Rechnung ohne Brüche, eine solche „Richtung" der Lebenslote entspricht nicht dem Denken und Gestalten der Nordländer. Ihr Bild von den Bewegungen des Lebendigen möchte ich dem Wellenleben des Wassers mit seiner ewigen Bewegung vergleichen. Alles drängt vorwärts, um sich zu durchdringen. Nichts ist gesondert, alles fließt ineinander über. Es gibt nicht warmes und heißes Wasser; alles mischt sich und alles drängt aus der kühlen Tiefe zur warmen Sonne. Der kräftigere Strom verdrängt das faule Wasser. Das Getümmel in diesen Wogen mit all ihren Lebewesen kennt nur das eine Gesetz der ununterbrochenen Bewegung. Die Fische schießen wie Webeschifflein, und mustern so den großen Teppich des Wasserlebens. Es gibt nicht gute und böse, sondern nur starke und schwache Fische. Ihre Farben schillern, wenn sie an die Sonne kommen; sonst gehen sie im Wassergrau unter. Nur ganz selten gibt es ein Meeresleuchten; im Strahl dieser Gnadenstunde aber darf dann auch das ärmste Fischlein wie Silber glänzen.

Shakespeare hatte als junger Dichter noch an die drei Einheiten geglaubt. Bis zu Romeo und Giulia hatte er sich wenigstens bemüht, grobe Verstöße gegen die heilige Trias zu vermeiden. Aber schon damals kochten die Begebenheiten oft über. Er begriff dann, daß es für ihn andere Reifen für seine Fässer gäbe. Die Königsdramen spotten offen der alten Gesetze; Shakespeare meistert die Jahre, wechselt den Schauplatz und drängt ganze Generationen zurück. Die Empörung der litterarischen Puristen jener Zeit muß ungefähr so stark gewesen sein wie die Hanslicks gegen das Musikdrama Wagners. Die Masse, welche von solchen Regeln und ihrer Verhöhnung nichts wußte, jubelte desto lauter den Gestalten dieser Königsdramen zu, die wie aus der Versenkung erschienen, mit zwei, drei Worten sich fest auf die Bühne stellten, ihren Spruch sagten, ihren Streich vollführten und dann ohne großen Abschied wieder verschwanden, ohne beim „Schlußbild" des Aktes noch einmal sich

pflichtschuldigst einzustellen. Gibt es etwas dramatischeres als folgende Unregelmäßigkeit: Eine Episode setzt ein, auf halbem Weg wird sie unterbrochen, Wichtigeres drängt sich vor, ein Drittes meldet sich, und von der ersten Geschichte bleibt nur ein leises Echo, das der Träge bald vergißt, der Eifrige aber wie ein Rätsel im Herz bewegt, bis sich plötzlich die Analogie einstellt. Während beim Romanen die Unterströmungen der Begebenheiten fast ganz fehlen, so daß alles wie auf dem Präsentierteller serviert erscheint, ist gerade das Heimliche, Versteckte, Unausgesprochene, also wieder das Negative bei Shakespeare der Hauptredner. Er braucht deshalb reife Zuhörer mit offenen Augen und Ohren. Ein Gewoge, ein Brodeln sind seine Dramen, kein Strom mit gleichmäßigem Fluß, dessen hemmende Steine man schon von fern erkennt.

Bei Rembrandt läßt sich etwas Änliches beobachten. Die südliche Kunst bestreitet alles mit der Figur. Der Mensch, womöglich der nackte Mensch, ist ihre große und einzige Formel. Aufrecht sein Gang, groß seine Gestalt, klar jede Bewegung, solide das Gerüst des Leibes. Im hellen Sommertag stehen auf warmen Felsblöcken nackte Männer. Ihre große Silhouette ragt in den Himmel; mit braunen Armen und lautem Gesang grüßen sie zum blauen Meer herüber. Das sind die Grundgedanken der italienischen Kunst. Bei Rembrandt bergen sich im Dunkel scheu kleine Menschlein. Sie sind nicht nackt, sondern kauern frierend in dicken schmutzigen Mänteln; sie sitzen dicht aneinander gerückt, um sich zu wärmen, und lugen ängstlich aus, um sich schnell wieder zurückzuziehen. Oft unterscheidet man die Leutchen nur mühsam vom Schilf, in dem sie sich versteckten, von dem Mauergeröll, an dem sie schlafen, von dem Höhlenloch, in dem sie die Abendsuppe kochen. Sie sind nicht Helden, sondern ein Teil der Erdkrume, ein Häuflein neben Hügeln, ein kleines Tier neben größeren. Sie herrschen nicht über die Erde, sondern diese trägt sie großmütig und duldet all ihr dumpfes Begehren. Oft sind die Blätter unschuldiger, als die, welche sich darin verkriechen. Aber auch auf sie, die Knirpse, fällt bisweilen das Licht; dann brennt ihr Auge in seligem Feuer und eine Hand hebt sich aus dem Dunkel ans Licht, die leuchtet wie eine Taube. Das Andere bleibt im Dunkel geborgen. Es gibt Niemanden, der nur Helligkeit wäre; es sei denn das heilige Kind in der Weihenacht oder im Tempel. Menschentum ist Gewirke aus Licht nnd Finsternis — heißt es auch hier; und das Dunkel ist die Regel.

Mit dieser Erkenntnis haben Shakespeare und Rembrandt ein für alle Mal das konventionelle Pathos des Südländers abgestreift. Sie stellten sich auf die unterste Sohle des Lebens und warteten nun voller Spannung auf die einzelnen seltenen Phänomene des Lichtes, die sich langsam entwickeln wollten. Es ist der umgekehrte Weg, als wenn man vom Hellen und von

der Sonne ausgeht und das Niedrige zu verdecken sucht. Indem man einsah, daß es wohl Helligkeit gibt, aber nur als Ausnahme, mußte das stolze, senkrechte Lot fallen. Es gab jetzt nur noch ein Steigen und Fallen; auch der Stärkste war nicht immer Caryatide.

V.

Der Held, der sich aus diesem dunkeln Treiben der Masse heraus hebt, ist natürlich ein anderer als der südliche Ritter Georg. Er wächst heraus aus tiefer Umklammerung'; auch dem Höchsten gelingt es nie, die Fesseln des Blutes ganz abzustreifen. Dadurch bekommen alle Gestalten etwas ungemein Bodenständiges und Wurzelechtes. Sie sind nicht erfunden und sind keine Romantiker; selbst die, welche fremde Namen tragen, verraten den Odem der englischen und holländischen Scholle. Man weiß, daß Namen wie Venedig, Verona, Rom, Orient auf Shakespeares Publikum wirkten wie die Verheißung von Tausend und einer Nacht; diese Konzession der Titel machte der Dichter aber nur um in Giulia und Porzia, in Kleopatra und Cressida dann ganz englische Frauen ohne Orientfarben und Lagunenduft zu geben. Ebenso sind Rembrandts Rabbiner und Judenbräute, Abraham- und Simeongestalten leibhaftige Porträts seiner Amsterdamer Landsleute; die Modelle hat er freilich mit Vorliebe dem Ghetto entnommen. Das Ideal der Ausgeglichenheit, des geschlossenen Konturs ist aufgegeben; alles Bestreben geht auf präzise Charakteristik, auf lebendige Wirklichkeit. Aber dieser Realismus bleibt nicht kleinlich; er erhebt sich bisweilen zu grandioser Poesie. Ein berühmtes Beispiel ist „Rembrandts Bruder mit dem Helm" im Berliner Kaiser Friedrich-Museum. Dieser Bruder hatte das Leben nicht bezwungen und war zum Säufer geworden. Schwankend trat der bestaubte Müller eines Tags zum Bruder ins Atelier, um sich Geld zu leihen. Rembrandt hatte gerade einen herrlichen Goldhelm erstanden; feinste gebuckelte Arbeit mit leuchtend rotem Samtfutter. Ohne Umstände stülpte er ihn dem überraschten Bruder auf den Kopf; ein mattes zerlebtes Gesicht saß nun unter der Haube funkelnder Kraft. Voller Scham senkt der Bruder die Augen; wie ein erschütternder Held, den die Welt überwand, steht er im Bilde vor uns. So sieht Rembrandts Heldentum aus. Aus einem Menschenwrack entwickelt er es; er braucht kein Turnier und keine Schlacht, er malt einen stilleren, negativen Kampf, von dem wir alle wissen, daß es der schwerere, der längere ist und daß er keinem erspart wird.

Vielleicht beruht bei beiden Künstlern die Sympathie für die vom Leben Angefallenen auf dem eigenen Schicksal. Shakespeare hielt als 19jähriger Bursch neben dem Londoner Globe-Theater die Pferde der Theaterbesucher. Jahrelang verlebte er die Abende in den Matrosenkneipen und hier vertrank

er auch den Groll über Mary Fitton und Lord Pembroke. Rembrandt hat in der Jugend wüst gelebt und die Amsterdamer Gassenfreuden ausgekostet: die acht Jahre mit Saskia reichten nicht hin, um sein wildes Blut zu bändigen. Es kommen die Zeiten, wo eine häßliche Trompeterswitwe in seinem Haus kommandiert, wo der Bankrott ihn aller seiner herrlichen Sammlungen beraubt, wo er schließlich bei der eigenen Tochter zur Miete wohnen muß und nur noch das Hemd auf dem Leib sein eigen nennt. So tief stürzte der Mann, der 1639 so frohgemut sich ein eigenes großes Haus gebaut hatte! In den schwersten Tagen stand ihm eine rührende Frau zur Seite, die alles mit ihm teilte, den Bankrott hinzuhalten wußte und dem wirren müden Mann nachts den Kopf hielt. Hendrickje Stoffels, über die das Konsistorium den Kirchenbann verhängte, war die Tapfere, die Rembrandt davor bewahrte, unterzugehen. Sie bewahrte ihn auch davor, auf der Sohle des Spottes anzukommen, zu der Shakespeare gelangt war, als er seinen Timon von Athen dichtete! Freilich ist Shakespeare später wieder von solcher Verachtung genesen.

Menschen, die selber so schwer mit dem Leben kämpfen, werden vor allem gütig. „Nicht mit zu hassen, mit zu lieben bin ich da" ist ihre Grundstimmung. Es ist die echte Sympatheia, die nicht gutheißt, aber auch nicht verurteilt, die nichts Gleißendes duldet, aber auch im letzten Bettler das Gefäß göttlicher Gnade sieht.

Die Gnade! Wie anders strahlt ihr Licht dem Nordländer als den Kindern des Südens! Eine italienische Madonna lächelt freilich auch Gnade; ihr der Unberührbaren ist es nicht benommen, daß die leicht Verführbaren traulich zu ihr kommen. Wenn Sonntags ihr goldenes Bild enthüllt wird, dann glänzt ihr mildes Auge Ruhe und Frieden in das Herz des Bauern und der Edelfrau; wie Moses leuchtend kehren die Übersonnten zum Tagewerk zurück. Aber das ist nicht die Gnade, die der Protestant erfleht. Rembrandt hat in seinen letzten Jahren ein Bild (heute in Petersburg) gemalt, wie der verlorene Sohn zum Vater zurückkehrt. Ein völlig Zerlumpter, fast Nackter kommt daher; er stürzt wie ein gänzlich Zerschlagener vor dem Vater nieder. Sein Auge wagt nicht zu bitten, seine Hand sucht keine zweite, die sich entgegenstreckt; der ganze Leib ist nichts als ein einziger Schrei nach Rettung. Und nun beugt sich der Vater innig über ihn. Statt des Ave Maria gratia plena, mit dem die Südländer die heilige Frau grüßen, ringt sich hier das Geständnis: cor nostrum contritum est von bleichen, zitternden Lippen.

Bei Shakespeare hat nicht die Gnade das letzte Wort, sondern das Märchen. Man hat von dem Rokokocharakter seiner Schlußzeit gesprochen; ich nenne sie sie seine Schumann-Periode. Romantik durchzittert die Stücke, die auf Coriolan folgen: Perikles, Cymbeline, Wintermärchen, Sturm. Diese

Stücke heben sich von den andern ab durch die lichten Frauen, die hier herrschen: Marina, Imogen, Hermione, Perdita, Miranda. Diese Gestalten sind wie ein Unterpfand für eine hellere Wirklichkeit. Auch sie sind Gestalten des Glaubens.

VI.

Georg Brandes hat Shakespeares Frauen unter sechs verschiedene Typen gebracht: Zur Virago gehört Tamora, Lady Macbeth, Goneril und Regan (dies die Blutdürstigen) und Katharina und Adriana (die Schmähsüchtigen). Die zweite Kategorie bilden die leidenschaftlich liebenden Frauen: Giulia, Venus, Titania, Helena. Zu den Geistreich-Munteren rechnen wir: Porzia, Rosalinde, Beatrice, Viola. Es folgen viertens die Tragischen: Ophelia, Desdemona, Cordelia. Den fünften sinnlichen Typus vertreten Kleopatra und Cressida; endlich den romantischen die vier oben genannten Frauen.

Welch eine Breite und Gewalt des Weibtums ist durch diese Liste angedeutet! Welche Zugeständnisse an die Fülle der Möglichkeiten, die das Wort Frau umschließt. Die Frau ist nicht nur in der Antike, sondern auch in der Renaissance von den Romanen nie als dem Manne ebenbürtig anerkannt worden. Ihre Machtsphäre wurde hier immer auf das Geschlechtliche beschränkt. So lange der Mann dem Weibe nur als Ritter gegenüber steht, demütigt er sie als die Schutzbedürftige, die solchen Schutz natürlich zu belohnen hat. Zu dieser Unterschätzung der Frau hat der Romane dann als Äquivalent die Überschätzung derselben in der Madonna gefügt.

Ganz anders würdigt der Nordländer die Frau; er rehabilitiert sie, indem er sie zur Rivalin erhebt. Shakespeare leugnet den tiefen Unterschied zwischen Mann und Weib keineswegs; aber er anerkennt die besonderen Waffen, die nur das Weib benutzen kann. Er würdigt die Stärke dieser Wehr auch da, wo er sie verflucht. Shakespeare hat zum ersten Mal die Macht des Weibes in all ihren Verzweigungen blosgelegt. Die dunkeln Farben überwiegen auch hier; aber die Schattierungen sind nicht zu zählen. Er führt uns von der lichtesten Höhe — Giulias Monolog: „Hinab du flammenhufiges Gespann“ ist doch wohl das Wunderbarste was Shakespeare überhaupt gelungen ist — Stufe um Stufe herab bis zu der falschesten Teufelin Kleopatra und zu der naiv hündischen Grisette Cressida. Welche Abarten enthüllt das eine Drama König Lear! Auch der stärkste Farbenauftrag wirkt nicht wie Erfindung; nur allzu gut fühlen wir die unheimliche elementare Gewalt dieser drei Schwesterngestalten. Vor allem aber zeigt sich folgendes: Alle Frauen Shakespeares, ob gut, ob böse, haben etwas ganz Geschlossenes; so wie sie sind, müssen sie sein, sie können sich nicht entrinnen. Ob das immer erfreulich

ist, ist eine ganz andere Frage. Neben diesen geschlossenen Silhouetten wirken die der Männer viel zackiger, unruhiger. Deren Wesen liegt in der Betätigung, nicht im Sein. Ich denke hier übrigens nicht an Hamlet; all das alte Gerede von seinem Zaudern, „weil er das Wesen der Welt durchschaue und eine einzelne Handlung für nutzlos hielte", ist falsch; Hamlet kann gar nicht handeln, weil man ihn einfach für verrückt halten und einsperren würde. Ich denke vielmehr an Antonius, an Coriolan, an Othello und vor allem an all die tapferen Griechen vor Troja, die nach ihren Weibchen suchen. Selten schildert Shakespeare eine reine lichte Frau; aber tut er es, so entsteht ein unbeschreibliches Bild. Dann sehen wir, was wir für unmöglich hielten, daß es auch in dieser Sphäre Menschen gibt, die von Natur gut sind, an denen alles Häßliche abgleitet, die selbst die Bosheit entkräften und beschämen. Das Erlebnis dieser Gestalten gehört zu dem Duftigsten, was wir Shakespeare verdanken.

Für die Naturgewalt der weiblichen Empfindung wird Giulia immer das klassische Beispiel bleiben. Noch einmal erinnere ich an den oben erwähnten Monolog. Ohne Zaudern spricht das fünfzehnjährige Mädchen von der freudigen Bereitwilligkeit, sich dem Geliebten hinzugeben; sie hat den Mut, ihre natürliche Scham beiseite zu schieben. Das haben deutsche Professoren sehr übel vermerkt; Ed. von Hartmann hat eine schlimme Schrift auf Giulia geschrieben. So können nur Leute urteilen, die das explosive Recht eines elementaren Naturdranges nicht anerkennen wollen. Shakespeare wollte hier zwei junge Menschen schildern, die Pulver in den Adern haben und noch von keiner Enttäuschung im Leben wissen. Giulia ist dabei die Treibende, welche alle Fäden in der Hand hält. Sie ist die Mutige, die ohne Zaudern den Geliebten in die Kammer, die aber auch ohne Zaudern sich in die Totengruft bringen läßt. Vorbilder hat Shakespeare hier so wenig wie je aufstellen wollen; wohl aber Gestalten, deren Natur geschlossen und konzentriert ist, deren Wesen ihr Schicksal ist, deren Lust und Leid nicht von Zufall und Launen abhängt.

Ist Rembrandt dem großen Britten in diese Mysterien gefolgt? Ich will von einigen Bildern berichten, in denen er seine Meinung über die Frau gesagt hat. In Berlin hängt ein wohlbekanntes Bild: „Der Prediger Anslo und seine Frau". Früher hielt man diese Frau für eine trauernde Witwe, die in die Sprechstunde gekommen sei, um sich trösten zu lassen. Das ist unmöglich; auch heute ließe sich kein Arzt mit irgend einem Tagespatienten auf der Leinwand verewigen. Das Bild hat eine Wespentaille; es ist aus zwei heterogenen Porträts zusammengestellt. Der Mann ist geschäftig am Reden; das ist sein Beruf als Seelsorger, der mehr sagen muß, als seine Seele empfinden kann. Die Frau läßt ihn ruhig ausreden. Sie stört ihn

nicht, aber sie denkt das Ihre. Wahrscheinlich ist sie die Tüchtigere; jedenfalls die Schweigsamere.

Bei „Josephs Versuchung" (auch in Berlin) ist natürlich Frau Potiphar die Hauptperson. Als junger Mensch hat Rembrandt die Szene radiert, wie die Frau schamlos auf dem Bett liegt und den forteilenden Joseph festhalten will. Auf dem später (nach 1650) gemalten Bild gibt er die Szene viel feiner. Der Gatte ist eben in das Boudoir gekommen; schnell ordnet die Frau in leichter Verwirrung ihre Toilette. In der Sekunde ist ihr Plan fertig. Sie drehte den Spieß um und bezeichnet Joseph als den Angreifer. Ein feiner Zug dabei ist es, wenn sie bei dieser Lüge beide Männer nicht anzusehen wagt, vor sich hinblickt und nervös mit dem Füßchen wippt. Hier haben wir Sinnlichkeit und Bosheit zusammen; Frau Potiphar ist ein Gemisch von Cressida und Katharina.

Ein drittes Berliner Bild zeigt Rembrandts Freundin Hendrickje Stoffels am Fenster. Es ist ein rührend liebes Geschöpf mit warmen, großen Augen, ganz Natur und Einfachheit. Schlicht steht sie am Fenster und blickt auf die Straße. Den Ehering darf sie nicht offen tragen, da sonst Saskias Erbe verloren ginge; aber sie trägt ihn an einem Band auf der Brust, an ihrem Herzen. Damit gab sie sich zu frieden; sie wußte, was sie mit Rembrandts Herz besaß. Noch mehrmals hat Rembrandt so ein liebes schlichtes Ding gemalt; ein Bild hängt im Salon carré des Louvre, ein anderes befindet sich in der Sammlung Kann-Paris, ähnliche in Baldison-Park und bei Robert von Mendelsohn in Berlin. Diese Fünfzahl beweist, daß Rembrandt auch in später Zeit — denn alle diese Bilder sind nach 1650 gemalt — zur Frau gern wie zu einer lichten Blüte aufschaute; auch die vielen lesenden „alten Frauen" die so feierlich und würdig im Lehnstuhl mit der Bibel sitzen, könnte man hier verwerten. In dieser Spätzeit hören die Delila-Bilder auf. Es gibt drei davon; das in Potsdam (Sanssouci) ist das empörendste.

Rembrandt hat wie jeder Künstler auch den weiblichen Akt gemalt. Ein berühmtes Bild ist seine sog. Danae in Petersburg, die wahrscheinlich die Frau des Königs Kandaules darstellen soll, deren Gatte dem Freunde Gyges die entkleidete Fürstin zeigt (die Episode stammt von Herodot und ist durch Hebbel allgemein bekannt geworden). Rembrandt zeigt uns hier ein junges Mädchen auf dem Lager, tief in den Kissen liegend. Sie ist ganz Natur und keine Pose bedroht ihr kindlich einfaches Wesen. In dieser Figur kommt Rembrandt Shakesspeare ganz nahe. Es ist ein blühendes Geschöpf, nichts als dies, aber ergreifend in dieser Anspruchslosigkeit.

Diese süße Poesie fehlt den meisten anderen Akten Rembrandts; es ist viel absichtlich Ordinäres darunter. Das Festliche, Herrische, das jeder italienische

Akt hat, fehlt durchweg; und wenn einmal die große Körpersilhouette im warmen Licht vor dunkeln Vorhängen leuchtet wie auf der Bathseba des Louvre, dann zieht das Treiben der Dienerin, welche die Füße der Herrin putzt oder die Nägel schneidet, wieder in den Alltag herab.

VII.

Am aller deutlichsten wird uns der tiefe Gegensatz, in dem beide Künstler zum Süden stehen, wenn sie sich in eben diesen Süden selbst begeben. Shakespeare wuchs auf in der allgemeinen Annahme, alle Kultur komme aus Italien; Antike und Renaissance galten dem Elisabethtanischen Zeitalter schlechthin als die hohe Schule des Geistes. Er verfügte dann, als er ans Schaffen ging, über ein Paterre, das der Exotische liebte und gern mit der Phantasie an die äußerste Thule reiste. So erklärte es sich, wie viele seiner Gestalten am Mittelmeer stehen. Es genügt, einige Titel zu nennen: Die Edelleute von Verona, Venus und Adonis und Lucrezia (die Epen), Romeo und Giulia, der Kaufmann von Venedig, Othello, der Widerspenstigen Zähmung, Julius Caesar, Antonius und Kleopatra, Troilus und Cressida, Coriolan, Timon von Athen, Pericles, Cymbeline. Den Stoff zu diesen Dramen fand er bei Homer, Plutarch, Ovid, Seneca, in den gesta Romanorum, bei Boccaccio, Ser Giovanni Fiorentino, Masuccio von Salerno, Bandello. Die Städte dieser Dramen heißen: Troja, Athen, Egypten, Rom, Venedig, Verona, Genua, Pisa. Man hat wahrscheinlich gemacht, daß Shakespeare einmal (um 1593) eine Reise nach Italien unternommen hat. Der Fabel nach ist er also so humanistisch wie möglich, wenn auch die nationalen Stoffe überwiegen. Wie aber schildert er die Menschen des Südens? Hält er sie deutlich von den Nordländern unterschieden? Ein Romeo und seine Giulia tragen wohl die Kraft der südlichen Leidenschaft in sich und die widerspänstigen Launen einer Katharina stehen einer Pisanerin wohl an; auch Porzias kluge Schelmerei wäre in Venedig wohl denkbar. Aber wie steht es mit Timon, dem Athener und Coriolan, dem Römer? Ist Antonius ein Lateiner und Pericles ein Grieche? Konnte der Dichter, der alles von innen nach außen entwickelt, dessen Geschöpfe ihren stürmischen Seelen folgen müssen, Naturen schildern, die nicht Drang, sondern Spiegel sind, die sich dem Augenblick ergeben und die düsteren Wonnen des Pessimismus nicht kennen? In Kleopatra wollte Shakespeare eine Asia-Capua mit all dem schwülen Duft markzerfressender Buhlerei schildern, eine glatte gelbe Schöne, die Ambraduft und heißes Begehren verbreitet. Die Schlimme ist ihm nur zu gut geraten; aber ihre Wiege stand nicht im Orient, sondern in London und ihre Künste lernte sie am Hofe

Jacobs. Am schrillsten hat Shakespeare den Gegensatz zur Antike in seinem „homerischen Gesang" Troilus und Cressida formuliert. Gewiß, es war nicht Homer, der seinen Spott reizte, sondern Chapemans Verballhornisierung des Rapsoden. Bei diesem literarischen Scharmützel geriet er in einen tieferen Trotz. Er las Homer mit dem kritischen Auge der sittlichen Emphase und fühlte, daß hier auf Schritt und Tritt in naiver Weise Sünde und Laster sich hasche. Was waren denn das für Helden, die um einer Ehebrecherin willen aus Troia gezogen, hier zehn Jahre lang im Nichtstun und Hader herumlagen, und einem anderen Mädchen zu Liebe allen Kampf einstellten? War Achill wirklich edel, wenn er um der Briseis willen die Myrmidonen vom Kampfe abberief? War Agamemnon nicht vor allem eitel, wenn er, um König zu werden, die eigene Tochter hinschlachtete? Und nun ging Shakespeare an ein grimmiges Umformen des alten ehrwürdigen Stoffes; mit galliger Lust bildete er Weiberknechte und Grisetten, Feiglinge und Prasser, flatterhafte Weiber und brünstige Liebhaber und belegte dann diese anziehenden Personen mit den feierlichen Namen: Achill, Agamemnon, Nestor, Aiax, Diomedes, Paris! Der einzige „Held", der ein kerniges Wort sagt, der keine Flausen macht, freilich auch keine Lebensart hat, ist — Thersites, der bucklige Schwätzer! Es muß eine seltsame Lust für Shakespeares gewesen sein, als das Stück zum ersten Mal aufgeführt wurde, als alles sprachlos dasaß und den Kopf schüttelte, während die saftigsten Worte auf die erlauchtesten Häupter nieder regneten, als Achill feig vor Hector floh und ihn dann von seinen Myrmilonen nieder stechen ließ, als Cressida von Lippe zu Lippe hüpfte und der greise Kalchas munter ins Lager der Feinde überging. Welch eine Ironie machte sich hier Luft! Wie hohl und gleißend müssen die Reden der englischen Humanisten gewesen sein, mit denen sie ihren Zuhörern griechische Spitzen gekräuselt hatten, daß Shakesspeare sie mit solchem brutalen Cynismus nun verhöhnte!

Daß Shakespeare für sich persönlich nicht so über die Alten gedacht hat, beweist sein Studium derselben. Plutarch war sein Lieblingsschriftsteller, ebenso wie der Beethovens. Wenn es ihm zu bunt wurde am Hof der gefallsüchtigen Elisabeth, die noch als Siebzigjährige vor den schottischen Gesandten im kurzen Röckchen Ballet tanzte zum Zeichen ihrer ewigen Jugend, dann schloß er sich in seine Kammer und las die lateinischen alten lieben Geschichten. Über Rom hat er Worte gesagt, welche die ewige Stadt zu den größten Huldigungen zählen kann. Aber je vertrauter ihm selbst diese alte große Welt war, destomehr empörte ihm das Geschwätz der Banausen. Und da wo er nicht gereizt wurde, fühlte er doch die Kluft welche den südlichen Menschen von dem nordischen trennt, als eine unüberbrückbare. Der Begriff der Sünde fehlt dem Menschen der klaren Luft; ihr Leben ist natürliche Hingabe an den

Augenblick. Die Glücklichen blühen in dieser Sonne der Wärme und Freiheit, die anderen gehen ohne tieferen Kampf in den Schoß der Erde zurück. Shakespeares ganze Leidenschaft ist der Kampf; alles Leben bedeutet ihm Ringen, Sieg und Niederlage. So konnten ihm die Menschen des Südens keine Probleme entlocken.

Rembrandt kann in diesem Zusammenhang neben Shakespeare nur bescheiden genannt werden. Seine Kunst hat sich selten mit den Leuten des Mittelmeeres auseinander gesetzt. Aber auch er hat bisweilen die mythologischen Fabeln auf seine Art gedeutet. Auf der Rembrandt-Ausstellung in Amsterdam 1898 erschien ein Bild „Diana und Actäon" (wieder ausgestellt in Düsseldorf 1904) das der Fürst zu Salm-Salm auf Anholt hergeliehen hatte; hier ist die Überraschung der badenden Göttin durch den Jäger verbunden mit der Entdeckung des Fehltritts der Callisto. Diese Dame hat nun jeden Rest einer Nymphe aus Hellas abgestreift; das arme Ding strampelt nach bester holländischer Tradition, schlägt um sich, beißt und kratzt wie eine wilde Katze. So also sehen in Rembrandts Augen griechische Göttinnen und Wassermädchen aus? — Bekannter ist der Ganymed in Dresden, den der böse Adler hoch in die Lüfte trägt. Der arme stramme Kleine hängt in seinen Fängen wie ein Häufchen Unglück. Die Kirschen hat er noch in den kleinen Fäusten, das Mäulchen verzieht sich bei dem Gebrüll und in der Angst läßt der kleine Bursche Wasser. Leochares und auch Michelangelo haben das alles sehr anders aufgefaßt: Bei ihnen wird der schönste Jüngling von Zeus der Erde entrückt; der königliche Vogel trägt die jungen Glieder wie die glänzendste Beute. Ein Leuchten liegt über dem stolzen Gesichts Ganymeds.

Aus der Spätzeit (von 1663) gibt es dann aber ein Bild von Rembrandt, der „Homer" (leider halb verbrannt), wo der greise blinde Rapsode dem Schreiber die Verse diktiert und dabei leise mit der Hand den Sechsfuß skandiert. Hier hat Rembrandt einen alten Abguß nach der bekannten antiken Büste des blinden „Homer" für den Kopf benutzt. Das Bild ist herrlich in den Farben, und die feierliche Tätigkeit des greisen Sängers ist voller Erfurcht geschildert. Aber dieser diktierende Greis ist nicht der Homer der Ilias; der saß nicht im Zimmer, in warme Mäntel gehüllt, und der diktierte nicht. Sondern der echte Homer stand auf der Wiese vor der Stadt und sang und erzählte jungen und alten Ohren. Seine Worte brauchten nicht niedergeschrieben zu werden; sie gingen von Mund zu Mund.

Die Renaissancekunst hat Rembrandt mehrfach benutzt; aber etwa in der Weise, wie Shakespeare den Boccaccio oder Bandello. Er hat in seinen Mappen einen Stich nach Leonardos Abendmahl besessen. Zweimal setzte er sich hin und bildete die Scene in seinem Sinne um. Die Komposition

Leonardes schien ihm seitlich abzubrechen, wegen des langen Tisches; deshalb errichtete er einen hohen schweren Baldachin in der Mitte. Die markante Fingersprache der Apostel schien ihm übertrieben; er half sich mit anderen Gesten. Das weite hallende Gemach erschien ihm leer, er strich es. Überall fühlen wir, das die Werte sich nicht decken. Was hätte Rembrandt wohl zu einem Botticelli gesagt?

VIII.

Eine letzte Betrachtung möge den Porträtisten Shakespeare und Rembrandt gelten. Sie haben den gleichen Pinselstrich und das gleiche Bestreben, durch das Rätselhafte ihrer Skizze zu locken. Das Wesen der italienischen wie der primitiven Porträts in Süd und Nord ist saubere Abgeschlossenheit. Alles ist wie unter der Lupe gemalt. Ebenso in der Dichtung. Tritt hier im Ritterepos oder der Novelle ein Held auf, so wird er dem Publikum vorgestellt und minutiös beschrieben. Diese Methode gilt auch noch bei Ariost und Tasso, sie gilt bei Racine und Corneille. Das Charakteristische der Porträts Shakespeares und Rembrandts ist das Skizzenhafte. Bei Shakespeare erscheinen die Menschen oft nur für ein Moment; wir glauben bisweilen nicht den ganzen Kerl, sondern nur einen Arm, ein Bein zu sehen. Aber das Bild dieser Erscheinung ist da, deutlich, unvergeßlich. Wenn der Mann zwei Worte spricht, hat er seinen Platz und kein Sturm kann ihn wegblasen. Genau so macht es Rembrandt, namentlich in der Radierung. Da gibt es manchmal nur einen Hinterkopf, einen Ellbogen, zwei Hände, es genügt. Die gemalten Porträts sind wie Baumrinde gefurcht; bei der buttrigen Malweise, bei welcher oft der Pinsel umgedreht und mit dem Holz gekratzt wird, fährt Rembrandt wie im Brei herum. Die Farbe ist oft ganz dick gesetzt; man hat behauptet, manche Porträts Rembrandts könne man an der Nasenspitze hochheben. Überall das Gegenteil von Ausgeglichenheit, Glätte, Abschluß. Das milde Greisenalter, in dem sich alles beruhigt, hat Rembrandt ebensowenig gemalt wie Shakespeare es gedichtet hat. Der Dichter hat den Greis im König Lear nur dazu benutzt, um den Gegensatz körperlicher Schwäche und innerer Leidenschaft zu schildern. Rembrandt erfuhr am eignen Leibe, daß Altern Abbröckeln heiße und daß der Weißbart dem Baumriesen gleiche, der vom Sturm entblättert und schließlich geknickt wird. Wie anders wirkt ein Greisenkopf Giambellinis oder Tizians! Wieder fühlen wir: Die Nordländer lassen sich nicht auf den festlichen Schein ein. Menschenleben ist harter Strauß und eine Rechnung, die nie glatt aufgeht. Es genügt ihnen, zu zeigen, welche Mächte in dem und jenem Wesen überwiegen und wo ein Rest von Helle, Frische und Freude geblieben sei. Die Paradestellung wird beim Porträt vermieden nnd eher eine un-

günstige als eine leere Situation gegeben. Beide Künstler treiben bisweilen ein Versteckenspielen mit ihren Modellen, lassen sie widerspruchsvoll erscheinen, um den Zuschauer doppelt zu reizen. Manche Radirungen Rembrandts, wie die des Ephraim Bonus, sind unerschöpflich in ihren Widersprüchen. Dieser zum Krankenbesuch ausgehende Arzt ist wohl gütig, aber auch ein wenig listig, er ist nicht blos Mediziner und doch außerordentlich tüchtig, er ist wahrhaftig, aber nicht offen. Wieviel Shakespearesche Gestalten ließen sich dem an die Seite setzen! Bei den Romanen ist dagegen fast jedes Porträt auf einen bestimmten Moment zugespitzt; die festliche Note überwiegt.

IX.

Wir gingen vom Licht aus und wir kehren noch einmal dahin zurück. Auf Correggios „Christnacht" in Dresden strahlt der kleine Christuskörper Licht aus und füllt dadurch die nächtige Höhle mit Glanz. Auf Rembrandts Bild „Die Darbringung im Tempel" (Haag) fällt auf den kleinen Christ die Kraft der Sonne durch die höchsten Kirchenfenster. Wir sind Lichtempfänger, nicht Protuberanzen, sagen Rembrandt und Shakespeare. Das Dunkele, im optischen und moralischen Sinn, ist das Herrschende. Man kann an Hamlet nicht denken, ohne die Wolken, die Nebel der Lüge und Sünde zu sehen, die sich am Dänischen Hof, im faulen Staate ausbreiten; sie sind so dicht, daß Hamlet den Blitz der Mordbezichtigung nicht schleudern kann — die Wolken sind zu stark. Die ganze englische Königsgeschichte ist Wolke und Dunkel, Blut und Nacht; auf dem dunklen Grund blitzen einige helle Gestalten auf. Das Allgemeine ist durchweg mächtiger als das Persönliche. Es gibt ein Bild von Rembrandt, wie Christus mit den Jüngern auf dem Meere im Sturm fährt. Alles ist Woge, Wolke, Sturm und Wind; eine kleine Nußschale fliegt auf den Schäumen herum, in der sitzen und zagen die kleinsten Menschlein. Das Elementare herrscht. Die Menschen sinken oft zu Ornamenten herab. Es ist in einem früheren Jahrgang dieses Jahrbuches versucht worden auf die Stärke des Elementaren bei R. Wagner hinzuweisen. Ähnliches gilt bei Shakespeare und Rembrandt. Aber nicht nur die sichtbaren Elemente herrschen; auch die heimlichen Geister bekommen breite Bahn. Die unsichtbaren Kräfte: Abstammung, Vererbung, Klima, Gewöhnung, Umgebung melden sich an. Sie rufen mit starkem Brüllen ihren Fluch über die Heide. Deren morastiger Boden birgt die Jahrhunderte kleinen ängstlichen Menschenlebens und verschlingt weiter Opfer um Opfer. Wer in solchen Schlamm feststehen will, der muß erst die Leiche des Feindes unter seinen Füßen bringen oder die Kraft haben, Baumstämme zu fällen. Denn die Natur lauert, sie ist des Menschen Feind. Ein altes Dünengesetz befiehlt, daß der, welcher seinen Damm nicht stark genug baut, sodaß das

Wasser durchbrach, mit dem eigenen Leib die Lücke stopfen müsse. So harte Gebote kannte auch noch das 17. Jahrhundert; denn nur so konnte es seiner elementaren Feinde Herr werden. Welch anderes Bild im Süden, wo in der Sonne auf den Felsen braune Männer stehen und der blauen freundlichen Woge zuwinken.

Der Verfasser von „Auch Einer“ hat das schöne Wort geprägt: „Wer nicht sucht, der findet.“ Dem möchte ich Edgars Wort vergleichen: „Reif sein ist alles.“ Das Leben unserer beiden Künstler ist ein solches Reif werden gewesen. Wild und ungestüm hat der Sturzbach ihrer Jugend geschäumt; die Fluten der Männerjahre haben weggerissen, was sich ihnen entgegen stemmte. Nun, am Ende der Arbeit, strömt der breite Fluß ihres Willens majestätisch ruhig durch die prangenden Fluren, um in das Meer der Ewigkeit freudebrausend einzumünden. Rembrandts „Reifsein“ sind die Staalmeesters in Amsterdam; Shakespeares schönster Gleichmut glänzt aus Cymbeline hervor. Die Zeit, welche zwischen beiden Werken liegt, heißt der 30jährige Krieg. Der Lärm der Schlachten und die Müdigkeit der Wunden gestatteten es den Kriegern jener Tage nicht, zu begreifen, was jenseits der Speere geschaffen wurde. Wir Heutigen fangen endlich an zu verstehen, daß Shakespeare und Rembrandt uns die großen Erstlingsgaben unserer nordischen Kultur geschenkt haben, einer Kultur, welche der jenseits der Alpen durchaus entgegengesetzt ist. Noch sind wir weit davon entfernt, daß der Ausbau dieser Errungenschaften dem der romanischen Kultur gleiche; kennen wir ja kaum ihre großen Anfänge.



Die Geschichte der Nationalsozialen.

Dargestellt
von
Martin Wenck.

Der erste Jahrgang der „Patria" enthält eine geschichtliche Darstellung der Entwicklung der jüngeren Christlichsozialen. Ihr sollte schon in einem der nächsten Jahrgänge eine Historiographie der nationalsozialen Bewegung folgen. Allein es fehlte an der Umgrenzung eines bestimmten Abschnitts dieser damals erst im Fluß befindlichen Bewegung, bis zu dem die Historiographie einheitlich hätte durchgeführt werden können. Er wäre frühestens in dem Augenblick gegeben gewesen, wo die politisch-programmatische Arbeit der Nationalsozialen einen vorläufigen Abschluß erreichte oder wo ihre Gedanken eine parlamentarische Vertretung fanden. Jenes war zwar im wesentlichen Ende des Jahres 1902 nach dem Vertretertag in Hannover erreicht und dieses sollte bei den Reichstagswahlen 1903 erreicht werden. Aber gerade nachdem der erste und zugleich einzige nationalsoziale Abgeordnete gewählt worden war, beschloß ein nationalsozialer Vertretertag Ende August desselben Jahres die Liquidation der eigenen politischen Organisation! Und so ist heute der Historiograph der nationalsozialen Bewegung, wo er daran geht, die im ersten Jahrgang der „Patria" begonnene Arbeit fortzusetzen, zugleich vor die Aufgabe gestellt, auch schon den Nekrolog über eine politische Organisation zu schreiben, deren agitatorischen Zwecken er im Jahre 1900 dienen wollte, als er sich im Einverständnis mit dem Herausgeber der „Patria" vornahm, die theoretische und parteipolitisch praktische Arbeit der Nationalsozialen historisch zu schildern.

Und doch soll die Arbeit auch jetzt, wo sie von einer in sich abgeschlossenen Bewegung redet, nicht ein rein historisches Interesse befriedigen. Das würde dann besser durch einen Autor geschehen, der, selbst unbeteiligt an der nationalsozialen Arbeit, aus der geschichtlichen Vogelperspektive auf die Jahre 1896

bis 1903 zurückschaut. Nein — einer so strengen Objektivität ich mich auch zu befleißigen haben werde, diese Geschichte der Nationalsozialen soll und darf auch jetzt noch ein Stück werbender Kraft besitzen. Nicht in dem Sinne, daß sie für den Anschluß etwa an den liberalen Wahlverein wirbt, in dessen Rahmen sich heute die überwiegende Anzahl der Mitglieder der ehemaligen nationalsozialen Organisation parteipolitisch betätigen. Das muß ich denen überlassen, die diese Art Fortsetzung nationalsozialer Arbeit für richtig gehalten haben. Meine historische Darstellung soll vielmehr, indem sie aufweist, was die Nationalsozialen gewollt und was sie sich errungen haben an politischer Erkenntnis und Überzeugung, das Problem von neuem vor Augen führen, von dessen Lösung des deutschen Volkes Zukunft nach wie vor abhängt, „die Verschmelzung der nationalen und der sozialen Gedankenwelt“. Denn trotz aller Mißerfolge auf parteipolitischem Gebiet ist von den Nationalsozialen für diese Verschmelzung ein Stück tüchtiger Vorarbeit geleistet worden. Und das nicht zum mindesten gerade dadurch, daß in ihren eigenen Reihen all die theoretischen und praktischen Schwierigkeiten, die sich dieser notwendigen Verschmelzung entgegenstellen, voll empfunden worden sind.

Der nationalsoziale Verein, der sich zur Aufgabe stellte, einen nationalen Sozialismus zu vertreten, hat dessen Ideen erst selbst in harten Kämpfen klären müssen. Er ist nicht aus einer Schaar auch nur in den allerwichtigsten politischen Fragen von vornherein gleichgesinnter Männer und Frauen herausgeboren worden. Für die einen war der Ausgang ihrer politischen Betätigung der christliche Gedanke, für andere der nationale, für wieder andere der soziale, teils im Sinne der bürgerlichen Sozialreform, teils in dem des mehr oder weniger von Marx beeinflußten Sozialismus. Wiederum andere gingen von einer sozialreformerischen Spezialidee, z. B. der bodenreformerischen, aus. Wie sie sich zusammenfanden in der Verbindung des Nationalismus und Sozialismus, zuerst und recht scharf die christliche Grundlage betonend, dann mehr und mehr auf einem rein politischen Prinzip fußend, und von dieser Vereinigung aus eine einheitliche, feste Stellung fanden zu den politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen, das macht zu einem guten Teil die Geschichte der Nationalsozialen aus und hat darum ein historisches Interesse. Es hat aber zugleich auch für die schließliche praktische Lösung jenes Problems der Zusammenschweißung des Nationalismus und Sozialismus mindestens den Wert eines interessanten parteipolitischen Experiments, wenn nicht gar, wie wir meinen und hoffen, den Wert eines Vorbildes für eine künftige Parteibildung, die sich unter günstigeren politischen Konstellationen siegreicher Bahn brechen mag, als es diesem Versuch in der nationalsozialen Bewegung vergönnt gewesen ist.

Doch nun zu der geschichtlichen Darstellung selbst!

1. Vorgeschichtliches.

Kann man auch formell mit Recht einen in den Tagen vom 23. bis 25. November 1896 in Erfurt abgehaltenen Kongreß, der später als der erste Vertretertag der Nationalsozialen bezeichnet wurde, als den Geburtsakt der nationalsozialen Bewegung bezeichnen, so muß zu seinem Verständnis vorausgeschickt werden, wie es zu einem solchen Kongreß kam. Und das führt uns sogleich auf die verschiedenen Gruppen von Männern und Frauen, die sich dann im nationalsozialen Verein zusammengefunden haben.

Die Hauptgruppe bildeten die jüngeren Christlichsozialen, über deren Entwicklung bis zum Jahre 1896 jener frühere Aufsatz in der „Patria" (1900) Aufschluß gab. Das Recht, sie als die Hauptgruppe zu bezeichnen, ist mehrfach begründet. Zunächst in dem rein äußeren Umstand, daß sie der Zahl nach die stärkste Gruppe waren und schon über eine gewisse Organisation verfügten, die jenen Kongreß vorbereitete. Dann aber in dem Umstand, daß Friedrich Naumann der Führer war, dessen soziale und politische Anschauungen auf die anderen Gruppen erst die Anziehungskraft ausübten, die zu einem Zusammenschluß führte. Nach dem endgültigen Bruch mit Stöcker, der sich im Frühjahr 1896 vollzogen hatte, mußten die jüngeren Christlichsozialen unter Führung von Naumann und Paul Göhre darauf bedacht sein, den eigenen um die seit dem 1. Januar 1895 erscheinende „Hilfe" gesammelten Kreis zu erweitern und zu konsolidieren, sowie Fühlung mit verwandten Kreisen zu suchen.

Der hier nächstliegende Kreis war gebildet von solchen Mitgliedern der älteren christlichsozialen Partei, die Stöckers scharfe Ablehnung der Naumannschen Richtung, wie sie von ihm in einem Artikel seiner Kirchenzeitung unter der Überschrift „Konservativ und christlichsozial" ausgesprochen worden war, mißbilligten. Zu ihnen gehörten vor allem die beiden Redakteure des Stöckerschen „Volk", Heinrich Oberwinder und Hellmuth von Gerlach. Vor die Wahl gestellt, die jüngeren Christlichsozialen „grundsätzlich" zu bekämpfen oder ihre Tätigkeit am „Volk" einzustellen, hatten sie es vorgezogen, sich Naumann anzuschließen. Und ihnen folgten neben anderen, die in der Öffentlichkeit weniger hervorgetreten sind, ein reichbegabter Vertreter des Arbeiterstandes: Lithograph Chr. Tischendörffer aus Berlin und der schriftstellerisch tätige Pfarrer Erwin Gros, damals in Hartenrod, später in Esch (Taunus), dessen tapfere Betätigung einer christlichsozialen Gesinnung ihn mit seiner Kirchenbehörde in Konflikt gebracht hatte. Ein dritter Kreis, der schon bisher persönliche Beziehungen mit Naumann, vor allem durch den Evangelischsozialen Kongreß, unterhalten hatte, bestand aus jüngeren Nationalökonomen, unter denen Professor Max Weber schon in dem früheren Aufsatz der „Patria" als der

Mann genannt worden ist, durch dessen Schrift „Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik“ den jüngeren Christlichsozialen, vor allem Naumann selbst, eine ganz neue politische Perspektive eröffnet worden war: die Erkenntnis des Nationalen als politischen Machtfaktors. Zu diesen Männern gehörte auch Dr. Klumker, damals noch in Leipzig. Gerade hier in Leipzig sind dann weitere Kreise zu nennen. Einmal eine Gruppe von Mitgliedern des Evangelischen Arbeitervereins, aus denen hervorragten Lithograph Kreutziger und Maurermeister Moritz Naumann. Dann aus dem Kreis der Leipziger Sozial-wissenschaftlichen Vereinigung die beiden akademischen Lehrer Geh. Hofrat Prof. Dr. Sohm und Prof. Dr. Gregory. Stellten jene eine schätzenswerte Vertretung des Arbeiterstandes dar, so war in Professor Sohm der Vertreter und Führer einer Gruppe von Gebildeten gegeben, deren Einfluß auf die Entwicklung der nationalsozialen Bewegung von Bedeutung werden sollte. Ihnen fehlte die stark proletarisch gerichtete Stimmung, die die jungen Christlichsozialen in Verbindung mit christlichen Motiven fast ausschließlich beherrscht hatte, bis sie zu einer größerer Wertschätzung des nationalen Moments kamen. Sie waren, wie Sohm in einem öffentlichen Leipziger Vortrag am 16. Mai 1896 bekannte, geleitet von dem Gedanken der sozialen Pflicht der Gebildeten dem Arbeiterstand gegenüber. Er führte damals aus — und das war für ihn und für seine ganze spätere Tätigkeit im nationalsozialen Verein charakteristisch —: „wir haben die Aufgabe, den vierten Stand zu erziehen.“

> Ein jeder Stand, der herrscht, hat die Aufgabe, sich selber der Alleinherrschaft zu entkleiden. Er darf bei Todesstrafe seine Bildung und damit seine Macht nicht für sich allein behalten. Diese Erziehung des vierten Standes muß als Ziel haben innere und äußere Freiheit. Die innere Freiheit gibt uns das Christentum: gebildet nach dem Ebenbild Gottes, ihn allein in der Welt zu fürchten. Die äußere Freiheit heißt hier rechtliche Freiheit für den vierten Stand, damit er imstande sei, die eigenen Kräfte zum Emporsteigen zu gebrauchen (Vereinsrecht, Wahlrecht). Nur der selbsterarbeitete Besitz ist von erziehendem, befreiendem, bildendem Wert. Wir stehen infolge der sozialdemokratischen Bewegung bereits mitten im Kampf um das Recht, um die Art der Fortentwicklung der geltenden sozialen Ordnung. Da gilt es, die richtige Erkenntnis der wirtschaftlichen Ordnungen zu gewinnen, da gilt es, sozial gebildet zu sein, um führend in die große Bewegung einzugreifen.
>
> Denn das ist ganz gewiß: darauf kommt es an, daß wir, die Gebildeten, die Führung des vierten Standes in unsere Hand bekommen, daß wir die sozialdemokratischen Führer von ihrer Führerrolle entsetzen. Sonst werden wir nimmer die Sozialdemokratie zu überwinden imstande sein.

> Aber dazu ist eins nötig: Eintreten für die Gerechtigkeit im Sinne auch des vierten Standes, und Opfer bringen! Wer von uns hat sich um die Fabrikarbeiter, um die Bäckergehilfen, um die Kellner, um die Buchdrucker und wie sie alle heißen, gekümmert? Wir haben geschlafen, während die anderen arbeiteten. Diene Deiner Nation! Diene dem vierten Stande dadurch, daß Du Dich seiner annimmst, daß Du ihn vertrittst, und daß Du ihn erziehst! Erziehe ihn zur Freiheit, zur Freiheit eines Christmenschen und zugleich zur Freiheit eines deutschen Mannes! Bilde Dich selbst, damit Du zu solcher Arbeit fähig seiest! Arbeite an Deiner christlichen, arbeite an Deiner sozialen Bildung!

Bedeutsam waren diese Ausführungen, abgesehen von der Gewichtigkeit, die sie durch die Persönlichkeit ihres Vertreters als namhaften Gelehrten erhielten, durch ihren aristokratischen Charakter, von dem sich der demokratische Grundzug der jüngeren Christlichsozialen, um dessentwillen sie sich von Stöcker getrennt hatten, in nicht zu unterschätzender Weise unterschied. Sohm zeigte hier, welcher Gedankengang von einer mehr konservativen Richtung, die er ja auch in Sachsen politisch bis zu der Wahlrechtsänderung durchaus vertreten hatte, ihn zu Naumann hinüberführte, und wurde damit der Wegweiser auch für eine ganze Reihe von Akademikern.

Aber auch aus den liberaler gerichteten akademischen Kreisen bahnten sich in der Zeit unmittelbar vor Gründung des nationalsozialen Vereins Beziehungen zu Naumann an. So aus der nationalliberalen Partei in der Person des Professor Neumann in Tübingen, dann ein namhafter Vertreter der Schulreform Prof. Rein in Jena Er wie andere Jenenser Professoren und akademisch Gebildete waren schon ein Jahr vorher durch einen Cyklus von Vorträgen Naumanns interessiert worden, und bildeten einen Stamm von Freunden, der in immer engere Beziehungen zu Naumann trat. Dazu kamen endlich noch zwei weitere Gruppen. Einmal bürgerliche Sozialreformer mit bestimmten wirtschaftlichen Grundanschauungen und die Gruppe der politisch Heimatlosen, die sich von bisher vertretenen Anschauungen abgewandt hatten, und nach einem neuen politischen Ideal suchten. Unter jener ersten Gruppe ist ein Mann vor allem zu nennen, der dann einer der führenden Köpfe des nationalsozialen Vereins geworden ist: Adolf Damaschke. Von den andern hat wenigstens eine kurze Zeit Max Lorenz eine Rolle gespielt. Erst ein Wort über ihn.

Lorenz (geb. 1871) war Sozialdemokrat, und als solcher an mehreren sozialdemokratischen Zeitungen beschäftigt gewesen, zuletzt in Leipzig. Hier hatten zwischen Prof. Sohm und ihm hochinteressante öffentliche Diskussionen stattgefunden, teils auf religiösem, teils auf politischem Gebiet, die in Verbindung mit Lorenz' immer stärker sich anbahnendem Verständnis für die

Bedeutung nationaler Machtfragen zu seinem Austritt aus der sozialdemokratischen Partei führten, und ihm den Weg des Anschlusses an Naumann bahnten. Sein formeller Austritt aus der Sozialdemokratie erfolgte allerdings erst Mitte Oktober 1896. Lorenz' gewandte Feder und seine außerordentliche rhetorische Begabung ließen in ihm eine schätzenswerte Kraft für die politische Agitation vermuten. Aber wir werden in der Folge sehen, daß sich an ihm das Schicksal der Renegaten erfüllte, ihrer ersten geistigen Heimat sich völlig zu entfremden, und nur noch deren Schattenseiten zu sehen. In diesem Fall führte es zu einer mit dem Charakter der nationalsozialen Bewegung unvereinbaren fanatischen Feindschaft gegen die Sozialdemokratie.

Und nun zu Damaschke! Über seinen Lebensgang sei folgendes vermerkt:

Adolf Damaschke wurde am 24. November 1865 als Sohn eines Tischlermeisters in Berlin geboren, und genoß seine Schulbildung in einer Volksschule der preußischen Hauptstadt. Seine reiche Begabung ließ ihn das Pensum der Schule rasch bewältigen, so daß sie ihm in den letzten Jahren wenig zu bieten vermochte, und er sich eifrig allein fortbildete bis er in das Berliner Lehrerseminar aufgenommen werden konnte, das er im Jahre 1886 verließ. Er war zuerst an einer Privatschule tätig. Dann trat er in den Berliner Stadtschuldienst, den er erst 1896 verließ um sich als Schriftsteller und Redner ganz und gar der politischen Tätigkeit zu widmen. Hierzu war er während seiner Lehrerzeit durch sein lebhaftes Interesse für Fragen des öffentlichen Wohles innerlich immer mehr gedrängt worden. Das soziale Elend, das er in Berlin schon von seinem Elternhaus aus sah, gewann vor seinen Augen als Lehrer in der Großstadt immer mehr Gestalt. Noch beschäftigte er sich zunächst weniger mit wirtschaftlichen als mit volksgesundheitlichen Fragen. Er suchte und fand Anschluß an Vereine, die auf diesem Gebiet tätig waren, und da er keine nur theoretisch interessierte Natur war, vielmehr praktisch wirklich mitarbeiten wollte an der Aufklärung über eine naturgemäße und volksverständliche Gesundheitspflege, so übernahm er neben seiner anstrengenden Lehrertätigkeit die Redaktion eines Blattes, das diesen Aufgaben diente. — Politisch hatte sich Damaschke bisher wenig betätigt, abgesehen davon, daß er als liberal gesinnter Lehrer in den freisinnigen Bezirksvereinen verkehrte. Umsomehr aber begann er sich nun mit wirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen, die ihn mit den bodenreformerischen Gedanken bekannt machten. Und hier sollte er bald nicht nur als ein rühriges Mitglied hervortreten, sondern zu einem einflußreichen Führer werden.

Es würde zu weit führen, wollten wir an dieser Stelle auf die bodenreformerische Bewegung überhaupt eingehen. Aber so weit muß es geschehen, um Damaschkes Stellung in ihr zu charakterisieren.

Die deutsche Bodenreformbewegung führt ihren Ursprung auf Dr. Th. Stamm zurück, der 1874 durch eine eifrige Agitation eine Organisation für Bodenreform, den „Verein für Humanismus", geschaffen hatte. Wie aber schon dieser Name andeutet, verquickte Stamm andere, namentlich freireligiöse Fragen, mit denen der Bodenreform. Das hatte ein baldiges Ende der Organisation zur Folge, die dann einen Ersatz in der „Land-Liga" fand, mit dem ersten bodenreformerischen Preßorgan „Land". Als die „Land-Liga" unter dem Sozialistengesetz aufgehoben wurde, begab sich Stamm nach Wiesbaden. Das war dieselbe Zeit, in der der amerikanische Vertreter der Bodenreform Henry George mit seinem Meisterwerk „Fortschritt und Armut" neben Stamm und bald mehr als dieser Einfluß in Deutschland auszuüben begann und namentlich den schon von Stamm angeregten süddeutschen Großindustriellen, den Direktor der Gagenauer Eisenwerke Michael Flürscheim, für sich gewann, von dem ihn dann freilich auch bald wieder Differenzen trennten, deren wir hier nicht gedenken können. Aber an Flürscheims agitatorische und organisatorische Tätigkeit sei erinnert. Er war politisch süddeutscher Demokrat und suchte in diesem Sinn auch unter den Bodenreformern zu wirken. Das und ein weiterer Streit mit Stamm führte 1888 zu zwei getrennten bodenreformerischen Bewegungen. Dr. Stamm gründete den „Allwohlbund". Zwar schlossen sich ihm Männer wie Friedrich Bodenstedt an, aber die Vermischung mit religiösen Bestrebungen, die er auch jetzt wieder nicht lassen konnte, hinderten die Ausbreitung seines Bundes und nach seinem Tode verlor sich dieser ganz. Anders die Arbeit Flürscheims. Er vertrat mit großem Geschick seine Ideen in der Monatsschrift „Deutschland" und sammelte um sie viele Anhänger. Und als im Jahre 1888 dann der Bund für deutsche Bodenbesitzreform gegründet wurde, war es sein und des Fabrikanten Heinrich Freeses Verdienst, daß alle religiösen und parteipolitischen Bestrebungen von den bodenreformerischen Aufgaben scharf getrennt wurden. Im Entgegenkommen gegen die schweizerischen Gesinnungsgenossen wurde kurz darauf für Organisation und Organ der Name „Neue Freiland" für Deutschland gewählt und die Leitung nach Düsseldorf gelegt. Aber schon nach zwei Jahren (1890) trat eine abermalige Änderung ein. Das alles beherrschende Berlin wurde, als sich dort eine rührige Gruppe von Bodenreformern gebildet hatte, auch für die bodenreformerischen Bestrebungen der Mittelpunkt. Und die beiden Männer, die nun hervortraten, waren der Fabrikant Heinrich Freese und Adolf Damaschke, beide spätere Nationalsoziale. Freese übernahm das Präsidium des Bundes, Damaschke die Schriftleitung des Blattes, dann auch die Stelle eines ersten Schriftführers. So wirkte er bis zum Jahre 1896. Hier trat an ihm die Frage heran, ob er geneigt sei, die „Kieler Neuesten Nachrichten", eine dem Professor Lehmann-

Hohenberg gehörende Tageszeitung, als Chefredakteur zu leiten, ebenso dessen Sonntagsblatt „Deutsche Volksstimme“. Damaschke sagte zu und konnte alsbald mit dieser Tätigkeit die seiner Redaktion an dem Organ der Bodenreformer vereinigen, da die Hauptversammlung des Bundes beschloß, „Freiland“ in die „Deutsche Volksstimme“ aufgehen zu lassen. Erst damals schied Damaschke mit Berlin zugleich von seiner Lehrerstelle und verzog nach Kiel.

Die weiteren Ereignisse, sowohl Damaschkes Ausscheiden aus der Redaktion der „Kieler Neuesten Nachrichten“, die in den finanziellen Zusammenbruch, der Professor Lehmanns Vermögen vorübergehend traf, verwickelt wurden (1897), wie Damaschkes Rückkehr nach Berlin, liegen zeitlich schon nach der Gründung des nationalsozialen Vereins. Ebenso die Wahl Damaschkes zum Vorsitzenden des Bundes deutscher Bodenreformer (Ostern 1898), aber wir dürfen an dieser Stelle einiges vorwegnehmen, vor allem auch die wachsende Bedeutung Damaschkes in der Bodenreformbewegung, die wiederum für seine Stellung im nationalsozialen Verein von Gewicht wurde. Damaschke ließ den Theoretiker immer hinter dem Praktiker zurücktreten, hinter dem Bestreben sozialpolitisch durchführbare Forderungen aufzustellen. Das zeigte sich an der Umgestaltung, die unter ihm das Statut des Bundes der Bodenreformer erfuhr. Es enthält wohl ein bestimmtes volkswirtschaftliches Bekenntnis, „der Bund sieht in der Grund- und Bodenfrage den wesentlichen Teil des sozialen Problems“, aber es stellt zugleich die praktische Aufgabe:

> „Der Bund tritt dafür ein, daß der Grund und Boden, diese Grundlage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt, und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht.“

Dem entsprach dann auch z. B. Damaschkes ständiges energisches Eintreten für das Vorrecht der Bauhandwerker bei Schuldfragen; seine energische Vertretung der Besteuerung der „Zuwachsrente“ u. s. w. —, kurzum sein ganzes praktisch sozialpolitisches Wirken, durch das es ihm gelang auch bei theoretisch ihm auf dem Gebiet der Nationalökonomie widerstrebenden Männern Verständnis, Anklang, Zustimmung zu finden, und dadurch wurde sein Anschluß an Naumann für die sich bildende nationalsoziale Organisation so bedeutsam. Er gewann mit der Zeit grade durch diese praktische Verwertung bodenreformerischer Gedanken einen weitgehenden Einfluß auf die nationalsoziale Programmarbeit, vor allem auf das Gemeinde- und das Landprogramm. Erleichtert wurde ihm das später noch durch den Eintritt seines Gesinnungs-

genossen Pohlmann in den nationalsozialen Verein, der außer seiner bodenreformerischen Überzeugung ein reiches praktisches Wissen mit brachte, das er sich als Großkaufmann in Deutschland und im Ausland erworben hatte.

Wir sind mit diesen Ausführungen dem Gang der Ereignisse etwas vorausgeilt.

Einstweilen diente der Sommer des Jahres 1896 dazu, zwischen diesen hier geschilderten Gruppen und späteren Wortführern der Nationalsozialen, immer enger werdende Verbindungen anzuknüpfen, und damit den jüngeren Christlichsozialen, die schon in einer ganzen Reihe von Städten und Landstrichen sich zu kleinen Vereinen organisiert hatten, die Möglichkeit einer politischen Gruppenbildung in größerem Stil zu geben. Wie sich dies vollziehen sollte, darüber beriet der engere Freundeskreis Naumanns — am 6. August des Jahres 1896 in Heidelberg. Man kam dabei, wie schon kurz im ersten Jahrgang der Patria bemerkt worden ist, zu einem doppelten Plan: Einmal wurde beschlossen eine Tageszeitung „für nationalen Sozialismus auf christlicher Grundlage“ in Berlin unter dem Namen „Die Zeit“ zu gründen, und dann weiter im Herbst des Jahres 1896 eine Einladung an alle „nicht konservativ Christlichsozialen“ zu einer Versammlung ergehen zu lassen, um den Gedanken einer neuen politischen Organisation zu verwirklichen, die, ohne den Charakter einer neuen politischen Parteibildung zu tragen, doch etwa in dem gleichen Sinne für den nationalen Sozialismus politisch wirken sollte, wie es einst der Nationalverein für die nationalen und liberalen Gedanken getan hat.

Verfolgen wir die Verwirklichung dieser beiden Beschlüsse, so haben wir es zunächst mit dem Zeitungsplan zu tun.

2. Die Gründung der Tageszeitung „Die Zeit“.

Die erste Frage, die zur Erledigung stand, war natürlich die Geldfrage. Es würde ungerecht sein, nachträglich dem Freundeskreis Naumanns, der den Beschluß der Zeitungsgründung faßte, den Vorwurf zu machen, daß er in leichtsinniger Weise die Schwierigkeit der Geldfrage unterschätzt hat. Dieses ja dadurch naheliegende Urteil, daß die „Zeit“ schon nach Jahresfrist wieder eingehen mußte, trifft nicht zu. Man war sich vielleicht nicht in vollem Umfang bewußt, welche Geldmittel eine größere Berliner Tageszeitung erfordert, aber man hatte auch Grund zu der Annahme, daß die erforderlichen Mittel beschafft werden und später nicht ausbleiben würden. Es war ein Kreis von Freunden der „christlichen Welt“ vorhanden, der schon längere Zeit den Wunsch ver-

folgte eine Tageszeitung ins Leben zu rufen, die von einer höheren und freieren Warte christlichen Urteils aus Tagesfragen beantwortete, und allen modernen Bewegungen sozialer, politischer, wissenschaftlicher und künstlerischer Art ohne engherzige Voreingenommenheit entgegen kam. Diesem Kreis, der zudem den Ideen des evangelischsozialen Kongresses nahe stand und Naumanns Tätigkeit hoffnungsvoll beurteilte, glaubte man in der „Zeit" die gewünschte Tageszeitung bieten zu können. Und die Unterstützung von dieser Seite ist denn auch nicht ausgeblieben. Alsdann waren Geldgeber aus dem Kreis des evangelischsozialen Kongresses vorhanden, die, ohne daß hiermit der Kongreß selbst irgendwie identifiziert werden darf, der neuen Zeitung ihr Interesse zuwandten. Dazu kam die Bereitwilligkeit Naumanns, seine Wochenschrift „Die Hilfe" mit der „Zeit" zu verbinden. Und zog man in Rechnung, wie dieses christlichsoziale Wochenblatt es in den $1^1/_2$ Jahren seines Bestehens zustande gebracht hatte, nicht nur einen ansehnlichen Abonnentenkreis zu gewinnen, sondern auch vor allem ein viel beachtetes Preßorgan zu werden, das fast in jeder Nummer Artikel brachte, die im zustimmenden oder im ablehnenden Sinn von der Tagespresse aller Parteien gewürdigt wurde, so war es kein allzu vermessener Optimismus, diese Wirkung auch von der geplanten Tageszeitung zu erwarten. Und hatte man nicht auch sonst Grund genug, an die Werbekraft der „Zeit" zu glauben?

Das sozialpolitische Verständnis schien allenthalben in den Kreisen der Gebildeten immer stärker zu erwachen. Seit dem Auftreten Vollmars auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1894 in Frankfurt a. M. konnte man eine Wandlung in der Sozialdemokratie erwarten, die die Sympathie der sozial empfindenden Gebildeten für die Arbeiterbewegung erleichterte, und in der Sozialdemokratie selbst dem Verständnis für nationalen Sozialismus die Bahn ebnete. Dazu kamen die Anstrengungen Stumms, des Königs im Saargebiet, der durch seinen Arbeitertrutz in Verbindung mit seinem unheimlichen Einfluß in der Regierung und seiner Herrschaft über die Verwaltungsbehörden und leitenden kirchlichen Organe eine Opposition wach rief, als deren Organ ein Blatt wie die „Zeit" für nationalen Sozialismus auf christlicher Grundlage so geeignet als irgend möglich erschien. Kurzum — man wird den „Gründern" der „Zeit" schwerlich den Vorwurf des Leichtsinns machen können. Ihr starker Idealismus, mit dem sie an dieses Werk gingen, konnte sich außer auf dem Glauben an ihre gute Sache auf eine scheinbar überaus günstige Konstellation der Verhältnisse berufen. Dazu verfügte sie über journalistische und agitatorische Kräfte, die reiche Erfolge versprachen.

Naumann selbst beabsichtigte zunächst nicht, an die Spitze der neuen Zeitung zu treten. Er stand noch in seinem Amt als Vereinsgeistlicher der

südwestdeutschen Konferenz für innere Mission in Frankfurt a. M. und wollte als Herausgeber der „Hilfe“ dort bleiben. Aber er galt von vornherein als erster Mitarbeiter für die Leitartikel der „Zeit“. Zum Chefredakteur wurde der schon kurz erwähnte bisherige leitende Redakteur des christlichsozialen „Volk“, Heinrich Oberwinder, gewonnen. Im Jahre 1845 geboren, hatte er eine reiche politisch-journalistische Tätigkeit hinter sich, die ihn in Österreich und in Deutschland vielfach in Verbindung mit den Vertretern des Sozialismus, z. B. Lassalle, gebracht und ihm eine umfangreiche Kenntnis der politischen Verhältnisse vermittelt hatte. Er war im Zeitungswesen zu einem bestimmten politischen Charakter herangereift und mit seinen Anschauungen durchaus auf einen nationalen Sozialismus gerichtet, wie er vertreten werden sollte. Neben ihm war als Redakteur für die innere Politik Hellmuth von Gerlach der gegebene Mann. Als Sproß einer schlesischen Adelsfamilie (geb. 1866) war er naturgemäß in konservativen Anschauungen aufgewachsen, die sich bei ihm aber schon in seiner Studentenzeit (Leipzig, Berlin, Paris) mit starken sozialreformerischen Neigungen verknüpften, so daß er sich der Stöcker'schen Bewegung anschloß. Als Regierungsassessor in Schleswig betätigte er sich als gegnerischer Redner in sozialdemokratischen Versammlungen und mußte schon damals die Erfahrung machen, daß preußischer Beamtenbureaukratismus dies nicht duldet. Die Tivoliversammlung der Konservativen 1890 gab ihm Gelegenheit, sich als extremen Reformer des Konservatismus zu zeigen, damals noch im Bann konservativer Anschauung mit antisemitischen Neigungen, und bei Gründung des Bundes der Landwirte war er wiederum mitbeteiligt, aber mit der ausgesprochenen Absicht, dem kleinen Grundbesitzer, dem Bauern zu seinem Recht zu verhelfen. Um sich ganz der Parteipolitik zu widmen, schied er als Assessor aus dem Staatsdienst aus und trat in die Redaktion des Stöcker'schen „Volk“ ein, demselben alsbald durch seine scharfe Polemik gegen Konservative und einen unsozialen Liberalismus in Verfolgung einer stark ausgeprägten Arbeiterfreundlichkeit eine radikalere Richtung gebend. Nur kirchlich hielt er an einer strengeren konservativen Anschauung fest. Aber das schützte ihn nicht davor, daß er und daß Stöcker seinetwegen von den politisch mehr konservativ gerichteten Kreisen unter den älteren Christlichsozialen angefeindet wurden und daß Stöcker sich darum bemühte, ihn zu einer „zahmeren“ Politik zu bewegen. Der letzte Versuch dieser Art, eine scharfe, ablehnende Haltung gegen die jüngeren Christlichsozialen zu erzielen, führte dann zu dem schon erwähnten Bruch Gerlachs mit Stöcker und führte ihn folgerichtig an die Seite Naumanns, wo ihm nun in der Redaktion der „Zeit“ ein reiches Feld journalistischer Tätigkeit erschlossen werden sollte.

Ein dritter Redakteur, dem nach und nach in der „Zeit" die ganze Leitung der sozialpolitischen Arbeitsteilung, speziell der Arbeiterbewegung, übergeben wurde, war Friedrich Weinhausen (geb. 1868), ursprünglich Theolog, der aber schon als Kandidat auf die kirchliche Tätigkeit verzichtet hatte, zu Naumann nach Frankfurt gegangen war und als dessen redaktionelle Hilfskraft an der „Hilfe" mitarbeitete, bis er nun nach Berlin übersiedelte und ganz und gar Fachmann auf dem für eine Zeitung für nationalen Sozialismus so überaus wichtigen sozialpolitischen Gebiet wurde. Noch seien dann als weitere Redakteure der „Zeit" genannt Herr Roth, speziell für äußere Politik, daher parteipolitisch weniger hervortretend, und für das Feuilleton der bekannte Kritiker und Dichter Erich Schlaikjer, sowie Hugo C. Jüngst.

Am 10., 20. und 24. September 1896 erschienen Probenummern der „Zeit", die, als Beilage zu verschiedenen Wochenschriften gegeben und an seit Wochen gesammelte Adressen versandt, die Werbearbeit für die neue Zeitung verrichten sollten.

Den programmatischen Artikel „Was wollen wir?" schrieb Naumann. Er ist später etwas umgearbeitet auch als Flugblatt des nationalsozialen Vereins verwandt worden. Der Artikel erklärte frank und frei, daß es sich um langsame, aber zielbewußte Vorbereitung einer neuen Partei im öffentlichen Leben Deutschlands handle und zwar einer Partei für nationalen Sozialismus auf christlicher Grundlage. „Eine solche Partei ist nötig, wenn der Sozialismus unserem Volk zum dauernden Segen werden soll." Die Sozialdemokratie stellt diese Partei trotz ihrer Verdienste um die Organisierung des Arbeiterstandes nicht dar, weil sie die Bedeutung der vaterländischen Macht in den Kämpfen der Völker verkennt und von hier aus immer nur Oppositionspartei sein kann. So gilt es für uns, den Tag, der freilich noch fern ist, vorzubereiten, an dem der Sozialismus vaterländisch gesinnt ist und der Regierung als Stütze dienen kann, wozu auf die Dauer die in sich zusammensinkenden alten Parteien nicht ausreichen. Den Gegnern des Sozialismus muß ein für allemal die Waffe entwunden werden, daß sie sich allein für die staatserhaltenden ansehen. Das sind sie nicht mehr, sie wollen sich vom Staat erhalten lassen und es fehlt ihnen an begeisterter Zukunftsfreudigkeit. — Der erste Schritt einer Partei des nationalen Sozialismus muß die Fortsetzung des in seinem Frühling erfrorenen Liberalismus sein durch Vertretung freiheitlicher Forderungen auf dem Gebiet des Vereins- und Koalitionsrechts, sowie des Wahlrechts. Aber neben der Verwaltung dieses Erbes des Liberalismus ist auch die eines Erbes aus den konservativen Reihen von nöten: des Christentums, das in moderner und sozialer Auffassung dem absterbenden Materialismus entgegengesetzt werden muß. Darum erwartet die „Zeit" und mit ihr die um

sie sich gruppierenden Gesinnungsgenossen ihre Mitarbeiter und Freunde von den drei Seiten: 1. Sozialisten, die mit der allgemeinen politischen Haltung der Sozialdemokratie nicht zufrieden sind, 2. Liberale, welche mit nationalem Liberalismus Ernst machen wollen, 3. Konservative, welche das praktische Christentum der Hilfe und der Tat fördern wollen. Erst dann, wenn alle drei zusammen gekommen sind, ist eine Partei im vollen Sinne des Wortes möglich. „Bis dahin heißt es: arbeiten, denken, reden, schreiben, organisieren und mit leuchtendem Auge der Zukunft entgegensehen."

Das war Naumanns Geleitswort für die „Zeit".

Es schlug in seinem politischen Teil ganz und gar den Ton an, der dann sieben Jahre hindurch durch alle nationalsozialen Artikel und Reden geklungen ist — Schaffung eines regierungsfähigen, darum nationalen Sozialismus, teils im Kampf gegen die Sozialdemokratie, teils in ihrer Beeinflussung auf vaterländisches Verständnis hin. Ebenso blieb lebendig und wurde ständig genährt der Gedanke der Wiederbelebung des nationalen Liberalismus. Dagegen sollte in der Folge der Zeit die dritte Gedankenreihe erblassen, die Vertretung christlicher Gedanken. Schon bei der Versammlung in Erfurt setzte das ein. Charakteristisch aber war auch der Schluß des Artikels, die Erkenntnis, daß es noch vieler Gedankenarbeit und vieler Organisation bedürfen werde, ehe aus der Vorbereitung des nationalen Sozialismus die Partei dieses Sozialismus werden könne.

Einzelne Programmpunkte hatte Naumann nur gestreift. Der zweite Artikel der Probenummer aus Oberwinders Feder führte einige von ihnen auf: Eintreten für ein starkes Heer und eine starke Flotte, Erhaltung des Reichstagswahlrechts und Abwehr aller Ausnahmegesetze, und ließ sich dann eingehender aus gegen eine Mittelstandspolitik, die die großen Errungenschaften des Industrialismus verkennt, während es nur Aufgabe sein dürfe, die wirtschaftliche Entwicklung weder zu stören noch zurückzuschrauben, wohl aber die Wege zu zeigen, wie die großen technischen Errungenschaften dem Gemeinwohl dienstbar werden können, anstatt das Elend zu vermehren.

Von programmatischer Bedeutung war dann in der dritten Probenummer ein Aufsatz Paul Göhres über „Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften". Er führte hier aus, daß, während wir unsere politischen Ziele selbständig, ohne Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei, ja vermutlich sehr oft im Gegensatz zu ihr zur Geltung zu bringen haben, werden wir darauf angewiesen sein, bei unseren praktisch sozialen Bestrebungen mit den Gewerkschaften Hand in Hand zu gehen. Denn meinen wir es mit unseren nationalen Sozialismus ehrlich und gründlich, so müssen wir uns auch an der Gewerkschaftsbewegung beteiligen. Er zog daraus den Schluß, daß es sich für die

neue Bewegung **nie** um die Gründung eigener Gewerkschaften handeln könne, was nur zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung führen kann. Wohl aber sollte man innerhalb dieser Gewerkschaften darauf dringen, daß sie ein politisch unparteiisches Feld werden für alle Arbeiter. Und diese Gedanken sind denn auch Gemeingut aller nationalsozialen Arbeit auf gewerkschaftlichem Gebiet geworden, unter Ablehnung aller Versuche, andersgeartete, z. B. spezifisch christliche Gewerkschaften, zu gründen und irgendwie zu unterstützen.

Mit diesen wenigen Strichen zur Charakterisierung des Programms, mit dem die „Zeit“ an die Öffentlichkeit kam, sei genug gesagt. Eine ganze Reihe anderer Fragen, politischer und wirtschaftlicher Natur, ist zwar alsbald von der Redaktion oder aus dem Leserkreis heraus angeschnitten worden, aber zu einem großen Teil haben sie erst später, teilweise bei den einzelnen Vertretertagen ihre Erledigung gefunden, und dann wird Gelegenheit sein, sie zu besprechen. Die Darstellung ermüdet sonst allzusehr durch Wiederholungen. Zur Charakteristik der ersten Wochen, in denen die „Zeit“ als Vertreterin des nationalen Sozialismus auftrat, sei aber kurz gesagt, daß sie neben einer ausgeprägt grundsätzlichen Haltung in Arbeiterfragen und teilweise auch in nationalen Fragen recht stark den Charakter des Sprechsaals trug. Das war Folge einmal der lebhaften Mitarbeit, die die „Zeit“ sofort in ihrem weitverzweigten Leserkreis unter den Gebildeten fand, dann aber war es auch Folge der gleich nach dem ersten Oktober einsetzende Vorbereitung für die von den jüngeren Christlichsozialen geplante Versammlung aller nicht konservativen Christlichsozialen. Denn für die Tagesordnung dieser Versammlung, speziell für das zu schaffende Programm, bekundete sich ein lebhaftes Interesse in einer Menge von Artikeln und kurzen Zuschriften an die Redaktion der „Zeit“.

3. Die Gründung des nationalsozialen Vereins.

Gleich eine der Probenummern der „Zeit“ hatte einen Hinweis auf diese Versammlung gebracht, mit der Anzeige, daß man im November in einer Stadt Mitteldeutschlands tagen werde. Und zugleich war als Tagesordnung in Aussicht genommen die Programmfrage und die Organisation. Es werde sich hauptsächlich darum handeln, ob das christliche Glaubensbewußtsein, in welchem alle Beteiligten einig seien, sich zum politischen Unterscheidungsmerkmal dieser Richtung gegenüber anderen Richtungen eigne, dann darum, ob man eine bestimmte wirtschaftliche Interessenvertretung haben wolle oder nicht.

In diesen Ausführungen hatte das einladende Komitee, welches aus dem im August in Heidelberg versammelten engeren Freundeskreis Naumanns bestand, die Kernfragen vorausgesehen, um die es sich handeln werde. Noch

vor Jahresfrist würden eben dieselben Männer, zu denen ja auch der Verfasser dieses Aufsatzes gehörte, darüber gar nicht im Zweifel gewesen sein, daß die speziell christlichsoziale Stellung sie von allen andern Richtungen als der älteren christlichsozialen trennte, und weiter, daß die reine Vertretung der Arbeiterinteressen den Unterschied gegenüber den älteren Christlichsozialen bezeichne, in Verbindung mit politisch liberalen Gedanken. Das Auftauchen des nationalen Gedankens bedrohte dann aber seit Jahresfrist schon, wie in dem ersten Patria-Aufsatz ausgeführt wurde, diesen ursprünglichen Charakter der Bewegung mit einer Beimischung ganz neuer Gedanken, und die Erkenntnis, daß in ihnen Konsequenzen liegen würden, die sich bei stärkerer politischer Ausprägung der Bewegung zeigen müßten, brach, wie schon in jenem programmatischen Artikel der Probenummer der „Zeit", hier durch. Dazu kam, daß ein Zusammentreffen Naumanns mit Prof. Sohm bei dem Kongreß für innere Mission in Posen 1895, bei welchem Sohm die Verbindung christlicher Gesichtspunkte mit sozialpolitischen anders gewertet hatte, als Naumann schon voraussehen ließ, daß er seinen Standpunkt auch fürderhin geltend machen werde, und zwar alsbald bei jener in Aussicht genommenen Konferenz. Und beides sollte sich vollauf bestätigen. Zunächst gab jener Ausschuß der jüngeren Christlichsozialen als Unterlage für die Programmberatung einen Programmentwurf heraus, der in der Nummer der „Zeit" vom 1. Oktober seine Veröffentlichung fand. Er lautete:

1. Wir stehen auf nationalem Boden, indem wir die wirtschaftliche wie politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach Außen für die Voraussetzung aller sozialen Reform im Innern halten. Wir wünschen eine feste und stetige auswärtige Politik und werden militärische, kolonialpolitische und ähnliche Fragen vom nationalen Standpunkte aus beurteilen, ohne auf eine freimütige Kritik unserer militärischen und kolonialen Einrichtungen zu verzichten.

2. Wir stehen auf dem Boden der deutschen Reichsverfassung und wünschen ein kräftiges Zusammenwirken der Monarchie und der Volksvertretung. Wir treten für die ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Volksgenossen ein.

3. Wir halten fest an der historisch gewordenen, das Privateigentum in sich schließenden Wirtschaftsordnung, innerhalb deren wir die Emporentwicklung der Arbeiterklasse wie des ländlichen Kleinbesitzes für möglich halten und verfechten werden. Als unpraktisch verwerfen wir die Utopien des radikalen Sozialismus, ebenso aber auch alle reaktionären Bestrebungen, die nicht mehr lebensfähige Rechtsformen und Wirtschaftsverhältnisse aufrecht zu erhalten oder wieder einzuführen suchen.

4. Wir verlangen eine tatkräftige Sozialreform in volkstümlichem und freiheitlichem Geiste. Wir sind für Aufrechterhaltung des all-

gemeinen Reichstagswahlrechts und gegen plutokratische Zusammensetzung der Einzellandtage. Wir fordern Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Vereinsfreiheit. Wir verlangen Selbständigkeit des Staates gegenüber jeder Gefährdung der Gesamtinteressen durch das Großkapital und die Großindustrie. Für den deutschen Osten wünschen wir unter gleichzeitiger Verhinderung fremdländischer Einwanderung innere Kolonisation und Einschränkung der Latifundien, in deren Ausdehnung wir eine nationale Gefahr erblicken, ebenso wie in dem politischen und sozialen Übergewicht ihrer Besitzer.

5. Wir sind für Regelung der Frauenfrage im Sinne weiterer Zulassung des weiblichen Geschlechts zu geeigneten Berufen und größerer Sicherung seiner persönlichen und ökonomischen Stellung auf dem Boden des bürgerlichen Rechts.

6. Wir wollen mitarbeiten an der Stärkung der idealen Mächte im Volksleben, in deren Mittelpunkt uns die evangelische Wahrheit steht. Zu diesem Zweck erstreben wir die Belebung des evangelischen Glaubens im Sinne der Reformation.

7. Wir vertreten das Aufsichtsrecht des Staates über die Schule. Wir wünschen im allgemeinen und mit Rücksicht auf geschichtliche und örtliche Verhältnisse den konfessionellen Charakter der Volksschule gewahrt zu sehen, erklären uns jedoch gegen jede kirchliche Bevormundung der Schule.

Die Aufforderung, sich zu diesem Programmentwurf zu äußern, fand einen überaus starken Wiederhall. Es zeigte sich dabei, wie stark schon die Gruppenbildung der jüngeren Christlichsozialen in den verschiedensten Teilen des Reiches vorgeschritten war. Und es zeigte sich weiter, wieviele Einzelpersonen auch außerhalb dieser Gruppen bereit waren, an der Programmarbeit teilzunehmen und ihre Kräfte in den Dienst der neuen Bewegung zu stellen. Es liefen nicht weniger als acht ausführliche Programmarbeiten ein, zu denen zweiundsechszig Abänderungs- und Ergänzungsanträge zu dem veröffentlichten Entwurf kamen, teils eingebracht von Vereinen in Dresden, Stuttgart, Darmstadt, Sangerhausen, Staßfurt, Kiel, Elsaß-Lothringen, Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Jena, teils von Einzelpersonen aus allen Gegenden Deutschlands, ausgenommen den fernen Osten und Bayern.

Die ausführlichen Programmentwürfe lehnten sich zum Teil an die genannte Vorlage an, brachten nur Änderungen oder Ergänzungen in Vorschlag. Teils aber gingen sie weit über die Grenze dessen hinaus, was jene Vorlage bot. Sie enthielten nämlich nicht nur Grundsätze, sondern detailierte Programmforderungen. So gab ein Programmentwurf des Professor Dr. Neumann-Tübingen ein ausführliches Programm, wie nach dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit kapitalistische Auswüchse unserer neueren wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Boden der von alters her überlieferten Rechtsordnung

beseitigt werden könnten und wie namentlich die Steuerfrage zu lösen sei. So ergänzten sich andere Entwürfe im Ausbau von Spezialprogrammen, z. B. dem Schulprogramm, der Frauenfrage, staatssozialistische Forderungen, bodenreformerische Gesichtspunkte, der Kommunalsozialismus, der inneren Kolonisation, der Agrarfrage. Und gar die Anträge einzelner Personen, die sich mit Gesetzanträgen beschäftigten, verliefen sich ins kleinste Detail. Wurde doch z. B. die Aufhebung des erblichen Adelstitels und die Einschränkung der Majestätsbeleidigungen durch Zurückziehung des Antragsrechts auf die Person des Kaisers selbst als Programmpunkt gefordert! So viel Gutes auch in dem einen oder dem andern Antrag enthalten war und auch hernach seine volle Berücksichtigung gefunden hat, als auf späteren Vertretertagen des nationalsozialen Vereins der Ausbau des Programms vorgenommen wurde — wohin hätte die sofortige Ausarbeitung eines solchen detailierten Programms geführt? Nur zu einer überaus oberflächlichen Arbeit, oder wie Naumann treffend gelegentlich der Debatte in Erfurt sagte, zu einer Art Auskunftsladen, wo jeder seine Qualität findet. Nicht auf ein schön dekoriertes Schaufenster kam es aber an, sondern auf den inneren Lagerbestand der neuen Bewegung. Denn sie mußte vor allem Charakter, Grundsätze zeigen. Und hier kam es wiederum gar nicht in erster Linie darauf an, ganz neue Wahrheiten zu bieten; aber es mußten Gedanken, Sätze, Wahrheiten sein, die in demselben Zusammenhang nicht schon von einer andern Partei vertreten wurden. Daher war die für die erste Versammlung gegebene Aufgabe die, ein Generalprogramm vorzulegen und in gemeinsamer Arbeit zu Stande zu bringen. Die Ausarbeitung der Spezialprogramme konnte man getrost dem Laufe der Zeit überlassen. Da dieser Gedankengang, den Naumann in Erfurt vortrug und Professor Zimmer-Herborn in einem Antrag vorlegte, dann auch ohne erheblichen Widerspruch bei der Versammlung durchdrang, dürfen wir auch in dieser Darstellung von einer näheren Würdigung der Einzelprogramme absehen, wie sie im Laufe des Oktober und November bei den Redaktionen der „Zeit“ und der „Hilfe“ einliefen und dort veröffentlicht wurden. Wir werden es aber um so mehr zu tun haben mit der Ausgestaltung jenes „Generalprogramms“, das auf dem oben veröffentlichten Entwurf fußte, wenn es ihn auch dann zum Teil recht umänderte, und wir werden dabei die wichtigeren Abänderungsanträge streifen.

Als Versammlungsort hatte man Erfurt gewählt, als Zeit die Tage vom 23. bis 25. November. Das Lokal war der Kaisersaal, dort wo einst das Theater stand, auf dem man bei Napoleons Anwesenheit 1809 vor einem Parkett von Königen gespielt hatte.

So allgemein die Einladung zu der Versammlung gelautet hatte, „für alle nichtkonservativen Christlichsozialen“, so war doch dafür gesorgt worden,

daß nicht völlig beliebig jeder, der kommen wollte, Sitz und Stimme in der Versammlung haben sollte. Das Verbindungsverbot politischer Vereine untereinander, das damals noch in einzelnen deutschen Bundesstaaten, namentlich in Preußen, bestand, und die Rücksicht auf noch nicht fest organisierte Freunde hinderten daran, nur Vereinsdelegierte zuzulassen. So ahmte man der Sozialdemokratie in der Bestimmung nach, daß aus jedem Reichstagswahlkreis bis zu fünf Delegierte gewählt werden könnten. Und so unvollkommen das einheitliche Netz der Organisation auch damals noch war — das Interesse für die Erfurter Tagung war doch so groß, daß aus über 60 Wahlkreisen über 100 Delegierte erschienen, dazu noch ungleich mehr Zuhörer, nicht nur aus Erfurt und seiner Umgebung, sondern auch aus weiter Ferne.

Eine stimmungsvolle Versammlung geselliger Art eröffnete am Abend des 22. November, einem Sonntag, die Zusammenkunft, wobei die Nachricht, daß dem als Mitarbeiter der „Zeit" schon mehrfach hervorgetretenen Pfarrer Julius Werner in Beckendorf bei Magdeburg durch Veranlassung des preußischen Oberkirchamts die Teilnahme an den Beratungen untersagt worden war, nicht zum wenigsten zu einer kampfesfrohen Stimmung beitrug. Auch die amtliche Stellung des Schreibers dieser Geschichte der Nationalsozialen gestattete ihn damals nur als „Korrespondent" einer Frankfurter Zeitung dem Verbandstage anzuwohnen. So gefährlich erschien kirchlichen Kreisen die neue Bewegung!

Die Leitung der Verhandlungen wurde durch Akklamationswahl in die Hände zweier verdienter jüngerer Christlichsozialen gelegt, des Stadtpfarrers Theodor Traub in Stuttgart, der den Verband württembergischer evangelischer Arbeitervereine leitete und die „Württembergische Arbeiterzeitung" herausgab, und des Werkmeisters Bärrn aus Frankfurt a. M., des Vorsitzenden des Frankfurter evangelischen Arbeitervereins, den Naumann begründet hatte.

Die Eröffnung der ersten Verhandlung geschah Montag, den 23. November durch Pfarrer Naumann mit einem Hoch auf den Kaiser, den Fürsten, in dem die Verkörperung deutscher Macht und Einheit gegeben ist, den Beschützer des deutschen Reichtagswahlrechts, und den Mann, der die Februarerlasse von 1890 gegeben hat. Dann begannen sofort die Verhandlungen über das Programm. Hier überraschte Naumann die Versammlung mit einem neuen Programmentwurf, den er an die Stelle des von dem vorbereitenden Komitee gegebenen Entwurfs treten ließ. Er war dazu veranlaßt worden durch die von uns oben angeführten Gesichtspunkte, die für ein Generalprogramm sprachen, das nur Grundsätze, nicht aber Einzelforderungen enthalten sollte, während auch jener Programmentwurf z. B. Gedanken für ein Schulprogramm enthielt, und Forderungen bezüglich des Großkapitals, der Groß-

industrie, des Ausschlusses fremdländischer Einwanderung, der inneren Kolonisation und Einschränkung der Latifundien aussprach. Aus dem gleichen Grund schied Naumann in dem neuen auch Entwurf die Frauenfrage aus.

Der Entwurf, der vom Vertretertag dann abgeänderten Sätze, lautete:

> § 1. Wir stehen auf nationalem Boden, indem wir die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen für die Voraussetzung aller größeren sozialen Reformen im Inneren halten, zugleich aber der Überzeugung sind, daß die äußere Macht auf die Dauer ohne Nationalsinn einer politisch interessierten Volksmasse nicht erhalten werden kann. Wir wünschen darum eine Politik der Macht nach außen und der Reform nach innen.
>
> § 2. Wir wünschen eine feste und stetige auswärtige Politik, die der Ausdehnung deutscher Wirtschaftskraft und deutschen Geistes dient. Um sie zu ermöglichen, treten wir für die ungeschmälerte Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, für eine angemessene Vermehrung der deutschen Kriegsflotte, sowie für Erhaltung und Ausbau unserer Kolonien ein. Im Interesse der vaterländischen Macht und Ehre werden wir Mißstände in unseren militärischen und kolonialen Einrichtungen stets offen bekämpfen.
>
> § 3. Wir stehen fest auf dem Boden der deutschen Reichsverfassung, und wünschen ein kräftiges Zusammenwirken der Monarchie und der Volksvertretung. Wir sind für Unantastbarkeit des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstage und für Ausdehnung desselben auf Landtage und Kommunalvertretungen. Wir fordern Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Vereinsfreiheit und ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Staatsbürger.
>
> § 4. Wir wollen eine Vergrößerung des Anteils, den die Arbeit in ihren verschiedenen Arten und Formen in Stadt und Land unter Männern und Frauen an dem Gesamtertrage der deutschen Volkswirtschaft hat, und erwarten dieselbe nicht von den Utopien und Dogmen eines revolutionären und *kommunistischen Sozialismus*, sondern von fortgesetzter politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Arbeit auf Grund der vorhandenen Verhältnisse, deren geschichtliche Umgestaltung wir zugunsten der Arbeit beeinflussen wollen.
>
> § 5. Wir erwarten, daß die Vertreter deutscher Bildung im Dienst des Gemeinwohls den politischen Kampf der deutschen Arbeit gegen die Übermacht vorhandener Besitzrechte unterstützen werden, wie wir andererseits erwarten, daß die Vertreter der deutschen Arbeit sich zur Förderung vaterländischer Erziehung, Bildung und Kunst bereit finden werden.
>
> § 6. Im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes steht nach unserer Überzeugung *der Glaube an Jesus Christus*, der nicht zur Parteisache gemacht werden darf, sich aber auch im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaftlichkeit bewähren soll.

Naumanns dreistündige Rede, mit der er diesen Entwurf begründete, verfolgte ungefähr folgenden Grundgedanken:

> Es handele sich heute nach der Entwicklung seit 1870 um die Verteilung des Platzes auf der Erdkugel, dabei dürfe Deutschland nicht zu kurz kommen. Der Schwerpunkt internationaler Entscheidungen wird auf dem Meer liegen. Unser Brot wird an unseren Schiffen hängen. Das ist heute freilich noch ein unpopulärer Gedanke, dem sich die Masse verschließt, die im Staat nur ein kapitalistisches Unternehmen sieht. Und auf der anderen Seite will man nicht, daß der Staat seinen Bund mit dem Sozialismus macht. Wandlung der Ansicht ist hier und dort notwendig. Der Sozialismus muß, ohne in allem willfährig gegen oben zu werden, aus der reinen Oppositionsstellung heraus — um regierungsfähig zu werden. Und andererseits muß sich die Erkenntnis in den herrschenden Kreisen Bahn brechen, daß die notwendige Kraftentfaltung des Reiches nach Außen ohne starken Nationalsinn der Massen im Innern nicht durchführbar bleibt. Darum ist beides zusammen: eine Politik nach Außen und die soziale Reform im Innern — unsere politische Konfession.

Des weiteren verbreitete er sich in seiner Rede über die Notwendigkeit des wachsenden Interesses für Fragen der äußeren Politik und der Kolonialpolitik, um dann in der Erläuterung von § 3 als die beiden wichtigen politischen Faktoren des Reiches das Kaisertum und das Reichstagswahlrecht zu nennen. Letzteres gab ihm Anlaß, die Ausdehnung dieses Rechts auch auf die Landtage und Gemeinden zu verlangen. Hier sei der Punkt, zu zeigen, ob es uns mit der sozialen Reform wirklich ernst ist, denn gerade auch in den Kommunen handelt es sich darum, daß der Sozialismus seine Vertretung findet. Ebenso muß sich unser Sozialismus bewähren in der Vertretung freiheitlicher Forderungen zu Gunsten des Vereinsrechts und der Durchführung des Grundsatzes vom gleichen Recht aller Staatsbürger. Daher Aufhebung aller Ausnahmegesetze, die Katholiken, Polen u. s. w. treffen sollen, und Ablehnung der antisemitischen Forderungen, die dem Judentum eine besondere Stellung geben wollen. Der vierte Paragraph, der an die Stelle des dritten und vierten Paragraphen in dem ersten Entwurf trat, verzichtete auf ein bestimmtes wirtschaftliches Glaubensbekenntnis bezüglich der Wirtschaftsordnung und der Stellung zu dem Großkapital in der Industrie und Landwirtschaft. Er setzte an die Stelle eines theoretischen Bekenntnisses die grundsätzliche Forderung der Vergrößerung des Anteils, den die Arbeit in ihren verschiedenen Arten und Formen in Stadt und Land unter Männern und Frauen an dem Gesamtertrag der deutschen Volkswirtschaft hat. Wodurch die Arbeit, d. h. der Erwerb durch Arbeit im Gegensatz zum schon erworbenen Besitz, diesen größeren Anteil erhalten soll, darüber wurde nach zwei Seiten hin Auskunft gegeben. Es wurde

abgelehnt der Gedanke, daß es möglich sei, im Sinne sozialistischer Utopien durch einmalige totale Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Ziel zu erreichen. Es wurde statt dessen hingewiesen auf die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Tätigkeit. — Der fünfte Paragraph behandelt dann die Stellung der Gebildeten zu den Arbeitern und der Arbeiter zur Bildung, sowie die Stellung der Nationalsozialen zum Christentum. Naumann führte hier bezüglich der Gebildeten folgenden Gedanken aus:

> Sie stehen nicht von vornherein inmitten einer bestimmten Interessengruppe, ausgenommen das Beamtenkorps, „das seine Aufgabe als formale Axe zu erfüllen hat, um die sich der Staatskörper dreht". Sie werden sich zu fragen haben, wo ihre und Gesamtinteressen zur Zeit zusammenfallen und wo sie darum zur Zeit hingehören, denn die Gebildeten sind und bleiben die Propheten und die Vertreter der Gesamtinteressen der Nation. Wenn der Gebildete zur Arbeiterbewegung kommt, dann sagt er: Im Interesse des Vaterlandes will ich dir helfen. Und eben im Interesse des Vaterlandes wollen wir Nationalsozialen in die soziale Bewegung eingreifen, der Volksmasse zu Freiheit, Recht und Besitz verhelfen. Darum ist für die Besitzenden Platz bei uns. Auf der andern Seite erwarten wir darum auch von den Vertretern der deutschen Arbeit, daß sie sich zur Förderung vaterländischer Erziehung, Bildung und Kunst bereitfinden werden.

Der sechste Paragraph in dem neuen Entwurf nimmt dann Stellung zur Religionsfrage. Sie war schon von Prof. Sohm, der vor Naumann einleitend sprach, behandelt worden. Aber wir übergingen seine Ausführungen zunächst, um sie nun mit Naumanns Erklärung zum sechsten Paragraphen zusammen zu nehmen, denn beider Ansichten trafen im wesentlichen überein. Und dieser Punkt, die Religionsfrage, war es, die sofort nach Naumanns Referat die Generaldiskussion in erster Linie beherrschte. Das war bei dem in der Versammlung stark vertretenen christlichsozialen Element und der Vorgeschichte des nationalen Sozialismus nur natürlich. Wie viele von den in Erfurt Anwesenden waren nicht von ausschließlich religiösem Gesichtspunkte aus erst zu sozialen Gedanken und sozialer Arbeit gekommen. Auch Sohm bekannte das von sich, obwohl er ja nie christlichsozial gewesen war. Und Naumanns, wie Göhres ganze persönliche Entwickelung bekundeten es. Und doch wurde mit Recht von Sohm und Naumann auf dem Erfurter Tag eine Auffassung von dem Verhältnis zwischen Christentum und Politik geltend gemacht, die zwar wie ein Bruch mit der Geschichte der jüngeren Christlichsozialrn erschien, aber in dem Augenblick kommen mußte, wo man über eine mehr oder weniger unklare soziale Betätigung hinaus zu einer *politischen* Tätigkeit kommen wollte, Jetzt war man genötigt, klipp und klar auf die Frage, sollen wir im Namen

des Christentuums Politit treiben oder nicht, zu antworten. Und Sohm gab ein rundes „nein“ zur Antwort! Und zwar:

> Nicht bloß deshalb, weil das Christentum auf die einzelnen technischen Fragen des Rechts und Wirtschaftslebens keine Antwort gibt, der Grund lag für ihn, den überzeugten Christen, viel tiefer. Die Politik kämpft um weltliche Güter mit weltlichen Mitteln, in der äußeren Politik mit dem Schwert, in der inneren, besonders der Sozialpolitik, unter wirtschaftlichen Kämpfen durch zwangsweise herbeigeführte Änderung der Machtverhältnisse, der Rechtsordnungen. Das Christentum aber fordert Scheidung des geistlichen vom weltlichen. Wo die Kirche das nicht befolgt hat der Politik gegenüber, hat sie unendlich durch ihre Verquickung des Christentums mit der Politik leiden müssen. Deswegen können wir nicht im Namen des Christentums Politik treiben. Um unseres Volkes willen sind wir Politiker. Das Volk ist unser geborener Herr. Weil wir dem Volk gehören, sind wir dem Volk die Hingabe gabe unseres Lebens und der Volksordnung, d. h. der Rechtsordnung. Gehorsam schuldig. Fordern wir eine Änderung dieser Rechtsordnung, so können wir sie nur im Namen des Volkes fordern. Weil die heutige Verteilung der Machtverhältnisse das Volk krank macht, fordern wir ihre Änderung zwangsweise. Treiben wir Sozialpolitik, so können wir sie nur für das Volk treiben, in seinem Namen. Darum gibt es auch nur eine nationale Sozialpolitik, keine christliche. Aber für das neue Haus, das wir bauen wollen, gibt es keinen besseren Boden als den Felsenboden des christlichen Glaubens. Auf ihn gründen wir unser Einzelleben und das Leben unserer Organisation. Das Christentum hat mit seiner Liebe unsere Herzen zu dieser Arbeit entzündet. Diesen Drang und Mut zu unserer Tätigkeit gibt uns auch ferner der christliche Glaube. Aber wir können nicht in seinem Namen, von Gesichtspunkten aus, die er gibt, Politik treiben.

In ganz gleichem Sinne sprach Naumann: der Glaube verleiht uns die Kraft zu unserem Handeln, aber er darf nicht zur Parteisache gemacht werden. Und von hier aus formulierte er für seinen neuen Programmentwurf den Religionsparagraphen als letzten Paragraphen dahin, daß zwar nach unserer Überzeugung im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes der Glaube an Jesus Christus stehe, der sich im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaftlichkeit bewähren solle — jedoch er dürfe nicht zur Parteisache gemacht werden.

Aber es dauerte den ganzen ersten Tag der Verhandlungen und fast die Hälfte des zweiten, ehe man zu einer erträglichen Einigung über diesen Programmsatz kam. Der Widerstand kam von zwei Seiten. Von denen, die überhaupt nichts von Christentum im Programm haben wollten, und von denen, die im Sinne des christlichen Sozialismus eine stärkere Hervorhebung christlicher Gesichtspunkte für die politische Arbeit forderten. Dazwischen

gruppierte sich die Schaar der Kompromißler. Es war vor allem Damaschke, der unter teilweise Unterstützung des Theologieprofessors Dr. Titius aus Kiel keine Erwähnung des christlichen Glaubens, überhaupt des Christentums nicht, forderte. Wolle man das Christentum wie Naumann ausgeführt nicht zur Parteisache machen, dann gehöre es auch nicht in das Programm hinein, wo von Aufgaben und Zielen geredet werden soll, nicht von Beweggründen. Nicht die Not einer Kirche, sondern die des Volkes, habe die Versammlung zusammengeführt. Deshalb solle man keine helfenden Hände irgend welcher religiösen Gesinnung zurückstoßen, aus unlauteren Motiven werde niemand kommen. Und Prof. Titius führte aus, man dürfe keinen Gewissenszwang ausüben, grade um des Christentums willen, wenn er auch anerkenne und gutheißen würde, sollte die Versammlung ein Bekenntnis dahin ablegen wollen, daß die Mehrheit auf dem Boden des Christentums stehe.

Ganz anders Stadtpfarrer Traub aus Stuttgart, der Wortführer derer, die das christlichsoziale Bekenntnis forderten. Die politischen und die wirtschaftlichen Begriffe haben einen Anspruch auf ethische Verklärung durch das Christentum. Es müsse der Nerv der ganzen Bewegung bleiben, und zwar, als evangelisches Christentum im Sinne der Reformation, im Gegensatz zum Katholismus, der als Jesuitismus viel gefährlicher sei als die Sozialdemokratie. Das ging wieder andern zu weit, die die Katholiken nicht ausschließen wollten, und wieder andern, welche allen die Zugehörigkeit zu erschließen bereit waren, die die objektive Macht des Christentums anerkannten. Dabei war es durchaus nicht so, daß die Theologen, die die Mehrheit in der Versammlung bildeten, auf seiten Traubs standen. Wie Prof. Titius so wollten auch andere, z. B. Prof. Gregory-Leipzig und Pfarrer Battenberg-Frankfurt a. M., die Ausscheidung des Christentums aus dem Programm. Während grade aus Arbeiterkreisen heraus, neben dem Widerspruch gegen den Religionsparagraphen, sehr warm für seine Beibehaltung gesprochen wurde! Göhre stellte sich darin auf Sohms und Naumanns Seite, daß es keine organische Verbindung zwischen Christentum und Politik gebe. Aber zu bedenken sei doch zweierlei. Man brauche ein Gegengewicht gegen den Materialismus der Sozialdemokratie, und dazu komme die Rücksicht auf die christlichsoziale Vergangenheit.

Von den, wenn wir so sagen dürfen, „rechts“ stehenden, wurde dann in der Debatte die Forderung aufgegeben, daß ein Bekenntnis speziell zum evangelischen Christentum notwendig sei, ebenso, daß es noch heißen solle, Glaube an Christus. Es wurde als hinreichend anerkannt, wenn bekannt werde: „im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes steht uns das Christentum, das nicht zur Parteisache gemacht werden darf, sich aber auch im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaft bewähren

soll". Dahin änderte denn auch Naumann seinen Vorschlag, der auch den Glauben an Jesus Christus bekannt hatte, ab. Schwerer war es, die „linke Seite" zu einer Konzession zu bewegen. Zunächst wurde sie von Titius, Damaschke und Lizentiat Th. Eck dahin gemacht, daß man als Resolution annehmen solle: „die Versammlung erklärt, daß sie sich der Gefahr der Veräußerlichung bewußt ist, die jede Formulierung des christlichen Standpunktes in einem Programm mit sich bringt, daß sie aber die Annahme des betreffenden Paragraphen als durch die bisherige Entwickelung veranlaßt ansieht, jedoch dabei jeden, der aus idealen Motiven ehrlich mitarbeiten will, unbedingt anerkennt".

Mit Recht wurde indes hiergegen von Prof. Trommershausen aus Frankfurt a. M. geltend gemacht, daß die Versammlung unmöglich diese Gefahr der Veräußerlichung anerkennen könne. Er schlug deshalb einen anderen Ausweg vor, die Annahme folgender Resolution, die er mit Damaschke vereinbart hatte: „Der Delegiertentag erklärt ausdrücklich, daß der Paragraph 7 (diese Ziffer wurde ihm schließlich zu teil) nicht ein Gewissenszwang für die einzelnen Mitglieder sein soll. Jeder, der ehrlich an der Erreichung unserer nationalen und sozialen Ziele mitarbeiten will, ist uns zur Mitarbeit willkommen".

Damit war die Versammlung einverstanden, und in der einstimmigen Annahme des Religionsparagraphen und dieser ihn einschränkenden Resolution, kam die erste Einigung zustande. Das christlichsoziale Element war nicht ausgeschieden worden. Dazu wirkte die Vergangenheit zu stark nach. Es wurde in dem Religionsparagraphen auch mehr als eben nur in seiner historischen Bedeutung anerkannt, wenn es auch kein Glaubensbekenntnis sein sollte, das das Gewissen vergewaltigen könnte. Aber freilich von irgend welcher praktischen Bedeutung ist der Paragraph im Laufe der nächsten sechs Jahre auch nicht gewesen. Wenn es so blieb, daß sowohl in der „Zeit" wie in der „Hilfe" oft christliche Gesichtspunkte vertreten wurden und christliche Probleme zur Erörterung kamen, so ist es wohl nie geschehen in Erinnerung an jenen Paragraphen, sondern einfach durch die christlich interessierten Persönlichkeiten, die diese Gedanken erörterten. Ebenso wenig aber haben diese Andersgläubige und solche, die religiösem Glauben überhaupt fern standen, die Mitarbeit auch nur erschwert, geschweige denn verweigert. Dazu wurde das nationalsoziale Band zu stark.

Freilich wie dieses geschlungen werden sollte, im Überwiegen des nationalen oder des sozialen Gedankens, darüber ist nun noch mancher Streit gekämpft worden. Und gleich bei der ersten Erfurter Tagung, bei der weiteren Erörterung des Naumann'schen Programmentwurfs, hob der Streit an. Eingeleitet wurde er durch die Kritik, die der Nationalökonom Professor

Dr. Max Weber aus Freiburg an Naumanns Programmentwurf im Ganzen übte.

> Naumann wolle die Mitwirkung der Gebildeten. Aber was er hier biete, sei trotz aller nationalen Gesichtspunkte die Partei der Mühseligen und Beladenen, derer, die irgendwo der Schuh drückt, aller derer, die keinen Besitz haben und welchen haben möchten. Indem das Programm den Unterschied von Arbeit und Besitz konstruiere, mache es sich alle aufsteigenden Schichten des Volkes, die schon zu Besitz gekommen sind, auch die aufsteigenden Schichten der Arbeiterklasse, zu natürlichen Gegnern der nationalsozialen Bewegung. Nur der Bodensatz der Bevölkerung gehöre wirtschaftlich dann zu den Nationalsozialen. Diese Partei der Schwachen könne es nie zu etwas bringen. Ein solcher Miserabilitätsstandpunkt mache die Nationalsozialen zu politischen Hampelmännern, Leute, die, je nachdem ihnen der Anblick irgend eines wirtschaftlichen Elends auf die Nerven fällt, durch unartikulierte Bewegungen bald nach rechts, bald nach links, hier einmal gegen die Agrarier, dort einmal gegen die Börse und die Großindustrie reagieren. Zu dieser politischen Unklarheit sei man gekommen, weil man die im ersten Programmentwurf enthaltene Stellungnahme gegen den Großgrundbesitz verlassen habe. Es bleibe aber nur die Wahl, entweder die bürgerliche oder die agrarisch-feudale Klasse stützen zu wollen. Die Sozialdemokratie hat durch ihr Vorgehen gegen das Bürgertum der Reaktion nur die Wege geebnet. Derselbe Fehler droht hier. Man entschließe sich darum, eine neue nationale Partei der bürgerlichen Freiheit werden zu wollen, die ihren Standpunkt zu Gunsten der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung nimmt. Denn was uns fehlt, ist eine nationale Demokratie, der wir die Leitung Deutschlands durch unsere Wahlstimmen anvertrauen können, weil wir der Wahrung der nationalen und wirtschaftlichen Machtinteressen in ihrer Hand sicher sein werden. Die Wahrung der nationalen Machtinteressen muß dabei freilich in aller Schärfe erfolgen und mit aller Konsequenz, z. B. auch in der Polenfrage. Denn auch der nationale Standpunkt verträgt sich nicht mit dem des Miserabilitätsstandpunktes. Wer irdische Politik treiben will, muß illusionsfrei sein und die fundamentale Tatsache des ewigen Kampfes der Menschen untereinander anerkennen.

Der nur sehr vereinzelte Beifall, den diese zweifellos ausgezeichnete Rede fand, zeigte, wie stark damals die überwiegende Mehrheit auf dem „Miserabilitätsstandpunkt" stand. Im wesentlichen stimmten Weber, aber auch nur unter gewissen Voraussetzungen, bei Max Lorenz und Dr. Klumker. Ersterer nur in dem Sinn, daß es töricht sein würde, das Programm auf einen Kampf gegen jeden Kapitalismus zuzuschneiden. Es würde töricht sein, der wirtschaftlichen Notwendigkeit entgegenzuarbeiten, daß Deutschland den Höhepunkt kapitalistischer und speziell großindustrieller Entwicklung erreicht. Das fordern vielmehr unsere Handelsinteressen auf dem Weltmarkt, deren Sieg von der

Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie abhängig ist. Und auch das Interesse der Arbeiter fordert es, denn nur der kapitalkräftige Unternehmer kann die gewerkschaftlichen Forderungen erfüllen. Dr. Klumker aber faßte den Weberschen Gedanken von einer andern Seite.

> Soll unser Programm dem sozialdemokratischen gewachsen sein, so muß es ihm an Einheitlichkeit und Geschlossenheit gleichkommen. Doch ruht diese geschlossene Einheitlichkeit darin, daß das ganze Erfurter Programm von einem einzigen wirtschaftlichen Gedanken ausgeht. Wir kennen keine solche alles beherrschende Idee, die das ganze Wirtschaftsleben bestimmt, vielmehr erkennen wir, daß eine ganze Reihe von Tendenzen nebeneinander und durcheinander wirksam sind und wollen wir dafür das fundierende Hilfsmittel nennen, so haben wir nur den blaßen Ausdruck Sozialreform, der nicht imstande ist, ein ganz bestimmtes Ziel unserer Bewegung zu geben. So können wir in den Mittelpunkt unseres Programms nicht wirtschaftliche Forderungen stellen. Wir brauchen einen rein politischen Gedanken als Ausgangspunkt. Der ist auch in § 1 des Naumann'schen Programms gegeben: Wir stehen auf nationalem Boden. Aber nun soll der Gedanke nicht weiter heißen: „indem wir die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach Außen für die Voraussetzung aller größeren sozialen Reformen im Innern halten," denn damit gehen unsere Gedanken vom Sozialen zum Nationalen hin. Nein — wir müssen sagen: Wir stehen auf nationalem Boden. Wir sind überzeugt, daß die äußere Macht der deutschen Nation auf die Dauer ohne Nationalsinn einer politisch interessierten Volksmasse nicht erhalten werden kann. Dieses politische Interesse der Volksmasse kann aber nur auf Grund weitgehender sozialer Reformen geweckt werden, die die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der Nation nach Außen zur Voraussetzung haben. Wir wünschen darum eine Politik der Macht nach Außen, die sich nach Innen auf die große Masse des Volkes stützt. So allein gewinnen wir einen leitenden, zentralen Gedanken den nationalen, von dem aus wir zur Notwendigkeit sozialer Reformen geführt werden. Nationale Macht und soziale Reform bedingen sich hier wechselseitig. Ihre Beziehung ist aber durch einen politischen Gedanken vermittelt.

Naumann stimmte dem bei, daß diese wechselseitige Beziehung vorhanden sei. Der Gebildete werde von seinem Standpunkt aus dabei vom Nationalen ausgehen, aber aus historischen, psychologischen und praktischen Gründen unserer Bewegung werde man den Gedanken von „unten" aus durchführen müssen, wo die Volksmasse frägt, „wie geht es uns besser, wie schaffen wir soziale Reformen". Und von hier aus werde man zum nationalen Gedanken kommen, indem soziale Reform nur möglich sei in einem starken Reich, das politisch wie wirtschaftlich seine Stellung unter den Völkern auf dem Weltmarkt behauptet.

Die Zusammensetzung der Versammlung war viel zu sehr auf den Gesichtspunkt einer vor allem sozialreformerisch gerichteten Tätigkeit der neuen Bewegung zugestimmt, wobei auch die mehr humanitär als christlichsozial gerichteten Vertreter sich zustimmend verhielten, als daß nicht der Naumann'sche Gedankengang hätte durchdringen müssen. So sprach sich Dr. Scheven gegen die Verquickung von Macht und sozialer Reform aus, Prof. Flegler-Bensheim wollte gar ein Gegengewicht haben gegen „umlaufende chauvinistische Anschauungen" und von Gerlach-Berlin trat scharf für die von Weber verworfene Miserabilitätspolitik ein. Die Nietzsche-Herrenmoral werde er in der Politik nie mitmachen. Wir gehören an die Seite des Proletariats. „Die Großindustriellen des Westens und die Großgrundbesitzer des Ostens sind für mich eine reaktionäre Masse." Prof. Sohm nahm eine Position für sich ein, die namentlich durch die Stellung zur Sozialdemokratie bedingt war. „Wir wollen die sozialdemokratische Führung ablösen," sagte er.

> Wir wollen uns selbst, wenn möglich, an die Spitze der Arbeiterbewegung stellen. Das Feldzeichen wird dabei, wie wir dem Materialismus das Christentum entgegenstellen, im politischen Kampf der nationale und monarchische Gedanke sein. Gerade darum aber ist es nicht unsere Absicht, formell eine Arbeiterpartei zu gründen, eine Partei nur zum Wohle des vierten Standes. Dieses Ziel ist nicht groß genug. Wir wollen, daß das ganze Volk gedeiht. Der Arbeiterstand kann nur gedeihen, wenn das ganze Volk gedeiht. Besonders aber wollen wir die Hebung des Arbeiterstandes, weil sie ein Mittel zur Hebung des ganzen Volkes ist.

Das Resultat der Debatte war, was wiederum aus dem Überwiegen der christlichsozialen Elemente erklärlich ist, die Annahme der Naumann'schen Formulierung der ersten Programmparagraphen unter Ablehnung der von Dr. Klumker vorgeschlagenen Form. Aber damit war die Frage nach dem Überwiegen des nationalen oder des sozialen Gedankens eben nicht entschieden. Sie wirkte weiter fort und ist wiederholt, am stärksten schon auf dem nächsten Vertretertag der Nationalsozialen, wenn auch in anderer Form, in der Frage nämlich nach der Stellung zur Sozialdemokratie, wiedergekehrt und sie ist nie ganz überwunden worden. Denn von der theoretischen Erörterung, über die man schließlich hinwegkam, ist sie in die praktischen Probleme hinübergegangen und hat z. B. bei der Frage, wie man sich in Stichwahlen zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Kandidaten zu verhalten habe, noch eine recht wichtige Rolle gespielt. Doch davon später.

Noch eine Anzahl anderer Differenzen der Meinungen traten dann bei der Fortsetzung der Programmberatung auf politischem Gebiet hervor, deren wichtigste, wenigstens zur Charakteristik der Zusammensetzung der konstituierenden

Versammlung der Nationalsozialen, hervorgehoben sein mögen. Gegen die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Landtagswahlen, besonders aber auf die Gemeindewahlen, sprachen einzelne mehr konservativ gerichtete Herren ernste Bedenken aus. Dadurch, daß zu den Wortführern dieser Gruppe der aus der Sozialdemokratie herübergekommene Max Lorenz gehörte, der namentlich die Gefahr einer Sozialdemokratisierung der Leitung der Landgemeinden fürchtete, wurde zugleich zum ersten Mal ersichtlich, wie er geneigt war, möglichst weit von seinen bisherigen Parteigenossen abzurücken. Seine Stellung teilte Verlagsbuchhändler Dr. Rupprecht in Göttingen und Lizentiat Everling-Crefeld, der mehr die Gefahr der Zentrumsleitung für die Städte des Rheinlands betonte, die durch das allgemeine, gleiche und geheime Kommunalwahlrecht heraufbeschworen werden würde. Göhre wollte Streichung des ganzen Passus, denn es käme doch noch die Frage eines besseren Wahlrechts als das zum Reichstage in Betracht. Allein der Widerstand namentlich aus Süddeutschland und dann auch die sozialen Gesichtspunkte waren in der Versammlung zu mächtig, als daß man hier eine Verwässerung des konsequent liberalen Gedankens zugegeben hätte. Naumanns Vorschlag siegte mit starker Mehrheit. Doch ist bei der Beratung eines Kommunalprogramms 1899 die Frage nach dem Gemeindewahlrecht noch einmal aufgeworfen, dann aber ebenfalls im Sinn des Reichstagswahlrechts entschieden worden.

Daß auch antisemitische Stimmungen vorhanden waren, die sich mit hakatistischen Neigungen gegen das Polentum verbanden, zeigte weiter eine kurze Debatte über die Forderung „ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Staatsbürger". Aber sie wurde ebenfalls gegen 16 Stimmen angenommen und die antisemitische Frage hat dann nur noch einmal in einer Preßfehde der „Zeit" Meinungsverschiedenheiten gezeitigt, indem man die Mitwirkung von Juden vorübergehend aus einem kleinen Kreis Nationalsozialer heraus vergeblich anfocht. Endlich sei noch hervorgehoben, daß der Frauenfrage entgegen dem Programmentwurf Naumanns ein besonderer Paragraph zugebilligt wurde. Hierbei trat Frau Gnauck-Kühne in einer eindrucksvollen Rede auf. Was sonst noch an Änderungen des Programms vorgenommen wurde, war nebensächlicher Art. Es gelangte schließlich gegen zwei Stimmen zu einer unter großem Beifall aufgenommenen einheitlichen Annahme in dem Sinne, daß dieses Programm als Grundlinien gedacht sei, deren Ausbau in Spezialprogrammen der Zukunft vorbehalten werden solle. Der Wortlaut dieser Grundlinien lautete nunmehr:

> § 1. Wir stehen auf nationalem Boden, indem wir die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen für die Voraussetzung aller größeren sozialen Reformen im Innern

halten, zugleich aber der Überzeugung sind, daß die äußere Macht auf die Dauer ohne Nationalsinn einer politisch interessierten Volksmasse nicht erhalten werden kann. Wir wünschen darum eine Politik der Macht nach außen und der Reform nach innen.

§ 2. Wir wünschen eine feste und stetige auswärtige Politik, die der Ausdehnung deutscher Wirtschaftskraft und deutschen Geistes dient. Um sie zu ermöglichen, treten wir für die ungeschmälerte Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, für eine angemessene Vermehrung der deutschen Kriegsflotte, sowie für Erhaltung und Ausbau unserer Kolonien ein. Im Interesse der vaterländischen Macht und Ehre werden wir Mißstände in unseren militärischen und kolonialen Einrichtungen stets offen bekämpfen.

§ 3. Wir stehen fest auf dem Boden der deutschen Reichsverfassung und wünschen ein kräftiges Zusammenwirken der Monarchie und der Volksvertretung. Wir sind für Unantastbarkeit des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstage und für Ausdehnung desselben auf Landtage und Kommunalvertretungen. Wir fordern Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Vereinsfreiheit und ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Staatsbürger.

§ 4. Wir wollen eine Vergrößerung des Anteils, den die Arbeit in ihren verschiedenen Arten und Formen in Stadt und Land unter Männern und Frauen an dem Gesamtertrag der deutschen Volkswirtschaft hat, und erwarten dieselbe nicht von den Utopien und Dogmen eines revolutionären marxistischen Kommunismus, sondern von fortgesetzter politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Arbeit auf Grund der vorhandenen Verhältnisse, deren geschichtliche Umgestaltung wir zu Gunsten der Arbeit beeinflussen wollen.

§ 5. Wir erwarten, daß die Vertreter deutscher Bildung im Dienst des Gemeinwohls den politischen Kampf der deutschen Arbeit gegen die Übermacht vorhandener Besitzrechte unterstützen werden, wie wir andererseits erwarten, daß die Vertreter der deutschen Arbeit sich zur Förderung vaterländischer Erziehung, Bildung und Kunst bereitfinden werden.

§ 6. Wir sind für Regelung der Frauenfrage im Sinne einer größeren Sicherung der persönlichen und wirtschaftlichen Stellung der Frau und ihre Zulassung zu solchen Berufen und öffentlich rechtlichen Stellungen, in denen sie die fürsorgende und erziehende Tätigkeit für ihr eigenes Geschlecht wirksam entfalten kann.

§ 7. Im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes steht uns das Christentum, das nicht zur Parteisache gemacht werden darf, sich aber auch im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaftlichkeit bewähren soll.

Zweierlei blieb nun noch der Entscheidung der Versammlung vorbehalten. Einmal, ob es sich hier um eine Vereinsgründung oder um eine Parteigründung handeln solle und dann, welche Form man dieser Organisation geben wolle.

Über den ersten Punkt entbrannten die Meinungen ziemlich heftig. Naumann hatte schon in seiner großen Rede eindringlich vor einer voreiligen Parteigründung gewarnt. Das Ziel sei sicher die Partei.

> Aber eine Partei ist von nachhaltigem Einfluß erst, wenn sie über eine Million Wahlstimmen auf sich vereinigt. Jetzt gehören im besten Fall 10 000 Menschen zu uns, bei einer ersten Wahl kaum über 50 000. Der Weg ist also lang. Freilich ist aber auch jede Minorität geeignet, Majorität zu werden, wie die Marxisten, die 1871 mit 39 000 Stimmen anfingen, zeigen. Nur ungern erscheine er als der Mann an der Bremse. Stimmung mag für die Partei vorhanden sein, aber es fehle noch an dem Metall, das notwendig ist. Uns fehlt auch noch die politische Durchbildung. Tun wir uns zu früh schon groß auf, dann erziehen wir unsere Leute zur Ungründlichkeit. Auch haben wir keine Berufspolitiker, die eine Partei braucht. Erst dann ist diese möglich, wenn die Parlamentsvertretung da ist. Die ältere christlichsoziale Partei und die Antisemiten sollen uns warnen, zu früh Partei werden zu wollen.

Die Freunde einer sofortigen Parteigründung machten hiergegen geltend, daß Partei zugkräftiger sei als Verein, daß man sich selbst in der Entwicklung zurückschraube, wenn man nicht sofort parteibildend vorgehe. So sprachen sich für die Partei Professor Gregory, Gerlach, Pfarrer Esenwein, Deismann, Maurerpolier Naumann, Lorenz aus. Göhre plaidierte für „Bund". Unsere Vorschläge seien noch nicht abgeklärt genug für die Partei. Aber auch dieser Vorschlag schlug nicht durch. Man lehnte Göhres Antrag und den Esenweins auf Gründung einer Partei ab und nahm den Antrag Naumanns an: „Wir gründen heute einen politischen Verein als Vorbereitung zu einer Partei."

Aber welchen Namen sollte der Verein tragen? Noch einmal trat als Wortführer christlichsozialer Gesinnungen ein Redner, der Dichter Pfarrer Feddersen-Niebüll, auf und wollte dem Wort christlichsozial seinen guten Klang erhalten. Aber der Wiederhall, den er fand, war gering. Die Stellung, die man dem Christentum im Programm gegeben, paßte dazu nicht mehr und es schien auch wünschenswert, daß jeder Verwechselung mit der Stöcker'schen christlichsozialen Organisation vorgebeugt werde. So schlugen Pfarrer Battenberg aus Frankfurt a. M. und Professor Gregory aus Leipzig gemeinsam vor „nationalsozialer Verein". Göhre wollte lieber „Verein für nationalen Sozialismus". Er hob hervor, daß sozial schon jeder sei, der täglich Suppe zur Speisung der Armen gibt, aber sozialistisch kennzeichne schärfer unsere Arbeiterfreundlichkeit. Indeß der Antrag fand keinen Anklang. Die Versammlung stimmte für „nationalsozialer Verein" und schloß ihre Erfurter Tagung, indem sie nun den vierten Tag ihrer Beratungen noch auf

die Schaffung des Organisationsstatuts dieses nationalsozialen Vereins verwandte.

Chefredakteur Oberwinder und Göhre hielten hierzu einleitende Referate. Der praktische Erfolg war kurz gesagt der, daß in Rücksicht auf das damals noch bestehende Verbindungsverbot politischer Vereine davon abgesehen wurde, Ortsvereine zu gründen, die in dem einen nationalsozialen Verein zusammengeschlossen wurden. Vielmehr sollte er sich als ein Verein über ganz Deutschland erstrecken und von einer Zentrale aus geleitet werden. Zu dieser Leitung wurde außer einem besoldeten Sekretär ein Vorstand aus sieben Herren bestimmt. Leipzig schien die hierfür geeigneten Persönlichkeiten zu besitzen und so wurde auch Leipzig zur Zentralstelle gewählt. Folgende waren die damals gewählten Vorstandsmitglieder: Friedrich Naumann als erster Vorsitzender, der einzige, der nicht am Sitz des Vorstandes wohnte, Paul Göhre als zweiter Vorsitzender, der daran war, sein Pfarramt in Frankfurt a. O. aufzugeben und sich bereit erklärte, nach Leipzig zu ziehen. Dann die Leipziger: Professor Sohm und Professor Gregory, Maurerpolier Naumann und Lithograph Kreuziger. Die siebente Stelle wurde offen gelassen, als für einen Herrn bestimmt, der geeignet sei, als Rechner des Vereins tätig zu sein. Er wurde im Laufe des ersten Jahres in der Person des Kaufmanns Georg Vogel in Leipzig gefunden. Für die Stelle des Sekretärs, dessen Amt berufsmäßig und daher auch besoldet sein sollte, wurde schon in Erfurt der Verfasser dieser Geschichte der Nationalsozialen in Aussicht genommen, der aber aus seinem geistlichen Amt in Darmstadt erst im März des Jahres 1897 ausscheiden und nach Leipzig verziehen konnte. Bis dahin nahm sich Professor Gregory der Sekretariatstätigkeit an. Für den Eintritt in den nationalsozialen Verein wurde als Bedingung festgesetzt: der Besitz deutscher Reichsangehörigkeit, der Volljährigkeit und Unbescholtenheit, sowie die Bereitwilligkeit, einen Jahresbeitrag zu entrichten, dessen Höhe in das Belieben des Einzelnen gestellt war, wobei man aber annahm, daß, wer ein Jahreseinkommen von mehr als 3000 Mk. habe, nicht unter 5 Mk. zahlen werde. Jährlich sollte eine Delegierten-Versammlung stattfinden, die man später „Vertretertag" genannt hat. Die Wahlen für sie fanden von den Mitgliedern immer je eines Reichstagswahlkreises statt, die bis zu fünf Vertreter entsenden durften. Die Geschäftsführung des Vorstandes, der jährlich zu wählen war, wurde unter die Aufsicht einer Kontrollkommission gestellt. Dies die Grundzüge der Organisation des nationalsozialen Vereins, der nach ihrer Annahme am 25. November 1896 in Erfurt sich als konstituiert erklärte und nun an die politische Arbeit gehen sollte, für die er sich in seinen „Grundlinien" zu einem Programm die politisch grundsätzliche Basis geschaffen hatte.



Der Empfang, der der neuen politischen Organisation in Deutschland von den Parteien durch ihre Presse bereitet wurde, war nicht gerade ermutigend. Man hatte die Erfurter Verhandlungen durchweg einer sehr eingehenden Berichterstattung gewürdigt, auf die nun eine zumeist aus Böswilligkeit und Mißverständnissen zusammengesetzte Kritik folgte, der gegenüber sich nur wenige Zeitungen auf den vornehmeren Standpunkt ruhiger Sachlichkeit stellten. Es würde zu weit führen, auch nur die bemerkenswertesten Urteile der politischen Presse anzugeben. Nur so viel sei gesagt, daß man rechts wie links gleich damals die Instrumente auf ganz dieselbe Tonart stimmte, in der man dann all die Jahre hindurch das Kriegslied gegen die Nationalsozialen gespielt hat. Auf der rechten Seite wurde die ehrliche nationale Stellung als Phrase bezeichnet und das Hinübergleiten in die Sozialdemokratie prophezeit, auf der äußersten Linken hatte man Spott und Hohn bereit für die Wirrköpfe, Schwarmgeister, Phantasten und weissagte eine Wendung nach rechts unter Sohms Einfluß. Der Freisinn und die bürgerliche Demokratie stießen sich teils an den sozialistischen Neigungen, teils anerkannten sie, wie z. B. die „Frankfurter Zeitung", den sozialpolitischen Willen, tadelten aber den „Autoritätsglauben", der zur Reaktion führen werde. Im einzelnen verfielen die Gegner auch gleich in die dann später so beliebte Praxis, die Erfurter Tagung nicht nach ihren Beschlüssen, sondern nach einzelnen rednerischen Ausführungen, die man aus dem Zusammenhang riß, zu beurteilen. So z. B. die „Nordd. Allg. Ztg.", die gerade die abgelehnten radikalen Anträge gegen die Nationalsozialen ausspielte. Im übrigen sah sie die Hauptgefahr der neuen Partei in der Mitwirkung so vieler Pastoren und Professoren, „die in ihrem Wirkungskreis großen Einfluß haben".

Erfreulicherweise besaß man auf nationalsozialer Seite von vornherein die ruhige Gelassenheit, die den gegnerischen Hieben gegenüber allein am Platz ist, selbst wenn sie mit Lüge und Denunziation vergiftet werden. Die „Zeit" vor allem bewies durch die Objektivität, mit der sie solche und ähnliche Preßstimmen abdruckte, daß man nicht gesonnen sei, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Man wollte vielmehr durch die Politik, die man verfolgte, zeigen, welches politischen Geistes Kind man sei, und hiernach wollte man gerecht beurteilt werden.

Und gleich das erste Jahr nach Gründung des nationalsozialen Vereins gab nach allen Seiten hin reiche Gelegenheit, unzweideutig Farbe zu bekennen.

Zunächst auf gewerkschaftlichem, sozialem Gebiet.

Kaum daß die Erfurter Tagung vorüber war, entbrannte in hellen Flammen der Hamburger Hafenarbeiterstreik. Ein Streik, wie ihn an Größe und Bedeutung Deutschland seit dem Bergarbeiterausstand 1889 nicht gesehen hatte, zuerst scheinbar nur ein lokaler und beschränkter Lohnkampf der Schauerleute, dann durch die Solidaritätsgefühle der Seeleute und Hafenarbeiter aller Art ein Kampf, der auch internationales Gepräge erhielt, wie andererseits die scharfe Zurückweisung von Seiten der Arbeitgeber ihm den Charakter eines Kampfes um die Macht gab. Es hat zwar nicht an Schwankungen innerhalb des Leserkreises und der sich langsam sammelnden Mitgliederschar des nationalsozialen Vereins gefehlt, die über der Frage, „auf wessen Seite steht in diesem Kampf das Recht", zu keiner klaren Entscheidung kamen und darum die wachsende Sympathie für die Streikenden, die die Führer des Vereins und vor allem die „Zeit"-Redaktion bekundete, anfechten zu müssen glaubten. Ihnen kam man auch darin weit entgegen, daß einer der Redakteure der „Zeit" nach Hamburg entsandt wurde und dort an Ort und Stelle die Sachlage genau prüfte und darüber in der „Zeit" dann berichtete. Aber in der prinzipiellen Entscheidung konnte es für den nationalsozialen Verein und sein Preßorgan keinen Zweifel geben. Die Nationalsozialen gehörten an die Seite der kämpfenden Arbeiter. Es wäre eine glatte Verleugnung der gewerkschaftlichen Stellungnahme der Nationalsozialen in ihren Grundlinien gewesen, hätten sie von dem Augenblick an, wo die Generalkommission der Gewerkschaften für die Streikenden eintrat, sich noch neutral verhalten oder gar auf die gegnerische Seite gestellt. Und wo wären sie mit ihrer Forderung von der Vermehrung des Anteils, den die Arbeit an dem Gesamtertrag der deutschen Volkswirtschaft haben soll, geblieben, wenn sie hier nicht ihren Mann gestellt hätten, wo die Möglichkeit vorhanden war für einen Erfolg der Arbeiter innerhalb des jetzigen Staats und unserer Gesellschaftsordnung? Erschwert wurde die Stellungnahme durch die Parteinahme des Kaisers, der bei einem Essen, das der Reichskanzler gab, seine Freude darüber aussprach, daß die Arbeitgeber den „unberechtigten Forderungen" entschieden entgegengetreten seien und einen Arbeitgeberbund in diesem Sinne für die Zukunft anregte. Ließ sich mit der monarchisch-nationalen Haltung des nationalsozialen Vereins nun noch eine öffentliche Unterstützung der Streikenden rechtfertigen? War das nicht zugleich das Ende des Bekenntnisses zu einem sozialen Königtum? Die Antwort fand man in dem Appell an die kaiserlichen Februarerlasse von 1890, denen gegenüber diese Haltung des Kaisers denn doch nur ein vorübergehendes Abweichen von der arbeiterfreundlichen Grundstimmung sei, und zugleich in der Erkenntnis, daß uns ein Kaiserwort nicht hindern kann, „unserer staatswirtschaftlichen Einsicht und unserem Gewissen zu folgen unter Wahrung der

Treue zum Kaiserhaus". Und so hat die „Zeit" bis zuletzt auf Seite der streikenden Arbeiter gestanden und über das geschriebene und gesprochene Wort hinaus hat man von nationalsozialer Seite aus auch eine Geldsammlung für die Streikenden veranstaltet, ungeachtet der geringen Geldmittel, über die man für die eigenen Organisationszwecke gerade damals erst verfügte, wo die Organisationsarbeit noch in den Kinderschuhen steckte. Und ebenso verhielt man sich konsequent ablehnend gegen den christlichen Gewerkverein der Bergarbeiter, weil er trotz der persönlichen Sympathieen, die sein christlicher Charakter in den Reihen der Nationalsozialen wecken mochte, eben doch nur geeignet war, die Einheitlichkeit und damit die Tatkraft der gewerkschaftlichen Bewegung zu schwächen.

Mit der gleichen Folgerichtigkeit gelangte man aber gleich in diesen ersten Monaten politischer Tätigkeit aus dem nationalsozialen Grundgedanken zu einer überaus bestimmten Stellung in der Flottenfrage. Sie wurde durch die neuen Flottenforderungen angeschnitten. Und hatten die Nationalsozialen auch nicht Gelegenheit, ihren Standpunkt im Parlament zu vertreten, so hatten sie doch die Pflicht, sich zu dieser Kernfrage neudeutscher Machtpolitik klar zu äußern. Max Lorenz war es, der (am 7. März 1897) den ersten grundsätzlichen Artikel schrieb und in ihm den Gedankengang schon im wesentlichen festlegte, der dann für die nationalsoziale „Flottenbegeisterung", über die die Flottengegner später so oft spotteten, typisch geworden ist.

> Die deutsche Industrie wächst empor und muß auf lange Zeit noch weiter wachsen. Der deutsche Export wächst stark empor und muß auf lange Zeit noch weiter wachsen und der deutsche Handel wird mehr und mehr zum Welthandel. Wir müssen uns auf dem Weltmarkt siegreich behaupten, wenn wir unseren Nationalreichtum vermehren und unseren Menschen neue Arbeitsgebiete verschaffen wollen. Könnten wir das nicht, so wäre es nicht zuletzt ein namenloses Unglück auch für die arbeitenden Klassen unseres Volkes, deren materielles Wohlergehen gegenwärtig ohne Zweifel mit der Entwicklung und Ausdehnung deutscher wirtschaftlicher Macht verquickt ist. Diese Ausdehnung kann aber nur geschehen und sich der Konkurrenz gegenüber siegreich behaupten, wenn im entscheidenden Augenblick eine starke Militärmacht dahinter steht. Der deutsche Welthandel bedarf darum der deutschen Kriegsflotte.

Aber wie Bedenken aus nationalsozialen Kreisen gegen die Haltung im Hafenarbeiterstreik zum Ausdruck kamen, so auch hier. Sie wurden namentlich von religiösen Gesichtspunkten aus motiviert. Wie kann man als Christ eine humane Politik nach Innen und eine inhumane nach Außen vertreten? Es hat lange gedauert, bis dieses Bedenken unter der Erkenntnis schwand, daß die größte Humanität doch wohl die ist, die Kinder des eigenen Volkes zu

schützen so gut man es immer kann! Noch bei der Chinadebatte im Jahre 1900 kehrten diese Bedenken wieder, wenn auch damals schärfer provoziert durch einen Ausspruch Naumanns, der das Kaiserwort von dem „Nichtpardongeben" in Schutz nahm.

Wurde der nationalsoziale Verein im Winter 1896/97, nachdem er eben erst an der Seite sozialdemokratischer Arbeiterorganisationen für Streikende gekämpft, durch die Flottenfrage wieder zu den „nationalen Parteien" hingedrängt, so zeigte es sich doch alsbald, daß die nationalpolitische Stellung der Nationalsozialen anders geartet war, als die der alten „Kartellparteien". Es trat dies in der Polenfrage zu Tage, in der man sich zwar von nationalsozialer Seite aus durchaus für den Kampf des deutschen Elementes gegen das Überwuchern des Polentums erwärmte, aber in Konsequenz liberaler Grundanschauungen nicht einen Kampf der Gesetzgebung und der Verwaltungsbehörden gegen die Polen gutheißen wollte, der gegen die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz verstieß. Ganz so beurteilte man auch die Dänenfrage.

Diese Angaben mögen genügen, um die politische Haltung der Nationalsozialen im Winterhalbjahr ihres ersten Vereinsjahrs zu charakterisieren.

Nur langsam kam in der gleichen Zeit die organisatorische Tätigkeit vorwärts. An agitatorischen Kräften fehlte es freilich nicht. Außer Naumann hielten von Gerlach, Professor Sohm, Max Lorenz u. a. wiederholt größere öffentliche Versammlungen bald in dieser, bald in jener Stadt ab, vor allem in Leipzig und Berlin, und die „Zeit" konnte unter ihren Vereinsberichten auch von einer stattlichen Anzahl kleiner Versammlungen in den verschiedensten Teilen des Reiches Nachricht geben. Aber die große Schwierigkeit, an der außer der Sozialdemokratie alle Parteien zu kranken haben, trat auch dem jungen nationalsozialen Verein entgegen: über Sympathie und Freundschaft hinaus Gesinnungsgenossen zum festen Anschluß an die bestehende Organisation zu bewegen! Wohl hatte es alsbald nach der Erfurter Tagung nicht an einem entsprechenden Aufruf von Seiten des Vorstandes gefehlt, und auch Professor Gregory wie Paul Göhre bemühten sich nach Kräften, in der „Zeit" wiederholt auf die Wichtigkeit der Organisation als Basis aller politisch wirksamen Arbeit hinzuweisen. Aber erst nach der Schaffung eines berufsmäßig auf Stärkung und Ausbreitung der Organisation gerichteten Sekretariats wurde es möglich, vorwärts zu kommen.

Als Anfang März 1897 der Verfasser dieser Arbeit als Sekretär des Vereins nach Leipzig übersiedelte, zählte der nationalsoziale Verein in ganz Deutschland formell erst 350 Mitglieder, mochten auch nebenher in Ortsgruppen und namentlich in den evangelischen Arbeitervereinen, und dann vereinzelt ungleich mehr Gesinnungsgenossen sich ihrer Überzeugung nach zu den National-

sozialen rechnen. Zugestanden muß aber auch werden, daß seit der Erfurter Tagung mancher, der damals noch zu dem „Kreis um Naumann" zählte, sich zurückgezogen hatte, darunter sogar solche, die als Delegierte in Erfurt waren. Um nur zwei bekannte Namen zu nennen: sowohl der Vorsitzende in Erfurt, Stadtpfarrer Traub in Stuttgart, wie Pfarrer Julius Werner hielten sich von weiterer Mitarbeit zurück. Ersterer, weil ihm der spezifisch christliche Charakter der Bewegung zu stark aufgegeben und die soziale Arbeit durch die politischen Gesichtspunkte zu sehr beeinträchtigt schien. Und so mag es noch bei manchem gewesen sein, dessen Name darum nicht für die Liste des Vereins angemeldet wurde. Es galt darum jetzt, wo das Sekretariat begründet war, die organisatorische Tätigkeit in gewissem Sinne von neuem zu beginnen. Das geschah durch Gewinnung von Vertrauensmännern in brieflichem und persönlichem Verkehr durch den Sekretär, der zugleich genaue Instruktionen für diese freiwilligen Beamten des Vereins ausarbeitete und das notwendige Material an Listen, Mitgliedskarten u. dergl. beschaffte und versandte. Auch die Geldmittel des Vereins waren entsprechend dem Mangel an Mitgliedern um diese Zeit äußerst gering. Wurde doch, als das Sekretariat ins Leben trat, der ganze Cassabestand des Vereins von circa 300 Mark gebildet. So gering hätte selbst das geringschätzigste Urteil der Gegner damals die numerische und finanzielle Kraft der Nationalsozialen nicht gewertet! Aber es wurde auch bald besser. Die Mitgliederzahl hob sich allmählich. Sie hatte sich schon im Mai 1897 mehr als verdoppelt und das Vertrauen auf den finanziellen Opfermut der Gesinnungsgenossen war so groß, daß man neben dem Sekretär noch Max Lorenz als Agitator vertragsmäßig anstellte. Er unternahm dann auch in den Frühlings- und den ersten Sommerwochen dieses Jahres wiederholt Reisen, die teils Vorträgen dienten, teils von ihm benutzt wurden, um einzelne Wahlkreise genauer kennen zu lernen, deren politische und wirtschaftliche Struktur für den Erfolg einer nationalsozialen Agitation bei den nächsten Reichstagswahlen zu sprechen schien.

Inzwischen hatte der Verein auch Gelegenheit, öffentlich einer aktuellen politischen Frage gegenüber grundsätzlich Stellung zu nehmen. Von reaktionären Elementen gedrängt, brachte die preußische Regierung ein Vereinsgesetz ein, dessen kautschukartige Bestimmungen in Verbindung mit dem Polizeigeist, der es beherrschte, ihm den Charakter einer Vereinigung von Sozialistengesetz und Umsturzvorlage gaben. Nicht nur die „Zeit" war sofort auf dem Platz, um mit aller Schärfe Stellung gegen die Vorlage zu nehmen. Auch im Verein selbst wuchs die Erregung so an, daß man an die Einberufung eines außerordentlichen Vertretertages dachte. An seine Stelle trat dann aber ein am 18. Mai 1897 „An die Nationalsozialen in Preußen" gerichteter Aufruf des

Vorstandes, der in wuchtiger Sprache das reaktionäre Attentat geißelte. Es heißt da:

> Jeder, der den Wert deutscher Freiheitsrechte erkannt hat, bäumt sich auf gegen diesen neuen Versuch der Vergewaltigung reifer, politischer Männer. Wir Nationalsozialen wissen, wohin wir in diesen Tagen gehören: auf die Seite derer, die bereit sind, diesem abermaligen Vorstoß der Reaktion in Preußen zu begegnen. Alle Gegensätze zwischen den dagegen ankämpfenden Parteien müssen zur Zeit in den Hintergrund treten, wenngleich wir niemals aufhören werden, gegen alles, was die Größe Deutschlands beeinträchtigt, den notwendigen Kampf zu führen. Jetzt gilt es, was alle gleichermaßen angeht, den Schutz der allerselbstverständlichsten Volksrechte, die die Verfassung des ersten und mächtigsten deutschen Bundesstaates bisher gewährleistet hatte.

Daran schloß sich die Aufforderung, an allen Protestversammlungen gegen die Vorlage teilzunehmen und solche auch selbst zu veranstalten.

Die besondere parteipolitische Bedeutung dieses Aufrufs aber lag darin, daß sie zu einer sehr scharfen Absage der Nationalsozialen gegen die Konservativen führte, deren Wünschen dieses Gesetz entsprungen war. Naumann faßte sein Urteil in die Worte zusammen: „Die Herrschaft der Konservativen ist ein nationales Unglück ersten Ranges." Er charakterisierte aber zugleich auch die Situation treffend dahin, daß diese Herrschaft nicht zum wenigsten ermöglicht werde durch das feindliche Verhalten der Sozialdemokratie dem Staat gegenüber, als deren Erhalter und Beschützer sich dann die Konservativen empfehlen. Er sagte geradezu:

> „Die Sozialdemokratie hat durch ihre revolutionären und antinationalen Redensarten die bürgerlichen Kreise reaktionär gemacht und damit den Boden bereitet, auf dem jetzt das Unkraut des preußischen Vereinsgesetzentwurfs erblüht. Deshalb müssen wir eben an die Stelle eines revolutionären einen staatserhaltenden Sozialismus setzen."

Aber kaum hatte man so Gelegenheit genommen, an einer aktuellen politischen Frage von neuem sich über die Notwendigkeit und die Richtigkeit des nationalen Sozialismus zu orientieren, so fiel ein erster schwerer Schlag auf die junge, von Hoffnungen und Kampfesmut erfüllte Bewegung. Das weitere Fortbestehen der „Zeit" wurde in Frage gestellt. Für nahezu alle Nationalsozialen kam dieses Unglück gänzlich überraschend. Auch der Vorstand ahnte davon wenig, trotzdem es ihm bekannt war, daß finanzielle Sorgen bestanden.



4. Das Ende der „Zeit“ und die Gegensätze im Verein.

Man kann nicht anders sagen, als daß die „Zeit“ an sich einen ganz netten Aufschwung genommeu hatte. Sie zählte zu jener Zeit 5200 feste Abonnenten. Eine Zahl, die noch nicht bedrohlich war, wenn die steigenden Geldmittel vorhanden waren, die über die ersten schweren Jahre hinweg halfen. Die Redaktion hatte am 1. April eine Änderung erfahren. Oberwinder hatte sich entschlossen, von der Leitung zurückzutreten und Naumann war von Frankfurt am Main nach Berlin übergesiedelt. Eine neue redaktionelle Kraft war in Damaschke gewonnen worden, nachdem die „Kieler Neuesten Nachrichten“ im ersten Quartal 1897 durch finanzielle Schwierigkeiten seinen Austritt dort notwendig gemacht hatten. Die Redaktion leistete Tüchtiges. Aber die Geldansgaben waren unvorhergesehen groß geworden und die Zuschüsse, auf die man von verschiedenen Seiten glaubte rechnen zu dürfen, blieben aus! So war eine Schuldenlast entstanden und das fernere Betriebskapital war nicht gesichert. Man stand vor dem Konkurs. Sein Ausbruch würde gleichbedeutend mit dem Ende des nationalsozialen Vereins gewesen sein. So mußte man zum mindestens suchen, alle finanziellen Verpflichtungen, etwa 23000 Mark zu decken und wenn möglich durch neue Geldmittel dann eine neue Basis für dieses Zeitungsunternehmen aufzubauen. Diese Lage schilderte Naumann eingehend am 30. Mai in einer Vorstandssitzung zu Leipzig. Er konnte dabei auch mitteilen, daß sich ein Kreis wohlhabender Freunde in Westdeutschland gefunden habe, der bereit sei, das Defizit zu decken, aber zugleich die Bedingung stelle, daß dann die „Zeit“ am 1. Juli eingehe. Demgegenüber wurde hervorgehoben, daß man unmöglich auf den Fortbestand der „Zeit“ verzichten dürfe, ohne den Mitgliedern des Vereins und dem Leserkreis des Blattes wenigstens die Möglichkeit geboten zu haben, durch finanzielle Opferwilligkeit die für den Fortbestand der „Zeit“ notwendigen Mittel aufzubringen und zugleich auch noch einen kapitalkräftigen Verleger zu suchen, der bereit sei, mit oder ohne diese Unterstützung den Verlag der „Zeit“ zu übernehmen. Beides ist dann auch versucht worden. Die Verhandlungen mit Verlegern haben noch bis in den September hinein fortgedauert, aber obwohl es mehrmals nahe daran war, daß ein Abschluß zustande kam, scheiterte dieser Plan. Von größerem Erfolg begleitet schien der Beschluß zu sein, an die Opferwilligkeit der Freunde des Vereins und der „Zeit“ zu appellieren. Auf einen vom Vorstand in der „Zeit“ veröffentlichen Aufruf hin, durch Geldzeichnungen den Bestand der „Zeit“ wenigstens auf ein weiteres Jahr zu garantieren — nur in dem Fall, daß die hierfür notwendige Summe im Ganzen gezeichnet würde, sollten die Einzelzeichnungen verbindliche Kraft erhalten — ging eine

Menge von kleinen und größeren Geldzeichnungen beim Sekretariat ein, zumeist unter den wärmsten und begeistertsten Bekenntnissen der treuen Anhänglichkeit für das in seinem Bestand gefährdete Blatt. Die so garantierte Summe betrug 32000 Mark, dazu 18000 Mark, die Naumann direkt versprochen wurden sowie das Versprechen einer noch ebenso große Gesamtsumme für den Fall, daß ein geeigneter Verleger gefunden würde. Diesem hätten demnach 100000 Mark zur Verfügung gestandeu. Aber er war nicht zu finden. So stand man vor der Tatsache, über nur etwa 50000 Mark verfügen zu können, eine Summe, die teils zur Deckung des Defizits, teils zur Weiterführung verwandt werden konnte. Das aber reichte nicht aus. Mußte man doch für ein weiteres Jahr auf 80000 Mark Zuschuß rechnen und dazu auf die Deckung des Defizits mit 23—25000 Mark. Man entschloß sich von Seiten des Vorstandes gemeinsam mit der Kontrollkommission dazu, die Geldzeichner nochmals zu befragen und zwar in dem Sinne, ob sie ihre Summe auch dann geben wollten, wenn die „Zeit" wenigstens noch ein Quartal fortgeführt werde, wobei man sich der Hoffnung hingab, daß es am Ende doch in diesem Quartal gelingen werde, einen Verleger und noch höhere Geldsummen zu finden. Diese Hoffnung schlug zwar fehl; wohl aber waren die Geldzeichner bereit, ihre Zeichnungen aufrecht zu erhalten, auch wenn etwa die „Zeit" nur noch bis zum 30. September bestehen bleiben könne.

Es waren Wochen banger Sorge und angespanntester Versuche, neue Mittel und Wege zur Erhaltung der „Zeit" zu finden, die nun anbrachen. Bald glaubte man einen Rettungsweg zu finden, bald enttäuschte auch er wieder. Die Protokolle der Vorstandssitzungen zeugen davon, wie man nichts unterließ, um das Ereignis abzuwenden, daß die Tageszeitung eingehe. Es war vergeblich! Anfang September mußte man die Hoffnung aufgeben.

Man hatte sich auch eine zeitlang mit dem Plan getragen, das Blatt in kleinerem Umfang erscheinen zu lassen oder statt als täglich erscheinende Zeitung nur dreimal die Woche. Aber gewichtige Gründe sprachen dagegen. So machte man sich immer mehr mit dem Gedanken vertraut, auf die Tageszeitung zu verzichten und den Vorschlag Naumann's anzunehmen, daß vom 1. Oktober an „Die Hilfe" in erweitertem Umfang (16 Seiten) zum Preis von Mk. 1,50 im Vierteljahr erscheinen solle, aber in Rücksicht auf die Vereinsorganisation unter Erhaltung des Agenturbetriebes, der einen persönlichen Verkehr mit den Abonnenten leichter ermöglichte, als dies bei dem Postabonnement der Fall ist.

Als der September seinem Ende zuneigte, war die Zeit der „Zeit" vollendet — ihre letzten Nummern konnten gerade noch Berichte über den zweiten

Vertretertag des nationalsozialen Vereins bringen, der wie der erste in Erfurt tagte.

Stand dieser zweite Vertretertag durch den Eingang der „Zeit" naturgemäß unter einem niederdrückenden Gefühl, so war er zugleich berufen, neben der nun beginnenden Ausgestaltung des nationalsozialen Programms neuere Zwistigkeiten im Verein zum Austrag zu bringen, die in mittelbarem Zusammenhang mit der Krisis standen, der die „Zeit" zum Opfer fiel.

Pflegen schon gemeinhin äußere Schicksalsschläge, die eine Organisation treffen, zu einer Kritik auch an dem innern Bestand eben dieser Organisation zu führen, so lag dies hier um so näher. Hatte die „Zeit" auch am Schluß ihres Bestandes mit ca. 6000 Abonnenten ihren Höchstbestand erreicht, so ließ sich doch klar erkennen, daß der Abonnentenstand in dem verlaufenen Jahr bis auf einen kleinen treuen Stamm stark gewechselt hatte. Nötigte das nicht zu der Erkenntnis, daß Mängel in der Haltung des Blattes vorlagen? Diese Meinung wurde gleich unter der ersten Nachricht von der Bedrohung der Existenz der „Zeit" vielfach ausgesprochen. Sowohl innerhalb des Vorstandes wie in vielen Zuschriften, die beim Sekretariat einliefen. Und zwar teilten sich hier die Anschauungen im wesentlichen nach den beiden Richtungen, deren Nebeneinander schon bei der ersten Erfurter Tagung hervorgetreten war.

Die einen vermißten das Vorherrschen des nationalen Gedankens in allen Fragen, auch auf dem sozialen und dem parteipolitischen Gebiet. Ihnen schien darum die Stellungnahme der „Zeit" gegenüber der Sozialdemokratie nicht scharf genug, während sie es zugleich mißbilligten, daß sich der Kampf vornehmlich gegen die rechtsstehenden Parteien gerichtet habe. Das Eigentümliche und Richtunggebende müsse für den nationalsozialen Verein trotz aller Vertretung der Arbeiterinteressen, wie sie sich rücksichtslos z. B. in der materiellen und ideellen Unterstützung der Hamburger Hafenarbeiter gezeigt habe, in der Bekämpfung der Sozialdemokratie gesehen werden. Das sei Pflicht nicht nur im Interesse des Deutschen Reiches, sondern gerade auch der Arbeiterbewegung selbst, deren größtes Hemmnis die Sozialdemokratie sei. Weil man dies versäumt habe, habe die „Zeit" nicht den Anklang in den Kreisen der Gebildeten finden können, der zu ihrer Ausbreitung notwendig gewesen wäre. Der Wunsch dieser Gruppe, der in einer Resolution dem Vertretertag unterbreitet werden sollte, ging darum darauf hinaus, daß der Vorstand für die Zukunft das öffentliche Vorgehen des Vereins in diesem Sinne regeln möge. Geführt wurde diese Gruppe von Professor Sohm, dem sich in Leipzig vor allem Max Lorenz angeschlossen hatte und in ihr

traten neben Dr. Rupprecht-Göttingen und Professor Trommershausen-Frankfurt a. M. vor allem akademische Lehrer in Marburg hervor: die Professoren W. von Blume, Carl Sartorius, Johannes Weiß und Karl Rathgen. Die Aussprache ihrer Gedanken in der „Hilfe" rief die Abwehr von der anderen Seite unter der Führung Paul Göhres hervor. Er wünschte die Beibehaltung der bisherigen Taktik. Der Beruf der Nationalsozialen müßte sein und bleiben ihre eigenartige und energische Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes. Darum anerkennen sie trotz des Bewußtseins vieler und großer Unterschiede zur Sozialdemokratie unumwunden deren große Verdienste um die Emporentwicklung der arbeitenden Bevölkerung. Insbesondere finden sie in der Sozialdemokratie, namentlich in der letzten Zeit, in immer stärkerem Maße Ansätze zu einer Entwicklung nach der nationalen und praktisch reformerischen Seite hin. Die Hoffnung und Arbeit der Nationalsozialen müsse darum nicht hauptsächlich auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie gehen, sondern auf eine innere Umwandlung dieser Partei in der Richtung der nationalsozialen Gedanken.

Verschärft wurden diese Gegensätze noch erheblich durch Publikationen von beiden Seiten. Göhre hatte in der „Wahrheit" einen Artikel voll scharfer Angriffe gegen das konservative Agrariertum geschrieben und Professor Sohm nannte in einem seiner Hilfeartikel die Masse (und zwar jede Masse) „dumm". So gab es heftige Erregungen innerhalb des nationalsozialen Vereins und der zweite Vertretertag schien, wenn es nicht gelang, die beiden Richtungen auszusöhnen oder einen modus vivendi zu finden, den Bestand des Vereins unmittelbar noch stärker zu gefährden, als der Eingang der „Zeit".

So ging man dieser Tagung nicht ohne ernstliche Sorge entgegen. Sie fand vom 26. bis 29. September 1897 in Erfurt statt. Gerade aber die rückhaltlose Aussprache von beiden Seiten in Verbindung mit dem guten Willen, von den beiden gegensätzlichen Ausgangspunkten „national" und „sozial" die Vereinigung im nationalen Sozialismus zu finden, haben die Krisis, in der der nationalsoziale Verein stand, zu überwinden gewußt.

Ungemein erleichtert wurde dies durch den Vortrag, mit dem Professor Sohm die Verhandlungen eröffnete. Völlig unabhängig von der bestehenden Streitfrage legte er in einem glänzenden Referat über das allgemeine Wahlrecht als Grundlage der inneren und äußeren Politik ein so überzeugendes Bekenntnis seiner von nationalen Gesichtspunkten aus gewonnenen sozialen Gesinnung und politisch freiheitlichen Überzeugung ab, daß damit schon eine Brücke zu dem „linken" Flügel der Partei geschlagen wurde. Er führte ungefähr folgendes aus:

Die praktischen Früchte des bestehenden Reichstagswahlrechts sprechen in den Augen eines nationalen Mannes nicht für dieses Wahlrecht. Es hat das Zentrum und die Sozialdemokratie stark und einflußreich gemacht. Auch der Theoretiker kann viel gegen dieses Wahlrecht einwenden. Die Gleichheit, die es fordert, besteht nach Besitz und Bildung nicht unter denen, denen es verliehen ist. Aber es ist heute das allein mögliche Wahlrecht, weil es dem heutigen Wesen der Gesellschaft entsprechend ist. Sie ist die Großmacht im Staate und ist darauf angelegt, ständig zu wachsen. Einst war sie nur vom Adel gebildet, die andern waren Masse. Dann wuchs in sie das Bürgertum hinein, heute ist in sie der Arbeiterstand eingetreten, und sie hat die Gesellschaft unter Führung der Sozialdemokratie demokratisiert. Das ist eine Tatsache, die nicht mehr rückgängig zu machen ist. Ihr aber entspricht allein ein demokratisches Wahlrecht. Damit braucht der Staat selbst noch nicht demokratisch zu werden. Das würde ihn zum Parteistaat machen. Dagegen schützt ihn die Monarchie, aber neben ihr soll das Volk mitregieren. Es bedarf des Bundes mit der Gesellschaft. Und wie das allgemeine Wahlrecht allein dem heutigen Zustand der Gesellschaft entspricht, so ist es auch heute das allein gerechte. Jedes Klassenwahlrecht führt zum Klassenstaat. Wir aber wollen den Volksstaat. Nur er ist der gerechte Staat, der alle als Bürger, niemand als Knecht behandelt. So ist das allgemeine Wahlrecht heute allein gerecht. Gewiß sind die Fähigkeiten aller nicht gleich. Aber auf der Fähigkeit der Menge beruht auch der parlamentarische Staat nicht, sondern auf der Notwendigkeit, daß die Interessen aller einen Mund haben sollen. Jeder hat das gleiche Interesse, daß dieser Staat so funktioniert, daß auch seinen Bedürfnissen das gerechte Maß der Befriedigung zuteil werde. Und dann noch eins. Das allgemeine Wahlrecht bedeutet die Freiheit der Geltendmachung jeder Überzeugung. Bei ihm haben darum die vorhandenen natürlichen Ungleichheiten die freieste Bahn, sich geltend zu machen. Um so mehr ist es gerecht. Es legt den Gebildeten die Pflicht auf, den Interessen des ganzen Staates zu dienen. Darum wird es die Macht des Staates stärken. Wenn wir für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eintreten, werden wir für die Gerechtigkeit wie für die Größe und Macht des deutschen Volkes eintreten.

Mochte auch dieser Vortrag Anlaß zu einer Debatte geben, die wieder die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Landtage und namentlich die Gemeinden streifte, und damit den vereinzelten Gegnern dieser Ausdehnung zum Wort verhalf, ohne daß sie einen Erfolg hatten, seine Bedeutung lag in der Vorbereitung der Aussprache über die Prinzipiendebatte, die formell im Anschluß an Naumanns politischen Jahresbericht erfolgte.

In dieser Debatte führte Professor Sohm aus, sein Wunsch, der Verein möge eine andere Taktik verfolgen als bisher, gehe von zwei Gesichtspunkten

aus, von einem praktischen und einem theoretischen. Praktisch frage er sich, wen wollen wir gewinnen?

> Die bisherige Taktik wollte die Arbeiter gewinnen, darum habe man den Gegensatz gegen die Sozialdemokratie verschleiert und den Kampf vor allem gegen rechts geführt. Es gelte aber vornehmlich, die Gebildeten zu gewinnen, deren geistiger Leitung der Staat unterliegt. Sie können wir nur gewinnen, wenn wir zeigen, daß in unseren Ideen die Macht liegt, die Sozialdemokratie zu überwinden. Und theoretisch betrachtet sei es ebenfalls falsch, den Feind bei den Konservativen zu suchen, die trotz mancher Mängel an sozialem Geist sich doch nicht so prinzipiell wie die Sozialdemokratie der Sozialreform der Regierung entgegengestellt, sie vielmehr unterstützt habe. Die Sozialdemokratie sei als Klassenpartei unsozial und vergifte das deutsche Volk mit ihren Anschauungen über das Nationale, das Religiöse und die Moral.

Göhre hielt dem entgegen, daß man auf nationalsozialer Seite immer den Kampf nach zwei Fronten gefordert habe. Wolle man aber fragen, wohin er schärfer sich zu richten habe, so müsse man sich dessen erinnern, daß wir grade als „Nichtkonservative Christlichsoziale“ im Widerspruch gegen rechts ins Leben getreten sind.

> Und das mit Recht, denn von dort aus sind wir verfolgt und geächtet worden. Dazu bedenke man doch, wie von dort jetzt die Reaktion drohe. Wolkenschieber der Reaktion aber dürfen wir niemals werden. Bei aller Gegensätzlichkeit zur Sozialdemokratie ist diese anzuerkennen als ein Hort der Freiheit und der Fortentwickelung, wenn auch oft in falscher Weise. Wie könne man bei dem engen Zusammenhang zwischen Arbeiterschaft und Sozialdemokratie auf diese losschlagen ohne jene zu treffen. Wir müssen vielmehr auf die Umwandlung der Sozialdemokratie hoffen, und darnach könne unsere Taktik nur die sein: abweisend gegen die revolutionäre Richtung innerhalb der Sozialdemokratie, annähernd an die reformerische. Sohms Taktik würde aus den Nationalsozialen eine Kohorte von Sozialistentötern machen. Das dürfe nicht geschehen.

Diese beiden Gedankenreihen, von den Führern, wenn ich so sagen darf, der beiden Richtungen vorgetragen, kehrten mehr oder weniger präzis auch in der weiteren Diskussion wieder, ohne daß nennenswerte neue Momente hervorgetreten wären. Naumann hatte seinen Standpunkt im politischen Jahresbericht selbst ausgesprochen, indem er in der Defensive gegen die Extreme von rechts und links hervorhob, daß je nach den politischen Fragen man doch stets vom Verein und dessen Presse aus den nationalen und den sozialen Standpunkt betont habe. Was dem einen dort, sei dem andern hier zu viel gewesen. Man habe ehrlich versucht den Mittelweg zu gehen, nicht im Sinne der Ab-

schwächung der einzelnen Gedanken, sondern im Sinne der konsequenten Durchführung der Gedankenreihen. Das Problem sei, die beiden Grundgedanken zu einer Einheit zu bringen. Und darin sei doch schon ein Fortschritt zu verzeichnen; noch ein, zwei Jahre und die Legierung wird vollständig sein.

> Indem wir mit zwei Angen schauen, mit dem nationalen und dem sozialen, geben doch beide Augen ein einheitliches Bild. Der Vorwurf zu großer Freundschaft zur Sozialdemokratie treffe nicht zu. Grade von der sozialdemokratischen Seite aus sei ja in diesem Jahr das Wort vom Zerschneiden des Tischtuchs gegenüber den Nationalsozialen gefallen. Und in jener Versammlung, wo dies geschah, als Bebel über äußere Politik sprach und Englands Freundschaft empfahl, während Lorenz und er (Naumann) Bebel gegenüber Rußland als politischen Zukunftsfreund empfahl, habe es sich deutlich gezeigt, daß es sich um zwei politische Weltanschauungen handle zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialen.

Schließlich nahm die Debatte den Verlauf, daß man den Versuch machte, durch vermittelnde Resolutionen die beiden Standpunkte auszugleichen. Das gelang denn auch, und zwar indem man zwei Resolutionen annahm, eine von dem mehr rechten und eine von dem mehr linken Flügel, die sich ergänzten.

Die eine Resolution von Dr. Rupprecht eingebracht, lautete:

1. Wir lehnen es ab, eine einseitige Interessenvertretung des Arbeiterstandes zu sein, weil das egoistische Ziel einer solchen unverträglich wäre mit unserem nationalen und sozialen Grundgedanken, und weil der Arbeiterstand ganz besonders, aber keineswegs ganz allein, der Besserung seiner Lage bedarf.
2. Wir stehen in einem scharfen Gegensatze zur marxistischen Sozialdemokratie, weil diese Richtung nicht national und zugleich ein schweres Hindernis einer gesunden Entwickelung Deutschlands und des Arbeiterstandes ist. Wir werden daher die sozialdemokratische Partei mit allen tauglichen Mitteln bekämpfen. Wir halten aber Polizeimaßregeln nicht für tauglich, sondern für schädlich, und werden allen Versuchen, mit solchen vorzugehen, nachdrücklich entgegentreten.
3. Von den „nationalen Parteien" trennt uns ihr antisoziales Verhalten. Wir werden diese Parteien bekämpfen, soweit sie egoistische Klasseninteressen vertreten, und werden im nationalen und sozialen Interesse insbesondere uns zur Aufgabe machen, die Übermacht des mobilen Kapitals und des Großgrundbesitzes zu brechen. Wir wissen aber, daß innerhalb dieser Parteien weite Kreise soziales Verständnis haben, und werden deren Bestrebungen ebenso fördern wie die derjenigen Sozialdemokraten, die für den Gedanken einer nationalen Sozialreform empfänglich sind.

Der andere, von Tischendörfer-Berlin befürwortete Antrag, hat den Wortlaut:

> Im Hinblick auf mancherlei Aussprüche hervorragender Vereinsgenossen und vielfache Behauptungen verschiedener Volkskreise erklärt der Delegiertentag des nationalsozialen Vereins, daß derselbe
>
> 1. nur für offizielle Vereinsmitteilungen verantwortlich ist;
> 2. die Arbeiterfrage nur in Verbindung mit dem Gesamtinteresse des Volkes gelöst werden kann;
> 3. den sozialen Frieden nur von einem fortgesetzten, gründlichen Ausbau der Sozialreform erwartet;
> 4. sich in entschiedenem Gegensatz zur heutigen sozialdemokratischen Partei befindet, und
> 5. alle antinationalen und antisozialen Bestrebungen der vorhandenen Parteien in ausdrücklicher Weise bekämpft.

Damit war der Streitpunkt aus der Welt geschafft, aber freilich nur formell und indem man gegenseitig auf den guten Willen vertraute, sich in einander einzuleben und dadurch die Einigung zu finden. Es konnte dagegen nicht ausbleiben, daß die Differenz wiederkehrte. Und wo der Punkt sein werde, an dem sich die Meinungen widersprechen mußten, war leicht vorauszusehen und hatte schon in der Debatte angeklungen: bei den Wahlkämpfen; vor Allem bei der Eventualität, daß sich Nationalsoziale in einer Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und einem nationalen Kandidaten entscheiden mußten. Gerlach hatte im Anschluß an Sohms Vortrag diese Frage gestreift und den Antrag gestellt, der auch angenommen wurde, wo keine nationalsoziale Kandidaten aufgestellt sind, nur für einen Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu stimmen. Aber damit war nur zum Teil eine Richtschnur gegeben und daß auch sie nicht zureichte, um hier einem neuen Ausbruch von Differenzen vorzubeugen, sollte sich 10 Monate später zeigen, als man in einer Reihe von Wahlkreisen vor die Stichwahlfrage gestellt wurde.

5. Der erste Ausbau des Programms.

Die zweite Erfurter Tagung 1897 beschäftigte sich außer mit jenen prinzipiellen Streitigkeiten nun noch mit der positiven Arbeit weiterer Programmformulierung. Sie war für diesen Vertretertag nach drei Richtungen hin vorgesehen. Hatte das Sohm'sche Referat über das Wahlrecht eine Bekräftigung des politisch-liberalen Standpunktes der Nationalsozialen gebracht, so wollte man an zwei wirtschaftlichen Fragen den sozialfortschrittlichen und sozialreformerischen Charakter der Bewegung zeigen und zugleich an einer politisch ideellen Frage sich als Vertreter moderner Anschauungen dokumentieren.

Man ging an die Aufstellung eines Genossenschaftsprogramms, versuchte sich an dem agrarischen Problem und entwarf ein Schulprogramm.

Bezüglich aller drei Punkte können wir uns kurz fassen. Den Vortrag über das Genossenschaftswesen hatte Goehre übernommen, der ein sehr eingehendes Referat gab, welches zwar durchaus nicht in jedem Punkte Zustimmung fand, es gab vielmehr über die Handwerkerfrage, die Baugenossenschaften und und die Erwerbsgenossenschaften eine ausgiebige Debatte und ebenso glätteten sich nicht sofort die Anschauungen über die Stellung der Genossenschaften zu religiösen and politischen Fragen. Aber im Ganzen wurden die von Goehre aufgestellten bezw. von Berlin aus eingebrachten und von ihm unterstützten Anträge in etwas modifizierter Form angenommen, so daß es zu folgender einheitlicher Stellungnahme der Nationalsozialen zum Genossenschaftswesen kam:

1. Wir halten unter gleichmäßiger Ablehnung sozialdemokratischer Neutralität und genossenschaftlicher Schwärmerei, eine kräftige Genossenschaftsbildung für ein Hauptförderungsmittel der von uns erstrebten schichtenweisen Emporentwiklung aller Volksgenossen und zugleich für eine ethisch bedeutsame Macht zur Pflege sozialer Gesinnung.

2. Wir unterstützen demgemäß jede geschichtlich bewährte (alte) oder praktischen Erfolg verheißende (neue) Form der Genossenschaftsbildung in Stadt und Land und machen es unseren Gesinnungsgenossen zur Pflicht, sich auf den bereits vorhandenen Genossenschaftsgebieten eifrig zu betätigen.

3. Wir sehen in starken politischen und beruflichen Organisationen notwendige Ergänzungen aller Genossenschaftsbildungen.

4. Wir erstreben Fernhaltung parteipolitischer und religiöser Gesichtspunkte aus den Genossenschaften.

5. Wir verlangen für alle lebensfähigen Genossenschaften, soweit Bedürfnis vorhanden ist, tatkräftige Unterstützung des Staates und der Gemeinden, unbeschadet der genossenschaftlichen Grundsätze der Selbsthilfe und der Selbstverwaltung.

6. Von den zur Zeit in Betracht kommenden Genossenschaftszweigen halten wir die ländlichen Genossenschaften für die aussichtsreichsten. Sie wollen wir daher in erster Linie unterstützen und nach unseren besten Kräften überall ausbreiten und ausbauen helfen, ohne Rücksicht auf die vorläufig noch verschiedenen Strömungen in ihnen.

Nächstdem verdienen die Arbeiter-Konsum- uud die Baugenossenschaften unsere kräftigste Mitarbeit. Wir werden dabei stets für möglichste Bewegungsfreiheit und weitgehendes staatliches und kommunales Entgegenkommen eintreten und alle verwaltungsrechtlichen Bestimmungen bekämpfen, die die jetzigen erfreulichen Anfänge dieser Genossenschaften bedrohen. Bei den Baugenossenschaften bevorzugen wir diejenigen, die ein dauerndes genossenschaftliches Eigentum für alle Mitglieder erstreben.

> Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Kreditvereine, Rohstoff-, Magazin- und Werkschaftsgenossenschaften) sehen wir als kräftige Hilfsorganisationen für einen größeren Kreis ländlicher Besitzer und tüchtiger Handwerker und Kleinkaufleute an, die unsere Unterstützung da, wo sie einmal bestehen oder mit sicherem Erfolg ins Leben zu rufen sind, verdienen.
>
> Die Produktionsgenossenschaften halten wir unter den gegenwärtigen Wirtschaftsformen für so wenig aussichtsreich, daß wir nur in ganz besonders günstigen Einzelfällen unseren Freunden eine Beteiligung und und Unterstützung dieser Art von Genossenschaften empfehlen können.
>
> Die Siedelungsgenossenschaften sind noch so wenig praktisch erprobt, daß wir uns zur Zeit außer Stande sehen, von Vereinswegen Stellung zu ihnen zu nehmen. Wir werden jedoch jeden praktischen Versuch nach dieser Richtung hin als wünschenwert begrüßen.

Ebenso nahm die Erörterung des Schulprogramms einen Verlauf, der die grundsätzliche Übereinstimmung in weitaus den meisten Fragen zeigte. Das Schulprogramm hatte eine kleine Vorgeschichte. Schon vor der ersten Erfurter Tagung hatte die „Zeit“ in einem Aufsatz des Pfarrers Julius Werner Stellung genommen zu zwei der hauptsächlichsten Streitfragen. Er sprach sich zwar für die konfessionelle Volksschule, aber gegen die geistliche Schulaufsicht aus, das Recht des Staats vor dem der Kirche auf die Schule betonend. In ähnlichem Sinne lautete auch der Programmsatz in dem ursprünglich der ersten Erfurter Tagung vorgelegten Entwurf zu einem nationalsozialen Programm, ein Satz, der dann aber aus rein formellen Gründen bei der Aufstellung der Grundlinien ausgeschieden wurde, weil diese keine Einzelprogramme, sondern nur Grundsätze enthalten sollten. Professor Rein aus Jena, der gewonnen worden war, um von nationalsozialem Standpunkt aus das Schulprogramm nun endgültig zu entwerfen, gab durch den Grundgedanken seines Entwurfs, der das Prinzip der Selbstverwaltung auch für die Schule fordert, in Verbindung mit einer Dezentralisation der einzelnen Schulinteressenten (Staat, Kirche, Gemeinde, Familie) bei ihren Ansprüchen an die Schule, den idealen Weg an, die Frage nach der Konfessionalität der Schule zu lösen, indem den Familien die Freiheit der Bestimmung darüber zugeschoben wird, ob sie ihre Kinder in Simultanschulen oder konfessionelle Schulen senden wollen, wobei auch den Dissidenten volles Recht werden soll. In der anderen Streitfrage nach der Schulaufsicht wurde die Durchführung des staatlichen Oberaufsichtsrechts mit Fachaufsicht in allen Instanzen gefordert. Das größte Gewicht aber wurde gerade vom nationalsozialen Standpunkt aus auf die Einführung der allgemeinen Volksschule gelegt, d. h. eines allgemeinen Unterbaus für sämtliche Schulgattungen. Und ebenso entsprach es dem nationalsozialen Standpunkt, daß in aller Konsequenz für die allgemeine Fortbildungsschule

eingetreten wurde, und daß sich der Verein in seinem Schulprogramm ganz und gar auf die Seite des emporstrebenden Lehrerstandes stellte. Das Programm selbst erhielt folgende Formulierung:

1. Organisation. 1. Die Organisation des öffentlichen Erziehungswesens ist insofern Sache des Staates, als er das gesamte Schul- und Bildungswesen überwacht und gesetzgeberisch regelt. Dieses ist auf den Prinzipien der Gewissensfreiheit und der Selbstverwaltung in konstitutioneller Weise aufzubauen, um den beteiligten Interessen, den Familien, Gemeinden und religiösen Gemeinschaften, genügenden Platz für wirksame Mitarbeit zu schaffen, wie die Gefahren einer einseitigen Schulbüreaukratie zu vermeiden. Privatschulen unter staatlicher Aufsicht sind zuzulassen. 2. Wir verlangen einen gemeinsamen Unterbau für alle Schulanstalten, die allgemeine Volksschule, Beseitigung der Vorschulen an staatlichen und kommunalen Schulanstalten. Um sie lebensfähig zu gestalten, muß vor allem die Überfüllung der Schulklassen vermieden werden. Die Zahl der Kinder darf in einer Klasse nicht über 40 betragen. 3. Wir fordern Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel, ferner ausreichende finanzielle Ausrüstung aus öffentlichen Mitteln zum Besuch höherer Schulen für begabte Kinder unbemittelter Eltern. 4. Wir erstreben für die männliche und weibliche Jugend eine öffentliche erzieherische Fürsorge und eine gut eingerichtete allgemeine obligatorische Fortbildungsschule vom 14. bis 18. Lebensjahre, die nicht nur intellektuell fördernd, sondern auch erzieherisch wirken soll. Ein weitergehendes Bildungsbedürfnis kann durch Volksschulen, Volks-Lesehallen, Volksbüchereien und gemeinnützige Vereine befriedigt werden.

2. Lehrerstand. Wir fordern für den Stand der Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen: 1. Für ihr Streben eine bessere Ausbildung, das heißt Vorbildung auf einer höheren Schule, Ausbildung in einer Fachschule, Gelegenheit zur Fortbildung auf der Universität (Errichtung pädagogischer Universitätsseminare mit Übungsschulen). 2. Für ihr Wirken: a) sachkundige Führung, d. h. vor allem Beseitigung jeder technischen Aufsicht durch Glieder irgend eines anderen Standes, b) Fachaufsicht von den unteren bis zu den oberen Instanzen, c) Sitz und Stimme im Schulvorstand auf Grund freier Wahl. 3. Für ihr Leben ausreichendes Einkommen und rechte soziale Stellung, d. h. finanzielle und soziale Gleichstellung mit den mittleren Staatsbeamten. — Für den Stand der Lehrer höherer Schulen verlangen wir die Durchführung der finanziellen und sozialen Gleichstellung mit dem Richterstande.

Das dritte Thema, welches zum Zweck des Programmausbaues erörtert wurde, war ein agrarisches. Es sollte die Grundlage zu einem Agrarprogramm der Nationalsozialen abgeben. Auch dieses hatte seine Vorgeschichte, und zwar grade für die Form in der es in Erfurt auftrat und behandelt

wurde. Schon die jüngeren Christlichsozialen hatten in ihren Artikeln und Reden zum mindestens eine Agrarfrage gestreift, die Stellung zum Großgrundbesitz. Teils vom sozialpolitischen Standpunkt aus, besserer Schutz der Landarbeiter, teils von dem sozialwirtschaftlichen Gesichtspunkt der inneren Kolonisation des Ostens mit deutschen Bauern, waren sie in scharfen Widerspruch zum Großgrundbesitz, zur Latifundienbildung, zum Vorrecht des Fideikommisses getreten. Göhre hat in diesem Sinne in glänzender Weise auf dem Frankfurter evangelisch-sozialen Kongreß geredet, als die von dem Kongreß veranstaltete Enquete über die Lage der Landarbeiter von ihm und Prof. Max Weber behandelt wurde. Und ganz in diesem Sinne hat denn auch der Entwurf des Komitees, welches die erste Erfurter Tagung vorbereitete, für den Osten gefordert: „unter gleichzeitiger Verhinderung fremdländischer Einwanderung innere Kolonisation und Einschränkung der Latifundien, in deren Ausdehnung wir eine nationale Gefahr erblicken, ebenso wie in dem politischen und sozialen Übergewicht ihrer Besitzer". Freilich war dieser Satz dann auch dem Prinzip zum Opfer gefallen, daß keine Spezialforderungen in die Grundlinien aufgenommen werden sollten, und auch Prof. Webers Wunsch, von einem scharfen Gegensatz gegen den Großgrundbesitz im Bekenntnis zu einer großindustriellen Entwickelung Deutschlands bei dem Programm auszugehen, war nicht durchgedrungen. Wohl aber wirkten all diese Gedanken so stark nach, daß sie zu einer baldigen Formulierung agrarpolitischer Forderungen drängten. Die Negation des Großgrundbesitzes um seines unerträglichen politischen und sozialen Übergewichtes willen und wegen seines Gegensatzes zu den bäuerlichen Interessen und denen der Landarbeiter, setzte sich dabei ganz von selbst, zumal in Verbindung mit dem inneren Kolonisationsgedanken, in eine bauernfreundliche Haltung um, die auch rein praktisch dadurch gefördert wurde, daß die nationalsozialen Ideen in einzelnen bäuerlichen Kreisen, z. B. Hessens und Württembergs, auf fruchtbaren Boden gefallen waren. So kam man denn auf den Gedanken, das Agrarprogramm in der Richtung anzuschneiden, daß seine Grundforderung die „Erhaltung der Kleinbauern" sein müsse. Und man gewann auch einen hessischen Bauern, den Landwirt Wilhelm Möser aus Niedererlenbach bei Friedberg, für das gewünschte Referat.

Was er in seinem Vortrag gab, war ein teils aus seiner Praxis, teils aus dem Gegensatz eben gegen den Großgrundbesitz gewonnenes Programm, mit vielen guten Einzelforderungen. Sie betrafen die bessere Ausbildung des Landwirts, die staatliche Unterstützung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, die Reform des Hypothekenwesens mit Anklängen an bodenreformerische Gesichtspunkte. Sie erstrebten die allmähliche Umwandlung des „feudalen und kapitalistischen Großgrundbesitzes in Bauernland", die Einführung eines gleich-

mäßigen Erbrechts aller Kinder am elterlichen Boden unter Festsetzung einer Minimalgrenze zum Schutz gegen Zersplitterung in Zwergbetriebe, bessere landwirtschaftliche Versicherungen und Förderung aller Bestrebungen zur Hebung religiössittlichen Empfindens und der Volksgesundheit der Landbewohner u. s. w. Kurzum eine ganze Reihe von Forderungen, für die es von den nationalsozialen Grundlinien aus nicht an Verbindungslinien fehlte, und die dann auch zu einem guten Teil, wenn auch in anderer Form, später, als es im Jahre 1900 wirklich zu einem Landprogramm der Nationalsozialen kam, wiederkehrten, und in dieses Programm aufgenommen worden sind. Aber was das Mösersche Programm unannehmbar machte, war die noch nicht vorhandene Klärung über die argrarische Zollfrage. Er glaubte sie lösen zu können durch die Forderung „genügender Zollschutz für landwirtschaftliche Produkte unter gleichzeitiger Wahrung der Interessen der Konsumenten und und der auf den Export angewiesenen Industrie“, eine Formulierung, die dem berühmten „Grundsatz der ausgleichenden Gerechtigkeit“ entsprach, aber auch nur dadurch möglich war, daß es an einer grundsätzlichen Durcharbeitung sämtlicher hier in Betracht kommenden wirtschaftlichen Fragen fehlte. Und das wurde den weiterblickenden nationalsozialen Führern, Naumann und Pohlmann, der hier zum ersten Mal auftrat, zum Heil der nationalsozialen Entwickelung klar. Letzterer sagte gradezu heraus: „der Vortrag habe ebenso gut auf einer Versammlung des Bundes der Landwirte gehalten werden können“, und Naumann wies schlagend die Nutzlosigkeit der Zölle für die Landwirtschaft nach, so erklärlich ihre Forderung für den einzelnen Landwirt und seinen momentanen Nutzen sei. Ebenso empfand von Gerlach die Mängel des Vortrages, dessen Konsequenzen zu einer scharfen Differenz gegen unsere übrige soziale Haltung grade auch in Rücksicht auf die Arbeiterbewegung führen mußten. Er schlug darum vor, bei diesem Vertretertag von einer Beschlußfassung über die Thesen Mösers abzusehen, vielmehr eine Agrarkommission zu wählen, der sie als Material für die spätere Vorbereitung eines Agrarprogramms überwiesen werden sollten. Und dieser Vorschlag drang durch.

Damit war in heilsamer Weise die Festlegung auf ein Agrarprogramm vor dem Zeitpunkt vermieden worden, an dem sich der nationalsoziale Verein über die Kernfrage des deutschen Wirtschaftslebens klar geworden war, ob wir noch Agrarstaat sind und sein können oder ob wir in der Entwicklung des Industriestaats stehen. Dadurch, daß man seine Meinung in nationalsozialen Kreisen über diese Frage ein Jahr später abklärte unter dem Einfluß der nationalökonomischen Anschauungen des Professors von Schulze-Gaevernitz fand man dann die Möglichkeit, nach noch zwei weiteren Jahren unter gleichzeitiger Beeinflussung von bodenreformerischer Seite ein Landprogramm aufzustellen,

das in die nationalsoziale Gesamtauffassung neudeutscher Wirtschaftspolitik hineinpaßte.

Noch ein Punkt ist aus den Verhandlungen des zweiten Vertretertages zu erwähnen. Göhre schlug vor, die Resolutionen des vom 23. bis 28. August desselben Jahres abgehaltenen internationalen Kongresses für Arbeiterschutz als nationalsoziale Forderungen in das Programm aufzunehmen. Ein an sich sympathischer Gedanke, dem aber zweierlei widersprach. Einmal, daß man hier en bloc etwas annehmen sollte, was trotz der Mitwirkung von zwei nationalsozialen Delegierten, die in Zürich gewesen waren, Tischendörfer und cand. theol. Apelt, doch der Durchberatung bedurft hätte und alsdann, daß der Antrag zu überraschend kam und taktisch aussah, als stünde er in Verbindung mit den prinzipiellen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen im Verein. Man folgte darum lieber einem Antrag der Berliner Nationalsozialen, nach welchem der Vorstand beauftragt wurde, die Abhaltung einer nationalen Arbeiterschutzkonferenz auf Grund der Züricher Beschlüsse für das nächste Jahr anzuregen.

6. Die ersten Kämpfe um parlamentarische Vertretung.

Das zweite Jahr des nationalsozialen Vereins (1. Oktober 1897 bis 30. September 1898) erhielt seinen Charakter durch die Wahlkämpfe, an denen sich die Nationalsozialen beteiligten. Und zwar geschah dies nicht erst bei den für den Sommer 1898 fälligen allgemeinen Reichstagswahlen, sondern schon im Spätherbst 1897. Freilich mehr durch einen Zufall als aus einer wohl überlegten Absicht heraus! Schon den ganzen Sommer hindurch hatte die Vorbereitung auf die Wahlen von 1898 die Vorstandssitzungen beschäftigt. Weder die Sorge um den Fortbestand der „Zeit" noch die innere Krisis hatten hieran gehindert. Aus wohl zwei bis drei Dutzend Wahlkreisen lagen Aufforderungen vor, nationalsoziale Kandidaten aufzustellen, und gewissenhaft wurden all diese Vorschläge geprüft. Stand das Endresultat dieser Prüfung am Anfang des neuen Vereinsjahres auch noch nicht fest, so war man sich doch schon über eine Reihe von Kandidaturen klar. Unter den noch zweifelhaften befand sich Kiel, wo ein tüchtiger Stamm von Anhängern gesammelt war, der auch eine Kandidatur wagen wollte und wo Adolf Damaschke, durch seine Tätigkeit als Redakteur der „Neuesten Nachrichten" bekannt war. Gegen die Kandidatur sprach freilich ihre wahrscheinliche Aussichtslosigkeit. Hierbei wollten Naumann und Damaschke gemeinsam das Feld auskundschaften, und bei dieser Gelegenheit war aus Versehen eine öffentliche Versammlung in einem Ort ausgesucht worden, der wie sich dann herausstellte zum benach-

barten Wahlkreis Plön-Oldenburg-Segeberg gehörte, wo gerade in jener Zeit die Vorbereitungen zu einer durch den Tod des konservativen Abgeordneten Graf von Holstein notwendig gewordene Nachwahl stattfanden. Die freudige Zustimmung, die das nationalsoziale Programm in jener Versammlung fand in Verbindung mit der sich plötzlich auftuenden Möglichkeit, die jungen agitatorischen Kräfte in einem Wahlkampf zu erproben, den man als eine Art Vorgefecht für die allgemeinen Wahlen ansehen konnte — führte zur Proklamierung der Kandidatur Damaschke für diese Ergänzungswahl. Der fröhliche Kampfesmut stieß sich dabei wenig daran, daß die Nationalsozialen im jungen Wahlkreis so gut wie unbekannt waren und die „Hilfe" in ihm nur von etwa einem halben Dutzend Personen gelesen wurde. Auch die finanziellen Kosten machten wenig Sorge. Einmal kannte man noch nicht die Unsummen, die ein Wahlkampf verschlingt, dazu waren noch ehe der Vorstand die Kandidatur definitiv aufstellte, über etwa 800 Mark gezeichnet von den 2000, auf die man die Wahl schätzte, und die Deckung des Restes durfte man wohl der Opferwilligkeit der Gesinnungsgenossen zumuten, die hierzu in einem besonderen Aufruf in der „Hilfe" aufgefordert wurden. Und so ging man fröhlich in den Wahlkampf hinein, der in seinem ganzen Charakter von nationalsozialer Seite einem kühnen Husarenstückchen glich, das ganz überraschende Erfolge hatte. Der Hauptfeind stand rechts in dem konservativen Besitz des Wahlkreises, den der ganze löbliche preußische Beamtenapparat zu sichern suchte. Die Sozialdemokratie arbeitete von Kiel und Hamburg aus mit einem Schwarm geschickter männlicher und weiblicher Agitatoren; und der früher stark freisinnig gerichtete Bauern- und Bürgerstand des Wahlkreises wurde von den beiden getrennten Lagern der freisinnigen Volkspartei und der Vereinigung unter Aufstellung gesonderter Kandidaturen berannt. In dieses parteipolitische Durcheinander fielen die nationalsozialen Ideen hinein — ein neues politisches Evangelium, das die nationale und monarchische Haltung der Konservativen mit der freiheitlichen Überzeugung des Liberalismus und den sozialen Tendenzen des Sozialismus verknüpfte, ein Kampf gegen Reaktion einerseits, gegen Verständnislosigkeit für die nationalen Machtfragen andrerseits. Hei — wie sich da die Geister schieden! Wie da in den Versammlungen gerungen und gestritten wurde, wie bis in die Reihen der unter großgrundbesitzerlicher Knechtschaft gebundenen Landarbeiter der feudalen Güter die neuen Gedanken blitzten! Damaschke überall voran als Kandidat, der in dem kleinen Dorfkrug, der mehr eine Wohnstube als eine Wirtsstube war, ebenso eingehend sprach wie in den großen Versammlungen zu Plön. Und daneben Naumann mit seinen großen Reden, zu denen die Wähler stundenweit kamen. Und von Gerlach, der Stratege

des Wahlfeldzugs, dessen Wahlrede als das Muster für die andern Reden auf dem Lande galt und der die einzelnen Redner Göhre, Schaal, Tischendörfer, Wenck, bald hierin bald dorthin dirigierte und Kieler wie Hamburger Freunde zur Hilfe bei der Flugblatt- und Stimmzettelverteilung heibeizog. Plön war das Hauptquartier, zu dem man abends nach den rednerischen Schlachten zurückkehrte, wo Buchhändler Kundt aus Berlin das Wahlbureau versah und wo dann auch am Abend des Wahltages die Nachrichten über die Erfolge eintrafen und zusammen gestellt wurden. Ein glänzender Achtungserfolg für die Nationalsozialen! Sie hatten von 16 210 abgegebenen Stimmen 2148 erhalten gegen 8177 konservative, 2695 sozialdemokratische, 1400 der freisinnigen Vereinigung und 1785 der Volkspartei. In allen Städten hatten die Nationalsozialen die höchste Wahlziffer. Nur die Unmöglichkeit, stärker in die Gutsbezirke mit den Ausschlag gebenden Stimmen der Landarbeiter einzudringen, die von den Argusaugen der Inspektoren und Verwalter bewacht wurden — hinderte einen noch größeren Erfolg, wie er dann Damaschke im folgenden Jahr beschieden war; freilich auch dann ohne positiven Gewinn.

Der Ausgang der Plöner Wahl, die wir um ihres eigenartigen Charakters Willen etwas eingehender schilderten, war nach zwei Richtungen von Bedeutung. Die Gegner hatten Respekt bekommen. Die Meinung, daß es nach Eingang der „Zeit" mit den Nationalsozialen rückwärts gehe, wurde durch den Plöner Achtungserfolg ausgelöscht. Andererseits aber wirkte dieser Erfolg auch auf die Nationalsozialen überaus belebend und anfeuernd. Ja, wir möchten fast sagen; er wirkte zu sehr anfeuernd! Hatte schon bisher ein falscher Wahloptimismus im Verein geherrscht, wie sich in den ersten Aufforderungen, Kandidaturen vorzubereiten, zeigte, so steigerte sich dies jetzt noch. Und das ist überaus verhängnisvoll für die ganze nationalsoziale Bewegung geworden. Gewiß hemmte der Vorstand, wo es nur immer ging. Aber auch die Mehrheit in ihm wie in der Kontrollkommission, die im Laufe der weiteren Vorbereitungen für die Reichstagswahlen zur Beratung herbeigezogen wurde, unterschätzte denn doch die Schwierigkeit, mit wenigen agitatorischen Kräften und einer noch geringeren Wahlerfahrung eine größere Zahl von Wahlkreisen erfolgreich zu berennen! Dieser Fehler muß offen eingestanden werden.

Aber er allein verschuldete nicht, daß die Wahlen von 1898 für die Nationalsozialen wiederum nur einen Achtungserfolg brachten, nicht aber eine parlamentarische Vertretung. Ungünstig war die ganze politische Lage. Es fehlte an einer bestimmten Wahlparole. Die Flottenfrage spielte eine Rolle und die kommenden Kämpfe um die Handelsverträge bezw. einen neuen Zolltarif. War für die erstgenannte Frage auch die Stellung der Nationalsozialen

geklärt, so weit stand die Frage doch nicht im Vordergrund, daß sich mit ihr ein Wahlkampf machen ließ. Und der Handelspolitik gegenüber fehlte es an einem einheitlichen Programm. Man schwankte noch hin und her zwischen Konzessionen an das Agrariertum und industrieller Wirtschaftspolitik. Und dazu kam, daß die Berechnungen, die zur Aufstellung der Kandidaten geführt hatten, fehlschlugen oder durchkreuzt wurden. Nur Einzelnes davon sei genannt.

In Jena stand Naumanns Kandidatur seit 1895 in Aussicht, als sein sozialpolitischer Vortragscyklus dort einen sehr tiefen Eindruck gemacht hatte. Und der Beginn des Wahlkampfes ließ sich auch vielversprechend an. Aber als an die Stelle einer unbedeutenden Gegenkandidatur von nationalliberaler Seite die Kandidatur Bassermanns geplant und für sie unter Anspannung aller Kräfte gearbeitet wurde, erwies sich die Unmöglichkeit, den Wahlkreis mit über 300 Wahlorten kräftig durchzuarbeiten. Dazu kam eine fanatische Gegenagitation von Seiten der Sozialdemokratie. In Plön, wo Damaschke abermals kandidierte, war es ebenfalls gelungen, in der Person des Konsistorialpräsidenten Stockmann einen weit gefährlicheren Gegenkandidaten wie im Herbst 1897 zu finden, und während es Damaschke dieses Mal in hervorragender Weise gelang, auch in die Kreise der Landarbeiter einzudringen, versagte aus Angst vor dem Agrariertum zu einem großen Teil das liberale Bürgertum in den Städten. Fehl schlug auch die Gerlach'sche Kandidatur in Marburg, auf die man die besten Hoffnungen gestellt. Sie stammte eigentlich noch aus der christlich-sozialen Zeit Gerlachs und war von ihm in der Stille recht sorgsam vorbereitet worden. Aber es gelang zweierlei nicht: die Stadt Marburg versagte und ebenso der Kreis Frankenberg, dessen ärmliche Bewohner an sich für Gerlach waren, aber unter dem konservativen Druck zu keiner freien Betätigung kamen. Als durchaus verfehlt erwies sich auch die Kandidatur in Friedberg-Büdingen, die für Landwirt Möser ausersehen war und in die nach dessen Rücktritt Sekretär Wenck antrat, dessen früherer Charakter als Pfarrer aber gerade das Gegenteil von dem wirkte, was man erwartet hatte. Und so ließe sich manche falsche Rechnung aufweisen, die auch in den anderen Wahlkreisen gemacht war. Um aber noch einmal auf den ersten Mangel zurückzukommen: die agitatorischen Kräfte fehlten. Wo hätte man sie für 11 Wahlkreise hernehmen sollen? Kaum daß mehr als zwei Kräfte neben dem Kandidaten in einem Wahlkreis wirkten! Und noch schlimmer war der Mangel an einer wirksamen Presse. Denn den Kreisblättern und kleinen Zeitungen der Landstädte, die in den Wahlkreisen von Ort zu Ort, von Haus zu Haus wirkten und dies stets in gegnerischem, nur hier und da in wohlwollenden Sinne, hatte man nichts anderes entgegen zu stellen als die wöchentlich einmal in Berlin er-

scheinende „Hilfe“, die ohne allen lokalen Charakter für die Wahlkreise war. Und neben ihr die Flugblätter und Flugschriften, in zwei Wahlkreisen wohl auch Wahlzeitungen, die ebenso wie dann die Stimmzettel bei dem Fehlen einer durchgebildeten lokalen Organisation gegen teure Bezahlung von zum Teil höchst unzuverlässigen Kräften verteilt wurden. Das Wahlresultat konnte unter diesen Umständen kaum anders sein, als wie es war: ein Achtungserfolg mit insgesamt 27200 Stimmen, die sich bei der Wahl am 16. Juni 1898 folgendermaßen verteilten:

Jena-Neustadt: Friedrich Naumann	4218	Stimmen,
Plön-Oldenburg: Adolf Damaschke	3981	„
(also Zunahme gegen November 1897 . .	1833	„),
Dithmarschen: Rentner Pohlmann	3727	„
Sangerhausen: Pastor a. D. Kötzschke . . .	3303	„
Frankfurt a. M.: Friedrich Naumann . . .	3295	„
Leipzig-Land: Rechtsanwalt Martin	2050	„
Marburg: Redakteur von Gerlach	1841	„
Friedberg-Büdingen: Parteisekretär Wenck . .	1337	„
Göttingen: Verlagsbuchhändler Dr. Rupprecht .	1187	„
Berlin I: Lithograph Tischendörfer	1008	„
Leipzig-Stadt: Schriftsteller Max Lorenz . .	809	„

Man hatte vergeblich gearbeitet, aber nicht umsonst. Naumann formulierte dies in der „Hilfe“ so:

> Trotz des Mißerfolges haben wir doch etwas gewonnen: die Geister in unseren eigenen Reihen sind straffer und fester geworden. Die Kampfeslust war wie frischer Morgenwind. Aus der gefühlvollen Weichheit unserer Anfangszeit ist eine Organisation entstanden, die es gelernt hat, sich nach rechts und links ihrer Haut zu wehren. Man hat uns nicht sanft angefaßt, aber wir haben auch besser zufassen gelernt. Von jetzt ab wird die kleine Truppe der Nationalsozialen doppelt so viel wert sein, als vor den Wahlen. Sie weiß, was es kostet, den politischen Kampf um das Dasein zu kämpfen. Von baldigen, leichten, schnellen Erfolgen wird keiner mehr träumen, aber den schließlichen Erfolg läßt auch keiner von uns aus dem Auge. Es gilt, jahrelang zu ringen, jahrelang zu arbeiten und zu warten: doch — wir bleiben auf dem Posten.

Die unmittelbare Folge des Wahlkampfes war zunächst die Notwendigkeit, für die Stichwahlen eine Parole auszugeben. Mit dieser Aufgabe beschäftigte sich gleich am 18. Juni eine Sitzung in Leipzig, zu der außer den Vorstandsmitgliedern die bisherigen Reichstagskandidaten erschienen waren.

Und hier entbrannten von neuem die Gegensätze, die ein Jahr zuvor eine Krisis im Verein herbeigeführt hatten. Ein erster Antrag, den Wählern die Entscheidung ohne besondere Parole zu überlassen, mit der Begründung, der nationalsoziale Verein vertrete ein ganz neues Prinzip, das ihn gleich weit entfernt stelle von allen großen politischen Parteien, fand zwar theoretische Zustimmung. Von „rechts“ und „links“ gab man zu, daß dies an sich der Eigenart des Vereins entspricht. Ein Beweis dafür, wie man sich bewußt war, keine bürgerliche Partei und doch von der Sozialdemokratie weit getrennt zu sein! Aber die praktischen politischen Bedenken waren zu groß. Es war für Jahre hinaus voraussichtlich das letzte Mal, daß man als unmittelbar politischer Faktor auftreten konnte, seine Macht zu zeigen vermochte. Dann blieb als zweite Möglichkeit, den Wahlkreisen nach ihren Verhältnissen die Entscheidung zu überlassen. Das hätte zum Eintreten für einen „nationalen“ Kandidaten in dem einen, für einen sozialdemokratischen im anderen Wahlkreis führen können. Dem hielten die mehr rechts Stehenden entgegen, gerade jetzt müsse man, um sich für die Zukunft den Zuwachs aus den nationalen Parteien offen zu behalten, eine nationale Wahlparole ausgeben und das Tischtuch mit der Sozialdemokratie entgültig zerschneiden. Ja man müsse so weit gehen, auch in Berlin I, wo die Stichwahl zwischen Freisinn und Sozialdemokratie stehe, dem Freisinn helfen, wie sich dort ja auch die „nationalen Parteien“ hierzu schon bereit erklärt haben. Davon wollte man von der anderen Seite nichts wissen. Hier stehe ein sozialdemokratischer Gewerkschaftler zur Wahl, der vor Langerhans den Vorrang verdient. Überhaupt sei die Scheidung national und nichtnational viel zu flüssig angesichts der Schwierigkeit, daß es sich in einem Wahlkreis um reformerisch gerichtete Sozialdemokraten handle, in einem anderen um Antisemiten oder Konservative u. s. w. Man überlegte sich dann eingehend, ob sich die Bedingungen finden ließen, unter denen die Empfehlung eines Kandidaten erfolgen könne. So wurde für Jena (Bassermann) gefordert: Festhalten am bestehenden Reichstagswahlrecht und der Koalitionsfreiheit der Arbeiter, für Hasse-Leipzig ebenfalls ersteres. Und von rechts wurde zugestanden, daß man gegen eine Parole für den Gewerkschaftler Pötzsch-Berlin gegen Langerhans nichts einwende, wenn sie aus dem Wahlkreis selbst erfolge ohne Verantwortung des Vorstandes. Unter diesem Hin und Her der Meinungen kam man schließlich zu dem Resultat, den Kandidaten nach Maßgabe der so gepflogenen Erörterungen die Entscheidung für die Stichwahl zu überlassen. Das praktische Resultat hiervon ist gewesen, daß man sich unter den obengenannten Bedingungen für nationalliberale Kandidaten statt der sozialdemokratischen entschied in Jena, Leipzig-Stadt, Dithmarschen und Göttingen (nationalliberal und Welfe), während man in

Berlin I (Sozialdemokrat und Freisinn), Sangerhausen (freikonservativ und Sozialdemokrat), Friedberg (nationalliberal und Sozialdemokrat) keine Wahlparole ausgab.

Hatte man sich durch diese Beschlüsse dem von neuem drohenden Konflikt innerhalb des Vereins entzogen, so wirkte doch die Niederlage bei den Wahlen ähnlich wie beim Eingang der „Zeit" dahin fort, daß abermals in der „Hilfe" wie in den Vorstandssitzungen erörtert wurde, wohin die Agitation weise, unter die Gebildeten mit Betonung des nationalen Ausgangspunktes, oder unter die Arbeiter mit Betonung des sozialistischen. Professor Sohm forderte erneut ersteres, Göhre das Gegenteil. Und Naumann ließ keinen Zweifel darüber, daß er sich nicht berufen fühle, eine Partei der Gebildeten zu führen. Vielmehr das Andere, Einwirkung auf die Arbeiterschaft bezw. die Sozialdemokratie. Der Streit wogte hin und her, ohne wesentlich neue Gesichtspunkte zu bringen. Er war aber nicht in dem Maße wie ein Jahr zuvor dazu angetan, den Verein mit einer Krisis zu bedrohen, die seinen Bestand gefährdete. Zumal Professor Sohm zugestand, daß nur so lange er als Vorstandsmitglied die Verantwortung für die politische Haltung trage, er auch in dieser Schärfe auf seinem Standpunkt beharren müsse. Gerade in jenen Wochen aber beschäftigte ein organisatorisches Problem den Vorstand, dessen Lösung zugleich dann noch den prinzipiellen Gegensätzen ihre Spitze genommen hat. Es hatte sich mehr und mehr als ein unerträglicher Zustand herausgestellt, daß der Vorstand des Vereins in Leipzig seinen Sitz hatte, die „Hilfe" aber in Schöneberg-Berlin erschien. Der Einheitlichkeit der politischen Aktion, selbst der zeitlichen Schnelligkeit mancher Maßnahmen trat dies als Hindernis entgegen. Als man darum am 25. September 1898 in Darmstadt zum dritten Vertretertag zusammentrat, wurde der Beschluß gefaßt, den Sitz des Vorstandes, damit auch das Sekretariat, in die Reichshauptstadt zu verlegen. Nur machte sich eine Opposition dahin geltend, daß man nicht von Berlinern allein den Verein geleitet sehen wollte. Einmal weil bei ihnen das radikalere Element überwog, dann weil auch hier die im Reich so verbreitete Abneigung gegen das „Berlinertum" mitspielte. So wurde denn der Vorstand anders aufgebaut. Er bestand fortan aus zwölf Mitgliedern (statt bisher sieben), von denen sieben in Berlin Ansässige den engeren Vorstand bildeten, die übrigen fünf aber, aus verschiedenen Teilen des Reichs gewählt, mit jenen sieben den erweiterten Vorstand ausmachten, der seltener zusammentrat, dessen Mitglieder aber zu jeder Sitzung auch des engeren Kreises Zutritt hatten und durch Übersendung der Tagesordnung vor und des Protokolls nach der Sitzung auf dem Laufenden erhalten wurden und die Möglichkeit hatten, jeder Zeit ihre Ansicht mit in die Wagschale zu werfen. Von Leipzig wurde nur noch der Rechner Herr Vogel

in den erweiterten Vorstand gewählt. Sohm und Göhre schieden damit aus. Damaschke wurde stellvertretender Vorsitzender.

Die Verlegung des Sekretariats von Leipzig nach Berlin konnte aus äußeren Gründen dann erst im März 1899 erfolgen.

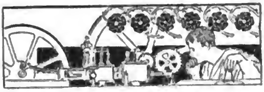
7. Fünf Jahre stiller Entwickelung des Vereins.

Man kann vom 3. Vertretertag (25.—28. September 1898 in Darmstadt) bis zu den Reichstagswahlen 1903 als von einer Zeit stiller Entwickelung des nationalsozialen Vereins reden, in dem Sinne, daß sie zwar ausgefüllt war von unausgesetzter agitatorischer und organisatorischer Arbeit und ständigem Ausbau des Programms, daß ihr aber erschütternde Ereignisse, wie sie der Eingang der „Zeit“ und die ersten Wahlkämpfe, darstellten, fehlten. Denn auch der Austritt Göhres ist, wenigstens an seinen äußeren Folgen gemessen, ein solches nicht gewesen.

An der Schwelle dieser Epoche brachten die Darmstädter Verhandlungen zwei wichtige Entscheidungen des Vereins, von denen die eine die absolut zuverlässige Haltung der Nationalsozialen in Arbeiterfragen bestätigte, die andere den Verein in ein ganz bestimmtes wirtschaftspolitisches Fahrwasser leitete, das ihn stärker als bisher gemeinsame Interessen mit den Kreisen des bürgerlichen Liberalismus erkennen ließ.

1. Programmatische Entscheidungen.

Der Kaiser hatte am 6. September 1898 in Oeynhausen jene berühmte Rede gehalten, in der er in Anknüpfung an das Bielefelder Wort von 1897 über den notwendigen Schutz der Arbeitswilligen ein Gesetz ankündigte, „worin jeder Mann, sei er wer er will, und er heiße wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig war, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik aufreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll“. Das war eine Kriegserklärung gegen die ganze gewerkschaftliche Bewegung, mochte sie auch subjektiv vom Kaiser in durchaus arbeiterfreundlicher Richtung gedacht und empfunden sein. Eine gewaltige Erregung ergriff die Arbeitermassen. Sie sahen ihr an sich schon so unvollkommen durchgeführtes Koalitionsrecht bedroht, sich bei jedem Lohnkampf, bei jedem Arbeitsstreit mit Hilfe des Gerichts der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert. Daß in einer solchen Stunde die Nationalsozialen nicht schweigen durften, lag klar auf der Hand. Und wenn auch auf dem Darmstädter Vertretertag sich Bedenken dagegen erhoben, vor der Bekanntgabe des in Aussicht gestellten Gesetzentwurfs, und in der Schärfe, wie es Sekretär Wenck vorschlug, eine Resolution anzunehmen,



so drang sie doch mit überwältigender Mehrheit durch, und wird immer ein Dokument dafür bleiben, daß die von uns eingenommene Stellung zur Monarchie und zur nationalen Frage vereinbar ist mit einer ehrlichen Opposition gegen arbeiterfeindlich wirkende Regierungsmaßnahmen. Abgesehen von der Aufforderung, überall in Volksversammlungen Widerspruch gegen den angekündigten Gesetzentwurf zu erheben, enthielt die Resolution folgende Erklärung:

1. Angesichts der drohenden Verkümmerung des Arbeiterkoalitionsrechts durch eine in Aussicht gestellte Gesetzgebung, welche die Bewegungsfreiheit der Arbeiter, vor allem die Arbeitseinstellungen behindern soll, erklären wir es als eine nationale und soziale Pflicht, gegen diese Gesetzgebung zu protestieren, da durch dieselbe dem Werk der Sozialreform entgegengearbeitet, die Zurückweisung von Arbeitswilligen durch Unternehmerverbände außer acht gelassen, dadurch der Vorwurf der Ungerechtigkeit herausgefordert, die Gegensätze verschärft und der internationalen Sozialdemokratie neue Kraft zugeführt werden wird.
2. Der notwendige Schutz der Arbeitswilligen, die sich eines Streiks enthalten wollen, ist durch die bestehenden Gesetze genügend gesichert. Jeder erneute Versuch in dieser Richtung führt zu einem Übermaß der Macht des Arbeitgebers und steht in direktem Widerspruch zu dem Geist der kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1890, deren Verwirklichung wir gemeinsam mit allen sozialreformerisch gesinnten Kreisen nach wie vor für notwendig halten.

Vergleicht man diese Resolution mit der im gleichen Herbst vom sozialdemokratischen Parteitag angenommenen langatmigen Erklärung, so wird man in ihr inhaltlich nichts vermissen können, was zu Gunsten des Arbeiterstandpunktes spricht. Freilich genügte sie einigen Mitgliedern nicht, die ihren Austritt erklärten. Aber diese verlangten um der Oeynhausener Kaiserrede willen den Bruch mit den monarchischen und nationalen Prinzipien des Vereins. Das wäre nur richtig gewesen, wenn dieses Kaiserwort das letzte für alle Zeit sein mußte, in der der Kaiser seine Stellung zur Arbeiterbewegung bekundete. Dem widersprach Nauman in einer glänzenden Rede auf dem Vertretertag:

> Das sei historisch unmöglich. Des Kaisers Gesamtanschauung steht nicht auf konservativen Boden. Die Ziele seiner Weltpolitik widerstreiten dem Interessekreis der Konservativen. Darum muß der Tag kommen, wo sich das Kaisertum auf andere Volksschichten stützt als bisher. Das wird nicht sofort zum Sozialismus führen. Die nächsten Jahre werden zeigen, daß man zunächst alles andere versucht; namentlich eine stetige Verbindung mit dem Zentrum (wie richtig hat hier Naumann voraus gesehen!) aber auf die Dauer kann das deutsche Kaisertum an

Wittenberg nicht vorüber gehen. Der Moment wird einmal kommen, wo das Kaisertum sich nach den Massen umsehen muß. Aber die Voraussetzung dafür ist, daß diese Massen mit in die Machtspolitik hinein gehen. Und deshalb liegt die Zukunft nicht nur beim Kaisertum sondern gerade so gut in den Volksmassen. Diese Zukunft kommt nicht, weil wir sie wollen, sondern weil sie aus der Vergangenheit des Volkes selbst wächst wie Not, Qual und Notwendigkeit. Haben wir diese Überzeugung dann können wir warten, auch wenn Tage noch größerer Entfremdung zwischen Kaisertum und Sozialismus kommen — warten und arbeiten, indem wir eine Vortruppe überzeugter Menschen sammeln, die für jene Zukunft arbeitet und sie zu begreifen versteht, wenn die neue Epoche der deutschen Entwicklung herankommt.

Dieser Gedankengang schied die Geister. Wer nicht warten konnte, ob das Kaiserwort von Oeynhausen das letzte war, schied sich von den Nationalsozialen. Es waren dies wenige Arbeiter, aber mit ihnen, wenn auch zeitlich ein halbes Jahr später — Paul Göhre.

Die andere Entscheidung des Darmstädter Vertretertages fiel nach der wirtschaftspolitischen Seite hin. Es erfolgte eine Klärung der bei der Beratung über den Agrarprogrammentwurf von 1897 nach so unklaren wirtschaftspolitischen Anschauungen und zwar unter Führung eines Gelehrten, Professor Dr. von Schulze-Gävernitz, und eines in den Bestrebungen und Arbeiten des Großhandels aus eigener Praxis wohlerfahrenen Mannes, des früheren Großkaufmanns, Rentners Pohlmann in Hohenaspe (Holstein). Diesen beiden Herren waren die Referate über das Thema „Die Handelsverträge" übergeben worden. Der Akademiker gab die theoretische, der Kaufmann die praktische Beleuchtung der Frage. Sehen wir der Kürze wegen von den trefflich orientierenden historischen Ausführungen Schulze-Gävernitz's ab, die nachweisen, wie so wohl die Freihandelsepoche deutscher Wirtschaftspolitik als auch die Rückkehr zum System der autonomen Schutzpolitik (Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts) zurückzuführen waren auf die wirtschaftliche und politische Interessenpolitik des ostelbischen Agrariertums, Ende der 70er Jahre in Verbindung mit gewissen Verschiebungen im westdeutschen Bürgertum und dem Anfang einer als revolutionär beurteilten Arbeiterbewegung, so muß doch der entscheidende Grund näher hervorgehoben werden, der für den Umschwung in der Handelspolitik spricht. Es läßt sich auf die Formel bringen, daß Deutschland aus einem Agrarstaat, der, wie jetzt noch Rußland landwirtschaftliche Produkte exportierte, zu einem Industriestaat geworden ist, d. h. zu einem Staat, bei welchem das dem Ausland gegenüber leitende Interesse, von dem aus die übrigen Interessen befruchtet werden, im letzten Grade der industrielle Export,

unsere Kapitalsanlagen im Ausland sind, nicht unsere Brodfrucht, welche die deutsche Volkswirtschaft vom Ausland bezieht.

> Dieses Interesse führt Deutschland dazu, sich nicht vom Ausland abzuschließen. Und da dies nicht mehr zu erreichen ist auf dem Wege des autonomen Freihandels, so bietet sich als Mittel dar, der Abschluß von Handelsverträgen. Für diese Politik einzutreten zwingen den nationalsozialen Verein soziale wie nationale Gesichtspunkte. Gelingt es den Gegnern der Handelsvertragspolitik, unsere wirtschaftliche Entwicklung einzuschnüren, uns zum Schaden unserer Exportindustrie in Zollkriege zu verwickeln, die Getreidezölle zu erhöhen, das Leben der städtischen Bevölkerung zu verteuern, so bleiben wir ein Staat zweiten Ranges von nur europäischer Bedeutung. Wollen wir aber an der Weltpolitik teilnehmen wie die Weltreiche England und Amerika mit ihrer internationalen Bedeutung, dann müssen wir uns durch Handelsverträge freie Bahn schaffen. Wohl müssen wir dann auf das „Ideal" der Versorgung des Landes mit eigenem Getreide verzichten. Aber dieses „Ideal" ist nur durchzuführen durch das Übergehen zu einer Getreideproduktion im Großen, welche auf dem Lande selbst möglichst wenig Mäuler erfordert, die das produzierte Getreide aufessen. Das Anwachsen der deutschen Städte und damit der deutschen Exportgewerbe ist aber nur dann ungefährlich, wenn eine wachsende Landbevölkerung den notwendigen physiologischen Nachwuchs nach der Stadt sendet. Die Folge hiervon aber ist, daß sich ein Agrarprogramm mit Handelsvertragspolitik nur verträgt, wenn es auf die Kleinbauern und Landarbeiter zugeschnitten wird, deren wirtschaftlicher Vorteil nicht mit hohen Agrarzöllen zusammenfällt, deren Interessenvertretung abseits von der des Bundes der Landwirte liegt.

Es ist offenbar, daß mit diesem Gedanken das Tischtuch zerschnitten war zwischen den wenn auch nur gemäßigten Freunden erhöhten agrarischen Zolltarifs innerhalb des nationalsozialen Vereins und der Vertretung dieses neuen Gesichtspunktes, von dem aus nur eine Wirtschaftspolitik unterstützt werden konnte, die das Handels- und Exportindustrieinteresse Deutschlands verfolgte, das identisch war mit dem nationalen Interesse an einer deutschen Weltpolitik und einem sozialen Interesse der agrarische Produkte konsumierenden Bevölkerung, unter der wiederum die Arbeitermassen den Hauptteil ausmachten. Der bäuerliche Interessenstandpunkt konnte von nun an eine Vertretung bei den Nationalsozialen finden, insofern der Bauer Interesse daran hatte in einer gut entlohnten Arbeiterschaft Abnehmer für seine Produkte zu finden. Der alte Gedanke hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt wurde in sein Gegenteil verkehrt: kommt durch die industrielle Fortentwicklung Deutschlands, zu der in erster Linie Handelsverträge beitragen können, Geld unter die Massen der städtischen Bevölkerung, dann wird auch der Kleinbauer mit

den ihm eigentümlichen Produktionen, Vieh, Gemüse, Obst u.s.w. auf seine Rechnung kommen.

Es konnte nicht fehlen, daß diese Gedanken zum Teil noch einigen Widerspruch fanden. Er wurde erst gehoben durch die zwei Jahre später stattfindende Aufstellung eines Landprogramms, welches erwies, daß sich im Rahmen auch dieser wesentlich liberalen Wirtschaftsanschauung mit Hilfe einer Reihe bedeutsamer Einzelforderungen auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiet, vor allem unter Anwendung bodenreformerischer Gesichtspunkte, dann doch auch ein bäuerliches Programm aufstellen ließ, daß zum mindesten den Kleinbauern eine Vertretung seiner Interessen in der Arbeit des nationalsozialen Vereins sicherte.

Zugleich aber wurde durch diese Eingliederung des nationalsozialen Vereins in die Reihe der bewußt handelsvertragsfreundlichen Parteigruppen Deutschlands eine Annäherung auf wirtschaftspolitischem Gebiet an die freisinnigen Parteien angebahnt, die in der Folge der Zeit zunächst zu einem freundlichen Verhältnis zum Handelsvertragsverein und dann zu der freisinnigen Vereinigung geführt hat. Das war die parteipolitische Bedeutung dieser wirtschaftspolitischen Klärung innerhalb der Nationalsozialen. Programmatisch wurde diese Stellungnahme des Vereins in folgende Sätze zusammengefaßt:

1. Die Handelsvertragspolitik der deutschen Reichsregierung entspricht ihrer Grundrichtung nach den Interessen der großen Mehrzahl des deutschen Volkes und ist nach Kräften zu unterstützen.

2. Das Programm einer autonomen Freihandelspolitik ist zur Zeit utopisch.

3. Das Programm autonomer Schutzzollpolitik, d. h. der Erhöhung unserer Zölle, insbesondere der Getreidezölle, unter Kündigung der Handelsverträge, ist zu verwerfen:

a) in Rücksicht auf die große Mehrzahl des deutschen Volkes, insbesondere die arbeitenden Klassen, als Konsumenten;
b) in Rücksicht auf die deutsche Industrie, welcher die Produktionskosten verteuert und Absatzgebiete verschlossen würden, indem das Ausland sicherlich in der Erhöhung der Zölle uns nachfolgte;
c) in Rücksicht auf diejenigen Landwirtschaftsbetriebe, welche entweder mehr Getreide kaufen als verkaufen oder wenigstens keinen Getreideüberschuß auf den Markt bringen;
d) in Rücksicht auf die wünschenswerte Vermehrung der ländlichen Klein- und Mittelbetriebe, deren Ausbreitung auf Kosten des Großgrundbesitzes durch eine Erhöhung der Getreidezölle verlangsamt würde.

4. Innerhalb der Handelsvertragspolitik ist eine Förderung der Interessen der Landwirtschaft möglich und nach Kräften anzustreben.

Gehen wir nun zur Schilderung der Entwickelung des nationalsozialen Vereins in den „stillen Jahren" von 1898—1903 über, so empfiehlt es sich von der Behandlung der einzelnen Vereinsjahre mit ihren Höhepunkten in den Vertretertagen abzusehen. Wir schlagen einen anderen Weg ein. Wir geben zuerst einen Überblick über die agitatorische und organisatorische Leistung dieser Jahre, dann über die Stellungnahme zu einzelnen politischen Tagesfragen und verfolgen schließlich den weiteren Programmausbau bis zum Herbst d. J. 1903.

2. Agitation und Organisation 1898—1903.

Als eine Hauptaufgabe der Organisation ergab sich mehr und mehr die Notwendigkeit, die straffe Zentralisation des Vereins zu ergänzen durch eine Dezentralisation unter Bildung von Provinzial- und Landesausschüssen, die von sich aus in ihren Arbeitsgebieten die Agitation im einzelnen leiten sollten. Aber erst als vom 1. Januar 1900 an durch Reichstagsbeschluß das Verbindungsverbot der politischen Vereine in ganz Deutschland aufgehoben war, ließ sich diese Dezentralisation wirksam durchführen, und durch die Gründung von Ortsvereinen und Wahlvereinen, die in einem organisatorischen Zusammenhang mit dem Hauptverein bestanden, ein Netz von Organisationen schaffen, dessen Maschen von der mit dem Darmstädter Vertretertag geschaffenen Berliner Zentrale aus zusammengehalten wurden. Damit fand auch eine Neuregelung der Vereinsfinanzen statt, indem neben den Einzelpersonen, die nach wie vor dem Hauptverein angehören konnten, die Ortsvereine einen Teil ihrer Beiträge an die Berliner Hauptkasse abführten.

Im Sommer 1901 erfolgte ein Wechsel im Sekretariat. An die Stelle Wencks, der seine Tätigkeit mit einer mehr journalistischen vertauschen wollte, und zu diesem Zweck die Leitung der Hessischen Landeszeitung in Marburg übernahm, trat als Sekretär Dr. phil. Max Maurenbrecher.

Er hatte dem Verein von seiner Gründung an, damals noch Student in Leipzig, angehört. Nachdem er sein theologisches Examen absolviert und in Nationalökonomie seinen Doktor gemacht, war er ein Jahr als Lehrer am Realgymnasium in Zwickau beschäftigt gewesen, wo er in sehr energischer und erfolgreicher Weise für die nationalsozialen Ideen agitiert und einen Kreis von Gesinnungsgenossen um sich gesammelt hatte. Die ständig wachsende Arbeit in der Hilferedaktion, die bisher Naumann und Weinhausen allein besorgt, unter Hilfe Erich Schlaikjers für den Feuilleton-Teil, machte die Erwerbung einer neuen redaktionellen Kraft notwendig, die im Frühjahr 1899 in Dr. Maurenbrecher gefunden worden war. Zwei Jahre darauf trat er an Wencks Stelle und erhielt bald darauf in der Person des Buchhändlers Haupt eine ständige Hilfskraft, die ihm ermöglichte sich agitatorisch stärker zu

beteiligen. Denn wenn auch Naumann, Damaschke, von Gerlach und zeitweilig auch Tischendörfer Vortragsreisen machten, so fehlte es bei der großen Nachfrage nach Referenten für öffentliche Versammlungen immer an rednerischen Kräften. Max Lorenz war schon im Herbst 1897 aus seiner Stellung geschieden, weil damals die finanziellen Mittel fehlten, um seine Stellung zu erhalten. Er entfremdete sich mehr und mehr den Nationalsozialen, und als er einen der Hauptführer, Tischendörfer, 1901 ungemein scharf und ungerecht wegen dessen Stellung zu den Gewerkschaften angriff, war der Vertretertag nahe daran, eine Resolution gegen ihn zu fassen, unterließ es aber, weil seine Zugehörigkeit zur Organisation überhaupt nicht mehr feststand. Er wurde dann Herausgeber der antisozialdemokratischen Korrespondenz.

Auch in den Provinzialverbänden regte sich der Wunsch, eigene politische Berufsarbeiter zu haben. Aber nur für Hamburg und dann in Verbindung mit Hamburg für Schleswig-Holstein, kam es im vollen Sinne des Wortes zu einer solchen Berufskraft in der Person des Schriftsetzers Herrn Kuhlmann. Im Königreich Sachsen wurde dagegen wenigstens in Herrn Tittmann aus Oberlungwitz, der ebenfalls Arbeiterkreisen entstammte, eine Persönlichkeit gefunden, die durch regelmäßige Kolportage nationalsozialer Schriften eine agitatorische Tätigkeit ausübte.

Überraschend günstig entwickelten sich in jenen fünf Jahren die Preßverhältnisse des nationalsozialen Vereins. Freilich blieb trotz wiederholter Versuche der Wunsch unerfüllt, eine nationalsoziale Berliner Tageszeitung von neuem erstehen zu lassen. Dafür aber gelang es schon am 1. Oktober 1898, für den Marburger Wahlkreis in der bisher demokratischen „Hessischen Landeszeitung" ein täglich erscheinendes Blatt für die nationalsozialen Ideen zu gewinnen. von Gerlach wurde der Verleger und Eigentümer dieser Zeitung, die bis zum Frühjahr 1901 von Redakteur Erdmannsdörfer, dann bis Herbst 1903 von Wenck geleitet wurde. Ebenso wurde von Herrn von Gerlach in der Provinz Hannover ein Blatt gewonnen, die „Schüttorfer Zeitung", an der dann mehrere Jahre der leider nur zu früh verstorbene Herr Schaal, bis dahin Graveur in Berlin, gewirkt hat, neben Tischendörfer und Kuhlmann wohl der tüchtigste Vertreter aus dem Arbeiterstand, der sich dem nationalsozialen Verein anschloß. Eine weitere wertvolle Erwerbung geschah von Seiten des Herrn Pohlmann durch die Gründung des „Nordischen Kuriers" in Itzehoe, eines Blattes, das einen ungemein raschen Aufschwung nahm, geleitet von Redakteur Speer, der noch vor Schaal an der „Schüttorfer Zeitung" gewesen war. Und endlich gelang es den württembergischen Nationalsozialen, die „Schwäbische Rundschau" in Eßlingen am 1. September 1900 unter nationalsoziale Leitung, Redakteur Bayer, zu bringen. Daneben konnte eine Reihe

anderer Blätter als eng befreundet angesehen werden, neben Organen der evangelischen Arbeitervereine in Baden, Württemberg und Frankfurt a. M., die von einem eifrigen Nationalsozialen der Reichslande, Chefredakteur Wolff, geleitete „Straßburger Zeitung", der „Volkserzieher" Wilhelm Schwaners in Berlin, die „Thüringer Rundschau" in Jena und nicht zuletzt die „Deutsche Volksstimme" Adolf Damaschkes, das Organ der Bodenreformer. So war wenigstens in etwas dem Mangel an journalistischer Vertretung der nationalsozialen Gedanken abgeholfen, wenn es auch leider bis zu den Wahlen 1903 nicht gelang, in allen Wahlkreisen, in denen Nationalsoziale kandidierten, die für eine erfolgreiche Kandidatur unerläßliche Tagespresse zu beschaffen.

Das Hauptorgan blieb natürlich „Die Hilfe", die seit 1. Oktober 1898 in vergrößertem Umfang erschien. Ein Mangel aber haftete ihr von vornherein an. War sie während des Bestehens der Tageszeitung „Die Zeit" ein Organ für Arbeiter gewesen, für kleine Leute überhaupt, so sollte sie jetzt diesen Charakter mit dem des leitenden Organs der Bewegung verbinden, in dem auch zeitweise prinzipielle Fragen erörtert wurden. Diese Doppelstellung wurde mit der Zeit unerträglich. Alle Versuche, den Mißstand zu heben, scheiterten, bis sich Naumann im Sommer 1901 entschloß, neben einer nun wieder verkleinerten und verbilligten „Hilfe" eine zweite Wochenschrift „Die Zeit" ins Leben zu rufen, die den höheren geistigen Ansprüchen auf politischem, wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiet entsprechen konnte. Und sie ist in den leider nur zwei Jahren ihres Bestehens diesen Anforderungen glänzend nachgekommen, ohne daß freilich die Bewegung stark genug war, sie mit der „Hilfe" weiter zu erhalten. Die Auflösung des Vereins nach den Reichstagswahlen von 1903 besiegelte ihr Ende, während die „Hilfe" auch dann noch fortgeführt wurde als „Nationalsoziales Wochenblatt", ein Titel, den sie seit Oktober 1898 führte.

Neben den periodisch erscheinenden Blättern entstand in den fünf Jahren von 1898—1903 eine umfassende nationalsoziale Literatur, teils direkt agitatorischen Inhalts, teils mehr wissenschaftlichen Charakters.

Es wurden vom Sekretariat eine Reihe von Flugblättern herausgegeben, die sowohl aktuelle politische Tagesfragen behandelten (Flottenfrage, Bernsteindebatte, Bauernfrage) als auch in kurzer Form die Stellung der Nationalsozialen zu anderen Parteien, ihre Ziele u. s. w. charakterisierten. Daneben erschien jährlich ein „Wegweiser", der kurz die Geschichte der Nationalsozialen behandelte, ihre Programmforderungen erhielt und über die Organisation und Literatur Auskunft erteilte. Einen ähnlichen Dienst leisteten die gedruckten Protokolle der Vertretertage (Erfurt 1896-1897, Darmstadt 1898, Göttingen 1899, Leipzig 1900, Frankfurt a. M. 1901, Hannover 1902). Auch viele Nau-

mann'sche Vorträge in öffentlichen Versammlungen erschienen als kleine Zehnpfennighefte gedruckt. Von besonders gutem agitatorischen Wert erwiesen sich die Broschüre Damaschkes „Was heißt nationalsozial?“ und ebenso eine Broschüre Esenweins in Langenbeutigen, die das Landprogramm der Nationalsozialen (angenommen Leipzig 1900) erläuterte, während als Kommentar zum Gemeindeprogramm Damaschkes „Gemeindepolitik“ dienen konnte. Zu dieser Literatur gehörten ferner zwei Broschüren des Professors L. Brentano in München „Reaktion und Reform“ (1899) und das „Freihandelsargument“ (1900). Ebenso Weinhausens Arbeit über die Gewerkvereine. Schließlich aber sei in diesem Zusammenhang genannt das von 1901 an erscheinende Jahrbuch der Hilfe die „Patria“, Naumanns großes Werk „Demokratie und Kaisertum“ sowie „Norddeutsche Wirtschaftspolitik“. Wahrlich — eine reiche Literatur für eine junge Bewegung in dem kurzen Zeitraum von 6—7 Jahren!

Ihre Verbreitung wurde wesentlich erleichtert durch die Gründung des „Hilfeverlags“, in dem fast alle diese Schriften erschienen sind.

Nun noch ein Wort über die mündliche Agitation. Auch sie ist in diesen Jahren trotz des Mangels an agitatorischen Kräften außerordentlich stark gewesen. Jede Vorstandssitzung beschäftigte sich mit Vortragstouren einzelner Redner und zu ihnen trat in den letzten Jahren die Veranstaltung von Vortragscyklen, in denen Naumann in einzelnen Städten z. B. Oldenburg, Göttingen, Kiel, Berlin im Zusammenhang über nationalen Sozialismus redete. Der Versuch einen Kursus von Rednern aus dem Arbeiterstand abzuhalten, überhaupt einen sozialpolitischen Kursus zu veranstalten, wurde mehrfach angeregt und auch gefördert, kam aber schließlich nicht zustande. Das gleiche Schicksal hatte die Gründung einer nationalsozialen Zeitungskorrespondenz für die verschiedenen Blätter und die Herausgabe eines volkstümlichen Parteikalenders.

Ging die Veranstaltung von öffentlichen Versammlungen mit Reden, nach dem grundsetzlich freie und uneingeschränkte Diskussionen gewährt wurden, alle Jahre ihren regelmäßigen Gang, so bildeten doch brennende politische Fragen wie der Kampf gegen die Zuchthausvorlage, für die Flotte und um den Zolltarif besondere Themata, für die in außerordentlicher Weise mit Reden gesorgt wurde. Und auch an der Beteiligung bei Wahlkämpfen hat es in diesem Zeitraum nicht ganz gefehlt. So bewarb sich von Gerlach im Herbst 1898 um das preußische Landtagsmandat in Schüttorf, wobei er der sonderbaren Koalition von Zentrum und Nationalliberalen unterlag. Zwei Jahre später gelang es bei den Weimarer und Württemberger Landtagswahlen wenigstens in je einem Wahlkreis Achtungserfolge zu erzielen. Dazu kam die Beteiligung an Kommunalwahlen. Zweimal versuchte Damaschke in Moabit-

Berlin ein Mandat zu erobern. 1899 erhielt er 316 Stimmen, ein Jahr darauf nach Ungiltigkeitserklärung des sozialdemokratischen Mandats 1134 Stimmen, aber auch dieses Mal unterlag er. Dagegen wurden in mehreren anderen Gemeinden: Dresden, Kassel, Schüttorf, Steglitz, Stuttgart, Schöneberg u.s.w. Erfolge erzielt, Nationalsoziale gewählt!

Drückend ruhte in all diesen Jahren die finanzielle Sorge auf dem Verein, besonders auf dem Vorstand. Obwohl in jedem Jahresbericht hervorgehoben werden konnte, daß die Mitgliederanzahl ständig wuchs und der Abgang durch Tod und Austritt nur sehr gering war, blieben doch im ganzen finanzkräftige Kreise fern und die Ansprüche an die Agitation stiegen ständig. So sparsam gewirtschaftet wurde, wiederholt mußten Schulden gemacht werden und besondere Agitationen waren überhaupt nur möglich durch außerordentliche Sammlungen. Der Wahlkampf 1898 hatte ca. 40000 Mark gekostet, die aber verhältnismäßig leicht gedeckt wurden. Schwerer war es, die laufenden Ausgaben zu bestreiten, und man war schon froh, wenn die Einnahmen eines Jahres alles in allem auf 10—12 000 Mark stiegen bei schließlich etwa 3000 Mitgliedern, deren Beiträge allerdings zum Teil zu $^1/_3$ bis $^2/_3$ auf lokale Ausgaben verwendet wurden, die unter jener Summe nicht einbegriffen sind. Mehrmals mußte in sehr energischer Weise durch vertrauliche Briefe zu außerordentlichen Opfern aufgefordert werden. Und als der „Vorwärts" die Taktlosigkeit besaß, einen dieser ihm in die Hände gefallenen Briefe, von billigem Spott begleitet, zu veröffentlichen, erreichte er gerade das Gegenteil. — Im Nu waren die fehlenden Summen aufgebracht und noch darüber hinaus.

Es waren neben Arbeitern und Handwerkern, die nur mittelmäßig besoldete Schicht von Beamten, Pfarrern, Lehrern, Aerzten, dazu einzelne reichere Kaufleute, Fabrikanten, Privatiers und hohen Beamten, die den Verein bildeten. Und mancher von ihnen hat über seine Kräfte hinaus sich Opfer auferlegt, ohne daß doch die Gesamtsumme ausreichte, um den Verein finanziell sorgenfrei zu stellen und ihm die Mittel zu gewähren, die zu einer an sich ausgiebigen Agitation, namentlich auch zur vermehrten Anstellung von politischen Berufsarbeitern notwendig gewesen wären.

3. Die Stellung zu den politischen Parteien und Tagesfragen in den Jahren 1898—1903.

Die brennende politische Tagesfrage, unter der der Vertretertag von 1898 stand, war die vom Kaiser in Oeynhausen angekündigte Zuchthausvorlage gewesen. Bekanntlich hat es fast $^3/_4$ Jahr gedauert ehe sie formuliert vorlag. Sie erschien erst im Juni 1899, und ihre endgiltige Ablehnung im Reichstag

erfolgte dann am 20. November 1899. Aber schon den ganzen Winter 1898/99 beherrschte sie die politische Erörterung. Wie energisch arbeiterfreundlich die Stellung der Nationalsozialen in dieser Frage war, haben wir schon angeführt. Und es blieb darum auch nicht aus, daß man stärker als je die Nationalsozialen von seiten der konservativen Parteien mit der Sozialdemokratie in einen Topf warf. Der nationale und monarchische Charakter der Bewegung wurde ihr immer brutaler abgesprochen. Dennoch ist grade im Zusammenhang mit dieser Frage der Austritt Paul Göhres erfolgt. Er wünschte nach der Oeynhauser Kaiserrede eine „Revision unserer nationalsozialen Gesinnung, so weit sie monarchisch ist", und stellte das unterscheidende Moment was die Nationalsozialen sein sollten „proletarisch-sozialistisch" dem gegenüber, was sie leider geworden seien „bürgerlich-sozial". Naumann hielt Göhre gegenüber daran fest, daß das Kaisertum geschichtlich gegeben sei, und daß wir um vorübergehender Trübungen und Enttäuschungen willen die monarchische Gesinnung nicht grundsätzlich ändern könnten. Auch um der Machtstellung Deutschlands willen gehe dies nicht, im Ausland gilt der Kaiser als Zentralpunkt Deutschlands. Was aber den zweiten Punkt Göhres anbelange, wir seien nicht proletarisch-sozialistisch, so wies Naumann darauf hin, daß es einen einheitlichen Begriff „Proletariat" nicht mehr gibt, wie das Aufsteigen einzelner Arbeiterschaften in das Bürgertum beweist. Göhre sei auch gar nicht in der Lage uns Mängel in unserer Haltung der Arbeiterbewegung gegenüber vorzuwerfen. Nur stimmungsmäßig fühle er Differenzen, indem ihm die kräftigeren Gefühlsäußerungen der Sozialdemokratie sympathischer seien. — Anfänglich vollzog sich der Austritt nach solchen Auseinandersetzungen durchaus freundschaftlich. Naumann teilte ihn im Einverständnis mit Göhre in der „Hilfe" mit und fügte warme anerkennende Worte über Göhres Person und Tätigkeit hinzu. Es war von beiden Seiten nicht beabsichtigt in eine öffentliche Kontraverse einzutreten. Diese forderte aber der Vorwärts heraus, indem er einen Artikel, von Göhre augenscheinlich nahestehender Seite, brachte, der es so darstellte, als habe es der „ehrliche Göhre" unter Naumanns Ägide nicht aushalten können, da dieser Mann erstens konfus sei und zweitens alle Grundsätze und Überzeugungen verrate und verleugne. Dazu werden objektiv unrichtige Behauptungen aufgestellt, wie z. B., daß Göhre aus sachlichen Differenzen schon 1898 nicht zum Reichstag kandidiert habe, während er tatsächlich eine Kandidatur übernommen hatte, die dann nicht zustande kam, und er erklärte lieber im Wahlkampf helfen zu wollen, was er auch getan hat. Naumann antwortete in der „Hilfe" mit der Zurückweisung der beleidigenden Unterstellungen und dem Hinweis darauf, daß man Göhre niemals Steine in den Weg gelegt zur Vertretung seines Standpunktes, ja, daß gerade Prof. Sohm,

der sein sachlich schärfster Antipode war, ihm durch seine Ablehnung erneuter Wahl in den Vorstand 1898 Gelegenheit gegeben habe, sich voll zu betätigen. — Der Streit ging dann in unerquicklichster Weise weiter, indem Göhre die „Zukunft" benutzte, um seinen Austritt zu rechtfertigen, und hierauf Antworten von Naumann und Wenck in der „Hilfe" erfolgten. Sie änderten nichts an der Tatsache, daß Göhre die stärker proletarisch-sozialistische Stimmung in nationalsozialen Vereinen vermißte, die — und darin hatte er Recht — bei den jüngeren Christlichsozialen vorhanden war. Sie mußte aber notgedrungen zurücktreten, seit man sich entschlossen hatte dem nationalen Gesichtspunkt größere Geltung einzuräumen, während diese Wandlung durchaus nicht bedingte, daß man in Arbeiterfragen anders stand als die Sozialdemokratie. Und daß dies möglich war, zeigte das Eintreten gegen die Zuchthausvorlage und die spätere Haltung der Nationalsozialen bei der Zolltarifvorlage.

In den Jahren 1898—1903 blieb das Verhältnis der Nationalsozialen zur Sozialdemokratie im ganzen auf der seit Erfurt 1897 vorgezeichneten Linie. Man kämpfte mit ihr Schulter an Schulter beim Widerspruch gegen die Zuchthausvorlage, bei jeder reaktionären Wahl, die sich bemerkbar machte, beim Zolltarif vor allem, wo man auch die Obstruktion billigte. Dabei war man bestrebt den rechten Flügel zu stützen, indem man jeder Zeit seine kluge politische Haltung pries. Ja — man kann sagen, daß ein guter Teil nationalsozialer Arbeit in diesen Jahren gerade hierauf verwendet worden ist, die Löcher aufzuweisen, die der Marxismus mehr und mehr offenbarte, die Bernstein, wie Heine, Vollmar, Auer und Schippel, Arons und David in ihrer wohltätigen revisionistischen Tätigkeit zu charakterisieren und darüber ständig mit ihnen selbst und den unbelehrbaren Marxisten zu diskutieren. Und wenn die Hoffnungen, die man hier anfänglich zu stark hegte, sich auch allmählich etwas abkühlten, weil man bei den Revisionisten die notwendige Energie vermißte, weil man erkannte, daß der ganze Prozeß der Umwandlung in der Sozialdemokratie noch lange Zeit brauchen werde, so hat man doch bis zuletzt diese Taktik beibehalten. Man hat sich von ihr weder abbringen lassen durch den Spott der bürgerlichen Scharfmacher noch durch die Abschüttelungsversuche deren sich die Revisionisten den Nationalsozialen gegenüber befleißigten. Und die Geschichte wird hier einmal gerechter und anerkennender über die Nationalsozialen urteilen, als es die Gegenwart im Kampf der Parteien beliebt.

Zu einer zeitweise sehr scharfen Stellung der Nationalsozialen gegen die Sozialdemokratie kam es aber in diesen Jahren durch die Flottenfrage des Jahres 1901. Nicht als wenn man die Sozialdemokratie im Styl der „nationalen" Parteien als „vaterlandslose Gesellen" bekämpft hätte. Aber man suchte gerade ihnen gegenüber nachzuweisen, daß „unser Brod an den

Schiffen" hängt, daß das mit der Weltpolitik und dem Welthandel zusammenhängende Arbeitsinteresse eine flottenfreundliche Stellung der Arbeiterbewegung verlangt. Das wurde in Flugblättern und Flugschriften, in der Presse und in der mündlichen Agitation vertreten, die wiederum fast eben so oft in sozialdemokratischen wie in nationalsozialen Versammlungen geschah. Daraus ergab sich ganz von selbst, daß während des Kampfes um die Flottenfrage die Front der Nationalsozialen an der Seite der „nationalen" Parteien gegen die Sozialdemokratie genommen wurde. Im Zusammenhang damit bahnte sich auch ein freundschaftliches Verhältnis der Nationalsozialen zu dem Flottenverein an, der unter seiner damaligen Leitung auch den nationalsozialen Ideen freundlich gesinnt war. Es sprach sich dies auch darin aus, daß einzelne Nationalsoziale Vorträge für den Flottenverein übernahmen und z. B. auch als Diskussionsredner im Verein mit einer Reihe von „Flottenprofessoren" mitwirkten, als die Sozialdemokratie in Berlin in 19 großen Volksversammlungen gegen die Flottenvorlage protestierte. Der Spott und Hohn, der sich für diese ganze Agitation über die Nationalsozialen als über die „Flottenschwärmer" und „Flottenenthusiasten" und über den „Marinepastor" ergoß, wurde natürlich wie der Ehrenname der Geusen ertragen. Aber als die Flottenvorlage angenommen war und diese eminent nationalpolitische Frage verdrängt wurde durch den sich erhebenden Kampf um den Zolltarif änderte sich auch die politische Situation für die Nationalsozialen von Grund aus.

Getreu ihrer 1898 in Darmstadt festgelegten handelvertragsfreundlichen Stellung, die noch durch das Landprogramm von 1900 gestärkt worden war bekämpften sie den drohenden Brotwucher. Ihre Front wandte sich wieder gegen rechts. Vom Bund der Landwirte her über das Zentrum bis zum Bassermannschen Flügel der Nationalliberalen hin standen ihre Gegner. Dabei erfolgte auch der endgiltige Bruch mit einer Berliner Tageszeitung, der „Täglichen Rundschau", deren Abonnement einst die „Zeit" kurz vor ihrem Eingehen 1897 als Ersatz für eine Berliner nationalsoziale Tageszeitung empfohlen hatte und die man bisher trotz aller gelegentlichen Reibereien als ein sozial gesinntes Blatt angesehen hatte. Sie stellte sich aber durchaus in die Richtung, die der Zolltarif vorschlug, und zu dem sachlichen Kampf, der sich darüber entspann, gesellten sich gehässige schwere persönliche Angriffe, die auch auf dem Vertretertag 1901 zu Frankfurt a. M. zur Sprache kamen. Eben dieser Vertretertag führte auch zu einer Resolution gegen den Zolltarif, die in trefflicher Kürze die Stellung des Vereins charakterisierte. Sie lautete:

> Die Nationalsozialen sind auf keine handelspolitische Doktrin eingeschworen. Sie sind der Ansicht, daß es von der wirtschaftlichen Lage

eines Landes abhängt, ob Schutzzoll oder Freihandel nützlicher wirkt. Deutschlands Entwicklung ist jedoch heute so weit gediehen, daß es zu den Ländern gehört, die das größte Interesse an der allmählichen Abkehr vom Schutzzollsystem haben. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf zeigt dagegen eine hochschutzzöllnerische Tendenz, die in die Wirklichkeit umgesetzt, auf dem Gebiete der Industrie der Kartell- und Syndikatsbildung Vorschub leisten, auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu einer künstlichen Steigerung der Grundrente führen und so die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft selbst auf die Dauer schwer schädigen müßte. Deshalb verwerfen wir den Zolltarif in seiner Gesamtheit. Insbesondere mißbilligen wir die Minimalsätze für Getreide, die ein Ausnahmegesetz zu Gunsten der vom Getreideverkauf lebenden kleinen landwirtschaftlichen Minderheit darstellen und dabei den Abschluß von Handelsverträgen auf's Äußeste gefährden würden.

Mit derselben Entschiedenheit, mit der wir für einen wirksamen Schutz des Bauernstandes nach den Forderungen unseres Landprogramms, insbesondere für eine grundlegende Hypothekarreform, eintreten, wenden wir uns gegen eine Zollpolitik, die auf die Großgrundbesitzer zugeschnitten, für die übrige Bevölkerung aber vom Übel ist. Der Triumph dieser Zollpolitik würde gleichbedeutend sein mit einer Aera wirtschaftlichen Rückgangs, sozialen Stillstandes und reaktionärer Gesamtpolitik. Aus sozialen wie aus nationalen Gründen fordern wir unsere Freunde auf, in Wort und Schrift, durch Unterzeichnung von Petitionen und durch Besuch von Protestversammlungen, durch eigene Kundgebungen oder durch Unterstützung anderer Kundgebungen alles zu tun, um den Zolltarif zu Fall bringen.

Das ist die wichtigste nationalsoziale Aufgabe des Augenblicks.

Der Kampf um den Zolltarif hat dann die Tätigkeit der Nationalsozialen bis in die Wahlkämpfe von 1903 beherrscht. Und er hat auch zu einer weiteren parteipolitischen Klärung geführt. Den Konservativen gegenüber war dies nicht weiter notwendig. Aber Bassermanns korrekte Haltung bei der Zuchthausvorlage hatte zeitweilig in ihm einen näher stehenden Politiker vermuten lassen, als sich dann bei seiner die Gewaltpolitik während der parlamentarischen Verhandlungen über den Tarif beschönigenden Haltung und seiner ganzen Stellung zur Zollfrage zeigte. Man wußte fortan, daß man auch ihm und seinen Freunden bei den Wahlen nur als Gegner gegenüber stehen konnte.

Ganz ungeklärt war bisher das Verhältnis zum Zentrum gewesen; schon aus dem Grunde, weil man in katholischen Gegenden wenig oder gar nicht agitiert hatte. Wohl versuchten Nationalsoziale wiederholt, schon bei den ersten Vertretertagen, im Sinne des Evangelischen Bundes gegen das Zentrum mobil zu machen. Die überwiegende Mehrheit lehnte dies stets ab. Und zwar weil man von dem Gesichtspunkt ausging, daß schon jede wahrhaft

liberale politische Betätigung im Staatsleben alle klerikalen Bestrebungen bekämpft, ohne daß dies besonders hervorgehoben werden muß. Weiter aber, weil man durch eine Politik im Sinne des Kulturkampfes mit Ausnahmegesetzen und in ihrem Geist gehandhabten Verwaltungsmaßregeln dem liberalen Prinzip der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz leicht widerstreitet und dadurch nur den verfolgten Teil stärkt. Aus diesem Grunde war man konsequenter Weise auch für die Aufhebung von § 2 des Jesuitengesetzes. Aber sobald das Zentrum Miene machte, durch die lex Heinze seine Ideen zu verwirklichen und als es durch seine Stellung bei der Flottenfrage und dem Zolltarif einen verhängnisvollen Einfluß auf die Reichsregierung bekam, der nur illiberal und unsozial wirken konnte — wurde die Stellung zum Zentrum schroffer. Man erkannte in ihnen die Partei mit der verhängnisvollen Politik der mittleren Linie bei allen Fragen der Gesetzgebung!

Dagegen wirkte der Zolltarifkampf dahin, daß die Nationalsozialen ihre Stellung zum Freisinn einer Revision unterzogen. Man hatte ihn in seinen beiden Richtungen, in der Vereinigung und in der Volkspartei bei der Plöner Wahl 1897 scharf und mit Erfolg bekämpft. Nicht weniger 1898 ebenfalls in Plön, dann auch in Dittmarschen und Sangerhausen. Der Gesichtspunkt war dabei der gewesen, daß sich in dem Freisinn das unsoziale freiheitliche Bürgertum verkörperte, wozu bei der Eugen Richter'schen Partei noch die ablehnende Stellung nationalen Machtfragen gegenüber kam. Die Organe seiner Partei erwiderten denn auch diese Gesinnung durch eine überaus scharfe Bekämpfung des nationalen Sozialismus.

Anders gestaltete sich mit der Zeit das Verhältnis zur freisinnigen Vereinigung, deren Parteitag 1899 ein Verständnis für die sozialen Aufgaben zeigte. Das Auftreten namentlich Rösike's und Barth's berührte sympathisch. Und auch von jener Seite aus machte sich schon im Herbst 1899 eine freundlichere Beurteilung der nationalsozialen Bestrebungen geltend, vor allem in einem Artikel Barth's in der „Nation" und in Urteilen Heinrich Rickert's, des greisen Führers der Vereinigung. Sowohl bei der Zuchthausvorlage, wie bei den Flottenfragen hatte sich politische Übereinstimmung gezeigt und das nun vollends bei der Zolltarifvorlage. Man hatte sich darum schon 1900 nnd dann immer wieder im Vorstand des nationalsozialen Vereins mit der Frage beschäftigt, ob sich nicht ein freundschaftliches Verhältnis mit der Vereinigung anbahnen lasse. Aber es ist über unverbindliche Verhandlungen bis über die Wahlen von 1903 nicht hinaus gekommen, denn auf beiden Seiten bestanden starke Gegenströmungen, die von irgend einer Annäherung beider Gruppen nichts wissen wollten. Immerhin war dadurch 1903 die Frage, wie stehen die Nationalsozialen zum bürgerlichen Liberalismus, so brennend geworden,

daß man sie auf die Tagesordnung des Vertretertages in Frankfurt a. Main setzte. Und hier kam man nach einem Vortrag Naumann's und reger Diskussion zu folgender Stellungnahme. Man anerkannte, daß der sozialpolitische, handelspolitische und staatspolitische Fortschritt des deutschen Volkes, den die Sozialdemokratie allein nicht zu stande bringen kann, einmal um ihres Radikalismus willen und dann wegen der Übermacht des Agrariertums — einer industrialistisch gerichteten politischen Organisation des bürgerlichen Liberalismus bedarf. Dieser ist jetzt nicht vorhanden, weil es dem Liberalismus an einem einheitlichen Wirtschaftsprogramm fehlt, weil er nur ein ungenügendes Bauernprogramm besitzt, ihm das Verständnis für die soziale und politische Bedeutung der Arbeiterklasse abgeht und zum Teil auch das Verständnis mangelt für den Machtkampf der Völker und Staaten. Deshalb muß ein vereint vorgehender proletarischer und bürgerlicher Liberalismus bei Stärkung aller Freiheitstendenzen nationale Gesamtpolitik vom Standpunkt der industriellen Entwickelung aus bieten.

> Von da aus muß er den Zusammenhang des steigenden Wachstums des Nationalwohlstandes mit der Belebung bäuerlicher und handwerksmäßiger Betriebe durch die gesteigerte Konsumkraft der arbeitenden Massen einerseits und Durchführung eines auf Genossenschaft und Entschuldung gerichteten Landprogramms andererseits in den Vordergrund stellen, um Vertreter der wirtschaftlichen Gesamtinteressen der Nation werden zu können.
>
> Der Herbeiführung dieses Zieles dienen innerhalb der Sozialdemokratie die Bernsteinianer, außerhalb derselben die Nationalsozialen, die führenden Kräfte der freisinnigen Vereinigung und gewisse Unterströmungen in den beiden Volksparteien. Diesem Ziele stellt sich am meisten entgegen der marxistische Radikalismus in der Sozialdemokratie, der bürgerlich-liberale Doktrinarismus Eugen Richters und die übermächtigen agrarischen Einflüsse bei den Nationalliberalen.

Die Nationalsozialen haben nach Maßgabe ihrer Kräfte die Aufgabe, innerhalb der liberalen Gesamtbewegung die Idee der einheitlichen Organisation von proletarischen und bürgerlichen Elementen zu stärken und müssen diejenigen Teile des Liberalismus und der Sozialdemokratie bekämpfen, die dieser Idee entgegenstehen.

Mit dieser Beantwortung der Frage, wie sich die Nationalsozialen zu dem bürgerlichen Liberalismus zu stellen haben, wurde ihnen scheinbar eine ganz neue Aufgabe gestellt. Sie sollten mit dazu helfen, daß die Basis geschaffen werde, auf der Bürgertum und Arbeitertum zusammen, eine politische Macht würden, gegenüber der agrarischen und klerikalen Reaktion auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet. Aber diese Aufgabe war nur „zum Teil"

eine neue. Sie veränderte nichts an der alten Aufgabe, den Sozialismus national und regierungsfähig zu machen. Nur, daß jetzt klar ausgesprochen wurde, daß die Mithilfe des Bürgertums notwendig sei und daß man daran verzweifelte, daß die ganze Sozialdemokratie hierfür zu gewinnen sei. Das war die Frucht der dreifachen Erkenntnis, einmal von einem beginnenden Verständnis liberaler bürgerlicher Kreise für die Arbeiterbewegung, wie es sich bei Dr. Barth und Roesicke zeigte, dann die Erkenntnis von der nur langsam fortschreitenden Mauserung der Sozialdemokratie und drittens, von der politischen Machtlosigkeit des Sozialismus ohne bürgerliche Unterstützung.

Daß man hier von Seiten der Nationalsozialen trotz der bisher festgehaltenen Stellung zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie anfing, sich als ein Teil des Liberalismus zu fühlen, war dabei parteipolitisch keine Wandlung, als man die eigene Organisation durchaus festhielt zwischen jenen beiden Gruppen und darum keineswegs in das bürgerliche Lager hinüber schwenkte. Erst nach der Auflösung der selbständigen Organisation, die das Bekenntnis zum Sozialismus einschloß, konnte davon geredet werden. Bis dahin wahrte sich der nationale Sozialismus dieselbe Unabhängigkeit vom liberalen Bürgertum wie der Sozialismus eines Jaurès in Frankreich, unbeschadet der von ihm erkannten Notwendigkeit der gemeinsamen Aktion mit dem Bürgertum gegenüber dem Klerikalismus. Aber freilich hat diese Selbständigkeit des nationalen Sozialismus nur noch zwei Jahre gewährt bis zu den Folgen, die für ihn die Reichstagswahl von 1903 hatte.

Noch bleibt an dieser Stelle übrig, das Verhältnis zu streifen, welches der nationalsoziale Verein zum Handelsvertragsverein eingenommen hat. Es kam niemals zu einem Verhältnis mit ihm, das den Nationalsozialen Unterstützung gesichert hätte. Selbst bei der Aufstellung eigener Kandidaten für die Wahlen von 1903 fanden keine bindenden Abmachungen statt, aber einzelne Nationalsoziale traten, so gut wie Mitglieder der freisinnigen Parteien, zeitweilig in den Dienst des Handelsvertragsvereins, so vor allem von Gerlach, der deswegen auch auf ein Jahr aus dem Vorstand des nationalsozialen Vereins ausschied.

Haben wir damit das Verhältnis der Nationalsozialen zu anderen politischen Gruppen an der Hand der zeitbewegenden politischen Tagesfragen geschildert und ihre parteipolitische Entwicklung in den Jahren 1898—1903 kennen gelernt, so seien nun noch eine Anzahl von Fragen gestreift, die innerhalb des Vereins in ihrer Klärung fortschritten.

Daß immer noch christliche Gesichtspunkte und allgemein humane Anschauungen mit rein politischen Gedanken rangen, zeigte sich bei Erörterungen über die Orientfrage (Armenien), die Stellung zur Friedenskonferenz des Zaren

und der Chinapolitik Deutschlands. Ja, in gleichem Sinne gehört hierher auch die Stellung zum Burenkrieg.

Schon bei den Vertretertagen von 1897 und 1898 war die Armenierfrage angesichts der türkischen Greuel gestreift worden, aber erst eine Erörterung Naumanns in den von seiner Orientreise, Herbst 1898, für die „Hilfe" geschriebenen und dann in der „Asia" zusammenfaßend veröffentlichten Briefen, spitzte die Erörterung auf dem Göttinger Vertretertag 1899 dahin zu, ob die Nationalsozialen aus ethischen und christlichen Gründen für die Armenier oder aus nationaler Machtgründen für die Türken sein sollten. Aber treffend wies Naumann darauf hin,

> daß diese Zuspitzung der Frage irreführend darauf hinauslaufe, als sei der Vertreter der Machtpolitik an sich unmoralisch und unchristlich und der Vertreter der Sympathiepolitik ein moralisches Vorgehen. Tatsächlich aber liegt es so, daß, indem wir des deutschen Volkes Macht vertreten nnd damit die Verteidigung und Erhaltung großer sittlicher und christlicher Güter übernehmen, für uns die Tatsache entscheidet, daß der ungeschwächte Bestand des Deutschtums in der Welt ungleich wichtiger ist als die gesamte armenische Frage. Eine armenier-freundliche Stellung wäre eine wirkliche, wenn auch ungewollte Unterstützung englischer Weltausdehnungspolitik und darum unseren deutschen Interessen entgegenstehend. Deßhalb war es vom nationalen und ethischen Standpunkt aus richtig die Haltung unserer Regierung zu billigen. Bei der Burenfrage lag es etwas anders. Hier mochte die Erkenntnis unserer maritimen Schwachheit England gegenüber zur Zurückhaltung der an sich natürlichen Sympathien für das tapfere Volk führen, ganz abgesehen davon, ob nicht das Burenregiment europäerfeindlich wirkte.

Dann die Friedensberatungen und Friedenskonferenz des Zaren. Auch hier war es das Verdienst Naumanns zur Klärung des Gedanken wesentlich beizutragen, die bei einen Teil der Nationalsozialen unter dem Einfluß humanitärer Friedensliebe standen. Als wenn es die Aufgabe einer politischen Gruppe sein könnte, sich mit gutem Herzen und gutem Willen zu beschäftigen. Hier kann nur die nationale Frage in ihrer ganzen Härte maßgebend sein: bedeutet diese Bewegung eine Stärkung der deutschen Kraft oder eine Schwächung?

> Das letztere ist der Fall, zumal in Rücksicht auf die schon an sich vorhandene kosmopolitische Neigung des deutschen Volkes, die nur dazu beitragen kann, unsere nationalen Machtaufgaben in der Weltpolitik zu verkennen. Die Weltgeschichte ist ein Kampf der Völker um ihr Dasein. Und von hier aus fällt die Frage der Ernährung eines Volkes für die Volkserhaltung zusammen mit der Frage der Weltmachtstellung und damit verträgt sich der Geist einer Bertha von Suttner nicht.



Die schwirigste Diskussion dieser Art brachte der Leipziger Parteitag 1900. Naumann wurde zur Rede gestellt wegen seiner Verteidigung der Kaiserworte beim Abgang der Truppen in den Chinafeldzug: „Pardon wird nicht gegeben". Schon in der „Hilfe" hatten mehrere Nationalsoziale ihren ablehnenden Standpuukt hervorgehoben und es waren einzelne Austrittserklärungen erfolgt. Damaschke brachte für den Vertretertag folgende Resolution ein:

> Der Vertretertag erklärt ausdrücklich, daß die Haltung der „Hilfe" zu dem Wort: „Pardon wird nicht gegeben", eine Privatmeinung der Hilferedaktion darstellt, für die die Nationalsozialen als solche die Verantwortung nicht zu tragen haben.

Er wies in der Begründung darauf hin, daß das menschliche Empfinden dem Wort widerspreche, möchten auch militärische oder politische Gründe dafür sprechen. Auch die deutsche Volkszukunft müsse leiden, denn wer dieses Wort befolge, käme leicht nicht ohne Schaden an seiner sittlichen Persönlichkeit zurecht. An die Seite Damaschkes, wenn auch aus formellen Gründen gegen die Resolution, trat u. a. Gottfried Traub, der in dem Wort ein Wort politischer Leidenschaft gesehen hat, und dann auf die ihm widersprechenden völkerrechtlichen Grundsätze hinwies. Dagegen verteidigte Prof. Sohm Naumann, der im wesentlichen nur gesagt habe, „wenn derartige Anweisungen kriegstechnisch richtig sind, d. h. notwendigerweise dazu dienen, den Erfolg herbeizuführen, dann ist vom ethischen Standpunkt aus nichts gegen sie einzuwenden".

> Gibt man überhaupt zu, daß es christlich erlaubt ist, Krieg zu führen, dann muß er auch so geführt werden, daß er Erfolg hat. Die Frage aber, ob Krieg überhaupt sein darf, ist gleichbedeutend mit der andern, ob der Staat sein darf. Darum verneint Tolstoi konsequent beides. Wer dagegen den Staat zugibt, muß auch die anderen Konsequenzen ziehen.

Der Ausgang der Debatte war der, daß Damaschke sich bereit erklärte seine Resolution zurückzuziehen, wenn der Parteitag eine motivierte Tagesordnung annehme, die seinen Ausführungen gerecht werde. Etwa:

> da in der nationalsozialen Bewegung nur Beschlüsse des Vertretertages für die einzelnen bindend sind, erklärt die Versammlung, daß sie keine Veranlassung hat, zu den Ausführungen der „Hilfe" über das Wort: „Pardon wird nicht gegeben", ihrerseits Stellung zu nehmen.

Und so geschah es. —

Schließlich sei in diesem Abschnitt noch erwähnt, daß auch die Polen und Dänendebatte immer wieder auftauchte, aber immer mehr in dem schon früher dargelegten Sinne entschieden wurde: Stärkung des Deutschtums in den bedrohten Landesteilen ist notwendig, aber ohne daß die Polen als preußische Staatsbürger das Recht verlieren, vor dem Gesetz wie jeder andere Staatsbürger behandelt zu werden. Und auch die Frage nach der Stellung zu den Deutsch-Österreichern beschäftigte einen Vertretertag. (Göttingen 1899.) Unter Anerkennung der geschichtlichen Tatsache, daß diese Stammesgenossen einem anderen Staatswesen als dem des deutschen Reiches angehören, wies man es als unmöglich ab, daß unsere Reichsregierung sie irgendwie in ihrem Kampf unterstützt. Nur unserer Sympathie im Kampf für ihre Sprache, Sitten, Glauben und ihr Volkstum können wir ihnen versichern. In diesem Sinne wurde auch eine Resolution angenommen und durch die Presse verbreitet.

4. Der Abschluß des Programmausbaues.

Es erübrigt nun auch aus den fünf Jahren stiller Entwickelung des Vereins (1898—1903) die programmatische Arbeit hervorzuheben, die hier von den Nationalsozialen im Ausbau ihrer Grundlinien geleistet wurde. Sie ist das Dokument dafür, wie ernst diese junge Parteigruppe darauf bedacht war, ihrer ganzen politischen Arbeit, grade auch der Agitation eine feste, wenn ich so sagen darf, wissenschaftliche Begründung zu geben, und sich damit davor zu bewahren, daß leere Schlagworte die Leitmotive für die politische Tätigkeit würden. Daraus erklärt sich auch, daß man nicht auf die eigenen Kräfte allein vertraute, sondern bei der Programmarbeit stets die Verbindung mit den Vertretern der nationalökonomischen Wissenschaft auf unseren Universitäten festhielt. Vor allem wurden hier die Professoren Dr. Brentano-München, Dr. Rathgen-Heidelberg, Dr. von Schulze-Gaevernitz-Freiburg und Dr. Weber-Berlin treue Berater, jeder auf einem ihm und seiner Arbeit besonders naheliegendem Gebiet. Mögen hierdurch die prinzipiellen Erörterungeu auf den Vertretertagen häufig einen etwas stark akademischen Charakter angenommen haben, der natürliche Ausgleich erfolgte in der Praxis der Agitation ganz von selbst. Der Gewinn aber blieb, das Programm auf einem guten Fundament aufgebaut zu haben.

Und neben der zünftigen Wissenschaft der Nationalökonomie diente die Berührung mit der Bodenreformbewegung, die von Jahr zu Jahr stärker wurde, dazu die praktisch durchführbaren, sozialreformerisch von Grund aus gesunden Forderungen dieser Form des Sozialismus für den nationalen Sozialismus fruchtbar zu machen. Das Hauptverdienst kommt hier den beiden nationalsozialen Bodenreformern Damaschke und Pohlmann zu, von denen

der erstere vor allem den Entwurf des nationalsozialen Gemeindeprogramms, der letztere den des Landprogramms beeinflußte.

Über den Programmausbau braucht im einzelnen nicht viel gesagt zu werden. Es würde viel zu weit führen, die die Programme stützenden Referate auch nur in ihrem hauptsächlichem Gedankengang zu skizzieren, und die sie erörternden Debatten zu berühren. Die Programmsätze sprechen für sich selbst. Wo aber eingehende Erläuterung wünschenswert erscheint, wie bei dem Landprogramm und dem Gemeindeprogramm, sei auf die gedruckt vorliegenden Protokollverhandlungen und auf die Schriften Pfarrer Esenwein's und Landwirt Wolf's zum Landprogramm und Damaschke's über Gemeindepolitik verwiesen. Wir können uns hier auf das Notwendigste beschränken.

Zunächst muß der programmatischen Stellungnahme der Nationalsozialen zum Koalitionsrecht der Arbeiter gedacht werden, auf die hin der Kampf gegen die Zuchthausvorlage auch noch über die erste Kampfresolution des Darmstadter Vertretertages 1898 im Jahre 1899 drängte. Das Thema wurde theoretisch von dem gründlichen Kenner der Gewerkschaftsbewegung Geheimrat Professor Dr. Lujo Brentano-München und praktisch von dem Gewerkschaftler Schriftsetzer Kuhlmann auf dem Göttinger Vertretertag behandelt und führte zur Annahme folgender Sätze:

1. Es ist dringend nötig, daß jene Gesetze, wonach in einzelnen deutschen Staaten Berufsorganisationen der Arbeiter als politische Vereine behandelt werden und ihnen die Verbindung unter einander untersagt ist, aufgehoben werden. Alle die Frauen betreffenden Ausnahmebestimmungen der Vereinsgesetze, die ihre gewerbliche Organisation erschweren, sind aufzuheben.

2. Ein neues Gesetz über Einigungsverfahren ist nötig, wonach das Einigungsamt aus Vertretern beider Parteien der unmittelbar am Streite beteiligten Gewerbe zu bestehen hat; auch soll das neue Gesetz den Behörden die Befugnis geben, ein Einigungsverfahren einzuleiten.

3. Der § 152, 3 der Gewerbe-Ordnung ist zu beseitigen, dagegen soll der § 105 der G.-O. lauten: „Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist vorbehaltlich der durch die Reichsgesetze begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Übereinkunft. Eine solche kann nicht blos von einzelnen Gewerbetreibenden und einzelnen Arbeitern, sondern auch von Korporationen Gewerbetreibender und von Korporationen von Arbeitern mit Wirkung für ihre Mitglieder rechtsverbindlich abgeschlossen werden. Wo immer eine Korporation von Arbeitgebern und Arbeitern die Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder vereinbart, haftet das Korporationsvermögen für die Erfüllung dieser Arbeitsbedingungen seitens ihrer Mitglieder.

4. An Stelle des bisherigen § 153 der G.-O. ist zu bestimmen, daß alle Vergehen und Verbrechen begangen von Arbeitgebern oder Arbeitern, um andere zur Teilnahme an Verbindungen oder Verabredungen, die eine Einwirkung auf Arbeits- oder Lohnverhältnisse bezwecken, zu bestimmen oder von der Teilnahme an solchen Vereinigungen oder Verabredungen abzuhalten, nach Maßgabe der Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches bestraft werden sollen.

Der gleiche Vertretertag beschäftigte sich mit der Aufstellung eines Gemeindeprogramms. Bei ihm war Referent Adolf Damaschke. Vorbearbeitet war der Stoff durch eine Kommunalkommission, deren Einsetzung durch den Vertretertag in Darmstadt 1898 beschlossen worden war und in der vor allem Stadtpfarrer Dr. Ernst Lehmann in Hornberg (Baden) gewirkt hatte. Aus ihren Beratungen war aus einer Sitzung vom 3. Mai 1899 in Heidelberg ein Entwurf hervorgegangen, den die Kommission aber im Einverständnis mit Damaschke zugunsten seines Entwurfs zurückzog. Andrerseits hatten die Frankfurter Nationalsozialen einen Entwurf vorgelegt, von dem sie wünschten, daß er als Grundlage für die Beratung diene. Dieser Entwurf behandelte die gemeindliche Selbstverwaltung in einer grundsätzlichen Stellungnahme zu den sich hier ergebenden Kardinalfragen, ohne ein in Einzelforderungen detailliertes Gemeindeprogramm aufzustellen. Der Vertreter dieses Entwurfs Dr. Klumker bekämpfte darum auch die Menge der Damaschke'schen Einzelforderungen, wie er sich auch gegen den von dem bodenreformerischen Führer hervorgehobenen „Kernpunkt“ seines Programms, die Besteuerung der „Zuwachsrente“ wandte, weil es ihm verderblich schien, sich an eine bestimmte nationalökonomische Formel zu halten. Auch schien ihm das Damaschke'sche Programm den Landgemeinden zu wenig zu bieten. Der Vertretertag entschied sich aber dafür, Damaschke's Programmentwurf zur Grundlage der Beratung zu machen, denn auch Nicht-Bodenreformer wie Lizentiat Traub anerkannten doch den Wert der praktischen bodenreformerischen Forderungen zur Ausnutzung des Bodenwertes für die Gesamtheit. Eine Debatte rief noch die Forderung des Proportionalwahlsystems hervor. Sie wurde aber in Verbindung mit dem allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht „unter Ausschluß aller an Stand und Besitz gebundenen Sonderrechte und Beschränkungen“ aufgenommen.

Das schließliche Resultat war die Annahme folgenden Programms:

I. Wir sehen in den Gemeinden diejenigen politischen Einheiten im Staatsleben, auf deren möglichst selbständiger Entwickelung der gesunde, nationale Aufbau des Volkskörpers beruht. Innerhalb der notwendigen staatlichen Einheit ist deshalb die gemeindliche Selbstverwaltung

in allen ihren Formen frei und selbständig weiter zu bilden. Sie soll nicht nur ein staatliches Verwaltungsorgan sein, sondern auch dem gemeinsamen Nutzen ihrer Glieder, vor allem der schwächeren dienen und sich durch die Mitarbeit aller an der Verwaltung als eine Bildungsstätte des Gemeinsinnes und wahrer staatsbürgerlicher Gesinnung erweisen.

II. Wir fordern demgemäß: Die Wahl der Gemeindevertretungen auf dem Wege des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts unter Ausschluß aller an Stand und Besitz gebundenen Sonderrechte und Beschränkungen, mit der Berechtigung, das Proportianalsystem anzuwenden. Entschädigung der Gemeindevertreter. Die aktive wie die passive bürgerliche Wahlfähigkeit ist an einen mindestens einjährigen Aufenthalt am Orte geknüpft. Weder aus politischen noch aus religiösen Gründen darf die Bestätigung der Gemeindebeamten versagt werden. Richterlicher Entscheid bei verweigerter Bestätigung.

III. Wir halten eine finanziell unabhängige Ausgestaltung der Gemeindeverwaltung für unerläßlich zu Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben. Als Weg dazu sehen wir an:

a) Die Vergemeindung solcher Betriebe, welche den dauernden Bedürfnissen der Gemeinden dienen, und die durch ihren Monopolcharakter an sich einem gesunden Wettbewerb entzogen sind. Wir fordern daher für die Gegenwart: Überführung des städtischen Verkehrswesens (Pferde-, Dampf- oder elektrische Bahnen), des Beleuchtungswesens (Gas- und Elektrizitätswerke), der Wasserversorgung, des Anschlagwesens, des Abfuhrwesens, der Schlachthöfe, der Apotheken und der Sparkassen in Gemeindebesitz.

b) Wir fordern für die Gemeinde ein Vorkaufsrecht für den innerhalb ihres Weichbildes liegenden Grund und Boden. Wir fordern für die Gemeinde das Recht einer möglichst hohen Besteuerung der ohne jede Arbeit des einzelnen entstehenden „Zuwachsrente" und einer Besteuerung des unbebauten Bodens nach dem Werte, der durch Selbsteinschätzung zu bestimmen ist, ein Eigentumsrecht der Gemeinde zu diesem eingeschätzen Werte und eine Umsatzsteuer für Liegenschaften.

c) Die für das Gemeindefinanzwesen nötigen Mittel sind in erster Reihe aus dem möglichst zu vermehrenden Grund-Eigentum, dem Betrieb der kommunalen Unternehmungen, der Zuwachs-, Bauplatz- und Umsatzsteuer und der aufrecht zu erhaltenden Grund- und Gebäudesteuer aufzubringen. Soweit diese nicht genügen, sind sie in erster Reihe durch Zuschläge zu den höheren Stufen der staatlichen Vermögens-, Kapitalrenten- und Einkommensteuer zu beschaffen.

Verbrauchsabgaben (Oktroi), welche notwendige Lebensmittel verteuern, sind unter allen Umständen auszuschließen, und wo sie bestehen, zu beseitigen.

IV. Wir verlangen Verwendung der Gemeinde-Einkünfte in gemeinnütziger Weise:

1. Zur Förderung der Volksbildung:
   a) durch allmählige Einführung der Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und der Lernmittel;
   b) durch Errichtung von Fortbildungs- und Gewerbeschulen, bei denen Abend- und Sonntagsunterricht wegfällt; durch Unterstützung von Haushaltungsschulen;
   c) durch Anlage öffentlicher Bücher- und Lesehallen und, wo angängig, auch städtischer Galerien und Sammlungen;
   d) durch Förderung guter Theatervorstellungen, öffentlicher Konzerte und anderer volksbildender Bestrebungen;
   e) durch Herstellung von Stadtsälen, die allen Richtuugen offen stehen.
2. In hygienischer Beziehung:
   a) durch eine geordnete Wohnungskontrolle;
   b) durch Anstellung von Schulärzten in größeren Gemeinden;
   c) durch Herstellung von Spiel- und Turnplätzen, bezw. Turnhallen, öffentlichen Badeanstalten, Parks und öffentlichen Anlagen;
   d) durch Förderung möglichst billiger und guter Kranken- und Wöchnerinnenpflege, sowohl in eigenen Anstalten wie als Privatpflege.
3. Eine weitblickende Armen- und Waisenpflege unter Anstellung auch weiblicher Pfleger.
4. Neuregelung des Begräbniswesens.

V. Wir fordern ferner, daß die Gemeinden einen sozialen Schutz von Erwerb und Besitz betätigen:

1. Durch Ausgestaltung der kommunalen Betriebe zu Musterbetrieben. Zu diesem Zweck fordern wir im Einzelnen:
   a) Einführung von Arbeitervertretungen;
   b) Einführung einer Gehaltsskala, der Pensionsberechtigung und einer Hinterbliebenenversorgung nach einer billig zu bemessenden Wartefrist;
   c) die Löhne dürfen dabei nicht unter den Durchschnitts-Lohn des betreffenden Gewerbes sinken;
   d) Errichtung von Wohnhäusern für Gemeinde-Angestellte und Beamte.
2. Durch eine Regelung des Submissionswesens, die den berechtigten Wünschen des der Gewerbetreibenden entspricht, und zugleich auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse der betr. Betriebe einwirkt.
3. Durch Errichtung unparteiischer Arbeits- und Wohnungsnachweise.

4. Durch Hinwirkung auf Herstellung möglichst guter und billiger Wohnungen:
   a) dadurch, daß die Gemeinde die private Verwertung des in städtischem Besitz befindlichen Bodens an Bedingungen knüpft, welche dessen kapitalistische Ausbeutung ausschließen und die Zuwachsrente der Gesamtheit erhalten („Erbbaurecht“);
   b) durch Aufstellung solcher Bebauungspläne und Ortsbaustatuten, welche eine übermäßige Ausnützung des Bodens und eine Herstellung ungesunder Wohnungen ausschließen;
   c) durch Förderung solcher Unternehmungen, bei denen, wie bei den Spar- uns Bauvereinen, Pachtgärten 2c., der dauernd gemeinnützige Charakter gewährleistet ist.

Erklärung zu 4 Abs. 1 b, (auf demselben Vertretertag beschlossen): Der Unterricht in den städtischen Volksschulen soll nicht in den späten Abendstunden noch an Sonntagen, sondern morgens oder mittags vor Beginn der Arbeitszeit stattfinden.

Zwei Jahre später wurde über die Taktik bei Gemeindewahlen in Frankfurt a. Main 1901 beschlossen:

Wir machen es unseren Freunden zur dringenden Pflicht, sich in ihren Ortsvereinen ständig und planmäßig mit Gemeindepolitik zu beschäftigen, sowie die Bestrebungen der am Orte befindlichen unpolitischen Vereine, die sich in der Richtung unseres Gemeindeprogramms bewegen (z. B. Mieter-, Bürgervereine usw.) durch Beitritt und rege Mitarbeit zu fördern.

Die von den Nationalsozialen angeregten Gemeindewahlen haben auf Grund eines Wahlprogramms zu erfolgen, das im wesentlichen unserem Gemeindeprogramm entspricht, und bei dem unsere Stellung zur Staatspolitik, abgesehen von dem allgemeinen liberalen Grundsatze der Selbstverwaltung der Gemeinden, ausscheidet.

Diesem Grundsatze entsprechend, sind die von Bodenreform- und Mietervereinsgruppen unternommenen Gemeindewahlen mit demselben Programm überall energisch zu unterstützen.

Das Jahr 1900 brachte dann für die Nationalsozialen die Ausarbeitung des Landprogramms (Agrarprogramms). Seine Vorgeschichte reichte bis in das Jahr 1897 zurück oder eigentlich gar bis in die Geschichte der jüngeren Christlichsozialen mit ihrer Stellungnahme gegen das konservative Ostelbiertum und ihrer Forderung einer Kolonisation des Ostens mit Bauerngütern, ein Programmpunkt, den Naumann damals in dem Wort „Das Land der Masse“ formulierte. Der Erfurter Vertretertag von 1897 hatte, wie wir berichteten, zu einem Agrarprogramm nicht geführt und zwar nicht zu ihm führen können, weil die Anschauungen über die wirtschaftspolitische Gesamtauffassung nicht geklärt

genug waren. Die Klärung erfolgte erst in Darmstadt 1898 bei der von uns eingehender geschilderten Stellungnahme zu der Handelsvertragspolitik. Damals hatte man mit der Verwerfung der autonomen Schutzpolitik d. h. der Erhöhung unserer Zölle, insbesondere der Getreidezölle, das Urteil verbunden, daß auch innerhalb einer Handelsvertragspolitik, die diese Zollforderungen verwirft, eine Förderung der Interessen der Landwirtschaft möglich und nach Kräften anzustreben sei. Nun galt es hierfür in einem Landprogramm, das unter diesen Gesichtspunkten stand, den Beweis zu liefern.

Die Vorarbeit wurde wie bei dem Kommunalprogramm einer Kommission überwiesen, die ein umfassendes Material sammelte und dann während mehrerer Tage im April 1900 in Berlin zu Verhandlungen zusammen kam. Auch hier zeigte es sich, daß außer der Gegnerschaft gegen das Ostelbiertum und der Erkenntnis, daß es sich bei einem nationalsozialen Landprogramm wesentlich nur um ein Programm zu Gunsten der Bauern und Landarbeiter handeln könne, die bodenreformerischen Anschauungen bezüglich der ländlichen Kreditverhältnisse als Hauptgesichtspunkte in Betracht kamen. Und das bestätigten die Verhandlungen auf dem Vertretertag zu Leipzig 1900, aus denen das nationalsoziale Landprogramm hervorging.

Man hatte hier drei Referenten gewählt. Zu einem einleitenden Vortrag, der die landwirtschaftliche Produktion innerhalb der Gesamtproduktion Deutschlands behandelte, war Dr. Borgius, ein Vertreter des Handelsvertragsvereins, gewonnen worden. Für das eigentliche Programm sprachen Pfarrer Esenwein aus Langenbeutigen in Württemberg, der die bäuerlichen Verhältnisse von Hause aus gründlich kannte — und Rentner Pohlmann aus Hohenaspe. Aus diesen gemeinsamen Ausführungen sowie auf Grund der Vorarbeit der Agrarkommission und der Debatte ergab sich ein sehr eingehendes Programm, das in seinem ersten Teil grundsätzliche Anschauungen vorträgt und dann im zweiten Teil in 6 Paragraphen die Einzelforderungen formuliert. Es lautet:

> Wir erkennen an, daß sich die deutsche Landwirtschaft in einer schweren Notlage befindet, deren Ursache die moderne Industrie- und und Verkehrsentwickelung ist, welche die Preise der landwirtschaftlichen Massenartikel nach weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten regelt und den Zustrom der Landbevölkerung in die Industriegebiete lenkt. Diesem Notstand sucht die rückschrittliche Politik dadurch abzuhelfen, daß sie Deutschland von der Weltherrschaft abzuschließen und die freie Bewegung der Bevölkerung zu hemmen bestrebt ist. Eine solche Politik, die sich der natürlichen Gesamtentwickelung widersetzt, kann aber niemals dauernde Erfolge gewinnen, und muß sowohl vom Standpunkte der Industrie, wie von dem einer sachkundigen, die Zukunft berücksichtigenden Landwirtschaft aus energisch bekämpft werden. Nur dann nämlich wird die

deutsche Landwirtschaft lebenskräftig sein können, wenn sich ihre Betriebsverhältnisse, Rechtsformen und Gesamtpolitik den wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Neuzeit anpassen.

Aus nationalen Gründen erstreben wir die größtmögliche Nutzbarmachung des Bodens als des wichtigsten und dauerhaftesten Bestandteils unseres Nationalvermögens, und verlangen deshalb im Interesse der Gesamtheit, daß der landwirtschaftlich benutzte Teil dieses Bodens — bei gleichzeitiger Hebung der landwirtschaftlichen Produktion auf den höchsten Stand ihrer Leistungsfähigkeit — der größtmöglichen Zahl von Volksgenossen eine gesicherte und menschenwürdige Existenz biete. Da der Großgrundbesitz dieser Entwickelung im Wege steht und sich den heutigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Nation schwer anzupassen vermag, wird er in der deutschen Volkswirtschaft allmählig zurücktreten, und in großem Umfange bäuerlicher Gestaltung Platz machen müssen. Ein Bauerntum, das auf den nahen Markt einer immer mehr sich auf das Land ausdehnenden Industrie rechnet, sich den Bedürfnissen dieses Marktes in Wahl der Erzeugnisse anfügt, seinen Kredit und Betrieb kaufmännisch regelt und alle Vorteile genossenschaftlicher Vereinigungen verwendet, ist erfahrungsgemäß in der Lage, die Erwerbssteigerungen der industriellen Bevölkerung als Grundlage seines eigenen wirtschaftlichen Aufsteigens anzusehen, und sich darum im wohlverstandenem Eigeninteresse an einer weiteren Ausbildung des deutschen industriellen Lebens und an Erhöhung der Konsumfähigkeit der Arbeiterschaft politisch zu interessieren.

Allerdings wird ein besonderes Bauerntum dann auch seinerseits innerhalb des Rahmens einer wirtschaftlich fortschreitenden Gesamtentwickelung Anerkennung seiner eigentümlichen Lebensbedingungen von den übrigen Volksteilen fordern müssen, und zwar eine grundsätzliche Förderung des Bauerntums gegenüber dem Großgrundbesitz und gegenüber dem spekulativen Kapital, namentlich so weit es den Ertrag bäuerlicher Arbeit durch Ausnutzung des Kredit-Bedürfnisses an sich zu ziehen sucht.

Wo im Betrieb großer Güter ein Stand gleichartiger landwirtschaftlicher Arbeiter vorhanden ist, muß deren Gesundheit, persönliche und staatsbürgerliche Ehre und Freiheit durch gesetzliche Garantien geschützt werden.

Von dieser Grundanschauung aus fordern wir:

§ 1. Weitere Ausgestaltung der Handelsvertragspolitik. (Siehe unser Programm über Handelsverträge.) Beseitigung der durch die Besteuerung des Zuckers und des Branntweins beabsichtigten Sondervorteile eines Teiles der landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere Beseitigung der Zuckerausfuhrprämien und der sogenannten Liebesgaben an Branntweinbrennereien. Gleichmäßige Behandlung der Fleischbeschau für in- und ausländisches Fleisch. Anstellung fachkundiger Landwirte bei Gesandschaften und Generalkonsulaten. Wirksame Maßregeln gegen Einschleppung und Verschleppung von Viehseuchen.

§ 5. Erleichterung des ländlichen Personalkredits durch Förderung von Kreditgenossenschaften. Umgestaltung des Hypothekarkredits in folgender Richtung: allmählich durchzuführende Einschränkung des Beleihungsrechts auf Gemeinde und Staat; Gewährung niedrig verzinslicher unkündbarer Amortisationsdarlehen; Verwendung des aus der Hypothekarreform erzielten Gewinnes zur Erleichterung der Gemeindelasten. Mehrung des Gemeindelandes, Vorkaufsrecht der Gemeinde und des Staates bei Verkäufen außerhalb der Familie zum Zweck der Schaffung bäuerlicher Domänen und Erbpachtungen.

§ 6. Förderung aller Bildungs- und Wohlfahrtsbestrebungen auf dem Lande (Gemeindehaus, Büchereien, ländliche Sparkassen usw.). Staatliche Förderung des Schulwesens auf dem Lande (siehe unser Schulprogramm). Landwirtschaftliche Fachschulen, Winterschulen und Wandervorträge. Hebung der ländlichen Krankenpflege und Gesundheitspflege durch öffentliche Mittel. Möglichste Berücksichtigung des Landes bei Anlage staatlicher Anstalten.

§ 7. Maßnahmen gegen unlautere Konkurrenz von Kunstprodukten mit landwirtschaftlichen Naturprodukten, sowie gegen Verfälschung der Düngemittel. Staatliche Förderung rationeller Betriebsweise und Einführung neuer Betriebsarten (Obstbau, Gemüsebau, Geflügelzucht, Bienenzucht). Einrichtung landwirtschaftlicher Versuchsstationen und Ausbildungsanstalten im Anschluß an Staatsdomänen. Obligatorische Einführung der doppelten Buchführung in allen landwirtschaftlichen Betrieben über 150 Hektar.

§ 8. Sicherung des freien Arbeitsvertrages auf dem Lande durch Reichsgesetz. Ermöglichung rechtsfähiger Verbände der Arbeitgeber und der Arbeiter. Regelung des ländlichen Arbeitsnachweises. Errichtung ländlicher Gewerbegerichte. Ablehnung aller Vorschläge, die auf eine Beschränkung des bestehenden Freizügigkeitsrechts hinzielen. Wohnungsinspektion zum Schutze aller Landarbeiter, zumal der Wanderarbeiter.

§ 9. Vertretung der Kleinbauern und Landarbeiter in den Landwirtschaftskammern. Förderung des Genossenschaftswesens (siehe unser Genossenschaftsprogramm). Staatliche Förderung des Versicherungswesens, insbesondere Verstaatlichung der Hagelversicherung. Staatsbeihülfe bei unerwarteten Naturschäden und epidemisch eintretenden Viehseuchen. Ausdehnung der Invaliditäts- und Altersversicherung auf die Gesamtheit unter Aufhebung der Markenpflicht und Übernahme der Lasten auf das Reich.

Damit war die nationalsoziale Bewegung in den Besitz des für ihre Agitation wichtigsten Programms für die 1903 bevorstehenden Wahlen gekommen. Sie hatte im Unterschied von allen Parteien ein wirkliches Landprogramm, das vereinbar war mit der industriellen Entwicklung Deutschlands und das sich vom Standpunkt des Sozialismus aus ebenfalls rechtfertigen ließ; ja ihm durchaus entsprach. Wenn es bei den Wahlen dann keinen

größeren Erfolg gehabt, als die Wahl nur eines Abgeordneten in einem ländlichen Kreis, so waren hieran zum Teil andere Umstände Schuld, die noch zu erörtern sein werden, teils war es noch nicht gelungen, dem Bauernstand dieses Programm nahe genug zu bringen, oder aber er besaß wie z. B. in Oldenburg unter freisinnigem Einfluß ein zu starkes Mißtrauen gerade gegen die Forderungen bezüglich der Hypothekenreform. Der einzig gewonnene Marburger Wahlkreis aber zeigte, daß gerade mit diesem Programm der Agitation des Bundes der Landwirte in konservativer wie in antisemitischer Form — die Wage gehalten werden konnte.

Auf einem ganz anderen Gebiete lag der Programmausbau, der auf dem Vertretertag von 1901 in Frankfurt a. Main sich vollzog. Neben der dort gewonnenen Stellungnahme zum Liberalismus, die wir schon erörtert haben, suchte man die Stellung der Nationalsozialen zur Kolonialpolitik zu klären. Wohl hatte man schon in den Grundlinien von 1896 sich als kolonialfreundlich bekannt. Es hieß dort „wir treten für Erhaltung und Ausbau unserer Kolonien ein." Aber zugleich wurde auch gesagt, „im Interesse der vaterländischen Macht und Ehre werden wir Mißstände in unseren kolonialen Einrichtungen stets offen bekämpfen." Das erforderte bei der Gründlichkeit, mit der man sich im nationalsozialen Verein über alle politischen Probleme orientieren wollte, den Entwurf eines Kolonialprogramms, zum mindesten in dem Umfang von allgemeinen Richtlinien. Und in diesem Sinne kamen auch vom nationalpolitischen, sozialen und bodenreformerischen Gesichtspunkte aus eine Reihe von Forderungen zustande, nachdem Professor Dr. Rathgen, der längere Zeit in Ostasien geweilt hat, und Adolf Damaschke eingehende Referate gehalten hatten.

Die Forderungen wurden vom Vorstand des Vereins auf Grund der Frankfurter Verhandlungen im Laufe des Jahres 1902 folgendermaßen formuliert:

1. Wir fordern für das Deutsche Reich überseeische Kolonien;
   a) als Stützpunkte überseeischer Macht;
   b) als Feld zur Betätigung für deutsche Unternehmungsluft und zur Ermöglichung von deutschen Kapitalanlagen;
   c) zur Erleichterung der Deckung des Bedarfs an tropischen Produkten und des Absatzes heimischer Fabrikate im Auslande.

2. Das Ziel der Kolonialpolitik darf nicht die Ausbeutung des Koloniallandes im einseitigen Interesse einzelner Kapitalistengruppen, sondern soll die Hebung und Erziehung der Kolonialbevölkerung und die möglichste Entwicklung der Hilfsquellen des Koniallandes sein, im Interesse der Gesamtheit der Nation.

3. Von der Kolonialverwaltung fordern wir daher:
   a) eine Behandlung des Grund und Bodens, die seine Auslieferung an kapitalistische Sonderinteressen verhindert;
   b) Entwicklung der Selbstverwaltung und finanziellen Selbständigkeit der Kolonien;
   c) Förderung und Bildung der Kultur in der Kolonialbevölkerung;
   d) fachmännische Behördenorganisation.

4. Neben der direkten Erwerbung von Kolonien halten wir die Ausdehnung des wirtschaftlichen Interessengebietes, wie sie beispielsweise im Orient betrieben wird, sowie die Unterstützung aller gesunden Bestrebungen des deutschen Unternehmertums in derartigen Gebieten für wünschenswert.

Endlich beschäftigte sich der nationalsoziale Verein noch bei seiner letzten Tagung vor den Wahlen von 1903 mit einer Erörterung des wirtschaftlichen Lebens, die bei seinem Bekenntnis zu einer industriellen Entwicklung Deutschlands und seiner Stellung zur Arbeiterbewegung für ihn von besonderer Bedeutung war. Er behandelte auf dem Vertretertag 1902 zu Hannover seine Stellung zu den wirtschaftlichen Kartellen. Gute Dienste leistete ihm dabei der Bruder Professor Max Webers Herr Dr. Alfred Weber aus Berlin. Das Resultat war die Annahme folgender Sätze, die die Stellungnahme so genau fixieren, daß es eines Eingehens auf die Verhandlungen nicht bedarf.

I. Die Kartelle sind Ausdrucksformen der Konzentrationsbewegungen des Kapitals. Eine Repressivpolitik gegen sie ist unmöglich.

II. Ihr Wesen liegt in dem Streben nach monopolistischer Beherrschung des Marktes. Alle Umstände, die eine solche Beherrschung erleichtern, begünstigen ihre Existenz und erhöhen ihre Macht.

III. Zur Verhütung einer Ausbeutung des Inlandmarkts und einer Schädigung der weiter verarbeitenden Industrie durch ihre Preispolitik ist demnach zu fordern:

1. Die Einführung einer möglichst weitgehenden Publizität der der Kartellgebahrung (Kartellregister, Publikation der Kartellbeschlüsse und der Kartellpreise u. s. w.). Es ist prinzipiell ein ebenso weitgehendes Kontroll- und Aufsichtsrecht des Staats gegenüber Kartellen wie gegenüber anderen monopolartigen Instituten (Eisenbahnen) geboten. Eine besondere Kartellbehörde ist zu diesem Zwecke einzurichten;
2. eine Zolltarifrevision mit dem Ziel der Herabsetzung und schließlichen Beseitigung der Zölle auf kartellierte Artikel. Die erzieherische Aufgabe des Schutzzolls ist dort als erledigt anzusehen, wo die entfalteten Produktivkräfte sich zu einer monopolistischen Beherrschung des Inlandsmarkts zusammenzuschließen vermögen. Dem

Bundesrat ist im Zolltarifgesetz zunächst mindestens das Recht zuzusprechen, den Zoll für Waren zu suspendieren, die vom Kartell im Inland teurer verkauft werden als im Ausland;

3. Die Durchsetzung einer Verkehrspolitik, die den Transport von Massengütern systematisch erleichtert (Kanalbau). — Die aus den hohen Transportkosten schwerer Güter hervorgehenden natürlichen Kartellmonopole bedrohen die Allgemeinheit ebenso, wie die künstlich durch die Zölle geschaffenen;
4. die Beförderung der Entstehung von Abnehmerverbänden (Konsumvereinen, Bezugsverbänden, Händlervereinen). — Es gilt, die Verschiebung der Machtlage im Preiskampf, soweit es geht, auszugleichen und die auswärtige Konkurrenz lebendig zu halten.

IV. Eine parlamentarische Enquete ist darüber zu veranstalten, ob über die unter III gestellten Forderungen hinaus die bestehenden Kartelle Anlaß zu gesetzlichem Eingreifen bieten.

V. Zur Verhütung der Niederdrückung der Arbeiterklasse durch die Kartelle ist die endliche rechtliche Anerkennung der Arbeiterorganisationen und die Beseitigung aller Schranken der Koalitionsfreiheit absolut unerläßlich. — Die Kartellierung bedeutet eine außerordentliche Verstärkung der Übermacht des Kapitals.

VI. Von der fiskalischen Politik des Staats ist zu fordern, daß sie seine Stellung sowohl als Produzent (Bergbau) wie als größter Abnehmer (Schienen, Kohlen u. s. w.) benutzt, um eine ungesunde Kartellpreispolitik zu durchbrechen. Als Voraussetzung für jede dauernde Abwehr der in der Kartellbildung liegenden Gefahren ist die Überführung der großen Verkehrsmittel und der Rohstoffe (Bergbau) in die Kontrolle bezw. das Eigentum der Gesamtheit anzusehen.

VII. Erwünscht ist die Einfügung einer Klausel in die Handelsverträge, die die Erhebung eines Zollzuschlags auf Artikel ermöglicht, welche fremde Kartelle, Trusts oder ähnliche Organisationen mit Hilfe von Exportprämien exportieren.

VIII. Aufgabe unseres Bankwesen wird es sein, unseren weiterverarbeitenden Industrien diejenigen Organisationsformen zu geben, die sie von der Preiserhöhung ihrer Materialien durch die Kartelle befreien und für den internationalen Konkurrenzkampf kräftiger machen. (Finanzierung von Kombinationsunternehmungen, die alle Produktionsstufen umfassen.)

Mit der Annahme dieser Sätze, die bei der Bedeutung des Kartellwesens für die großindustrielle Entwickelung als eine Art vom industriellem Programm angesehen werden können, schloß die nationalsoziale Programmarbeit ab. Ein Jahr darauf stand durch den ungünstigen Ausfall der Reichstagswahlen veranlaßt, nur noch die Frage nach der Auflösung der nationalsozialen Organisation auf der Tagesordnung. Ohne dieses vorzeitige Ende würde die weitere

Programmarbeit sich voraussichtlich mit dem Finanz- und Steuerfragen beschäftigt haben. Über sie besagten auch die Grundlinien nichts. Zum Gesamtbild der politischen Anschauung der Nationalsozialen gehört es aber, daß wir nicht unerwähnt lassen, wie man in der Steuerfrage im großen und ganzen dachte. Und da läßt sich nur sagen, daß man bei der Agitation stets in sehr energischer Weise für eine progressiv steigende Reichserbschaftsteuer eintrat,, die man namentlich auch zur Deckung der vermehrten Flottenausgaben empfahl, sowie, daß man die Einkommensteuern nach dem Gesichtspunkt der weit stärkeren Heranziehung der großen Einkommen, also z. B. in Preußen über 4 % hinaus, reformiert haben wollte. Der Ausbau des indirekten Steuersystems aber wurde verworfen, namentlich soweit diese Steuern Massenartikel der Volkskonsumtion betrafen. Damit ist wenigstens die Richtung angegeben, in der sich ein nationalsoziales Steuerprogramm bewegt haben würde.

Und nun zu den beiden letzten Kapiteln der Geschichte der Nationalsozialen, zu ihrem abermals vergeblichen Kampf um eine parlamentarische Vertretung im Reichstag und der Auflösung des Vereins.

8. Die Reichstagswahlen 1903.

Die Vorbereitung des Wahlkampfes 1903 ist auf nationalsozialer Seite überaus umsichtig gewesen. Man ging vor allem in der Auswahl der Wahlkreise vorsichtig zu Werke. Zunächst mußte man sich entscheiden, welche der schon 1898 berannten Wahlkreise von neuem bearbeitet werden sollten. Dabei schieden mehrere Kreise wie Friedberg-Büdingen, Göttingen, Berlin I und Leipzig-Stadt, in denen die gewonnene Stimmzahl zu gering gewesen war und jetzt auch nicht wesentlich größer zu werden versprach, von vornherein aus. Ebenso solche Kandidaturen, wie Frankfurt a. Main und Leipzig-Land, die schon 1898 nur den Charakter von Zählkandidaturen gehabt hatten. Man hätte sie ja als solche auch 1903 wieder bearbeiten und um noch eine weitere Anzahl vermehren können, wodurch sich unschwer eine größere Gesamtziffer der nationalsozialen Stimmen erreichen ließe. Der Gedanke ist auch wiederholt erwogen worden; aber ihm widersprach die Rücksicht auf die Geldverhältnisse der Organisation wie auf die beschränkte Anzahl der vorhandenen agitatorischen Kräfte. Schließlich freilich sind doch noch solche Kandidaturen zustande gekommen in Bentheim-Lingen, Dresden und in den drei Hamburger Wahlkreisen. Diese ließen sich eben ohne finanzielle Belastung der Hauptkasse und ohne auswärtige agitatorische Hilfskräfte bearbeiten.

Von älteren Wahlkreisen hielt man fest den von Anfang an durch die Existenz einer eigenen Tageszeitung aussichtsreichsten Wahlkreis Marburg mit von Gerlach's Kandidatur. Ebenso Dithmarschen, wo aber-

mals Pohlmann kandidierte und Sangerhausen, wiederum mit Kötzschke als Kandidatem. Auch Jena wurde beibehalten, aber an die Stelle Naumann's trat als Kandidat Damaschke, in dessen früherem Wahlkreis, Plön-Oldenburg, den man nur um der darauf verwandten Mühe nicht ganz fallen lassen wollte, Lehrer Pusch von der Hamburger Seemannsschule aufgestellt wurde. Für Naumann war Oldenburg I ausersehen worden, ein zwar mühsam zu bearbeitender Wahlkreis, da er aus drei Teilen besteht, der Stadt Oldenburg, dem Fürstentum Lübeck an der Ostsee und dem Fürstentum Birkenfeld im Rheinland, aber doch ein Wahlkreis, der durch seine wirtschaftliche und politische Struktur, wie man im Vorstand und bei den Gesinnungsgenossen im Wahlkreis meinte, recht aussichtsreich schien. Ferner hatten die Lübecker Nationalsozialen sich zu einer eigenen Kandidatur entschlossen und Tischendörfer als Kandidaten gewollt, und während des Wahlkampfes kam man aus taktischen Gründen dazu, noch in dem II. Oldenburger Wahlkreis eine Kandidatur aufzustellen, zu deren Annahme sich Dr. Klumker aus Frankfurt a. Main bereit erklärte. Noch mit einer größeren Anzahl von Wahlkreisen, in denen Nationalsoziale eine Kandidatur wünschten, ist verhandelt worden — aber sie verzichteten schließlich darauf, teils um die Agitation nicht zu zersplittern, teils wie es z. B. in Baden der Fall war, weil sich keine geeigneten Kandidaten fanden.

Auch für die Wahlkosten wurde in umsichtiger Weise durch lange vorbereitete Sammlungen gesorgt. Trotzdem haben sie — in einer Höhe von 50—60 000 Mark — gerade nur gelangt. Für die gegen 1898 weit umfassendere Agitation wurde durch das Engagement von mehreren teils berufsmäßigen, teils freiwilligen Hilfskräften gesorgt, die zumal in dem Oldenburger und Marburger Wahlkreis tätig gewesen sind. Schwer litten auch dieses Mal wieder besonders zwei Wahlkreise, Jena und der Birkenfelder Teil des I. Oldenburger Kreises unter dem Mangel einer eigenen Presse, die dagegen in Marburg mit bestem Erfolg zur Zurückweisung der gegnerischen Angriffe diente.

Der notwendigen Einheitlichkeit der Agitation diente eine in der Osterwoche 1903 zu Berlin abgehaltene Konferenz, an der außer den Kandidaten ihre hauptsächlichsten Hilfskräfte teilnahmen. Hier wurde in eingehender Weise das ganze Gebiet der für den Wahlkampf vor allem in Betracht kommenden politischen und wirtschaftlichen Fragen durchgesprochen und ein wichtiges Material von Zahlen und Zitaten aufgestapelt, das dann in einem als Manuskript gedruckten Wahlhandbuch von den einzelnen Hilfskräften bei der Agitation zur Verwendung kam. Es leistete namentlich in Diskussionen mit Gegnern vorzügliche Dienste.

War auch der starke Optimismus, mit dem man in den Wahlkampf von 1898 zog zu einem guten Teil geschwunden, weil man die Schwierigkeiten zu schätzen gelernt hatte, die sich einer jungen politischen Bewegung im Kampf mit den alten Parteien entgegen stellt, denen vor allem das politische Beharrungsvermögen der großen Masse auch dann noch hilft, wenn in dieser Masse schon die neuen Gedanken zu wirken anfangen, so ging man doch keineswegs mutlos in den Kampf, dessen Aussichten ständigen Schwankungen unterlagen.

So kam der 16. Juni 1903 heran und mit ihm die Entscheidung! Sie bedeutete leider für alle Wahlkreise außer einem die abermalige Erfolglosigkeit des Kampfes der Nationalsozialen um eine Vertretung ihrer Ideen im Reichstag!

Ein schwerer, ein bitter schwerer Schlag!

Nur in Marburg war es gelungen, den nationalsozialen Kandidaten mit dem Konservativen in die Stichwahl zu bringen. Er hatte 3605 Stimmen erhalten, der Konservative 4907, der Antisemit 2385, der Kandidat des Zentrums 1892, der Sozialdemokrat 1490. Damit war die Wahl von Gerlachs in der Stichwahl abhängig von dem Verhalten dreier Parteien, und ihre Haltung war zunächst so ungewiß, daß hier keine Sicherheit für nationalsozialen Sieg bestand.

Das Resultat in den anderen Wahlkreisen war Folgendes:

Jena—Neustadt, Damaschke . . .	5400	Stimmen
Oldenburg I, Naumann	4154	„
Dittmarschen, Pohlmann	3277	„
Sangerhausen, Kötzschke	2948	„
Plön—Oldenburg, Pusch	2863	„
Lübeck, Tischendörfer	2381	„
Bentheim—Lingen, von Gerlach .	1492	„
Dresden (links der Elbe), Naumann	1354	„
Oldenburg II, Klumker.	1295	„
Hamburg I/III, Naumann . . .	1111	„

Rechnet man dazu noch 2373 zersplitterte nationalsoziale Stimmen in verschiedenen Wahlkreisen, in denen man auf Namanns Name Stimmzettel abgab, so ergibt sich, daß etwa 30500 nationalsoziale Stimmen abgegeben wurden. Das waren ungefähr 3300 mehr als 1898. Allein, da man ja nicht darauf ausgegangen war eine möglichst hohe Gesamtziffer zu erzielen, so kommt das wenig in Betracht. Schwerwiegender war, daß man zwar in den beiden Wahlkreisen Marburg und Jena eine bedeutende Zunahme der Stimmen gegen die Zahl von 1898 erzielt hatte, nämlich in Marburg 1764 (beinahe Ver-

doppelung) und in Jena 1182, daß aber die Stimmen im Dittmarschen bei demselben Kandidaten um 450, in Plön um 1118, in Sangerhausen, ebenfalls bei dem gleichen Kandidaten, um 355 zurückgegangen waren!! Allein auch dies war nicht das Bedeutsame bei dem Resultat des Wahlkampfes. Es kam darauf an, wie man in nationalsozialen Kreisen selbst den Mißerfolg auffaßte, den die Wahl bis auf das Marburger Resultat gezeitigt hatte.

Geschlagen ist nur, wer sich selbst geschlagen fühlt!

Ehe wir hierauf eingehen, sei die Stellungnahme für die Stichwahlen berücksichtigt. Man mußte sich in Jena und in Sangerhausen entscheiden, ob man für einen bündlerischen Nationalliberalen bezw. Freikonservativen oder für einen Sozialdemokraten eintreten wolle. In Oldenburg handelte es sich um die Stichwahl zwischen Freisinniger Volkspartei und Sozialdemokratie, ebenso in Oldenburg II, und in Dittmarschen um die Entscheidung zwischen Freisinniger Vereinigung und Sozialdemokratie. Es kam aber zu keiner grundsätzlichen Entscheidung! Dazu trug vor allem bei, daß Naumann und mit ihm die Mehrheit der Vorstandsmitglieder unter dem Eindruck standen, die selbständige parteipolitische Tätigkeit des nationalsozialen Vereins sei durch den Ausgang der Wahl für die Zukunft so in Frage gestellt, daß es sich hier nur noch darum handeln könne, dem einzelnen Kandidaten die Freiheit der Entscheidung zu überlassen. Und das wurde angenommen. In Folge dessen entschied sich Pohlmann für das Eintreten zu Gunsten der Freisinnigen Vereinigung, die übrigen Kandidaten überließen ihren Wählern die Entscheiduug, nur Naumann gab in einem öffentlichen Brief kund, daß er für seine Person den Sozialdemokraten wählen würde, ohne hierdurch seine Wähler mitbestimmen zu wollen.

Für den Marburger Wahlkreis beschloß man, alle Kräfte einzusetzen, um den Sieg Gerlachs in der Stichwahl zu ermöglichen. Und das gelang in einem abermaligen scharfen Kampf, der am 25. Juni 1903 mit der Wahl von Gerlachs (7815 Stimmen) gegen von Pappenheim (7037 Stimmen) endete. Die Antisemiten hatten sich zwar gegen Gerlach erklärt, aber ein großer Teil ihrer Anhänger stimmte doch für ihn. Das Zentrum gab für ihn die Parole aus, weil er für die Aufhebung vom § 2 des Jesuitengesetzes eingetreten war, während sich Pappenheim hiergegen erklärte. Eine sonderbare Rolle spielte die Marburger Sozialdemokratie, die unter dem Einfluß marxistischer Heißsporne für Stimmenthaltung war. Ein Artikel des Vorwärts aber, der noch in letzter Stunde für Gerlach plaidierte, bewog einen Teil der Sozialdemokraten für den Nationalsozialen ihre Stimme abzugeben.

So war der Wahlkampf doch nicht ganz resultatlos verlaufen. Ein als nationalsozialer Kandidat aufgestellter Abgeordneter zog in den Reichstag ein,

und gemäß seinem im Wahlkampf gegebenen Versprechen, daß er, sollte er der einzige Nationalsoziale sein, nur Hospitant der Freisinnigen Vereinigung werden würde, trat er dann in dieses losere Verhältnis zu der genannten freisinnigen Fraktion.

Düster aber lastete vom Tag der Hauptwahl an über dem nationalsozialen Verein die Frage, wie seine Zukunft sein werde!

Schon oben haben wir daraufhin gedeutet, daß im Vorstand und namentlich bei Naumann der Ausgang der Wahl das Fortbestehen des nationalsozialen Vereins hatte zweifelhaft werden lassen. Und dieser Zweifel verdichtete sich immer mehr zu dem Urteil, daß eine weitere selbständige parteipolitische Tätigkeit für die Nationalsozialen ausgeschlossen sei.

Unter Zustimmung der Mehrheit des Vorstandes schrieb Naumann schon unter dem 28. Juni einen Artikel in die „Hilfe" mit der bezeichnenden Überschrift „Die Niederlage". Und dieser Artikel sprach schon das Todesurteil über den Verein aus, mochte es auch noch von den Verhandlungen der nächsten Wochen abhängen, ob und wie es vollzogen werden würde. Dieser Naumannsche Artikel bekannte offen: wir haben im Wahlkampf getan, was wir tun konnten. Haben wir trotzdem verloren, so bedeutet das: wir sind nicht imstande die neue Partei zu gründen. Den Beweis hierfür ersah er darin, daß trotz „unserer Arbeit überall, auch uns selbst gegenüber die Sozialdemokratie gewachsen ist".

> „Selbst Leute, die meine Politik für mindestens ebenso richtig hielten, wie die des Herrn Hug (Naumanns sozialdemokratischer Gegenkandidat), haben ihn und nicht mich gewählt, weil hinter ihm die große Partei steht. Die Gewalt des einmal vorhandenen großen Körpers ist ungeheuer. Die große Welle hat uns verschlungen". Jetzt kann es sich also nicht mehr handeln um den weiteren Versuch, Partei zu sein, sondern „es handelt sich nur noch um die Vertretung eines politischen Gedankengangs, der dadurch nicht stirbt, daß er heute noch keine parteibildende Kraft hat". Jetzt kommt die Herrschaft des Zentrums, dann erst die des nationalen Sozialismus. Bis dahin gilt es die Linke an Zahl und noch mehr an politischer Einsicht zu stärken. Das ist es, was wir wollen. Es ist aber wahrscheinlich, daß wir die Form unserer Arbeit ändern müssen."

Dieser Artikel Naumann's, dessen Inhalt hier angedeutet ist, rief eine gewaltige Erregung in den Reihen der Nationalsozialen wach. Man wollte nicht von der eigenen parteipolitischen Arbeit lassen. Vor allem sträubten sich hiergegen die ehemaligen jüngeren Christlichsozialen, Pfarrer Gros, Dr. Lehmann und der Verfasser dieser Arbeit. Und sie fanden Sukkurs in den Reihen

auch vieler, die später zum nationalsozialen Verein hinzugekommen waren. Was sie Naumann entgegen hielten war vor allem, daß die Zeitdauer der bisherigen Arbeit noch viel zu kurz sei, um nach ihrem Verlauf schon von einer endgiltigen Niederlage reden zu können, zumal ein kleiner Erfolg doch in der Wahl Gerlachs vorliege. Daß es lange dauern werde bis man als Partei Erfolge und Einfluß habe, dessen sei man sich stets bewußt gewesen, gerade auch Naumann. Das Wachstum der Sozialdemokratie aber sei wie eine Welle, auf die auch wieder Rückgang folgen könne, namentlich wenn andere Fragen zur Diskussion ständen als bei dieser Wahl z. B. bei einer nationalen Machtforderung. Es sei darum der gebotene Weg, ruhig und beharrlich weiter fortzuarbeiten, wenn auch nur als die kleine Parteigruppe, die die Wahrheit des nationalen Sozialismus verkündet und zu deren Mitteln dieser Verkündigung in Rede und Schrift ja nun auch wenigstens eine Stimme im Reichstag gekommen sei!

Wochen lang hat teils in diesem und ähnlichem Sinne, teils in Zustimmung zu Naumann's Gedankengang die Diskussion in der „Hilfe“ gewährt. Sie wurde dabei durch einen neuen Vorschlag des Vorstandes, der den Anschluß an den liberalen Wahlverein befürwortete, auf konkreten Boden geführt. Ehe indeß der Vorstand zu diesem Vorschlag kam, wurden in seinem Kreis auch noch andere Pläne erörtert, wie die Fortführung des Vereins in anderer Form, mehr als sozialreformerischer wie als politischer Verein oder mit einem stärker sozialwissenschaftlichen Charakter. Dazu spielte die Geldfrage eine Rolle. Es schien unmöglich, die beiden Blätter „Die Hilfe“ und „Die Zeit“ zu erhalten. Es schien auch fraglich, ob es gelingen werde, für den Verein nach der Niederlage dauernd die notwendigen Geldmittel zn beschaffen. Ein Versuch, der dahin gemacht wurde, indem man durch Rundschreiben an die Einzelvereine und die Vertrauensmänner zu Zeichnungen für die nächsten Jahre aufforderte, zeigte zwar ein nicht ungünstiges Resultat. Immerhin würde es im besten Fall möglich gewesen sein, mit der Organisation eins der beiden Blätter „Hilfe“ oder „Zeit“ zu erhalten. Welches von beiden, darüber gingen die Meinungen auseinander. All diese Erörterungen wurden indessen gegenstandslos durch den im Vorstand mit Stimmenmehrheit durchdringenden Vorschlag, eine Anfrage an den Wahlverein der Liberalen (freisinnige Vereinigung) zu richten, wie sich der Vorstand dieses Vereins und die parlamentarisch tätigen Freunde desselben zu einem etwaigen Anschluß der Nationalsozialen an den Wahlverein stellen würden. Von dieser Anfrage, die am 21. Juli abging, schlossen sich ausdrücklich die drei Vorstandsmitglieder Damaschke, Maurenbrecher und Wenck aus, während sie von den übrigen gut geheißen wurde.

Auf diese Anfrage ging dann folgende Antwort von Seiten des Reichstagsabgeordneten Eisenbahndirektor a. D. Schrader ein, gerichtet an Pfarrer Friedrich Naumann:

Berlin, den 27. Juli 1903.

Hochgeehrter Herr Pfarrer!

Am 21. Juli haben Sie, im Auftrage der Mehrzahl der Mitglieder des Vorstandes des nationalsozialen Vereins, mir als dem Vorsitzenden des Wahlvereins der Liberalen mitgeteilt:

> Daß Sie auf dem bevorstehenden Delegiertentage des nationalsozialen Vereins den Antrag stellen werden, auf eigene Parteitätigkeit zu verzichten, und bei uns anfragen, wie ich und die parlamentarisch tätigen Freunde uns zu einem etwaigen Anschluß Ihrer Mitglieder und Vereine an den Wahlverein der Liberalen stellen würden.

Darauf erwidere ich Ihnen ganz ergebenst, daß ich von meinen parlamentischen Freunden, denen ich mich anschließe, ermächtigt bin, Ihnen folgende Erklärung abzugeben:

> Wenn die Mitglieder der nationalsozialen Partei unter Aufgabe ihrer Stellung als selbständige politische Partei sich dem Wahlverein der Liberalen durch Eintritt in denselben anschließen, so sind sie uns als vollberechtigte Mitglieder willkommen.

Dieser Erklärung haben ausdrücklich zugestimmt:

1. sämtliche gegenwärtige Mitglieder des Reichstages;

2. sämtliche Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses der Freisinnigen Vereinigung mit Ausnahme der Herren Ernst und Peltasch, die bisher, weil auf Reisen, nicht zu erreichen waren: ich hoffe aber deren Zustimmung noch eher zu erhalten, als Sie von vorstehender Erklärung Gebrauch zu machen haben werden. Es steht selbstverständlich nichts entgegen, daß Sie die Namen der Zustimmenden mit der Erklärung bekannt geben.

Mit vorzüglicher Hochachtung ganz ergebenst K. Schrader.

Damit war in aller Form die Brücke für den Übergang der Nationalliberalen in den Wahlverein der Liberalen geschlagen d. h. in eine Organisation des bürgerlichen Liberalismus hinein. Und die Entscheidung lag nun bei den Mitgliedern des nationalsozialen Vereins, ob sie diesen Übergang aus ihrer bisherigen politischen Selbständigkeit, einer zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie stehenden Parteigruppe vollziehen wollten. Um diese Entscheidung herbeiführen zu können, wurde Ende Juli ein Vertretertag für den 29. und 30. August nach Göttingen einberufen.

9. Die Auflösung des nationalsozialen Vereins.

Zunächst schien wenig Aussicht dafür vorhanden zu sein, daß sich eine Mehrheit für den Anschluß an den Wahlverein der Liberalen finden werde. Es regte sich ein starker Widerspruch, vornehmlich in Hessen, Sachsen und den drei süddeutschen Staaten: Baden Bayern, Württemberg. Man wollte selbständig weiter arbeiten und die parteipolitische Selbständigkeit sich wahren. Was diesen Widerstand erschwerte, war die bündige Erklärung Naumanns wie auch anderer Vorstandsmitglieder, daß sie unter keinen Umständen den nationalsozialen Verein in der bisherigen Form weiter führen würden. Daran mußte auch der energischste Wille zur Fortführung der Arbeit scheitern! Es fand sich Niemand, der bereit gewesen wäre, als Nachfolger Naumanns an die Spitze der nationalsozialen Bewegung zu treten. Es fanden sich aber immer mehr, zu denen vor allem auch Geh. Rat Sohm in Leipzig gehörte, die erkärten, wohin Naumann geht, gehen wir mit. Es zeigte sich hier, daß — so wenig dies auch je in Naumanns Sinn gelegen hat — die nationalsoziale Bewegung doch zu einem Teil nicht über eine politische Personalgemeinde Friedrich Naumanns herausgekommen war. Dieses mehr persönliche Element gab bei Manchen den Ausschlag. Freilich nicht allein. Auch die sachlichen Gründe, die Naumann für den Anschluß an den liberalen Wahlverein ins Feld führte, übten ihre Wirkung aus. Es war der Hinweis darauf, daß die freisinnige Vereinigung in allen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen der letzten Jahre, vor allen im Kampf gegen die Zuchthausvorlage, den Zolltarif und für die Flottenvorlage die gleiche Stellung wie die Nationalsozialen eingenommen haben und daß in Männern wie Dr. Barth und Direktor Roesicke (der leider dann gerade in diesen Wochen starb) ein weitgehendes sozialpolitisches Verständnis verstanden sei. Dazu kam dann der Hinweis, daß die nationalsozialen Ortsvereine unbeschadet ihren Namen und ihre Organisation behalten könnten, daß zweifellos auch der bisherige nationalsoziale Führer alsbald in den Vorstand gewählt werden würde und daß es sich soweit im wesentlichen nur um die Aufgabe der eigenen selbständigen Gesamtorganisation handle.

Zwar wiesen demgegenüber die Gegner der Fusion darauf hin, daß es sich bei politischen Parteien doch nicht nur um gleiches Verhalten bei ein und denselben politischen Tagesfragen handle, sondern um die politischen Grundsätze. Und diese seien dort und hier ganz verschieden: dort das Bekenntnis zu einem nationalen Sozialismus, hier zum liberalen Bürgertum, und das müsse in der Konsequenz zu Differenzen führen. Ebenso sei es eine Selbsttäuschung, einen Trost in der Beibehaltung des nationalsozialen Namens für die Ortsorganisation zu sehen, denn das sei nach dem Anschluß an den

Wahlverein nur noch ein Aushängeschild, dem der Inhalt nicht entspräche. — Aber diese Gegengründe hatten nicht den Erfolg wie Naumanns Gründe für den Anschluß an den Wahlverein. Gerade Ortsvereine wie Leipzig, Dresden, dann ganze Landesvereine wie Württemberg, die zuerst in scharfem Widerspruch zu dem Fusionsgedanken gestanden hatten, änderten mehr oder weniger plötzlich ihre Anschauung. Als Gegner des Anschlusses blieben dagegen bis zuletzt die Vereine im Großherzogtum und zum Teil die in der Provinz Hessen, hier vor allem Frankfurt a. M. und Marburg, sowie die badischen Nationalsozialen. Ebenso blieb der Widerstand zunächst hartnäckig in Breslau, im Eisenacher Oberland und in Göttingen. Als der Vertretertag herannahte, war es darum noch keineswegs entschieden, welchen Ausgang er nehmen würde.

Nicht übersehen darf dabei werden, daß der Widerstand dadurch sich schroff bemerkbar machte, daß von dem nationalsozialen Hauptverein kurzer Hand die Auflösung verlangt wurde. Es fehlte von seiten des Wahlvereins bezw. der freisinnigen Vereinigung ein Entgegenkommen, welches es ermöglicht hätte, nur in ein festes Kartellverhältnis zu treten unter Aufrechterhaltung der nationalsozialen Hauptorganisation, oder welches sonst wie die Fusion den Nationalsozialen unter Wahrung größerer Selbständigkeit ermöglicht hätte. In diesem Falle würde wohl die Gesamtorganisation der Nationalsozialen zu gewinnen gewesen sein, und es wären schon in Göttingen nur ganz vereinzelte Mitglieder der Fusion fern geblieben. So aber mußte man damit rechnen, daß ein Antrag auf Anschluß an den Wahlverein eventuell mit ganz verschwindender Mehrheit oder überhaupt nicht angenommen werde, je nachdem die Wahlen der Delegierten ausfielen.



Als Referenten für das Thema: „Die Zukunft unseres Vereins" wurden bestimmt Naumann, der für die Auflösung und die Angliederung an den Wahlverein sprechen sollte und der Verfasser dieser Arbeit, der die Gegengründe vertreten wollte.

Ursprünglich ging die Absicht Naumann's und der Mehrheit des Vorstandes dahin, die Auflösung des Vereins in dem Sinne zu beantragen, daß die Nationalsozialen in ihrer Gesamtheit sich dem Wahlverein anschließen sollten. Damit wäre eine geschichtliche Kontinuität zwischen dem nationalsozialen Verein und dem Wahlverein der Liberalen hergestellt gewesen, wie es bei der Geschichte der jüngeren Christlichsozialen und dem nationalsozialen Verein ähnlich der Fall war. Den Gegnern der Fusion lag viel daran, dies zu verhindern. Sie wollten und sei es auch nur formell die

Möglichkeit wahren, daß nationalsoziale Vereine auch nach dem Göttinger Vertretertag selbständig blieben, ohne damit auf einen Widerspruch zu einem auf einen nationalsozialen Vertretertag gefaßten Beschluß zu treten! Das wurde durch Verhandlungen zwischen den beiden Referenten vor dem Vertretertag erzielt, indem sich beide auf folgenden Antrag einigten:

> Die bisherige Organisation des nationalsozialen Hauptvereins wird aufgehoben und der bisherige Vorstand beauftragt, bis zum 31. Dezember die Erledigung der vorhandenen Geschäfte zu besorgen. Die Fortdauer und der politische Anschluß unserer Orts- und Landesvereine hängt von deren eigener Entschließung ab.

Damit war für die Gegner der Fusion erreicht, daß von Seiten des Vertretertages kein Anschluß an den liberalen Wahlverein beschlossen werden sollte. Wohl aber war den Freunden der Fusion die Möglichkeit geboten, nach dem Beschluß der Auflösung sich zusammen zu tun und ihrerseits als Privatpersonen einen Anschluß an den Wahlverein zu vollziehen. Und so ist auch der Verlauf des Vertretertages gewesen.

Zunächst erfolgten die beiden Referate, die die Gründe und Gegengründe für Auflösung des Vereins erörterten und über das Verhältnis zum liberalen Wahlverein sich äußerten. Naumann's Ausführungen deckten sich im wesentlichen mit dem schon oben für das Ende der nationalsozialen Bewegung angeführten Gründen. Er betonte vor allem, daß es nach dieser Niederlage und dem Wachstum der Sozialdemokratie unmöglich sei den nationalsozialen Verein als eine „Konkurrenzpartei" der Sozialdemokraten fortzuführen.

> Die Fortführung auf weitere fünf Jahre würde eine langsame und blutarme Geschichte werden, mit kleinem Gewinn und kleiner Abbröckelung, mit Müdigkeit und Aufraffung und nach fünf Jahren würden wir wieder zusammen kommen wie heute — aber dann nicht mehr so gesund und frisch durch den Kampf. Denn heute sind wir nicht die geknickten, in ihrer Idee gebrochenen Menschen, sondern wir sind unsern Weg gegangen und sind dabei an eine Klippe gekommen, über die wir nicht herüber kommen und wir sagen nun: wir gehen einen andern Weg aber wir bleiben dieselben, die wir sind. In diesem Sinne kann man Ideen, an denen das ganze Herz hängt, am besten retten, wenn man das Gefäß zerbricht, in dem man sie getragen.

Naumann erörterte dann die Möglichkeit, einen Anschluß an die Sozialdemokratie zu suchen. Sie ist für unsere Organisation nicht vorhanden wegen der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie zum Staatsgedanken. Eben so wenig könne er selbst, Naumann, als Einzelner hinüber gehen. Dem widerspreche seine ganze persönliche Entwicklung. Die zweite Möglichkeit sei

die des Verzichts auf politische Betätigung, aber dazu sei das politische Interesse bei den Nationalsozialen schon zu mächtig geworden. Das könne man nur als wissenschaftlicher oder humaner Verein. Die dritte Möglichkeit, die der Resignation, sei ebenfalls bei dem regen politischen Interesse der Nationalsozialen ausgeschlossen. Die letzte Möglichkeit sei die des Anschlusses an den liberalen Wahlverein. Diesen empfiehlt dann Naumann wegen der oben angeführten gleichen Stellung zu den wichtigsten politischen Fragen, unter Hervorhebung der gesicherten Fortführung der „Hilfe" als eines nationalsozialen Wochenblatts innerhalb des Wahlvereins und dem Zugeständnis der Aufrechterhaltung der nationalsozialen Ortsvereine. Zum Schluß wies er darauf hin, daß es eine Härte gegen die Gegner der Fusion sein werde, wenn man darüber abstimmen wolle, ob der Eintritt in den liberalen Wahlverein der Organisation und den einzelnen Mitgliedern zu empfehlen sei. Deswegen trete er für den oben mitgeteilten Antrag ein, der das Weitere nach der Auflösung des Vereins der persönlichen Entschließung der Orts- und Landesvereine überläßt.

Wencks Korreferat vertrat genau den entgegengesetzten Standpunkt. Er betonte, daß eine Fortführung der Arbeit in der bisherigen Organisation durchaus möglich sei.

> Es handle sich nicht um eine große Partei, die man herstellen wolle, sondern um die Vortruppe für die Partei des nationalen Sozialismus. Das Wachstum der Sozialdemokratie habe auch seine Grenzen, namentlich bei einer anderen Wahlprobe als der bei dem letzten Wahlkampf. Jeder Anschluß an eine bürgerliche Parteigruppe bedeute die Aufgabe des bisherigen Standpunktes. Wir betrachten — das ist unsere Eigenart — die Arbeiterbewegung nicht vom Standpunkt einer bürgerlichen Partei aus, sondern suchen uns auf den Standpunkt des Arbeiters zu stellen und von ihm, sowie von dem Standpunkt der mit ihm in gleicher Lage befindlichen sozialen Schichten aus, die öffentlichen Verhältnisse zu beurteilen und auf ihre Besserung hinzuarbeiten. Nur so können wir nach beiden Seiten, der bürgerlichen wie der sozialdemokratischen befruchtend wirken. Nur so getreu unserer Geschichte unsere Aufgabe erfüllen! Halten wir darum an ihr fest. Aber leider können wir es nicht, weil wir den Widerstand Naumanns und anderer unserer Führer gegen die Fortführung der „kleinen Parteipruppe" nicht zu überwinden vermögen. Daran strandet unsere weitere selbständige Arbeit! Aber das kann uns wohl bewegen, heute unter dem Zwang der Umstände unsere Organisation aufzulösen, aber nicht, Anschluß bei der Freisinnigen Vereinigung zn suchen. Ihr Standpnnkt ist nach Geschichte und Grundsätzen ein anderer als der unsrige. Es ist der des bürgerlichen Liberalismus. Von ihm aus treibt sie eine andere Sozialpolitik, als wir treiben müssen, auch unser Landprogramm und uuser Gemeindeprogramm

können ihr nicht zusagen. Die unerläßliche Voraussetzung bei einer Verschmelzung zweier Parteigruppen ist eine Wesensgemeinschaft. Die Übereinstimmung in einzelnen Tagesfragen genügt nicht. Dazu kommt, daß wir bei einem Zusammenschluß mit den Freisinnigen deren ganze politische Vergangenheit, die viele soziale Sünden aufweist, mit tragen müssen, daß Männer wie Dr. Barth und Roesicke uns allerdings nahe stehen, aber in ihrer eigenen Parteigruppe isoliert sind und daß endlich das was man uns dort bietet auch an parlamentarischer Vertretung in der numerischen Stärke überaus bescheiden ist.

Wenck bedauerte dann, daß es keine Mittelwege gebe, die nur ein nahes Verhältnis zum Freisinn herbeiführen, statt einer Fusion. Über solche hätte sich reden lassen. So aber stehen wir, die Gegner der Fusion, da mit der Bitte, die Fusion nicht in einem Antrag zu empfehlen. Wir würden sie dann auf das schärfste bekämpfen müssen. Bei der Unmöglichkeit, die bisherige Arbeit weiterzuführen, sind auch wir für Auflösung des Vereins. Aber wohin dann der Einzelne gehen soll, darüber soll kein Beschluß des Vertretertages etwas sagen.

Die Diskussion, die sich an die beiden Referate anschloß, verlief im ganzen ruhig, wenn es auch nicht an einzelnen scharfen Angriffen gegen die Fusionisten fehlte. Gegen die Fusion sprachen sich vor allem aus: Pfarrer Gros, Maurenbrecher, Damaschke, Dr. Stein-Frankfurt a. M., Dr. Cahn-Frankfurt a. M., Haupt-Berlin, Haag-Frankfurt a. M., Lenz-Mannheim. Für die Fusion sprachen: Prof. Sohm, von Gerlach, Dr. Sternberg-Emden, Pohlmann, Assessor Bovensiepen, Dr. Curtius-München, Bayer-Stuttgart, Greiert-Dresden, Erdmannsdörffer-Berlin, Dr. Barge und Dr. Dinkler-Leipzig, Koch und Dr. Berg-Hamburg und Dr. Ruprecht-Göttingen.

Dr. Maurenbrecher gab längere Ausführungen, in denen er begründete, weshalb er sich entschlossen habe, sich der Sozialdemokratie anzuschließen.

Die Abstimmung über den oben abgedruckten Antrag, der die Auflösung der Hauptorganisation wollte, aber den Einzelvereinen überließ, über ihre Fortdauer und ihren politischen Anschluß selbständig zu beschließen, ergab dann einstimmige Annahme.

Es trat hierauf eine Pause in den Verhandlungen ein, die die verschiedenen Gruppen benutzten, um sich zu besprechen. Dabei fanden sich 111 Vertreter zusammen, die für sich den Anschluß an deu Wahlverein vollziehen wollten und davon dem Reichstagsabgeordeten Schrader Kenntnis gaben. Andererseits kamen 40—50 Vertreter überein, den Lokal-, Provinzial- und Landesvereinen von jenem Anschluß abzuraten, und sich eine politische

Selbständigkeit als nationalsoziale Vereine zu wahren. Und wieder andere schlossen sich Dr. Maurenbrecher an.

So war das Ende des nationalsozialen Hauptvereins auf einen einheitlichen Beschluß hin gefaßt, aber die Fortsetzung der Bewegung wurde durch diesen Beschluß des Vertretertages nach keiner bestimmten Seite hin geführt. Die Einen wurden Mitglieder des liberalen Wahlvereins, die Anderen schlossen sich der Sozialdemokratie an, wieder Andere suchten in ihren Vereinen eine gewisse nationalsoziale Selbständigkeit zu erhalten und noch Andere zogen sich von dem parteipolitischen Leben zurück, darunter Damaschke und der Verfasser dieser Arbeit.

Der eigentliche Schluß des Vertretertages war in herzlichen Abschiedsworten enthalten, die von Damaschke, Maurenbrecher und Naumann gesprochen wurden. Sie klangen aus in ein Hoch auf das Vaterland und seine Zukunft.

Die Geschichte einer selbständigen nationalsozialen Bewegung hatte am 31. August 1903 ihr Ende gefunden. Sieben Jahre hindurch hatte sie gewährt, in ehrlicher und fleißiger Arbeit, um die Gedanken des nationalen Sozialismus auszubauen und zu verkündigen und für sie in heißem Streit nach rechts und links zu kämpfen. Freilich — in der politischen Geschichte der Zeit nach nur ein kurzer Weg! Aber wie weit doch von jenen Erfurter Kämpfen zwischen dem christlichen und nationalen Sozialismus bis zu der Frage, ob der nationale Sozialismus sich einen Platz suchen solle im Rahmen des bürgerlichen Liberalismus! Wie viele Hoffnungen und Enttäuschungen, wie viele Opfer in dieser kurzen Spanne Zeit. Wer diese Jahre mit durchlebt und mit durcharbeitet hat, dem werden sie unvergessen bleiben. Mögen sie auch nicht sieggekrönt gewesen sein, sie waren nicht vergeblich. Der Gedanke des nationalen Sozialismus, von dessen Verwirklichung die Zukunft unseres Vaterlandes abhängt, weil diese Zukunft nur kraftvoll sein kann, wenn sie getragen wird von einer Volksmasse die Nationalsinn besitzt, — hat hier seine ersten Wurzeln geschlagen! Mag dann auch der Sturmwind die Samenkörner auseinander getrieben haben, hierin und dorthin in die verschiedensten politischen Lager — sie werden doch wieder aufgehen und Früchte tragen, die Früchte, die den ersten Vorkämpfern des nationalen Sozialismus noch nicht beschieden gewesen sind.

Das ist die gewisse Hoffnung, die wir von der Geschichte der Nationalsozialen mit uns nehmen.

Glücklich wer die Zeit erlebt, da diese Hoffnung in Erfüllung geht!

Religiöse Fragen aus der unteren Schicht.

Von

Prof. D. Adolf Deissmann

in Heidelberg.

Die Zettel, die ich hier veröffentliche, stammen aus dem Fragekasten eines im März und April 1900 in Mannheim von mir gehaltenen sechsstündigen Volkshochschulkursus über die Geschichte der Entstehung des Neuen Testaments.

Dieser Kursus hatte eine nicht uninteressante Vorgeschichte. Auf Anregung der Mannheimer Arbeiterschaft, speziell des Arbeitersekretärs Katzenstein, war im November 1899 von einer Dozentenversammlung in der Aula der Universität zu Heidelberg ein Universitätsausschuß für Volkshochschulkurse gewählt worden. Schon in einer der ersten in Heidelberg abgehaltenen Sitzungen dieses Ausschusses und der Mannheimer Arbeitervertreter war mein Thema einstimmig auf die Tagesordnung der ersten Mannheimer Kurse gesetzt worden, — unter ausdrücklicher Zustimmung des Vertreters des Mannheimer katholischen Arbeitervereins. Nach Mannheim zurückgekehrt, wurde dieser jedoch alsbald von seinem Verein desavouirt: die geistliche Leitung hatte außer an meinem Thema auch an einem Zyklus von Professor Dr. Klaatsch über Darwins Leben und Lehre Anstoß genommen. Es folgten lebhafte Auseinandersetzungen innerhalb der Mannheimer Arbeitervertretungen. Auch die Presse besprach den Fall von verschiedenen Gesichtspunkten aus; die Frankfurter Zeitung z. B. trat für, eine Stimme in der Täglichen Rundschau gegen die beiden Kurse ein. Das Ergebnis war, daß unsere Themata auf dem Programm blieben, der katholische Arbeiterverein aber aus dem Volkshochschulkomitee ausschied, was ich selbst sehr bedauerte. Aber es war entschieden doch das Richtige, daß wir dem Drängen auf Unterdrückung der beiden Kurse nicht nachgegeben haben. Nicht

um eine Vergewaltigung der katholischen Gewissen handelte es sich, denn es war ja kein Katholik gezwungen, die anstößigen Vorträge zu besuchen, und ich selbst hatte angeregt, daß auch ein katholischer Universitätsprofessor aus Freiburg mein Thema behandeln solle. Es handelte sich vielmehr um den Versuch, bestimmte dem Katholizismus nach Ansicht eines Arbeitervereins unbequeme Universitätsdisziplinen aus dem Volkshochschulbetrieb auszuschalten und da galt es, dem Prinzip Widerstand zu leisten.

Mit unter dem Eindruck der vorausgegangenen Fehde war die Beteiligung an den beiden Kursen, namentlich an dem zuerst gehaltenen über Darwin, eine ungewöhnlich große, von meinem Zyklus hatte ein Teil der Hörerschaft offenbar etwas besonders Radikales erwartet oder erhofft, eine Art wissenschaftlicher Hinrichtung des Neuen Testaments. In dem ersten Vortrag merkten sie dann, daß ich von diesem Buche zwar mit vollster historischer Offenheit, aber auch nicht ohne Begeisterung und pietätsvolle Liebe sprach; anders hätte kein anderer von den Fachleuten geredet. Das wirkte auf jenen Teil des Auditoriums verstimmend, denn es paßte nicht zu dem Bilde, das sich eine sensationslüsterne Phantasie nach den üppigen Andeutungen der ultramontanen und vulgärkonservativen Presse von der kritischen Bibelforschung zurecht gemacht hatte. So zog es ein Teil der Hörer vor, nicht wieder zu erscheinen: „in die Kerch gehn mir nit widder!“ äußerte ein Enttäuschter beim Verlassen des Saales. Es blieb aber ein recht ansehnlicher Stamm von Hörern, zumeist aus Arbeitern[1] bestehend; zum kleinsten Teile Kaufleute, Lehrer, Frauen; ganz wenige akademisch Gebildete. Jedenfalls eine Hörerschaft, wie ich sie mir nicht besser wünschen konnte: ihr Ernst, ihre gespannte Aufmerksamkeit und ihre Mitarbeit hätten manchen blasierten Studiosus beschämen können, hätten auch allen jenen superklugen Volksfreunden zu denken gegeben, die um Gottes Willen keine „Halbbildung“ ins Volk bringen wollen, als hätten diejenigen, die von ihnen nicht Volk, sondern Gebilde genannt werden, Vollbildung. Für mich selbst sind diese Abendstunden nicht nur lehrreich, sondern auch ein hoher persönlicher Gewinn gewesen. Was unsere landläufigen, dem Examen und der Anstellung zustrebenden Zuhörer als eine triviale Selbstverständlichkeit ansehen, für Geld käuflich und im Repetitorium versichert, das wurde hier von Männern und Frauen, die einen neun- oder zwölfstündigen Arbeitstag hinter sich hatten, als eine köstliche Gabe geschätzt.

[1] Über einen Teil der Mannheimer Arbeiterverhältnisse orientiert u. a. die Dissertation von Albert Baer: Über die Entwickelung der Mannheimer Eisen- und Maschinenindustrie mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiterverhältnisse, Heidelberg 1901.

Während der Vorträge zirkulierte der Fragekasten, der mir am Schlusse überreicht wurde und dessen Zettel ich jeweils sofort beantwortete, falls sich ihr Inhalt nicht allzusehr von dem Gegenstand des Kursus entfernte.

Daß ich ein Recht habe, diese selbstverständlich anonym eingereichten Zettel im großen und ganzen als Fragen aus der unteren Schicht zu bezeichnen, ergibt ein Blick auf die Originale mit ihrer in mannigfacher Variation wiederkehrenden Handarbeiterschrift. Die überwiegende Zahl jedenfalls stammt, wie auch die Form der gedruckten Fragen (deren graphische Eigenheiten natürlich unverändert wiedergegeben sind) erkennen läßt, von Arbeitern her. Wo ich den Schreiber erkannte oder wo ich wenigstens zu erkennen glaubte, daß es sich nicht um Arbeiterzettel handelte, habe ich eine entsprechende Notiz beigefügt, ohne mich der Illusion hinzugeben, daß die Handschrift ein sicheres Merkmal sei. Aber auf ein paar Fragen mehr oder weniger kommt es hier nicht an.

Mit einer einzigen Ausnahme bringe ich hier die sämtlichen mir vorgelegten Fragen zum Abdruck. Standen auf einem Zettel mehrere Fragen, so sind sie nicht getrennt worden, da ihr Nebeneinander ja charakteristisch für den Fragesteller ist. Die einzige von mir in Mannheim nicht verlesene und hier fortgelassene Frage stand auf demselben Zettel wie Frage 70. Der Grund, weshalb ich sie nicht publiziere, ist die Möglichkeit, daß sie frivol gemeint war. Die Möglichkeit! Die Zusammenstellung mit Frage 70 spricht nicht für diese Vermutung. Im übrigen hatte ich bei keinem einzigen Zettel den Eindruck, daß er von einer ordinären Gesinnung diktiert wäre, auch bei denen nicht, die den an die Derbheit des Volksversammlungsjargons nicht Gewöhnten roh anmuten.

Der Zweck der Veröffentlichung, mit der ich eine Indiskretion nicht begehe, ist der, einen kleinen Beitrag zu der besonders von Martin Rade[1] erfolgreich begonnenen Erforschung der religiös-ethischen Welt unserer handarbeitenden Volksgenossen zu geben. Ich möchte dabei nicht unterlassen, kurz wiederzugeben, was ich auf Grund des Gesamteindrucks von meiner Zuhörerschaft, aber auch infolge anderer Beobachtungen glaube vertreten zu sollen:

1. In der unteren Schicht ist zur Zeit ein ungewöhnlich lebhaftes Interesse für religiöse Fragen vorhanden.

2. Einer christlichen Propaganda in dieser den Kirchen mehr und mehr verloren gehenden Schicht steht entgegen (abgesehen von den rohen Instinkten der Genußsucht, die diese Klasse mit den anderen teilt) ein starkes

[1] Die religiös-sittliche Gedankenwelt unserer Industriearbeiter, Verhandlungen des neunten evang.-sozialen Kongresses in Berlin, Göttingen 1898, S. 66—130.

Mißtrauen gegen die offizielle Kirche und eine scharfe Ablehnung dogmatischer Lehrsätze.

3. Entgegen kommt jedoch einer christlichen Propaganda in dieser Schicht ein Vierfaches: ein tapferer Sinn für das Wirkliche, ein rührendes Vertrauen zur „Wissenschaft", eine mehr als oberflächliche, weil opferbereite Begeisterung für das Gute, besonders für die Humanität, und eine starke Sympathie für die Person Jesu.

4. Die christliche Propaganda in dieser Schicht hat auszugehen von unabhängigen Männern, die das volle persönliche Vertrauen dieser Schicht besitzen und wird dann den meisten Erfolg haben, wenn sie Gelegenheit zu möglichst freimütiger Aussprache gibt.

Und nun gebe ich den Unbekannten selbst das Wort:

1. (Von dem Schreiber der Fragen 58, 61, 75, 80.) Befand sich das griechisch-römische Reich z. Z. Christi nicht im sittlichen Niedergang?

2. Warum oder wieso erhielt, das Christentum seinen Namen, da es doch nichts anderes ist, als ein reformirtes Judentum u. doch auch Jesus selbst sagte: „Ich bin nicht gekommen, um etwas von dem „Gesetz" zu nehmen, sondern um dasselbe zu erfüllen. Woher der „Haß" gegen die jüdische Religion u. die jüdischen Stämme, da doch der als Gott angebetete Jesus, selbst Jude war u. nichts anderes als seine ureigene angeborene Religion unter den Völkern verbreiten wollte. Woher der immer zu hörende Ausdruck christliche Liebe, da es doch 3 Buch Moses 19. 18 heißt liebe deinen Nächsten wie dich selbst u. 3 B. M. 19. 23.[1] heißt es, du sollst den „Fremden" lieben wie dich selbst.

3. (Zweifellos von dem Verfasser der Frage 40.) Nachdem der Herr Professor in seinem vorigen Vortrag selbst darauf hinwieß, daß die jüdische Zeitgenossen von Jesus, unter römischer Herrschaft stunden, also die Juden gar nicht in die Lage kommen konnten Jesus zu richten und zu verurtheilen, wie ja auch das „Kreuzigen" Niemals jüdische Todes-Art war, sondern immer, wenn Jemand zum Tode verurtheilt wurde, so wurde die Strafe durch „Steinigen" vollzogen, gestatte ich mir anzufragen, mit welchem Rechte man die damaligen Juden für den Tod Christis, verantwortlich machen kann?

4. (Zweifellos von dem Schreiber der Epistel 78.) Weichen die im alten Testament (Bibel) stehenden Schriften von den gleichen des Talmud ab?

II. Welcher Art sind die uns nicht bekannten Schriften des Talmud u warum stehen sie nicht in unserer Bibel?

[1] Der Fragesteller meint 3. Mose 19, 33 und 34.

5. Die 7 Bücher Moses gehören doch auch zu der Biebel resp. zum Testament warum sind dieselben bis zum 18 Jahrhundert geglaubt u. gelehrt worden u. dann verboten worden.

Das heist das 6 u. 7 Buch Moses,[1] Wie stellt sich der Herr Vortragende zu dieser Frage.

6. Geehrter Herr Professor! Angeregt durch eine nach Ihrer letzten Vorlesung erörterte Frage über die Schöpfungsgeschichte, möchte ich Sie um eine Erklärung des 1. Bibelverses bitten. Bisher habe ich diesen Vers so verstanden, daß am Anfang, nicht vor 6000 Jahren die Erschaffung der Himmelskörper stattgefunden hätte, und daß in der dann folgenden Erzählung nur die Wohnbarmachung der Erde als Schöpfungsakt behandelt würde.

7. Ist der gekennzeichnete Rabbinismus nicht auch ein Merkmal des späteren Christentums bis zur Reformation gewesen?

8. „Warum nennt der Herr Professor das Neue Testament das heilige Buch?" „Was verstehen Sie unter heilig?"

9. Der Grund, daß das neue Testament ein so viel gelesenes Buch ist, ist wohl nur derjenige, weil, wenn es ein Christ verachtete, oder gar wiederlegte, es ihm ähnlich wie einen Giordano Bruno ergehen konnte, der seinerzeit zu Ehren eines Festes von der Religion der Nächstenliebe verbrannt wurde. Aus Interesse wird und wurde es wohl weniger gelesen.

10. Wie können denn Evangelien Briefe u. s. w. verloren gehen, wenn es Gottes Wort ist, das er seinen Aposteln durch den heiligen Geist dicktiren ließ, Jehovah hätte doch sicher die Pflicht gehabt das verhindern zu müssen denn wir müssen doch in der Schrift forschen um das ewige Leben zu erlangen.

Die Theologen streiten nun auch darüber was in der Bibel eigentlich Gottes Wort wäre, denn sicher steht vieles darin das kein Gott verbrochen haben kann. Könnte nun nicht das richtige Ewigelebenswort verlorengegangen sein u. wir kämen trotz allem Bibel lesen in die Hölle?

11. Giebt es über die Geburt, u das Leben u Wirken Jesus, auser der Bibel auch in der Geschichte, Mitteilung.

Da das 1 Evangelium Matthäus) wiederholt sagt dieses oder jenes ist geschehen, auf das erfüllet werde, was dieser oder jener Prophet gesagt hat.

So mit steht die Sache auf waklichen Boden.

---

[1] Der Fragesteller meint offenbar das als „Sechstes und Siebentes Buch Mosis" in den Zeitungen oft ausgebotene Zauberbuch; ich besitze eine bei Max Fischer in Dresden erschienene Ausgabe dieses für den Folkloristen interessanten, für das Volk verderblichen Buches.

12. (Kaufmännische Handschrift.) Wie verschieden treten uns doch die Dinge auch im Neuen Testament entgegen! Berichten Matthäus (27, 54) und Marcus (15, 39), der Hauptmann, der den Heiland sterben sah, habe ausgerufen:

„Wahrlich, dieser Mensch ist Gottes Sohn gewesen, so lesen wir im Lucas (23, 47), er habe Gott gepriesen u. gesagt:

„Fürwahr, dieser ist ein frommer Mensch gewesen“. —

Der Unterschied in der Berichterstattung springt in die Augen; welche Lesart ist denn nun, wenn anders auf den Ausruf des Hauptmanns überhaupt etwas ankäme, die richtige?

Einer, der gern zur Wahrheit durchdringen möchte. —

13. Ist der Verfasser des Evangelium Johannes nicht, wie seine alexandrinische Logosauffassung vermuten läßt, alexandrinischer Grieche?

14. Giebt es noch andere, geschichtliche, Nachweise von der Existenz Jesu, als die 4 Evangelien?

15. (Von einem Theologen gestellt; vergl. die Fragen 16, 26, 27.) Der Vortragende überging ganz die Frage, ob denn Jesus überhaupt gelebt habe? u. ob nicht alles Phantasie u. Märchen ist? Es gab ja doch Gelehrte, die diese Behauptungen aufstellten, u. noch heute hört man da u. dort ähnliches, auch von einfachen Leuten, die davon haben läuten hören. Wie steht es mit dieser Frage?

16. (Von dem Schreiber der Frage 15.) 1) Welches Buch könnte empfohlen werden, um den histor. Verlauf des Lebens Jesu nach den neuesten Forschungen kennen zu lernen?

2) Wenn Jesus „der Prophet“ ist, so entsteht die Frage: Was ist ein Prophet? Welches Buch gäbe am besten darüber Auskunft über die geschichtliche Bedeutung der Propheten des alt. Testaments.

17. (Wohl von dem Schreiber der Frage 18; kaufmännische Handschrift, Vergl. auch 37.) Ist dem Herrn Professor das Buch von Sack „Die Ethik Jesu“ inhaltlich bekannt u. wie beurtheilt er es?

Was hält der Herr Professor von den Schriften Renan's und Strauß' über Jesus, und ihren Werth mit Bezug auf die Geschichtliche Persönlichkeit Christi?

18. (Vergl. 17 und ev. 37.) Ist das Buch von Mathes „Das Urbild Christi“ empfehlenswerth um ein gutes Bild von Christi Persönlichkeit zu gewinnen?

19. Im Interesse der meisten Zuhörer bitte ich um Erläuterung der Frage: „Wer war Jesus von Nazareth“.

20. Herr Provessor Hat Jesus nicht die siru-kaldäische Sprache gesprochen?

21. Mit welcher Sprache ist die aramäische verwandt?
Wird sie noch gesprochen und wo?

22. Redner sagte vorige Stund Jesus sei kein weissagender Prophet, er weinte aber über Jerusalem und sagte, sie werden deine Mauern schleifen u. s. w. also hat er geweissagt.

Wenn Jesus Gott war also allwißend so hätte er doch auch wißen sollen was für blutige Kriege um seinen Namen endstehen mußten warum hinterließ er keine Schrift?

Z. B. der Hußitenkrieg wäre den Menschen dadurch das man genau gewußt was der richtige Glauben ist, vorendhalten geblieben.

Wann ist Jesus geboren?

23. (Sorgfältige Frauen(?)hand.) Kann der Grund, warum Jesus nichts Schriftliches hinterließ, nicht in folgendem zu suchen sein?

Er wußte, daß Kritiker alles angreifen, deshalb in seiner Wirkung schwächen, daß in jener schreibfrohen Zeit auch ein bedeutendes Buch bald untergeht, daß seine Lehre, die den Gebildeten jener Zeit doch absurd vorkommen mußte, nur dann für die Menschheit ein Halt wird fürs Leben, wenn sie durch gemütreiche Menschen aus dem Volke aufgenommen u. also recht volkstümlich verarbeitet wird.

Findet sich dafür ein Beweis oder das Gegenteil?

24. Ist es nicht für die Entwicklung des Christentums von Vorteil, daß Christus Nichts schriftliches hinterlassen hat. Wäre das Christenthum nicht auch in den starren Buchstabendienst verfallen, wie das Judenthum, im Fall Jesus seine Lehren in ein System gebracht hätte.

25. Das Jesus nichts geschriebenes hinterließ, liegt doch wohl darin, daß er überhaupt nicht schreiben konnte. Das Gegenteil wäre wohl schwer zu beweisen.

26. (Vom Verfasser der Fragen 15 und 16.) Daß Jesus schreiben konnte, scheint mir doch auch daraus hervorzugehen, daß er lesen konnte (Luc. c. 4). Denn im allgemeinen wird jeder der lesen lernt, auch schreiben lernen, wie heute in unsren Schulen, so auch in alter Zeit.

27. (Vom Verfasser der Fragen 15, 16 und 26.) Man darf sich die geistige Bildung Jesu doch nicht gar zu minderwertig vorstellen. Denn es scheint, er habe auch griechisch verstanden, sonst hätte er doch schwerlich mit Pilatus reden können, der sich schwerlich die Mühe gegeben hat, die Landessprache Palästinas zu lernen.

28. Hat Christus[1] wirklich einmal gesagt: „Heiraten ist gut, nicht heiraten besser“. Wenn ja: Wie ist dies gemeint?

29. Die Vögel sehen nicht und ernten nicht ja weil die Menschen für sie säen und die Natur. in einem großen Winter hilft Gott nicht für sie denn da verhunger sie Tausend weis.

30. Sind die Worte Jesu: „Es ist eher möglich daß ein Kamel durch ein Nadelöhr geht als ein Reicher ins Himmelreich kommt.“ anders zu deuten als der Wortlaut derselben sagt?

31. Warum hat sich Jesus wohl zwölf solche schlichte unwissende Jünger gewählt?

32. Ist heutige Wissenschaft sicher daß Jesus Gottes Sohn war, u. vom heiligen Geist.

Warum hatt Christus seine Anhänger aus den Armen gesammelt, u. war gegen die Reichen Ausbeuter?

33. (Vergl. 46.) Bitte geehrten Herrn Professor um gefällige Beantwortung folgender Fragen

1. War die Lehre Jesus eine religiöse, oder war sie nicht eine wirthschaftliche und politische, dazu angethan dem geknechteten jüdischen Volke den Weg zur Befreiung zu zeigen?

2. War diese Lehre nicht eine komunistische? jedenfalls wurden die ersten christlichen Gemeinden komunistisch geleitet und erfreuten sich, ihrer Moralität wegen, der Sympathie breiter Volkmassen.

34. Wie ist ein sozial-zionistischer Zukunftsstaat beschaffen?

(NB. Obige Frage bezieht sich auf den Vortrag vom 5. März.)

35. Wie denkt Herr Profesor mit der Geburt Jesu auf 25 Dezember nach der Wissenschaft fällt doch Jesus Geburt mitten Sommer

36. Ist es richtig, daß Christus Geschwister hatte?

Wie denkt der Herr Professor über Egidy?

37. (Ausgeschriebene Hand; vielleicht identisch mit 17 und 18.) Wie stellt sich der Herr Vortragende zu der Lehre von der göttlichen Dreieinigkeit; insbesondere glaubt er an eine Existenz Christi vor dessen Erscheinen auf der Erde? (Vielleicht hat der Herr Professor die Güte, auch diese Frage zu beantworten, obgleich sie nicht zum Thema gehört.)

Ein Kirchenlaie.

---

[1] Der Fragesteller hat das Pauluswort 1 Kor. 7, 38 im Auge. Dort handelt es sich aber nicht um „das Heiraten“ überhaupt, sondern um die Verheiratung gottgeweihter Jungfrauen. Luther übersetzt richtig „verheiratet“. Woher die Fassung des Fragestellers, die mir auch sonst oft begegnet ist, stammt, weiß ich nicht.

38. Der Redner sprach vorige Stunde von den Menschgeworden Jesus, meinte er damit den Menschgewordenen Gott? War dies der dreieinige Gott oder war es der alte Gott der Juden die nur einen einzigen Gott hatten? War es der Dreieinige Gott wie verhält es sich damit dann haben wir also 3 Götter und nicht einen denn 3 ist 3 und nicht eins

39. Glaube der Herr Redner an eine göttliche Abstammung Christi? L. M.

40. (Der Fragesteller ist, vergl. seinen Brief, Jude und Inhaber eines kleinen Geschäfts; von ihm stammt jedenfalls auch Frage 3.)

Mit mir sind ein großer Theil der Hörer der Ansicht, daß die Seele des neuen Testaments und dessen ganzen Inhalt auf das engste mit der Person Christus verknüpft ist und eine wissenschaftliche Behandlung unseres Themas, ohne hinreichende Erklärung der Person Jesus, absolut jeglichen Interesses entbehrt; denn entweder die übernatürliche Geburt, Tod und Wieder-Auferstehung Jesus sind Wahrheiten, oder für die Wissenschaft ist das neue Testament und mithin auch die hierauf fußende christliche Kirchenlehre nur eine schön erfundene Fabel, entweder Jesus ist thatsächlich der von dem heiligen Geist gezeugte Sohn Gottes und der von Gott-Vater ausgesandte Verkünder u. Begründer einer neuen allein-seeligmachenden Lehre, oder die Anbetung des Heilands unterscheidet sich durch keinen Jota von ganz gewöhnlichem Götzendienst und das Christentum ist nichts als ein an das Heidenthum sich anlehnendes, reformirtes Judenthum und Jesus ist sein Profet!

Wie stellt sich der Herr Professor zu diesen Anregungen vom streng wissenschaftlichen nicht theologischen kirchlichen Standpunkte?

Dieser Fragesteller bat mich um eine Unterredung über die von ihm berührten Probleme. Ehe die Unterredung in Heidelberg stattfand, schrieb der Fragesteller folgenden Brief:

Mannheim, 20. April 1900.

Hochgeehrter Herr Professor, Heidelberg.

Im Besitze Ihrer geehrten Karte v. 16. c. werde ich mir das Vergnügen machen und Sie nächsten Sonntag zu gedachter Zeit besuchen; bemerken möchte ich aber, daß ich Jude bin und die Qualifikation Christis nur aus wissenschaftlichen Gründen angezweifelt habe, um bei Ihnen Herr Professor nicht in Verdacht der Intoleranz zu kommen, hielt es für nothwendig dies vorauszuschicken.

Hochachtungsvollst ergebenst

41. Wie stellt sich die Wissenschaft zu der von der Religion angegebenen Geburt des Jesus von Nazareth?

Zur Unsterblichkeit der Seele, zum angeblichen Gottes- resp. Himmelreich sowie zum Gegenstük, der Hölle?

Zudem durch das neue Testament bekant gewordene Mittelstük, das Fegfeuer?

42. Kann die heutige Wissenschaft auf Grund ihrer Forschungen das Uebernatürliche bei Geburt und Tod Jesu Christi unbedenklich in das Reich der Mythenbildung verweisen?

43. Gab es außer den Pharisäern u. Saduzäern noch mehr Sekten im Volke Israel z. B. die Esäer. u. ist es nicht möglich, daß Jesus bei denselben seine Ausbildung erhielt?

Wie kommt es, daß es im christlichen Glaubensbekenntniß heist: „geboren aus Maria der Jungfrau, während Maria doch schon bei der Geburt Jesu das angetraute Weib Josephs war.

44. (Der Fragesteller ist höchstwahrscheinlich Katholik oder doch katholisch erzogen. Die Handschrift ist flüssig, vielleicht die eines Kaufmanns.)

Sehr Geehrter Herr Professor!

Welche Antwort gibt die Wissenschaft auf folgende Fragen:

1) Wer war der leibliche Vater des Jesus von Nazareth, welcher als Mensch geboren und als solcher unter den Menschen gelebt hat, wenn Josef nur dessen Nährvater gewesen sein soll, wie es die Kirche lehrt.

2) Hatte Jesus Geschwister und was weiß die Wissenschaft darüber zu sagen?

3) Wie verhält sie sich zu den Wunderwirkungen des Jesus von Nazareth wie Erweckung von Toten zum Leben und Heilung von Kranken durch Auflegung seiner Hände etc.

Z. B. der Jüngling zu Naim, die Tochter des Jairus, der Gichtbrüchige zu Kapharnaum, der Kranke Knecht des römischen Hauptmanns u. s. w.

45. Glaubt der Herr Vortragende daß Jesus in der in der Bibel beschriebenen Weise auf die Welt kam und wirkte so wies die Biebel beschreibt und läßt sich diese Beschreibung genau beweisen und ist es wohl nicht eine Vermutung der ersten Schreiber der Religionsgeschichte?! K. Sch.

46. (Zweifellos von dem Verfasser der Fragen 33.) Bitte den geehrten Herrn Professor um Beantwortung folgender Fragen.

1. War Jesus ein Mensch, geboren wie andere Menschen, oder ist seine Geburt thatsächlich auf die im neuen Testamente geschilderte Art vor sich gegangen (das heißt durch die Empfängniß durch den hl. Geist?

2. Wo hat Jesus von seinem 12. bis zum 30. Jahre gelebt?

3. Sind die von Jesus verrichteten Wunder (wunderbare Handlungen) auf natürliche Weise geschehen, oder besaß Jesus durch seine Ihm zugeschriebene Göttlichkeit hierzu die Macht?

47. Wo war Jesus v. Nazareth von seinem 12—30 Lebensjahr? Hat er in dießer Zwischenzeit nichts niedergeschrieben vom neuen Testament?

Hat Jesus von Nazareth zwischen seinem 12 und 30 Jahre etwaige Schulen besucht oder hat er Magie studiert da er vor seinem 12 Jahr keine Wunder gewirkt hatt, sondern erst nach seinem 30 sten Jahre.

48. Da Jesus der Gründer des neuen Testament war, so wäre es wünschenswerth, etwas über dessen Geburt, sowie wo er seine Jünglingsjahre (vom 12—29 Lebensjahre) zugebracht hat, zu erfahren? Wäre Jesus als Religionsstifter mit der heutigen christlichen Religion einverstanden?

49. Wie kommt es daß die Apostel über daß Leben Jesus Christus vom 12 bis 30 Lebensjahre nichts geschrieben haben.

50. Möchte fragen, ob es glaubhaft ist, daß Jesus Wunder that, z. B. Wasser zu Wein, Kranke gesund und Todte auferwecken konnte, ob er ein Therapeut war?

51. (Ausgeschriebene Hand.) Wie lassen sich die Wunder von Jesu von Nazareth vom heutigen wissenschaftlichen Standpunkt aus erklären? z. B. die Auferweckung des Lazarus ꝛc.

52. Was hält der Herr Vortragende von den Wundern Jesus? Ist derselbe wirklich am Kreuze gestorben. Es ist doch nicht gut möglich daß ein Mensch in 6 Stunden am Kreuze stirbt? Es ist doch geschichtlich bekannt daß Gekreuztigte bis zu 2 Tage noch lebten.

53. Kann die Auferstehung und Himmelfahrt Christi nach dem heutigen Stand der Wissenschaft für möglich gehalten werden, oder ist Beides ausgeschlossen?

Im voraus verbindlichen Dank für gütige Beantwortung.

54. Der Vortragende wird um folgende Auskunft gebeten:

1. Wird Christus von den Theologen wirklich als ein Sohn Gottes (Prophet) betrachtet oder als Mensch, welcher nur reformatorisch gewirkt hat, wie z. B. „Luther".

2. Welchen Beweis haben die Herren Theologen für die Auferstehung Jesus Christus und die Himmelfahrt. (Ist die Himmelfahrt so zu verstehen, wie nur sein Geist gen Himmel gefahren ist oder so wie er auf Erden gewandelt ist.)

55. (Der Verfasser ist sozialdemokratischer Akademiker.) Das Charakterbild des Paulus erinnert merkwürdig an den Charakter August Bebels.

56. In der Frankfurter Zeitung Nr. 75 vom 17. März[1] ist in einer Besprechung des Werkes „Helmolts Weltgeschichte, Abschnitt: die Rand-

[1] 1900, Erstes Morgenblatt. Der Aufsatz ist von Mathieu Schwann, der wohl auf die (ganz unhistorisch konzipierten) Urteile von Lagarde, A. F. Graf von Schack und anderen anspielt.

länder des Mittelmeeres zu lesen: „Es gibt z. B. Heute eine nicht unbegründete Meinung daß Paulus der größte Verfälcher der christlichen Lehre gewesen sei. Ist es Ihnen vielleicht möglich im Rahmen der Diskussion etwas näheres darüber zu sagen.

57. Sind noch Paulusbriefe im Original vorhanden, und wo befinden sich dieselben?

Zu Gottes Vorsehung. Wenn Gott alles vorgesehen hat, so braucht sich die Christliche Kirche, doch nicht von Selbstmördern zurückzuziehen, bezw. Begräbniß verweigern; denn in Gottes Vorsehung ist es ja beschlossen. Folglich kann der Mensch nichts an seinem Schiksal ändern, und kann Ihm kein Vorwurf aus seinen Handlungen gemacht werden.

58. (Von dem Schreiber der Fragen 1, 61, 75, 80.) Welche Schriftstelle[1] wird als der dritte Korintherbrief betrachtet? Welche Gründe sprechen dafür?

Dachte Jesus nicht daran, daß seine Worte blieben bis in Ewigkeit?

59. Bitte um Beantwortung folgender Frage.

Hat Paulus in seinen Originalbriefen von Jesus als von einem Gott oder Gottessohn gesprochen?

60. Wodurch hat Paulus von der Existenz und Bedeutung von Jesus Christus Kenntniß gehabt?

War der plötzliche Umschwung in seiner Gesinnung nicht eher ein Zeichen eines nicht in sich geklärten Schwärmers wie eines ernsten, klaren Denkers?

61. (Von dem Schreiber der Fragen 1, 58, 75 80.) Wo hat Paulus den menschlichen Leib als Zelt dargestellt?

Schriftstelle bitte.

62. Was heißt die Jünger Jesu wurden mit hl. Geist übergossen?

Wie ist die Geschichte zu verstehen?

63. (Der Fragesteller ist offenbar Ausländer.) Vann die Aposteln erst so schpät nach Jesu gelebt hatten vie kann man von seine jüngern sagen das sie aposteln varen.

64. War Apostel Petrus tatsächlich in Rom? Verschiedene nichtkatholische Schriftsteller behaupten doch das Gegenteil.

65. Der Einsender dieses giebt zu, daß Anonymität und Pseudonymität nicht immer Fälschung bedeutet, möchte aber doch fragen, ob nicht hier, wo es um Sachen des **Glaubens** handelt, es nicht ein **Unrecht** ist, wenn

[1] Der Fragesteller meinte wohl den 1 Kor. 5, 9 erwähnten (verlorenen) Brief.

die Petrus-Episteln als wirklich von Petrus herrührend erklärt werden, obwohl man des Gegenteiles überzeugt ist? „Der Zweck heiligt die Mittel“, darf nicht ausschlaggebend sein, wenn man Wahrheit lehren soll oder will.

66. Wenn die Grübler u. Zweifler nach den Zitaten der Bibel und dem Ausspruch hervorragender Theologen u. gläubiger Christen Sünder sind, warum gab dann Gott dem Menschen die Vernunft, welch' letztere die Wissenschaft gebar, die mit der Religion so oft in Widerspruch gerät.

67. Was heist Glauben

68. Eine Geschichte ist noch nicht bewiesen daß sie wahr ist. Wissenschaft kennt keine Gottheit

69. (Ausgeschriebene Hand.) Von einem der Fragesteller wurde gelegentlich der Satz ausgesprochen „Wissenschaft kennt keine Gottheit“ Ich glaube nicht, daß sich jeder der Hörer damit einverstanden erklären kann, denn gerade diejenigen, die sich in die Geheimnisse der Wissenschaften vertiefen, müssen zur Erkenntnis einer höheren Macht und als Christen also zur Erkenntnis Gottes gelangen. — Beschäftigt man sich mit Astronomie und erblickt alle jene unermeßlichen Himmelskörper, wie sie immer in gleicher harmonischer Weise Ihre Bahnen ziehen, studiert man Chemie oder Physik, untersucht man Electricität oder Magnetismus und andere mehr, Kräfte deren Wirkungen der Mensch nur wahrnehmen kann, die er selbst noch nicht gesehen hat und die in wunderbarer Weise angeordnet, auf bestimmten Gesetzen beruhen, so muß der denkende Mensch seine Ohnmacht diesen Dingen gegenüber erkennen und sich sagen daß hier eine Kraft vorhanden sein muß, die diese Dinge leitet und bewegt. Als Freidenker wird er diese Kraft zwar anerkennen, als Christ jedoch wird er sie als Gott verehren und anbeten. Durch das Studium der Wissenschaft wird denn wohl auch der denkende Mensch, seine Religionsanschauung mag dahin gestellt bleiben, viel eher zu einer Gotteserkennung kommen als wenn er von Wundern liest die schon vor 5000 Jahre geschehen sind.

Also kennt die Wissenschaft sehr wohl eine Gottheit und man gelangt durch erstere zur Erkenntnis der letzteren.

70. Was bedeutet Gott?

71. (Wohl von einem höher Gebildeten.) Da das neue Testament nicht durch mechanische Inspiration, sondern auf natürlichem Wege zu erklären ist, so kann eine unanfechtbare Treue des darin Überlieferten nicht anerkannt werden. Erlebnisse sind nicht blos Thatsachen, sondern auch Träume und Suggestionen, Dinge die weder Anspruch auf Wahrheit noch selbst auf Glauben erheben dürfen. Die mündliche Über-

lieferung ist und bleibt immer und ewig Stückwerk, weil sie subjektivem Ermessen — Ausschmücken etc. — unterworfen ist.

Im Augenblicke wo wir von dem Boden einer Religionswissenschaft ausgehen, müssen wir wissenschaftlich denken und sichten und dürfen nicht den Glauben — Gemüt etc. — dort einspringen lassen, wo der wissenschaftlichen Kritik gegenüber die überlieferten Zusammenstellungen nicht stand halten.

Das „Heilige" kann heilig sein, es braucht aber nicht „wahr" zu sein.

72. Wie erklären Sie die Unsterblichkeit der Selle, die nach den Todte Rechenschaft ablegen soll über das Leben. Wan der Mensch bei einer Verletzung seines Körper das Bewustsein ferlierd, so weis er Trotz seiner Sele nichts mer. Wo bleibt da der Unsterbliche Geist?

73. (Ausgeschriebene Hand.) Welches ist Ihre Meinung über die Freimaurerei; ist dieselbe als eine Förderin des Thatchristenthums anzusehen?

74. (Flüssige lateinische Schrift.) Einer Ihrer Zuhörer, der Ihren Vorträgen mit innerem Anteil und Nutzen gefolgt ist, gestattet Sie auf ein höchst bemerkenswertes Buch eines Mannes aus dem Volke aufmerksam zu machen.

„Das Leid als die Wurzel des Glückes"

ist sein Titel, und es hat den Bäckermeister G. Müller Halensee bei Berlin Friedrichsruher Straße 13 II zum Verfasser. Derselbe sendet es an Interessenten auf Verlangen leihweise auf 4—6 Wochen vollständig kostenfrei und beweist damit, daß es ihm nicht darum zu thun ist, einen Gelderfolg zu erzielen, sondern daß er lediglich das Bekanntwerden seiner tiefgründigen Ideen bewirken will.

75. (Von dem Schreiber der Fragen 1, 58, 61, 80.) Was ist der Unterschied zwischen einem Namenchristen und einem wahren Christen?

76. Wem sind die Verbrennungen der Hexen zuzuschreiben?

Wie verhält es sich mit der Inquisition?

Entwicklung des Verhältnisses der katholischen zur evangelischen Kirche bis zum Judentum.

Wie verhält sich die Schöpfungsgeschichte der Bibel zur modernen naturwissenschaftlichen Anschauung.

(Darwinismus und geologische Erkenntnis.)

77. Geehrter Herr Professor!

Da wir nun am Ende unserer Vorträge angelangt sind, erlaube ich mir auch einige Fragen zu stellen. In erster Linie möchte ich fragen: „Hat das neue Testament seinen Zweck erfüllt zu dem es uns gegeben ist.

Seit nunmehr 1800 Jahren werden die Schriften desselben überall auf dem weiten Erdenrund gelehrt u. verbreitet. Hatt sich nun die Menschheit u. speziell das Christenthum bis jetzt um ein merkliches gebessert. Haben die Christen von heute das Recht sich Christ zu nennen da doch meiner Ansicht nach nicht ein Jota von dem was Jesus gelehrt hat von Ihnen erfüllt wird. Wäre es nicht besser wenn an Stelle der übernatürlichen Dogmen natürliche Warheiten gesetzt worden wären. Unterliegt die Religion nicht in Ihrer Entwicklung dem Naturgesetz wen wir den Gottes begriff vom grauen Alterthum bis zu Zeit von Jesus u. von da bis zur Zeit der Reformation u. bis auf den heutigen Tag mit einander vergleichen. Wäre es nicht die größte Gotteslästerung wenn wir uns von der göttlichen Vorsehung überzeugt wissen u. den allmächtigen Gott für all die Greuelthaten, welche in seinem Namen von den Trägern der Religion begangen worden sind, verantwortlich machen müssen. Wie steht es mit der Dreieinigkeit Gottes da doch nach dem Mosaischen 10 Gebote Gesetz. Gott selbst und sogar im ersten Gebot nachdrücklich darauf hinwies

Du sollst keine anderen Götter neben mir haben.

78. (Diese Epistel ging mir kurz vor dem letzten Vortrage durch die Post aus Ludwigshafen zu; ihr Schreiber ist zweifellos der Schreiber der Frage 4. Am Kopf trägt die Epistel eine Federzeichnung: Athen um 50 n. Chr. Zwischen zwei Tempeln steht Pallas Athene; im Vordergrund ein riesiger Fragekasten mit der Aufschrift „Volkshochschulvorträge Mannheim 1900"; eine Hand legt einen Zettel mit der Aufschrift „dem unbekannten Gott" in den Kasten.)

„Unser Glaube ist der Sieg, der
die Welt überwunden."

Epistel an Herrn Professor Dr. theol. A. Deißmann.

Sehr geehrter Herr.

Von dem Rechte der von Ihnen erläuterden Pseudonymität Gebrauch machend, beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, was auf dem wieder neuzugänglich gemachten „Forum der Wissenschaft," während Ihrer sehr interessanten Vorträge nicht verlautete.

Der größte Teil des arb. Volkes denkt anders über das Neue Testament, um dasselbe gar als Culturmacht ersten Ranges anzusehen, fehlt ihm jeglicher Maaßstab.

Der Arbeiter sagt: Jedes andere Buch wäre ebenso verbreitet, als d. N.-Tstm. wenn es der Menschheit in gleichem Maaße eingeprügelt woden wäre.

Vieleicht gerade deßhalb nehmen 3/4tel des werktägigen Volkes d. N. T. von ihrer Schulentlassung bis zum Tode überhaupt, freiwillig nicht mehr in die Hand.

Der Arbeiter sieht in Christus nur einen hervorragenden verehrungsw Menschen.

Sein Testament, ein nur humanen, edelsten Motiven entsprungenes, steht leider nur auf dem Papier; es ist vor 1900 Jahren vermacht worden, die Erben dss. Vermächtnisses v. damals. lebten uns gegenüber halb wegs im Naturzustande.

Mit dem patriarchischen Verhältnis von „Her u. Knecht“ von dem d. N. Tstmt. so gerne redet, hat die Jetztzeit nur zu gründlich aufgeräumt.

Der heutige Knecht kennt seinen Herrn häufig kaum anders als durch die Fabrikordnung, kommt überhaupt nie dazu, mit ihm zu reden, am wenigstens kommen Religion oder Familienverhältnisse in Betracht.

Und dan geschieht die Auslegung des N.-Testamts. häufig in solch starrem Buchstabenglauben, der nur anstößig wirkt.

Imer und imer wird von nie erreichbarer Sinnesänderung, wert (würdig) einer Erlösung vor 1900 Jahren, einem Leben in idealer Welt geredet, u. kommen Schiksalsschläge, wird der Mensch auf's Jenseits vertröstet. Und wie sieht dieses Jenseits erst aus? Es ist doch eine mehr als byzantische Auffassung, den allmächtigen Schöpfer dort thronen zu sehen, umgeben von Tausend u. aber Tausenden abgeschiedener Seelen die nichts thun als:

„Rufen ihm stets ohne Ru'h,
Heilig, Heilig, Heilig zu.“

Und dan haben die Geistlichen zu wenig Fühlung mit dem Thun und Empfinden des werktägigen Volkes; das von Jedem gewöhnl. Manne, schon gebrauchte landläufige Sprüchwort: Ihr seid Leu't, wie Pfarrersleu't“ carakterisirt zur Genüge, wie den Dienern des Herrn jede Befähigung außerhalb der Kirche aberkannt wird.

Als schwerwiegendsten Grund, wie wenig die Lehre d. N. T. in der Jetztzeit zur Geltung kommt, führt der Arbeiter häufig an, daß Christus wenn er heute wie zu seinen Lebzeiten aufträte, er mindestens einige Jahre mit Zuchthaus bestraft würde. So beleidigend dies einem Christen klingt, dies steht unwiederlegbar fest; Ein moderner Pilatus ein heutiger Staatsanwalt hätte für den Sohn Gottes kein Ecce homo mehr übrig.

Haben aber all diese Menschen, die solch schrekliche verkezerte Grundsätze äußern, keine religiösen Anwandlungen oder besser Überzeugungen?

Doch, ohne Ausnahme, sogar der, welcher nur stereotypirt „S'ist alles Natur" denn damit bekennt er ja, ich glaube an eine ewigschaffende alles erhaltende Urkraft.

Hier ist der Punkt, bei welchem während der V. H. Vorträge allgemein erwartet wurde, dem unbekannten Gott, etwas näher gebracht zu werden. Ein Gelehrter noch dazu ein gläubiger, der im von Gottes Hand geschriebenen Buche der Natur Jahrtausende umblättern kann, muß doch, sei es auch nur in 2 Sätzen die Grenzen markiren können jenseits derselben unserer Schulweisheit nichts mehr träumt.

Ein Keppler als Erster die Gesetze der Bewegung der Gestirne erkennend rief anbetend aus:

„Großer Schöpfer ich denke deine Gedanken dir nach". Einem Humbold im tropischen Urwalde, einem Payer, am eisigen Pole entlokte die Macht der so großartig nie gekannten Schöpfung, Bekenntnisse, die nur durchaus religiöse genannt werden müssen. Wie viel mehr muß der einfache ungebildete Man der die einfachsten Elementarkentnisse der Physik kaum kennt, also ganz unter dem Banne des Unerklärlichen steht, sich sagen, daß der Mensch ein viel zu winziges erbärmliches Atom der Erde ist, um Endzwek der Schöpfung sein zu können.

Zu einem, alle Menschen gleich befriedigenden Einwand freien Glauben werden die Menschen nicht kommen u. wenn sie Himmel u. Erde umkehren u handgreiflich in Schubfächer schematisiren könten. Allein immer hat unser Stückwerk von Wissen so viel neue Stücke, seit 1900 Jahren bekomen, daß das ursprüngliche religiöse Fundament, für halbe Naturvölker angelegt, einer Erweiterung bedarf, Andernfalls muß mit Bedauern constattirt werden, daß das religiöse Bedürfnis u. Verlangen ein solch geringes u schwaches ist, daß die Illussionen zweier vernünftiger Juden — Moses u. Christus — Jahrtausende lang allen Anforderungen genügten, u. wenns so weiter geht, noch Jahrtausende genügen werden.

Vielleicht ist der Herr Professor imstande im letzten Vortrage, auf Einiges des hier Angedeuteten Bezug zu nehmen.

Ihre Hörer sind dankbar für jeden Schritt den sie der Erkenntnis näher gebracht werden u. betrachten Ihre Vorträge als eine Arbeit, die:

„Zu dem Bau der Ewigkeiten
„Zwar Sandkorn nur für Sandkorn reicht
„Doch von der großen Schuld der Zeiten
„Minuten, Tage, Jahre streicht."

dankbar gewidmet

Ullrich v. Hutten.

79. In wiefern sind diese Gedanken von Jesu in der heutigen Gesellschaft praktisch durchgeführt?

80. (Von dem Schreiber der Fragen 1, 58, 61, 75.) Welche Forderungen Jesu an seine Jünger liegen noch als unbezahlte Schuld vor?

Welche Antworten ich seiner Zeit auf die Fragen gegeben habe, gehört nicht hierher. Viel wichtiger ist auch, daß eine Antwort auf diese Fragen, die genau ebenso in den Köpfen unserer mittel- und norddeutschen Arbeiter bohren und wühlen, von den Kirchen gefunden wird. Werden wir jemals dahin kommen, daß wir auch nur auf die achtzigste Frage unserer Reihe eine Antwort geben können, bei der wir nicht erröten müssen?





Argentinien.

Von

Hermann Weinheimer.

Die fernsten Länder rücken heute in greifbare Nähe, dank der modernen Technik. Sie verknüpft die Festländer über die Ozeane hinweg, die durch Jahrtausende unüberwindlich gewesen waren, sie trägt uns in schwimmenden Palästen über die Weltmeere, sie läßt uns wissen, was sich vielleicht vor wenigen Stunden am Jalu oder in Okahandja ereignet hat. Dank dieser Technik ist uns ein Land wie der nordamerikanische Kontinent vielleicht ebenso bekannt, wie etwa Frankreich und wohl genauer bekannt, als Spanien. Anders allerdings steht es mit Südamerika. Die am Handel mit Südamerika unmittelbar beteiligten Kreise kennen es, für die Allgemeinheit ist es immer noch in dunkle Fernen gerückt. Wenn in Nordamerika eine Präsidentenwahl stattfindet, so erfährt das alle Welt, wenn in einem der Riesenstaaten von Südamerika dasselbe geschieht, so weiß kein Mensch davon. Woher kommt das? Weniger wegen der Entfernung an und für sich, wenn sie auch nicht unbedeutend ist; die schnellste Linie, von Italien aus, braucht ca. 20 Tage, und von Bremen bis an die la Plata Mündung ist ein Dampfer drei bis vier Wochen unterwegs. Weit mehr als die Entfernung kommt der kulturell niedere Zustand des Landes, die Verschiedenheit der Sprache und der Rasse in Betracht. Trotz dem immer noch gewaltigen Gebiet der spanischen Sprache ist ihre Kenntnis in Europa, besonders in Deutschland, wenig verbreitet und so verliert das hauptsächlichste Mittel, Kunde von jenen Ländern zu verbreiten,

die Presse, ihre Macht. Noch in höherem Maße gilt dies von der portugisischen Sprache, die in Brasilien gesprochen wird. Und endlich erschwert die Rassenverschiedenheit ein gegenseitiges sich Verstehen und damit die Ausbreitung einer gemeinsamen Kultur. Deshalb zunächst hierzu ein paar geschichtliche Bemerkungen.

Als die Kunde von Kolumbus' Entdeckungsfahrten nach Europa gedrungen war, waren es spanische und portugisische Seefahrer, die den südamerikanischen Kontinent zu erforschen suchten. Der Spanier Juan Diaz de Solis war der erste, der i. J. 1515 das Mündungsgebiet der Flüsse Paraná und Urugnay, das heute Rio de la Plata heißt, befuhr. Die Expedition verlief insofern ohne Ergebnis, als Solis, der beim Landen als erster ans Land sprang, von einem Hagel indianischer Pfeile überschüttet und getötet wurde. Seine Genossen kehrten sofort nach Hause zurück. Zwölf Jahre später faßten die Spanier zum erstenmal festen Fuß im la Plata Gebiet unter Führung des Venezianers Gabotto, der eine befestigte Ansiedlung gründete. Als er wieder nach Spanien zurückgekehrt war, überfielen die Quarani-Indianer die Festung und töteten fast die gesammte männliche Besatzung. Nach der Überlieferung war die Schönheit einer der Spanierinnen, die in der Festung wohnten, die Ursache des Überfalls.

Die erste Expedition, die dauernden Erfolg erzielte, wurde geführt von Pedro Mendoza, einem der Generale Karls V. Zu einer Zeit, in der Deutschland von den Kämpfen der Reformation bewegt wurde, zog diese Expedition aus, um neue Welten zu erobern. Sie war schon an Zahl viel stärker als die vorhergehenden. Mehr als zweitausend Soldaten ließen sich anwerben, unter ihnen fünfzig Deutsche. Einer von ihnen war Ulrich Schmiedel aus Straubing, ein Mann der Feder, Augenzeuge und erster Geschichtsschreiber der spanischen Eroberung in Südamerika. Ein seltsames Gemisch von Menschen zog da hinaus, Soldaten, die in Flandern und Italien gekämpft hatten, Abenteurer, zum Teil vornehmen Geblütes, die drüben noch reichere Beute erhoffen mochten, als bei der Plünderung italienischer Städte, Leute denen Wagnis und Kampf um lockende Beute zum Lebensbedürfnis geworden war. Im Jahre 1535 landeten sie da, wo heute Buenos-Aires liegt. Ein Schwager des Mendoza rief, als er ans Land sprang: „qué buenos aires son los de este suelo!" (Wie gut sind die Lüfte dieses Landes), daher „soll" die kleine Ansiedlung von schilfbedeckten ranchos (Häuschen aus Erde) den Namen Buenos-Aires erhalten haben. Aber noch einmal sollten die Spanier geworfen werden. Grausamkeiten gegen die eingeborenen Querandi-Indianer hatten eine gewaltige Schlacht zur Folge, in der die Wilden Sieger blieben. Die Geschlagenen zogen sich in das heutige Paraguay zurück, und erst 50 Jahre

später ging von dort aus unter Garay eine neue Expedition an die La Plata-Mündung, die schon damals richtig als der Schlüssel der ganzen südlichen Hälfte Südamerikas erkannt wurde. Im Jahre 1580 wurde Buenos-Aires zum zweitenmal gegründet und entwickelte sich zuerst langsam, seit ca. 40 Jahren mit großer Schnelligkeit zu seiner heutigen Größe von ca. 800 000 Einwohnern.

Zwei Rassen waren also von der Zeit der Konquistadoren an (so nennt man die erobernden Spanier) in Südamerika, die eingeborenen Indianer und die Spanier. Galt nun auch selbstverständlich die indianische Rasse als die unterworfene, niedere, so war doch niemals zwischen Spaniern und Indianern ein solcher Gegensatz vorhanden, wie heute etwa in Nordamerika zwischen Weißen und Negern, sondern sie vermischten sich sofort. Der Geschichtsschreiber Azara sagt ausdrücklich: „Da die Konquistadoren keine Frauen aus Europa mitgebracht hatten, aber solche nötig hatten, nahmen sie Indianerinnen, einige als anerkannte Gattinnen, (en calidad de esposas) andere als Nebenfrauen." Aus dem Testament des Gobernadors Irala z. B. geht hervor, daß er von sieben indianischen Schwestern Kinder hatte. Mit der Zeit allerdings kamen immermehr Einwanderer aus Spanien nach. Die Nachkommen dieser eingewanderten reinen Spanier werden Kreolen, criollos, genannt, während die Mischlinge mestizos heißen. Tatsächlich geht die Mischung bis in die neueste Zeit fort.

Die Entwickelung der der Eroberung folgenden Jahrhunderte verlief unter fortwährenden Kämpfen mit den Indianern, die sich bis in die 70 er Jahre des vorigen Jahrhunderts hineinzogen. Die riesige Ländermasse spaltete sich allmählich bei fortschreitender Kolonisation in einzelne „Vizekönigtümer", bis das von Buenos-Aires ungefähr dem heutigen Argentinien entsprach. Die Vizekönige waren Stellvertreter des Königs von Spanien. Die Kolonialpolitik des Mutterlandes war aber von so engen, egoistischen Gesichtspunkten geleitet, daß sich im Anfang des 19. Jahrhunders eine steigende Strömung für Loslösung von der spanischen Herrschaft bemerkbar machte. Ehe aber der offene Kampf ausbrach, versuchte eine andere Macht in richtiger Erkenntnis der ungeheuren künftigen Bedeutung des reichen Landes, Argentinien in ihre Gewalt zu bringen: England. In den Jahren 1806 und 1808 fehlte wenig, und die Polypenarme der Britischen Flotte hätten auch Argentinien umklammert, aber die Argentinier warfen die Eindringlinge mit großer Tapferkeit wieder hinaus. In den Türmen der Kirche Santo Domingo in Buenos-Aires sitzen noch heute die Kugeln aus jenen Kämpfen. Hätte England damals gewußt, was es nur ahnte, den enormen Wert des Landes, dann hätte es wohl noch ein paar Kriegsschiffe mehr geschickt. Die siegreichen Kämpfe gegen die

Engländer steigerten das Selbstgefühl der Argentinier, und den Drang zur Selbständigkeit. Als Spanien gegen Napoleon stark in Anspruch genommen war, erklärte sich Argentinien als freie Republik, und zwar am 25. Mai 1810, der noch heute der Nationalfeiertag ist. Spanien versuchte die Kolonien wieder in seine Gewalt zu bringen nnd sandte Heer um Heer; vergeblich. Acht Jahre lang wurde gestritten, die Kämpfe gegen Spanien bilden das Heldenzeitalter der Argentinier und die heutige Jugend ist dort auf ihren Belgrano und San Martin so stolz wie wir auf unsere Blücher und Moltke. General San Martin besonders ist der Heros der Argentinischen Geschichte, weil er, ein zweiter Hannibal, die Kordillere in kühnem Zuge überschritt, das spanische Heer in Chile überraschte, und in zwei glänzenden Schlachten Chile und Argentinien endgiltig von spanischer Herrschaft befreite (1818).

Aus der neueren Geschichte des Landes ist, von einzelnen Revolutionen und kleineren Kriegen abgesehen, die europäische Einwanderung das Bemerkenswerteste. Sie hat Argentinien, sowohl das Land und die Landwirtschaft, als den Handel und Buenos-Aires zu dem gemacht, was es ist, sie hat dem Land und der Stadt den internationalen Stempel aufgedrückt, der sein charakteristisches Merkmal ist. Die Einwohnerschaft Argentiniens ist zur Zeit folgendermaßen zusammengesetzt:

Argentinier (criollos) . .	2 950 000	
Italiener	490 000	
Spanier	200 000	
Franzosen	94 000	
Engländer	22 000	
Deutsche	17 000	45 000
Schweizer	15 000	
Österreicher	13 000	
Übrige Nationen	155 000	
Summe: ca.	4 000 000	

Nun bedenke man, daß das Gebiet Argentiniens 5 mal größer ist als Deutschland, daß Buenos-Aires allein 800 000 Einwohner hat, also $^1/_5$ der Gesamtbevölkerung, und man wird sich vorstellen können, wie wenig dicht das riesige Land bevölkert ist. Es ist genau so, wie wenn etwa nur die Bevölkerung von Hamburg auf ganz Deutschland verteilt würde. In einiger Entfernnng von der Hauptstadt kann man stundenlang reiten, ohne etwas anderes zu sehen als unendliche Heerden von Schafen, Kühen und Pferden, von Zeit zu Zeit einen einsamen rancho und nach langem Reiten das Herrenhaus einer estancia. Für Malthusianer ist Argentinien ein lehrreiches Land.

Noch deutlicher wird das Bild, wenn man hört, daß nach einer sehr vorsichtigen Schätzung 60 Millionen ha für Weizenbau in Argentinien verfügbar sind. Von dieser riesigen Fläche ist noch nicht der zehnte Teil bebaut. Da ist noch Raum für Kolonisation, da ist noch vielen, die hier in gedrückter Abhängigkeit leben, befriedigende Selbständigkeit ermöglicht; freilich, wer hinübergeht, muß auf manche deutsche Sitte verzichten und ist in Gefahr, daß sein Deutschtum in der nächsten Generation verloren geht. Wo freilich, wie es z. B. in der Provinz Santa Fé der Fall ist, ganze Strecken nur von Deutschen besetzt sind, ist diese Gefahr nicht vorhanden. So ausdehnungsfähig die Produktion Argentiniens ist, so ist doch ihr jetziger Stand keineswegs unbedeutend. Im Jahre 1903 hat Argentinien für 50,5 Millionen Wolle, für 41,5 Millionen Weizen, für 33 Millionen Mais, für 21 Millionen Leinensaat ausgeführt.

Die Totaleinfuhr nach Argentinien betrug:	1901:	113 000 000	Peso	Gold.
	1902:	123 000 000	„	„
	1903:	131 206 600	„	„
Die Totalausfuhr von Argentinien betrug:	1901:	167 000 000	„	„
	1902:	179 500 000	„	„
	1903:	221 000 000	„	„

Die starke Steigerung, besonders der Ausfuhr, ist bemerkenswert. Am Einfuhrhandel im Jahre 1903 hatte England einen Anteil von 34 Proz., Deutschland von 13 Proz. Am Ausfuhrhandel waren beteiligt England mit 16 Proz., Frankreich mit 15 Proz., Deutschland mit 12 Proz. Die deutsche Einfuhr nach Argentinien betrug 1903 17 Mill. P. G. wogegen Deutschland für 27 Mill. P. G. argentinische Produkte aufnahm.

Wie sehr das Land der unendlichen Steppen immer mehr der modernen Entwicklung sich aufschließt, das beweisen die 17 000 km Schienenstränge, die sich immer weiter strecken und dehnen, das beweist die fortgesetzte Einführung von landwirtschaftlichen Maschinen, die stete Verbesserung der Zucht von Schafen, Rindvieh und Pferden. Die Industrie allerdings ist bis jetzt in mäßigen Grenzen geblieben, hauptsächlich wegen des Kohlenmangels. Bisher kamen alle Kohlen, die Argentinien verbrauchte, aus Europa. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die Kordillere Kohlen besitzt und es ist mehr eine Frage der Transporterleichterung, wann die Ausbeutung der Kohlenlager der südamerikanischen Staaten in Angriff genommen werden wird. Bei manchen andern Produkten ist die Frage der Ausnützung ebenfalls eine Frage des Transports. Marmor z. B. ist in der Sierra von Cordoba, (in der argentinischen Provinz Cordoba) in Massen vorhanden. Er bleibt einfach deswegen liegen, weil zur

Zeit der Transport von Italien nach Buenos-Aires billiger kommt, als von Cordoba aus. Die Ausdehnung der Eisenbahnen wird da noch ungeahnte Veränderungen und Leistungen hervorbringen. Die Hauptausfuhrartikel haben wir vorhin schon erwähnt, es handelt sich um Wolle, Weizen, Mais, Leinensaat, dann aber auch nur lebendes Vieh, gefrorenes Fleisch (in London kostet ein Beafsteak von einem argentinischen Ochsen kaum mehr als in Buenos-Aires), Häute, Felle, Leder, Quebracho, (sprich: Kewradscho; Belgien nimmt einen großen Teil seiner Eisenbahnschwellen von argentinischem Quebracho), Quebracho-Extrakt, der in Europa und Amerika eine Revolution in der Lederindustrie hervorgerufen hat, Zucker, Früchte, Mate u. s. w. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich Südamerika und ganz besonders das klimatisch besonders auch für Europäer so günstig liegende Argentinien gerade so ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten nenne, als Nordamerika. In Argentinien ist noch viel mehr „Frei Land" noch viel mehr unverbrauchte Kraft, als dort. Die Kreise, die Handel mit Argentinien treiben, wissen das ja auch sehr genau, und seit Jahren spielt sich ein stiller aber zäher Wettkampf der Nationen um den Besitz Argentiniens ab. Nicht im Sinne der Aufteilung, nicht einmal im Sinne der Abgrenzung von Interessensphären, sondern im dem Sinne, daß jede Macht versucht, wirtschaftlich, kapitalistisch in Argentinien möglichst festen Fuß zu fassen, nach Kräften das Übergewicht zu bekommen. Voran ist natürlich England. England hat im Vergleich zu den andern Nationen weitaus das meiste Kapital im Lande festgelegt, England hat sämtliche Eisenbahnen im Besitz (es ist klar, welche Bedeutung dies für einen Kriegsfall hat) England beutet mit Hilfe außerordentlich günstig abgeschlossener Kontrakte durch seine Eisenbahnen Argentinien aus und besitzt dadurch die Möglichkeit eines starken Druckes auf die Regierung, England hat durch seine Landsleute, die als Besitzer auf zahllosen Estanzien Argentiniens sitzen, im Notfall sichere Stützpunkte in dem riesigen Hinterland, England hat dadurch, daß es sowohl bei der Einfuhr als bei der Ausfuhr am stärksten beteiligt ist, starken Einfluß auf die Entwicklung des Landes — was Lord Bereford's Kanonen 1806 nicht fertig brachten, das hat englisches Kapital zu wege gebracht; England ist die erste Macht im Lande.

Es ist geradezu merkwürdig, wie da Nordamerika hinter England zurücksteht, und nicht nur hinter England, sondern hinter jedem der größeren europäischen Staaten. Nordamerikanischer Einfluß ist in Südamerika, besonders im Süden, in Argentinien, kaum vorhanden, die Beziehungen sind schlecht. Von Argentinien nach Europa zu kommen, ist sehr leicht, zweimal die Woche fahren Dampfer, häufig fährt ein Italiener und ein Deutscher an einem Tage. Die Verbindung nach Nordamerika ist schlecht, die Fahrt unbequem und beschwerlich.

Das ist kein Zufall. Während England mit 34 Proz., Deutschland mit 13 Proz. am Einfuhrhandel, England mit 16 Proz. und Deutschland mit 12 Proz. am Ausfuhrhandel beteiligt waren, lauten die entsprechenden Ziffern für Nordamerika 12 Proz. und 3 Proz. Eine sonderbare Beleuchtung des Wortes: Amerika für die Amerikaner. Zweifellos wurmt das den Nordamerikanern ganz bedeutend, und längst richten sie ihre Blicke auf das reiche Land der Criollos. Aber wie das ersehnte Ziel erreichen? Nun, es liegt in der Natur der Sache und im Wesen der Nordamerikaner ganz besonders, daß sie ihr Ziel nicht durch Gewalt, sondern auf dem Wege friedlicher, kapitalistischer Eroberung zu erreichen suchen. Wenn einmal, ich weiß nicht mehr welcher Dichter in kühnem poetischem Vergleich die Schienenstränge, die sich um die Länder schlingen mit Hochzeitsringen verglichen hat, die die Nationen vermählen, so gibt es andrerseits ganz gewiß auch Schienenstränge, die nur ein Mittel der Unterjochung des Landes sein sollen, durch das sie führen (vielleicht war ja auch der Ehering ursprünglich Symbol der Sklavenkette), und das wird wohl der Zweck der geplanten interkontinentalen Eisenbahn New-York — Buenos-Aires sein, die Nordamerika in Angriff nimmt. Es handelt sich hier nicht um eine phantastische Idee, denn die Strecken sind schon vermessen. Der Plan ist folgender: die Eisenbahn soll von New-York ausgehen, die Union über Mexiko mit Panama verbinden, dann am Westrande Südamerikas hinabführen über Columbia, Ecuador und Peru bis zum Anschluß an die Argentinischen Bahnen, und damit eine direkte Verbindung mit Buenos-Aires herstellen. Die Bahn würde sich ganz sicher auf lange Zeit hinaus nicht rentieren, aber ebenso sicher wäre Nordamerikanischem Einfluß eine offene Straße gebaut. So unbedeutend Nordamerikas Einfluß in Argentinien noch ist, dieser Plan zeigt klar genug, daß es gewillt ist, auf Tod und Leben mit England um das reiche Argentinien zu ringen. Schwere Kämpfe werden dort noch ausgefochten werden müssen, schwerere vielleicht, als sie heute in Asien toben; dann wird Europa an den La Plata blicken, wie heute an den Jalu: der Süden von Südamerika ist das Ostasien der Zukunft.

Wenn sich aber Deutschland wirtschaftlich, militärisch, kolonisatorisch so weiterentwickelt wie bisher, dann wird es im stande sein, in dem Kampf der beiden Mächte das ihm gebührende Recht zu wahren.

Kommt denn überhaupt ein Kampf um Argentinien in Frage? Wird denn nicht Argentinien, das so stolz ist auf seine Freiheit, auch mächtig genug sein, seine Selbständigkeit jedem Angriff gegenüber zu wahren? Wie sind denn seine Machtverhältnisse?

Man beurteilt ein Land mit gewissem Recht nach seiner Hauptstadt. Mit um so größerem Recht, wenn die Hauptstadt ein Fünftel der Gesamteinwohner-

zahl darstellt, wenn alle politischen Dinge hier entschieden werden und wenn alle irgendwie bedeutenden Zeitungen hier erscheinen. Buenos-Aires ist in noch weit höherem Maße der Kopf Argentiniens, als man von irgend einer europäischen Hauptstadt sagen kann, sie sei der Kopf ihres Landes. Der erste äußere Eindruck der Riesenstadt am La Plata, der größten Stadt der südlichen Halbkugel ist glänzend, für den, der sie zum erstenmal sieht, geradezu überwältigend. Versetzen wir uns auf einen Dampfer, der nach langer Fahrt sich der südamerikanischen Metropole nähert. Eine ungeheure, weiße Häusermasse erscheint am Horizont, beim Näherkommen heben sich wenige hohe Gebäude, einzelne Kirchtürme im Jesuitenstil und nicht allzuviele Fabrikschlote aus der Masse der Häuser heraus, die mit ihren flachen Dächern anfänglich so fremd erscheinen. Fast kommt es einem so vor, als ob ein wirklich gemütliches Haus nun einmal einen Giebel haben müßte. Der Dampfer fährt in den Hafen. Schiff an Schiff, riesige Kolosse aus allen Ländern, ein schlanker italienischer Schnelldampfer, ein englisches Kriegsschiff, drohend starren die blanken Geschützrohre, und jetzt fahren wir an einem Schiff vorbei, wo die schwarz-weiß-rote Flagge am Heck weht, seine Ankerkette fährt rasselnd herauf, es fährt in die Heimat, wir kommen, so ist der ewige Austausch von Menschen und Waren herüber und hinüber. Langsam zwängt sich der Riesenkörper unseres Dampfers durch die engen Einfahrten der Docks, dröhnender Hafenlärm, Pfeifen, Zischen, Stoßen, Rasseln, endlich legt er sich an die Hafenmauer. Noch eine Stunde ungeduldigen Wartens, bis die Zollbehörde unbestechlich ihres Amtes gewaltet hat, dann ans Land! Zur plaza de Mayo. Wie alle von Spaniern gegründeten Städte hat Buenos-Aires einen freien Hauptplatz, um den herum sich die öffentlichen Gebäude gruppieren. Zunächst die casa rosada, das Regierungsgebäude, mit freiem Blick auf den rio de la Plata, der wie das Meer erscheint, weil das gegenüberliegende Ufer nicht sichtbar ist, weshalb auch Solis, die riesige Bucht, die nur eine Flußmündung ist, mar dulce (Süßwasser-Meer) genannt hatte. Zwischen Regierungsgebäude und Hafen dehnen sich Anlagen, darin der Lola-Brunnen, das graziöse Werk einer begabten jungen Bildhauerin Argentiniens. Nach der andern Seite hin überblicken wir den großen freien Platz, mit Platanen besetzt, von Colonnaden umgeben. Vor uns das Reiterstandbild des Generals San Martin, dann die Statue der Freiheit, in Erinnerung an den Kampf gegen Spanien. Rechts die Säulenfront der Kathedrale, links der Cabildo (Rathaus), noch im alten spanischen Stil gehalten und andre öffentliche Gebäude. Hier geht die schöne, breite Avenida de Mayo ab, von den höchsten Gebäuden der Stadt flankiert, gleich vorne das Haus der Prensa, der größten Zeitung des Landes. Die Avenida de Mayo ist erst vor wenigen Jahren durchgebrochen worden und verschönert sich von Jahr zu Jahr.

Schon heute hat sie in ihrem Äußeren garnichts Südamerikanisches mehr an sich, sondern könnte in jeder Hauptstadt des Kontinents glänzen. In den riesigen Schaufenstern der ganz modern eingerichteten Läden und Warenhäuser liegen Waren und Produkte der ganzen Welt ausgebreitet. Wenn so die Straße an sich nicht viel Charakteristisches bietet, so ist doch das Straßenbild eigenartig genug. Schon der Lärm der Straße hat einen andern Klang, als wir es gewohnt sind; der jeden andern Lärm überbietende Ton kommt von dem Getrappel der Pferde der zahllosen Kutschen, die da durcheinanderjagen. Man sieht mehr Kutschen als Fußgänger, die Pferde der Privatkutschen wunderschöne Exemplare, vorzüglich gehalten und glänzend herausgebracht mit ihrem silberbeschlagenen Geschirr. Wenn man wieder nach Deutschland zurückkommt, vermißt man gerade das am meisten an unserem Straßenbild, diese schönen Tiere mit ihrem tänzelnden Schritt, die Köpfe hoch zurückgeworfen, mit Mühe vom Kutscher im Zügel gehalten. Der besser situirte Criollo, der noch irgend etwas sein will, wird vielleicht hungern und Brunnenwasser trinken, aber auf sein schönes Gespann wird er nicht verzichten. In Deutschland gibt es wenige Städte, die auch nur annähernd so schöne Gespanne haben, höchstens Frankfurt a. M., selbst der Westen von Berlin kann da nicht mit. Wenn es schon überall ein interessantes Vergnügen ist, das dichte Straßengewühl zu betrachten, so ganz besonders in Buenos-Aires, denn nirgends wird die ortsansässige Bevölkerung so international gemischt sein, wie gerade da. Denken wir an einen Abend im Januar. Der Spätnachmittag war so heiß, daß man wenn irgend möglich, sich halb entkleidet im Schatten des Patio (bedeckter Innenraum) oder des Zaguán (bedeckte Vorhalle) aufgehalten hat. Der Abend bringt glücklicherweise einen kühlen Luftzug vom Fluß und die Straßen werden lebendig. Setzen wir uns an eins der Tischchen, die auf dem Trottoir vor den Restaurants der Avenida stehen und lassen wir den Menschenstrom an uns vorüberziehen.

Da sind die Eingeborenen, solche, die den spanischen Typus ziemlich rein darstellen, und andere, besonders von den unteren Schichten, die ihre indianische Abstammung nicht verleugnen. Dazwischen die riesigen Gestalten der Basken, jenes Volksstamms der nordwestlichen Pyrenäen, der noch seine eigene, uralte Sprache bewahrt hat. Dann das Gemisch der Europäer, die blasiert scheinenden Gesichter der Engländer, die schlanken Gestalten der Engländerinnen; Franzosen, Russen, dazwischen unsere Landsleute, die man sofort herauskennt, auch ohne sie sprechen zu hören.

Durch ihre Schönheit wird wohl unbedingt die eingeborene Argentinierin unsere Blicke auf sich ziehen, es sind schöne, voll entwickelte Gestalten mit fast durchweg regelmäßigen Gesichtszügen großen dunklen Augen und reichem schwarzem

Haar, eleganter und vornehmer Haltung. Wenn Regelmäßigkeit und Harmonie der Züge Schönheit ist, dann müßte die Argentinierin der Vollendung sehr nahe kommen, aber es ist eigentümlich mit diesen Romaninnen, bei aller Schönheit hat das Auge etwas kaltes, beinahe starres, dem Blick fehlt etwas, was dem Romanen überhaupt fehlt, oder wenigstens bei ihm schwach entwickelt ist: Gemüt. Das Gesicht mancher deutschen Frau mag nicht entfernt so schön sein, wie das einer Spanierin oder Italienerin, aber wie in dem kleinen Liede von dem Frau Ebner-Eschenbach sagt, es liegt etwas darin, was mehr wert ist: eine ganze Seele. „Singe sprach die Römerin und ich sang zum Norden hin: Nur in Deuschland, ja nur in Deutschland, da soll mein Schätzchen wohnen". Gemüt hängt auch und wohl nicht nur sprachlich, zusammen mit „gemütlich". Es ist sicher kein Zufall, daß die spanische Sprache keinen Ausdruck hat für unser deutsches Wort: gemütlich. Wo eben der Begriff so durchaus fehlt, stellt Mephistopheles zum Trotz, nicht einmal das Wort sich ein; ein Schelm gibt mehr als er hat, und sie haben nun eben einmal das nicht, was wir Gemüt nennen. Nicht als ob sich mit den Argentiniern nicht leben ließe, im Gegenteil, es sind sympatische Leute, höflich und liebenswürdig, von großer Schlagfertigkeit, sie haben überhaupt eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Berliner, aber fremd werden sie uns immer bleiben. Anders dagegen der Engländer. Es ist eine ganz merkwürdige Erscheinung, daß man im Ausland, d. h. gerade unter Nichtgermanen, den Engländer als verwandt, als zu uns gehörig fühlt. Man ist ja von den meisten deutschen Zeitungen her daran gewöhnt worden, die Engländer als feindliche Brüder, wenigstens als unangenehme Konkurrenten anzusehen — diese rein politische Voreingenommenheit fällt glatt ab, instinktiv erscheinen unter den schwarzhaarigen Romanen die Engländer als unsere Verwandten, der Ausdruck Vettern ist vollkommen berechtigt. Dort im Gegensatz gegen die Anderen, bricht die Erinnerung daran, daß wir einst ein Volk waren, mit elementarer Gewalt wieder durch. Daneben braucht das Bewußtsein der Notwendigkeit eventueller Kämpfe zwischen Deutschland und England keineswegs zu verschwinden, wie ja oben gerade in Hinsicht auf Argentinien deutlich wurde.

Solche Gedanken drängen sich jedem auf, der in diesem Milieu des Internationalismus gelebt hat, durch das sich Buenos-Aires auszeichnet. Es kann kaum einen Ort geben, wo mehr zum Nachdenken über Rassenfragen getrieben wird, als gerade dort. Es gibt nationale Eigenschaften, Vorzüge, Leidenschaften und Laster. Inwieweit diese ererbt oder erworben sind, ob sie immer dieselben bleiben müssen, oder ob sie sich ändern können, das

sind sehr schwierige Fragen. Einige Vorzüge der Argentinier haben wir schon genannt, sie werden uns wohl nicht böse sein, wenn wir auch einige andere Eigenschaften erwähnen, z. B. ihre bedeutende Spiellust. Nirgends wird so massenhaft gespielt wie dort, das Spielen erstreckt sich über alle Schichten und Lebensalter. Die Spielleidenschaft des Gaucho, der bis zum letzten seine „Taba“ spielt, (Werfen eines Rückenwirbels einer Kuh, je nachdem er so oder so fällt) scheint sich ungebrochen auch in das kapitalistische Zeitalter des Landes hinübergerettet zu haben. Neben dem Lotteriespiel ist noch verbreiteter das Wetten bei den Pferderennen. Das Pferderennen gehörte ja von jeher zu den Vergnügungen des Gaucho; mit diesem ländlichen und einfachen Rennbetrieb ist nun das von den Engländern importierte Rennwesen gewissermaßen kombiniert worden und hat Dimensionen angenommen wie wohl kaum in England selbst. Sonntag für Sonntag gehen Tausende zum Rennplatz, heben die Pferdezucht und verlieren ihr Geld.

Schlimmer als diese Neigung zum Spiel ist die kreolische Unfähigkeit, die eigenen Verhältnisse in der richtigen Weise zu verwalten. Die Mißwirtschaft in der Verwaltung ist so bedenklich, daß die gesunde Weiterentwicklung des Landes manchmal in Frage gestellt erscheint. Am Endpunkt der schönen Avenida de Mayo steht zur Zeit ein groß angelegtes Gebäude in halbfertigem Zustand, das neue Kongreßgebäude; die Bautätigkeit ist eingestellt. Warum? Weil die Hälfte der Summe, die zum Bau ausgeworfen war, und die gereicht hätte, einen Palast herzustellen, verschwunden ist; wohin? Das weiß man so wenig, wie man bei uns weiß, wohin die Summen des Mirbachschen Konto K gekommen sind. Die Sache ist aber deshalb viel bedenklicher, weil es Staatsgelder sind, Steuergroschen, die noch dazu möglichst ungerecht, nur als indirekte Steuern erhoben sind. Und das ist nur ein einziges Beispiel. Daß der argentinische Beamte sich selbst bereichert, das gilt als bekannte, selbstverständliche Tatsache. Die ewigen Finanzschwierigkeiten, die unheimlichen Schulden des an sich so reichen Landes — hier haben sie ihre tiefste Ursache. Es handelt sich für uns nicht darum, über die Unmoral die Nase zu rümpfen, sondern darum, daß solche Zustände leicht Konflikte ergeben können, wie in Venezuela, und daß solche Mißwirtschaft leicht zur Zahlungsunfähigkeit führt und dann den Mächten, die an sich schon gerne etwas dreinreden würden, Gelegenheit zum Eingreifen bietet. Geordnete und ruhige Entwicklung dieser Länder ist für die Nationen, die keine übermäßig starke Position dort haben, wichtiger, als für die Starken, vielleicht ebenso wichtig wie für das Land selbst. Hier ist auch der Punkt, wo man sagen muß, daß, trotz der glänzenden Außenseite, trotz allem Reichtum des Landes, die Gefahr fremder Einmischung vorliegt und daß allerdings ein Kampf um Argentinien zu den Möglichkeiten

der Zukunft gehört trotz dem Rufe der Argentinischen Nationalhymne: libertad! libertad! libertad!

Etwas besser als mit der Verwaltung steht es mit der Justiz. Aber auch hier fehlt noch viel an einem befriedigendem Zustand. In der Hauptstadt selbst sorgt die Presse, die kein Preßgesetz zwingt, ein Blatt vor den Mund zu nehmen, für Verhinderung von Justizskandalen; dafür kommen solche auf dem Lande häufig genug vor. Dort sind Willkürakte nichts seltenes. Und gerade dort sind sie vielleicht für die Entwicklung des Landes am schädlichsten, und haben wohl schon ihre ungünstigen Wirkungen ausgeübt. Das Land ist ja zur Zeit zum größten Teil auf die italienischen Wanderarbeiter angewiesen, die zur Ernte in Massen nach Argentinien herüberzukommen pflegten, eine Sachsengängerei im großen Stil. Wenn nun diese Leute merken, daß sie bei nicht wesentlich höherem Verdienst als anderswo, in einem Zustand absoluter Rechtlosigkeit sich befinden, dann kommen sie natürlich nicht wieder, erzählen ihre Erlebnisse noch zu Hause und halten andere zurück. So hat sich tatsächlich der italienische Auswandererstrom in den letzten Jahren in der Hauptsache wieder nach Nordamerika gewandt, zum großen Schaden Argentiniens, das nicht nur die Saisonarbeiter braucht, sondern das überhaupt ohne eine starke Einwanderung sich nicht weiter entwickeln kann. Selten wird in einer geschichtlichen Entwicklung die Strafe dem Vergehen so direkt auf dem Fuße folgen, wie es hier der Fall ist.

Bei solchen Verhältnissen in Verwaltung und Justiz wird es auch nicht wunder nehmen, wenn die Bildung politischer Parteien erst in den Anfängen begriffen ist. Die Parteien sind, mit einer Ausnahme vielleicht, Kliquen, Gefolgschaften einzelner Führer, ohne bestimmtes politisches oder wirtschaftliches Ziel, ohne formuliertes Programm, ohne andere Tendenz als höchstens die, möglichst aus der Staatskrippe zu profitieren. Die eine Ausnahme sind die Mitristen, die Anhänger des Generals a. D. und Politikers Mitre. Da ist wenigstens ein Programm, und hätte es auch nur den einen Punkt: ehrliche Verwaltung. Da ist eine große, glänzend redigierte Tageszeitung „la Nacion“, die sich auch bei uns sehen lassen könnte. Ihre Haltung in allgemeinen Fragen würde man hier vielleicht nationalliberal nennen, aber häufig ist sie genötigt schärfer zu schreiben als in Berlin der Vorwärts. Eine neue Parteibildung ist im Entstehen begriffen, eine Art Jugendbund, von dem man aber noch nicht sagen kann, ob er an Leistungen unsere nationalliberalen Jugendvereine überbieten wird.

Die Arbeiterbewegung hat dort natürlich mit ganz besonderen Schwierigkeiten lokaler Natur zu kämpfen. Die größte Schwierigkeit liegt darin, daß die Arbeiterschaft aus den verschiedensten Nationen und Elementen mit total

verschiedener Lebenshaltung zusammengesetzt ist. Dann ist die Zu- und Abwanderung sehr stark; im Laufe weniger Jahre hat die Bevölkerung gewechselt und die Führer müssen von neuem anfangen. Dann bieten die Italiener vor allem das ungünstigste Material für eine Arbeiterbewegung, denn an sich sehr leicht zufrieden gestellt, kennen sie kein höheres Ziel, als möglichst zu schuften und zu sparen, um dann mit dem Erworbenen in Italien ein kärgliches Dasein mit Nichtstun hinzubringen. Auch ein Ideal, aber jedenfalls kein Kulturideal. Trotz all diesen ungünstigen Momenten kommt die Arbeiterbewegung vorwärts und zwar gerade die Gewerkschaften. Und auch auf politischem Gebiet hat der vergangene Winter einen Erfolg gebracht. Die Boca, das Hafenviertel von Buenos-Aires hat einen Sozialdemokraten als Vertreter ins Parlament gesandt, wo er noch mehr am Platz sein dürfte, als die Arbeitervertreter unserer Parlamente.

Auch das darf als ein Fortschritt der politischen Bewegung im Allgemeinen angesehen werden, daß diese Wahl nicht durch brutale Gewalt von Seiten der Regierung irgendwie verhindert wurde. Das war bisher Sitte. Blutige Wahlen waren an der Tagesordnung, und sind es auf dem Lande heute noch. Hie und da sieht man doch einen Fortschritt, wie auch Leute, die schon lange Zeit dort im Lande sind, mir gesagt haben, daß Bestechungen und Unterschleife nicht mehr so häufig seien wie früher.

Also es geht vorwärts. Noch schneller würde wohl der Fortschritt gehen, wenn die Fremden, die zivilisiertesten Elemente, sich auch nur einigermaßen um Politik kümmern wollten. Aber dazu haben sie keine Zeit. Sie müssen Geschäfte machen, und zwar gute, und solange man sie daran nicht hindert, werden sie fünfe grad sein lassen und den Argentiniern nicht in die Zügel greifen. Aber lange wird es so nicht weitergehen. Je mehr der argentinische Staat die Zollschraube anzieht, und damit den Fremden den Handelsgewinn beschneidet, desto mehr werden die Fremden gezwungen sein, sich um die Politik des Landes zu kümmern.

Auch die Entwicklung der Schule läßt auf eine günstige Zukunft schließen. Selbstverständlich darf man nicht unsere Verhältnisse zum Vergleich heranziehen. Argentinien kann im besten Fall da stehen, wo Preußen vor 1848 gestanden ist. Erst im Jahre 1855 hat der Unterrichtsminister Domingo Sarmiento die Einrichtung von Schulen in Angriff genommen. Für diese kurze Spanne Zeit ist das, was da ist, aller Anerkennung wert. Daß Lesen und Schreiben zu den notwendigen Dingen gehört, das weiß man auch auf dem Lande, und wo diese Erkenntnis einmal eingezogen ist, da ist die Entwicklung des Schulwesens nur noch eine Frage der Zeit. In sehr vielen

Fällen allerdings ist das Loos eines Lehrers auf dem Lande noch wesentlich schlimmer als das des armen Dorfschulmeisterleins aus Deutschlands früheren Tagen. Monatelanges Ausbleiben des Gehaltes mit all seinen Folgen wirtschaftlicher Abhängigkeit gehört zu den Annehmlichkeiten eines solchen Lebens. Das Wachsen des Bildungstriebes zeigt sich auch in dem steigenden Lesebedürfnis des Volkes. Davon daß die „Prensa“ die populäre Zeitung des Landes, die aber auf wesentlich höherem Niveau steht, als in Berlin der Lokal-Anzeiger von August Scherl, daß diese Zeitung ihre 80 000 Abonnenten hat, das beweist noch nicht sehr viel. Viel wichtiger ist, daß das vor etwa zwei Jahren angefangene Volksbücherunternehmen der „Nacion“, das gute Werke der Weltliteratur zu sehr billigen Preisen liefert, in ganz ungeahnter Weise floriert. Ein Land in dem gute Bücher starke Nachfrage haben, geht sicher vorwärts.

In letzter Linie ist es immer der wirtschaftliche Fortschritt, der den politischen, den sozialen, den Bildungsfortschritt bedingt. In Argentinien ist der Hauptfaktor des Wirtschaftslebens die Landwirtschaft. Wenn sich die argentinische Landwirtschaft ausdehnt und verbessert, dann wird der Fortschritt auf den übrigen Gebieten nicht auf sich warten lassen. Wie groß aber ihr Umfang jetzt schon ist, läßt sich am ehesten durch Angaben über die Größe des Viehbestandes illustrieren.

Im Jahre 1895 war der Bestand der wichtigsten Nutztiere folgender:

Rindvieh	21 702 000
Schafe	74 379 000
Pferde	4 447 000
Esel und Maultiere . . .	483 000
Schweine	653 000
Ziegen	2 749 000

Sieht man heute diese Millionen Tiere auf den Pampas, will es einem kaum glaublich erscheinen, daß diese alle die Nachkommen weniger, von den Europäern eingeführter Tiere sind. Als die Spanier nach Amerika kamen, fanden sie kein einziges unserer Haustiere vor. Die Indianer hatten als Haustier nur das Lama. 1550 wurden die ersten Schafe nach Peru eingeführt und kamen von dort nach Argentinien. Die beiden eingeführten Rassen, das Merinoschaf und das nachher sog. Pampaschaf wurden dann durch Zuchtböcke guter Rasse mit der Zeit so verfeinert, wie wir sie heute kennen. Englische, deutsche und argentinische Gutsbesitzer haben zum Teil unter vielen Mühen dieses Ergebnis zu stande gebracht.

Dieselbe Expedition, die Argentinien die Schafe gebracht hatte, führte auch 4000 Stück Rindvieh ein, das im ganzen Land verteilt wurde. Die

Rinder vermehrten sich auf den Grasflächen der Steppe ungemein rasch und gerieten bald in den Zustand der Verwilderung, ebenso wie die Schafe. Die Rasse degenerierte einerseits, wurde kleiner, die Schafwolle filzig, aber bei dieser Lebensweise im Freien, Tag und Nacht, bei jeder Witterung, gewannen diese Haustiere im Laufe der Generationen allmählich die Zähigkeit von Wild. Noch vor wenigen Jahrzehnten standen die argentinischen Häute in dem Ruf, die Zähigkeit von Hirschleder zu besitzen. Unter diesem Massenbestand von wildem Vieh entwickelte sich auch der Typus des Viehhirten, den man Gaucho (spr. gaudscho) nennt. Hier entwickelte sich die fabelhafte Gewandtheit, die Tiere in rasendem Lauf vom Pferde aus zu lassiren, oder sie mit den boleadores (Wurfkugeln) zu jagen. Noch heute ist einer der schönsten Arbeitstage für den Gaucho der rodeo. Da werden die Herden zusammengetrieben, Kuhkälber von den Stierkälbern getrennt und dergl. Da zeigt der Gaucho, daß er reiten kann. Roß und Reiter sind eins. Wie angewachsen sitzt er auf seinem Gaul, jagt einem Tier nach, wirft ihm auf zwanzig Meter Entfernung die Schlinge seines Lasso um den Hals und im selben Moment, wenn das gefangene Tier soweit gerannt ist, daß man meint der gespannte Lasso muß jetzt Gaul und Mann zu Boden reißen, da steht das gute Pferd mit gespreizten Beinen wie eine Mauer und das Tier wird geworfen.

Aber der Gaucho alten Stiles stirbt immer mehr aus; der Zuchtbetrieb wird intensiv, die Viehrasse wird verfeinert, die Landwirtschaft kapitalistisch. Der freie, stolze, gastfreundliche Gaucho, ein gutes Stück von einem caballero, wird allmählich nicht viel mehr, als der peon einer Estancia, Angestellter auf einem großen Gut. Noch gibt es Exemplare von altem Schlag. Er ist schön der Gaucho, wenn er auf seinem tänzelnden Pferde sitzt, dessen spiegelnder Glanz wetteifert mit dem Blitzen von Zaum, Zügel und Bügel aus schwerem Silber. Stolz und aufrecht, in angeboren vornehmer Haltung sitzt er auf seinem recado (Gauchosattel) in der Linken den silberbesetzten Zügel, in der Rechten die reichverzierte, silberbeschlagene Reitpeitsche, hinten im Gurt das nie fehlende lange Messer. Vertraut mit der Steppe in der er lebt und mit allen Lebensgewohnheiten seiner Tiere erscheint er selbst ein Stück Natur.

Die argentinischen Pferde sind Nachkommen der Pferde, die die Spanier im 16. Jahrhundert eingeführt haben. Es war dies andalusische Rasse, deren charakteristisches Merkmal auch das heutige kreolische Pferd noch hat, die nach unten gebogene sog. Ramsnase. Man hört über das argentinische Pferd viel Gutes und viel Schlechtes. Auch im Burenkrieg waren die Nachrichten über Erfahrungen, die man mit eingeführten argentinischen Pferden gemacht haben soll, sehr widersprechend. Sicher ist, daß das argentinische Pferd bei großer Anspruchslosigkeit zäh und ausdauernd ist. Einige Versuche, es nach Europa

zu importieren und für Militärzwecke zu verwenden, sind gescheitert, soweit ich es beurteilen kann, mehr durch zufällige Schwierigkeiten als wegen mangelnder Brauchbarkeit der Tiere.

Wenn man von Argentinien redet, wäre es beinahe frevelhaft eins nicht zu erwähnen, das Nationalgetränk, den Mate. Mate ist der Paraguaytee (Spanisch yerba maté); er wird aus den Blättern und Zweigen eines strauchartigen Baumes, des Ilex paraguayensis gemacht der in Paraguay und im Norden Argentiniens vorkommt. Das Kraut (die yerba) wird in den Matetopf, der in der ausgehöhlten Schale einer Frucht besteht, gebracht, heißes Wasser darüber gegossen und das sofort fertige Getränk durch eine silberne Röhre getrunken. Die argentinische Familie kann garnicht gedacht werden ohne den kreisenden Mate. Mate ist sehr erfrischend, ohne die nervenreizende Eigenschaft des chinesischen Tees zu besitzen. Tatsache ist, daß man nach dem Genuß von ein paar Mate außerordentlich lange aushält. Die Einführung von Mate in Deutschland wäre sehr erwägenswert; er käme für Landarbeiten und für Truppen im Manöver in Betracht.

Überblicken wir die Äußerungen über die Entwicklungsfähigkeit Argentiniens, so haben wir ein sehr günstiges Bild bekommen. Das Bild ist aber nur dann richtig gezeichnet, wenn Argentinien die Krise, die es zur Zeit durchmacht, übersteht. Die Krise besteht in dem vorhin erwähnten Abflauen des Zustroms von Einwanderern. Mit seiner jetzigen Bevölkerung ist Argentinien unfähig, die ihm gestellten Aufgaben zu bewältigen. Ohne weitere Einwanderung würde es nur vegetieren können. Es kommt daher alles auf die Frage an, wie Argentinien diese seine Hauptfrage löst. Gelingt ihm die Lösung, so ist ihm eine große Zukunft sicher. Die Frage geht auch Deutschland nahe genug an. Wenn unsere Volksvermehrung so fortschreitet wie bisher, so werden wir in wenigen Jahrzehnten ein Volk von 80 Millionen sein. Werden all diese Millionen in unseren Grenzen und Kolonien Platz haben? Wohl kaum. Warum soll dann nicht überschüssige deutsche Kraft dorthin sich wenden, wo noch so unendlich viel frei Land ist? Dann können sich dort, in Argentinischem Gebiet, blühende Kolonien entwickeln und deutsche Kraft sich dort betätigen, ohne in fremdem Volkstum untergehen zu müssen. Die Bedingungen, unter denen dort Ackerbauer und Viehzüchter Land angewiesen bekommen können, sind wirklich nicht ungünstig. Gerade gegenwärtig soll ein großes Gesetz die Frage einheitlich regeln. Genauere Angaben sind in dem sehr sachkundig geschriebenen Werke von Dr. Karl Kaerger „Landwirtschaft und Kolonisation im Spanischen Amerika“ (Leipzig, Duncker & Humblot) zu finden.

Zum Schluß wenden wir unsere Gedanken, die wir auf ein fernes Land gerichtet haben, wieder zum Vaterland zurück. Wenn man längere Zeit draußen

gewesen ist, sieht man deutlicher als zuvor, was es heißt, Kind eines Landes wie Deutschland zu seiu, eines Landes mit alter Kultur. Welchen Grad von Bildung vermittelt uns doch nicht allein unsere eigene Nationalliteratur! Einen großen Teil dessen, was wir an Bildung haben, verdanken wir unseren großen Dichterwerken, vom Nibelungenlied bis zum Faust. Das fehlt dem Sohn eines jungen Volkes. Und so gibt es noch eine Menge Güter, an Anlage, an Erziehung, an Bildung, die wir deswegen haben, weil wir Deutsche sind. Nicht zum mindesten ist deshalb die Kenntnis fremder Länder und Völker fördernd, weil sie uns dic Wahrheit des Wortes zeigt: „Was ich bin und was ich habe, dank ich dir, mein Vaterland.“



Das Ideal der Freiheit.

Von

Fr. Naumann.

Freiheit ist in erster Linie ein nationaler Begriff. Das soll heißen: lange, ehe man über die Freiheit des einzelnen Volksgenossen stritt und dachte, unterschied man freie und unfreie Völker und Stämme. Ein freies Volk war ein Volk, das keinen fremden Herrn hatte, das nicht im Krieg unterworfen und nicht zu Abgaben an irgend einen Sieger verpflichtet war. Ein solches Volk konnte an seiner Spitze einen Heerführer haben, der keineswegs gerecht und mild verfuhr, frei war es doch, selbst in Armut und auf der Flucht, solange nur der Fremde nicht zum Herren wurde. Welche unendlichen Opfer haben beispielsweise die Spanier und die Ungarn für ihre Freiheit gebracht, wie kämpften die Indier in ihrem großen Aufstande, und wie streiten selbst gegen uns die Hereros für ihre Freiheit! Und was ist es, was wir Deutschen die Freiheitskriege nennen? Es ist die „Abschüttelung des fremden Joches", die „Entthronung des wälschen Eroberers", die Vertreibung der nichtdeutschen Herrschaft. Freiheit in diesem Sinne heißt also: Führung durch Bluts-, Stammes- oder Volksgenossen. Diese kann unter Umständen ein sehr zweifelhaftes Gut sein, denn es ist leicht möglich, daß in Wirklichkeit die Fremdherrschaft besser, das heißt praktisch nützlicher ist als die blutsverwandte Regierung. So unterliegt es keinem Streit, daß die polnischen Landesteile, die zur preußischen Monarchie gekommen sind, unter der Fremdherrschaft mehr Wohlstand und Bildung erreicht haben, als es ihnen unter nationaler Führung

je möglich gewesen wäre. Ein Sieg der Freiheit kann in diesem und in manchem anderen Fall ein Rückschritt in der Kultur sein. Wenn man es scharf ausdrücken will: der nationale Freiheitsgedanke kann unter Umständen reaktionär sein, denn er kann aus blinder Sehnsucht nach überwundenen Verhältnissen bestehen. Ja, wir gehen noch einen Schritt weiter, indem wir sagen: alle nationalen Freiheitsideen von Völkern und Stämmen, die sich nicht selbst regieren können, sind rückschrittlich. So ist es beispielsweise ein ganz veralteter Gedanke, ein „sich selbst genügendes Kroatien" herstellen zu wollen. Es ergibt sich also, daß man kein allgemein gültiges Freiheitsprinzip für Völker und Stämme konstruieren kann, kein Musterstatut für die Kleinen und Großen, für Starke und Schwache.

Das ist ein Punkt, der vom älteren deutschen Liberalismus nicht immer klar erkannt wurde. Man sprach von der Gemeinsamkeit aller freiheitlichen Interessen der unterdrückten Völker, als sei die Einheit Italiens, die Souveränität Serbiens, die Autonomie der Bulgaren, die Freiheit der Polen und die Unabhängigkeit der nordafrikanischen Raubstaaten ungefähr dieselbe Sache und als müßte sich der wackere deutsche Freiheitsmann gleichzeitig für alle bedrückten Armenier, Aschantis und Irländer erwärmen. Noch heute ist diese Art von Freiheitsideal nicht erloschen. Es wird selten mehr in nackter Klarheit verkündigt, aber wer die „Weltpolitik" des „Vorwärts" verfolgt, findet sie noch vielfältig mit den Erinnerungen dieser Denkweise angefüllt. Der Schrei „wir wollen frei sein" genügt zur Weckung von Mitgefühlen, er komme aus irgend welcher Ecke oder Höhle des Völkerlebens. Jeder Protest gegen irgend eine Fremdherrschaft gilt von Haus aus als berechtigt. Das ist der Internationalismus der früheren Demokratie, die für die Entwickelung des staatlichen Großbetriebes noch kein Verständnis hatte. Es ist weltpolitische Kleinstaaterei, eine Gesinnung, die nichts anderes ist als die Übertragung des Kleinbürgergeistes und seiner Kleinlichkeit auf die Verhältnisse der Staaten. Die Geschichte selbst hat aber längst gegen diesen Geist entschieden. Man mag sie als hart und kalt schelten, das wird ihr gleich sein, denn sie ist ja in der Tat gefühllos. Die Geschichte lehrt, daß der Gesamtfortschritt der Kultur gar nicht anders möglich ist als durch Zerbrechung der nationalen Freiheit kleinerer Völker. Das zeigt sich ebenso im Entstehen der antiken wie in dem der modernen Kultur. Das Römerreich war der Tod unzähliger Nationalitäten, von denen die meisten für alle Zeiten tot geblieben sind, und von denen sich nur die glücklichsten und kräftigsten nach dem Sturz der römischen Herrschaft wieder hervorwagten. Man kann aus dem berühmten fünften Bande der römischen Geschichte von Mommsen sehen, wie bunt und fast unübersehbar das Gewimmel der Völkerschaften war, das in der ganzen römisch gewordenen Welt unfrei

gemacht worden ist. Ganz ebenso beruht die Größe der Engländer und Russen in der heutigen Zeit auf dem Bruch zahlloser Freiheiten. Bisweilen fühlen wir den Bruch, als ob er uns geschähe, wenn es Buren oder Finnländer sind, die gerade getroffen werden, oft haben wir es aber kaum gemerkt, wenn irgendwelche Zentralasiaten oder Hinterindier sich beugen mußten. Ob wir es aber mit empfunden haben oder nicht, der Vorgang selbst ist immer wieder derselbe: der politische Kleinbetrieb kann sich nicht halten. Auch wir Deutsche haben angefangen, ebenso zu handeln. Die Frage, vor die unsere Demokratie also gestellt ist, heißt: Ist es unsere Aufgabe, die Neigung zum staatlichen Großbetrieb an sich zu bekämpfen? Die ältere Antwort lautete, wie wir gesagt haben: ja! Diese ältere Antwort paßt aber gar nicht zu einer sonstigen Gesamtauffassung, die den Sieg des Großbetriebes als eine allgemeine Notwendigkeit anerkennt. Eine Demokratie, die für Weltwirtschaft, Welthandel, wirklichen geschäftlichen Internationalismus eintritt, kann nicht gleichzeitig den alten Internationalismus der tausend kleinen Souveränitäten vertreten wollen. Hier gibt es eine ganz bestimmte Scheidung: eine kleinbürgerliche, partikularistische, rückständige Demokratie wird ein anderes politisches Gesamtideal haben als eine industrialistische, weltwirtschaftliche und kulturell fortschreitende Demokratie. Das aber, was wir der Sozialdemokratie vorwerfen, ist, daß sie vielfach noch bis an die Ohren in kleinbürgerliche Weltpolitik eingetaucht ist.

Nun ist es ja nicht zweifelhaft, daß beim Sieg des staatlichen Großbetriebes in der Tat sehr wertvolle Menschheitsteile ruiniert werden, denen unter Umständen unsere sittliche und ästhetische Teilnahme in viel höherem Grade gehört als ihren Überwindern. Das aber ist überall ebenso, wo überhaupt der Großbetrieb in die Erscheinung tritt. Überall zertritt er Individualitäten. Es ist deshalb ein logischer Fehler, wenn man den Großbetrieb etwa im Handel und im Bergbau befürwortet, ihn aber in der Staatspolitik verwirft, weil er Einzelleben ruiniert. Das tut er in beiden Fällen. Das zu tun, ist seine Natur. Wer ihn deshalb als zerstörende Macht bekämpfen will, der tue es auf allen Gebieten, das heißt, der sei entschlossen kleinbürgerlich in Wirtschaftspolitik und Staatspolitik! Es ist aber ein Unsinn, gleichzeitig die Weltregelung der Produktion und die Wiederherstellung der zerbrochenen Kleinvölker zu fordern. Dieser Unsinn ist es, der die internationalen Tagungen der Sozialisten so verworren macht.

Der Gedankengang des wirtschaftlichen Internationalismus, wie ihn die Marxisten vertreten, schließt die Anerkennung der politischen Großmächte ein. Das ist für uns Deutsche noch verhältnismäßig leicht, zuzugestehen, da unser deutscher Staat zwar nicht die allererste Größenklasse erreicht hat, aber immerhin ein lebensfähiger und starker Körper unter den politischen Riesenbetrieben

geworden ist. Wir sind nicht genötigt, unsere „nationale Freiheit“ zu opfern, wenn wir die Großbetriebsrichtung der Geschichte anerkennen. Viel ungünstiger ist natürlich die Lage aller Glieder schwächerer Nationalitäten. Sie haben nur eine für sie qualvolle Wahl, ob sie diese allgemeine Geschichtstendenz bejahen oder verneinen wollen. In jedem Falle geben sie etwas preis, was sie gern retten möchten, entweder den Glauben an die Souveränität ihrer Rasse oder ihres Volkes oder den Glauben an die Vernünftigkeit der Geschichtsentwicklung im kapitalistisch-technischen Zeitalter. Man muß sich diese Schwierigkeiten gegenwärtig halten und den starken Prozentsatz politischer Flüchtlinge in der Zusammensetzung des älteren Sozialismus beachten, wenn man die heutige Gebrochenheit der Sozialdemokratie in weltpolitischer Hinsicht verstehen will. Aber wenn man diese Gebrochenheit auch teilnahmsvoll verstehen mag, falsch ist sie doch. Es muß einmal von der sozialistischen Gesamtbewegung klar und rückhaltlos erkannt werden, daß es unmöglich ist, die Selbständigkeitsrechte der kleinen Nationalitäten zu schützen. Mit anderen Worten: ein Stück des alten, kleinbürgerlichen Freiheitsideales muß ins Wasser geworfen werden, damit man den technischen Kulturgedanken voll ausdenken und ihm dienen kann. Es ist kein ewiges Recht der Menschen, von Stammesgenossen geleitet zu werden. Die Geschichte hat entschieden, daß es führende Nationen gibt und solche, die geführt werden, und es ist schwer liberaler sein zu wollen, als die Geschichte selbst es ist.

* * *

Freiheit aber ist in zweiter Linie ein rechtlicher Begriff. Das soll heißen: ein Teil der Gesellschaft im Staat behandelt den anderen Teil als kriegsgefangen, als rechtlos oder als geringeren Rechtes; die Freiheit besteht aber darin, daß alle gleichen Rechtes werden. Rechtsfähigkeit und Freiheit sind bei dieser Betrachtungsweise fast gleichbedeutende Begriffe. Der Mensch, der sich sein eigenes Recht nicht suchen kann, sei es mit der Waffe, sei es mit dem Eid vor dem Richter, der Mensch, der nichts erwerben und vererben, der Niemanden verklagen oder zur vereinbarten Leistung nötigen kann, ist unfrei, er sei Weib, Kind, Ausländer, Sklave, Höriger oder sonst entmündigt. In diesem Sinne war und ist die „Freiheit“ ein Privilegium der Vollbürger. Ein Ausländer, der jeden Tag als lästig abgeschoben werden kann, ein Besiegter, dem man willkürliche Kontributionen auferlegt, ein Übelthäter der ohne feste Paragraphen nach Willkür gerichtet, gehenkt oder frei gelassen wird, ist unfrei, denn er kann die Voraussetzungen seines Daseins nicht rationell berechnen. Auf das letztere kommt es an. Es ist nicht so, als ob jeder Rechtlose nun schon deshalb, weil er rechtlos ist, unglücklich und elend wäre.

Keineswegs! Es gibt auch behäbige Sklaven, zufriedene Hörige, tanzende Zigeuner ohne alle Rechte, vor Vergnügen heulende Neger, die nicht daran denken, dasselbe Recht wie der Herr haben zu wollen. Die Rechtlosigkeit kann Ursache großer Schmerzen und Leiden sein, braucht es aber nicht zu sein, auf jeden Fall aber ist sie Überantwortung an Willkür, und es wurde das erste große Ideal des Freiheitskampfes innerhalb der Nationen, die Willkür zu regeln. So wunderlich es klingt: im Namen der Freiheit verlangte man Schema, Ordnung, Regel, Gleichmäßigkeit! Diese innere Ironie, die im Freiheitsbegriffe liegt, muß man sich vor Augen stellen, wenn man sich den Verlauf freiheitlicher Bewegungen verständlich machen will. Sie werden aus der Ungleichheit herausgeboren und streben zur Nivellirung. Daher sind sie in ihren Anfängen voll Leidenschaft und Zorn, grell in der Sprache und ungeheuerlich in ihrem Pathos, aber eben darum sind sie auch von da an, wo das Ziel erreicht ist oder sich auch nur als bald erreichbar darstellt, wie umgewandelt, aller großen Gluten bar, dürftig in ihrer Einfachheit. Bewegungen mit dem Ziel der Rechtsgleichheit sind keine ewigen Bewegungen, sie sterben an ihren eigenen Erfolgen und entleeren sich in dem Maße, als sie Fortschritte machen, weil sie sich im Laufe der Entwickelung nicht weiter steigern können. Es geht dabei, wenn ein gewöhnlicher Vergleich gestattet ist, wie mit dem Essen. Mehr als satt kann man nicht werden. Je mehr ein Staat liberal ist, das heißt, je mehr er gleiches Recht hat, desto weniger kann er Freiheitsbewegungen erzeugen. Wem also am schönen Rythmus des Freiheitskampfes das meiste liegt, der muß sich die Länder suchen, wo Kontraste und Willkür noch am höchsten sind. Die Länder, wo der Sieg der Freiheit, das heißt in diesem Falle des gleichen Rechtes, am vollkommensten ist, sind vom Standpunkt liberaler Romantik aus die langweiligsten, denn in ihnen gibt es keine Freiheitskämpfer mehr, höchstens noch einen gewissen pharisäischen Stolz gegenüber denen, die nicht so weit sind, und ein gewisses erhabenes Mitleid für die Opfer zurückgebliebener Zustände. So etwa erscheint bisweilen der englische Liberalismus.

Das ist es also, was den formalen Rechtsliberalismus, politisch schwach macht, daß er sich beständig selbst durch jeden Erfolg seiner Leidenschaft entkleidet. Sein Ziel ist die Unterschiedslosigkeit gegenüber der Staatsgewalt. Dieses Ziel wird nie vollkommen erreicht, und wir sind weit entfernt es etwa bald erreicht zu haben. Nicht jede Ungleichheit aber wird in gleicher Weise empfunden. Das ist es, woran sich theoretischer und praktischer Liberalismus scheiden. Der theoretische Liberalismus geht von der Forderung allgemeiner Rechtsgleichheit aller Staatsgenossen aus. Wo sie mangelt, setzt er mit seiner fordernden Kritik ein. Der praktische Liberalismus aber geht von den vor-

handenen Kontrastempfindungen der Zeitgenossen aus und verwandelt sie in politische Energie.

Theoretischer Liberalismus! Wer hat ihn nicht schon verspotten helfen? Alle Witzblätter sind beständig beschäftigt, irgend Jemand lächerlich zu machen, der eine noch nicht vorhandene Rechtsgleichheit erstrebt, und in der Tat, die äußerste Durchführung des Gedankens, daß „alles, was Menschenantlitz trägt", gleichen Rechtes sein soll, führt bis zur Komik. Aber das tut jeder bis in's Extrem durchgedachte Gedanke. Auch der Gedanke der Erhabenheit der Könige ist in Gefahr, zur Serenissimusposse zu werden, wenn er übertrieben wird. Das Recht der Säuglinge und das Recht der Sonnenbrüder mögen problematisch sein, wie alle Rechte, die nicht von den Betreffenden selber gefordert werden können, aber schon das „Recht des Kindes" fängt an ein ernsthafteres Gesicht zu bekommen, und das Recht der Frau beginnt sogar, ganz faßbar an uns heranzutreten. Der theoretische Liberalismus sucht nach noch nicht ausgeglichenen Kontrasten und findet sie noch auf allen Straßen und vor allen Gerichten. O macht doch diesen armen theoretischen Liberalismus nicht schlecht! Er ist ja etwas unmodern, ein Stück guten Restes aus der Aufklärungsperiode, kein Erzeugnis der Zeit, in der Bismarck, Darwin und Marx gelehrt haben. Er glaubt noch, daß es genüge, etwas als ungerecht aufzuzeigen, um die Besserung herbeizuführen, er glaubt an die Idee der Gerechtigkeit und dient nur ihr. Ob es eine Minderheit ist, die er benachteiligt sieht oder eine Mehrheit, das ist ihm ganz gleich. Er hat einmal den Gedanken, daß es nur gleiche Bürger und Bürgerinnen gibt, und dieser eine Gedanke ist sein Sonnenschein und sein Blütenduft. Was meint ihr, wäre es nicht besser, wir hätten etwas mehr theoretischen Liberalismus?

Der praktische Liberalismus aber sieht, daß die Gerichte den Lärm des Studenten anders ansehen als den Lärm des Brauereigehilfen, daß die Vereine der Arbeiter anders beaufsichtigt werden als die Vereine der Unternehmer, daß die Adeligen rascher in höhere Beamtenstellen einrücken als andere Leute, daß die Reichen im Landtag besser vertreten sind als die Armen, daß die Hausbesitzer im Stadtrat mehr bedeuten als die Mieter u. s. w. Aus solchen Kontrasten entsteht die allgemeine Stimmung des praktischen Liberalismus. Sind die Kontraste sehr groß, dann schwillt sie an. Groß aber sind sie am meisten in der Tiefe, dort wo alle einzelne Benachteiligungen zusammenkommen, wo die Menschen nicht adelig sind, nicht privilegiert, nicht besitzend, wo sie eben einfach nichts sind als Menschen. Diese Menschen ohne Bevorzugung verlangen „Freiheit", das heißt gleiches Recht. Hat man ihnen aber

gleiches Recht gegeben, dann werden sie sagen, daß das eine magere Hilfe sei, denn von bloßen Rechten könne man nicht leben.

* * *

Es ist also ein großer Unterschied zwischen dem nationalen und dem rechtlichen Freiheitsideal. Das erstere läßt sich in der modernen Welt nur für eine gewisse Zahl von Nationen durchführen, das zweite aber ist an sich durchführbar, vielleicht nicht bis ins letzte Extrem, aber doch in sehr hohem Maße. Und die Durchführbarkeit des zweiten Ideals ist ein gewisser Trost für die Undurchführbarkeit des ersten, denn sie bietet denen, die auf nationale Souveränität verzichten müssen, eine gewisse Gewähr, daß sie in dem Staatsgebilde, zu dem sie zwangsweise gehören, sich emporarbeiten können. Ohne die Idee der Rechtsgleichheit würde die Vergrößerung der Staatskörper ein absolut dunkles Verhängnis sein. Wir haben Rußlands Ausdehnung wachsen sehen, ohne daß die rechtliche Freiheit Einzug hielt. Der Macht fehlt ihre notwendige Korrektur. In Rußland kommt noch irgendwann ein Freiheitskampf, und wenn er kommt, kann er uns helfen, rückständige Reste von Ungleichheit auch bei uns noch abzuschütteln. Es wird wie eine zweite französische Revolution sein, wenn sich einmal Rußland rüttelt. Aber abgesehen von einem derartigen gewaltigen Sturme von außen, ist das Prinzip des Rechtsliberalismus bei uns nicht mehr stark genug, um eine tiefe nachhaltige politische Bewegung zu erzeugen, denn die vorhandenen Kontraste im Recht sind nicht mehr so grell, um einen einzigen das ganze Land durchhallenden Schrei nach gleichem Rechte zu wecken. Der Rechtsliberalismus hat bereits zuviel Boden gewonnen, um noch riesenhaft drohend auftreten zu können. Es kann ja sein, daß er durch eine Reichstagswahlrechtsverschlechterung wieder geweckt wird, aber ohne einen solchen Zwischenfall vollzieht sich die weitere Ausgleichung der bürgerlichen Rechte voraussichtlich wie in England im Laufe von ein oder zwei Menschenaltern ohne besonders gewaltige Eruptionen. Die „Freiheit" fließt dann breit und still wie ein Strom in der Ebene. Dann aber wird sich erst recht zeigen, daß mit dem Rechtsliberalismus allein das Ideal der Freiheit nicht erreicht ist.

Es kommt nämlich nicht blos darauf an, daß das Recht für alle gleich ist sondern auch und in noch viel höherem Grade darauf, worin das gleiche Recht besteht. Ein gleiches politisches Recht, welches in der Praxis unwirksam ist, ist eine nur geringe Erfüllung der Freiheitshoffnungen. Das gleiche Recht muß wirksames Recht sein. Und ein gleiches Zivilrecht ist ein zwar wichtiger, aber doch nur formaler Gewinn, solange es inhaltlich die einen stärkt und die Anderen schwächt. Mit anderen Worten: der formale Liberalismus ist ein Schritt zur Freiheit, aber nicht die Freiheit selber. Die formale

Liberalisierung des Staates ist nicht das Ende aller Probleme, denn auch im liberalen Staate gibt es große Unfreiheiten. Ein schlecht regierter liberaler Staat bietet dem Wohlsein der Menschen trotz allen Liberalismus nur geringe Garantien. Ist deshalb der Rechtsliberalismus bis zu einer gewissen Reife gediehen, so müssen seine Träger positive Regierungsideale gewinnen, wenn ihr eigenes Werk nicht versanden soll. Der Gedanke der Freiheit muß sich in ein Arbeits- und Lebensideal umsetzen, von dem aus Gesetzgebung, Verwaltung, Handel und Privatrecht beeinflußt werden.

* * *

Freiheit ist demnach in dritter Linie ein Kulturbegriff. Das soll heißen: es gibt eine Lebensweise moderner Völker, die als freiheitlich bezeichnet werden kann und die den formalen Rechten des Liberalismus erst sachlichen Wert gibt. Diese Lebensweise fand ihren schulmäßig reinsten Ausdruck in den Lehren der großen Nationalökonomen Englands, die man als Manchestertum bezeichnet hat. Der Kern dieser Lehren ist, daß jeder sein eigener Unternehmer sein soll. Es gibt keine zwangsweisen Bindungen mehr: selbst ist der Mann! Alle Bevormundung ist vom Übel, aller Staatseingriff schadet mehr als er nützt! Das ist die freie Konkurrenz, der freie Markt, das freie Spiel der Kräfte, der freie Handel, der freie Arbeitsvertrag, die sogenannte wirtschaftliche Freiheit. Das Einzelsubjekt wird als selbständig erklärt. Es mag leben oder sterben, aber es soll sein eigener Herr sein.

Dieser kulturelle Freiheitsbegriff stand in vollem und bewußtem Gegensatze zum Mittelalter und zum Polizeistaat. Man wollte keine Systeme von Überordnung und Unterordnung, keine festen Traditionen und keine Zünfte. Wie Eroberer in's Kolonialland stürmten die neuen Freiheitsmenschen in das losgebundene Wirtschaftsleben. Der Kulturgedanke des freien Einzelsubjektes war von begeisternder Kraft und hob den vorhin dargestellten Rechtsliberalismus erst zur geschichtlichen Kraft. Und wer will leugnen, daß er ein unausschöpflich reicher Gedanke ist? Es gibt nichts besseres als Einzelsubjekte, die etwas leisten können! Das Hemmnis aber lag darin, daß die Mehrzahl der Menschen weder jetzt noch früher Einzelsubjekte im Sinne dieser Freiheitslehre sind oder gewesen sind, und daß gerade die Proklamierung dieses Freiheitsideals in Deutschland mit einer Wendung der Technik zusammentraf, die direkt in entgegengesetzter Richtung wirkte. Von beidem müssen wir kurz reden:

Es liegt in der Natur des Menschen, daß er weniger eine isolierte Existenz ist als ein soziales Wesen. Er gedeiht im Allgemeinen heerdenweise und wächst meist wie die Bäume im Walde, die sich gegenseitig schützen und

hemmen. Nur wenige Menschen wachsen wie einzelne Tannen im Hochgebirge. Für die meisten ist es ein falsches Wort: selbst ist der Mann! Nun kann es ja sein, und auch wir glauben es, daß bei Ausdehnung des Spielraumes der Einzelnen deren Kräfte und Geister wachsen, aber sicher ist, daß die Generation, der man die wirtschaftliche Freiheit verkündigte, für sie zu einem großen Teil nicht stark genug war. Die „Freiheit", die als Geschenk gedacht war, kam vielen als Plage. Alle Schwachen taten sich zusammen: macht die Fenster zu, es zieht! Diesem Ansturm der Benachteiligten erlag der wirtschaftliche Liberalismus.

Gleichzeitig aber führte die Technik eine Art des Großbetriebes herbei, die auch die Isoliertheit der Starken aufhob. Der Einzelunternehmer, der der Mustermensch des wirtschaftlichen Liberalismus gewesen war, versank teilweis in Riesenbetrieben, Betriebsverbänden, Kartellen, Syndikaten und dergleichen. Die Parole „sei deines Glückes Schmidt!" verhallte im Gehämmer von Krupp und Stumm, und es zeigte sich, daß das Freiheitsideal des wirtschaftlichen Liberalismus im Grunde ein kleinbürgerliches Ideal gewesen war.

Man kann das Freiheitsideal der kleinen Nationen, von denen wir zuerst gesprochen haben, mit vollem Rechte mit diesem freien Unternehmerideal des bürgerlichen Liberalismus zusammenstellen. Beide Ideale sind voll von Wärme und Energie und haben zweifellos an sich ihr gutes Recht, nur hat die Geschichtsentwickelung gegen sie entschieden. Die große Entwicklung geht über sie hinweg, die Entwicklung, die dort politischer Großbetrieb und hier wirtschaftlicher Großbetrieb heißt. Es besteht hier wie dort derselbe schmerzliche Konflikt der Empfindungen: wer das alte Ideal des kleinen freien Einzelunternehmers im Ganzen festhalten will, muß mit Bewußtsein die größten Erfolge und Leistungen fahren lassen. Beispielsweise ist der heutige Zustand der deutschen Seefahrerei in keiner Weise mehr ein freies Spiel der Kräfte, aber er ist erfolgreicher als ein Nebeneinander von tausend kleinen Schiffsinhabern je hätte sein können. Unsere zwei großen Seehandelsgesellschaften haben „Freiheiten" zertreten. Das Kohlenkartell wirkt ganz ebenso und die Großbanken auch. Wer kann heute noch verkündigen: wenn du frei bist, gehört dir die Welt? Natürlich ist der Prozeß der Zusammenziehung der Betriebe längst nicht vollzogen, wird wohl auch niemals ganz reinlich zu Ende kommen, aber die neue Tendenz ist klar vor aller Augen, und damit hat das alte Ideal der Freiheit den schwersten Schlag bekommen, der möglich war.

Will man also die Bilanz des Liberalismus ziehen, so muß man zwei große Verluste nnd einen großen Gewinn einsetzen: die Zahl der souveränen Nationen und die Bedeutung der freien Einzelunternehmungen nimmt ab,

aber die Gleichheit der politischen und juristischen Rechte steigt. Ob damit die Freiheit im Ganzen gewonnen oder verloren hat, kann zweifelhaft sein und hängt sehr wesentlich von einer Frage ab, die erst im letzten Jahrzehnt klarer in das Bewußtsein des deutschen Volkes tritt, nämlich von der Frage: wie steht es mit der Freiheit inmitten der großen Betriebe? Das ist die Kernfrage des Liberalismus in der Zukunft.

* * *

Es schien vor 50 Jahren so leicht, die Menschen frei zu machen. Man brauchte nur alle Völker zu befreien, alle Staaten zu liberalisieren und alle Betriebe sich selbst zu überlassen. Gedacht war es schön und gut, nur ein Faktor kam dazu, der die ganze Rechnung umstieß: der Großbetrieb! Diesen Faktor zeitig in seiner ganzen Wucht erfaßt zu haben, ist das unbestrittene Verdienst von Marx. Praktische Beobachtung in England und theoretisch-philosophischer Sinn brachten ihn dazu, das eigentlich Charakteristische der neuesten Daseinsweise der Menschen vorher kommen zu sehen: die Konzentration der Produktion. Damit gab er der politischen Theorie und Praxis einen Anstoß, der heute uns alle bewegt.

Die wirtschaftliche Großmacht kommt. Seht, wie sie sich daherwälzt! Es kommt das Kartell der Kartelle, die schwere Industrie als fabelhafte schwarze Einheit. Da geht es wie Zittern durch den Wald des kleinen Lebens. Die Fabrikanten, die Handwerker, die Kaufleute, die Staatsbeamten stehen hilflos, bewundernd und erschrocken vor dem neuen Gebilde. Man macht eine Kartellenquete, blos um festzustellen, ob das neue Wesen nicht gestört sein will, wenn es sich weiter wälzen will. Der Handelsminister versucht, ein Bergwerk zu sich hinzuziehen. Da schüttelt das neue Wesen seine Pranken und die Helfer des Ministers werden ganz blaß. Man hält einen internationalen Sozialistentag in Amsterdam und beschließt, daß das Wesen bis auf weiteres nicht gestört werden dürfe, teils weil es unnütz, teils weil es gefährlich sei. Das ist die neue Unfreiheit, die sich im freien Spiel der Kräfte erhebt. Ihr dient alles, ihr dienen die Freiheiten, die der wirtschaftliche Liberalismus gebracht hat, und die Zölle, die aus der Angst vor dem Liberalismus herausgepreßt wurden. Bei gutem und schlechtem Wetter wächst die neue Macht, denn während der Krise zerdrückt sie die Kleinen und bei gutem Geschäftsgang weitet sie selber sich aus. Dieser Macht gehören schon ganze Städte, und Könige sind froh, wenn sie ihr Vermögen in den Schutz der neuen Größe stellen können. Das ist die Gefahr, die der Freiheit droht, denn was nützen die gleichen Bürgerrechte, wenn die Menschen sich freiwillig verkaufen müssen, wenn sie leben wollen?

Marx zwar hat uns eine hellere Zukunft verheißen. Er sieht aus der Konzentration der kapitalistischen Mächte das Morgenrot der letzten und größten Freiheit hervorleuchten. Möge er Recht haben, möge es wahr sein, daß die Gegenkräfte die die neue Macht heranzieht, stark genug werden, sich an ihre Stelle zu setzen, und mögen sie dann wissen, wie man es macht, den Großbetrieb mit Freiheit arbeiten zu lassen! Der Sieg der Freiheit hängt davon ab, daß diese Zukunftswünsche sich irgendwie einmal verwirklichen. Nur soll man nicht glauben, daß der Sieg bald und von selber kommt. Es gibt ernste Männer genug, die Jahrhunderte neuer feudaler Bindung heranziehen sehen wie Armeekorps einer feindlichen Macht. Sie sagen zu uns: wie wollt ihr den geeinigten Großproduzentenring jemals brechen? Ist nicht dieser neue Ring eiserner als der Bund des einstigen Landadels? Wann und wo gab es Mächte, die sich alle Arten von Helfern kaufen konnten wie diese? Und wann entstand eine neue Macht so sehr im dunkeln, unbegriffen von der Masse, verborgen in stillen Sitzungen und Hauptbüchern, telephonisch unter sich verbunden und schweigend nach außen? So fragen die Angstvollen, und es würde Leichtsinn sein, ihre Fragen nicht zu überlegen.

Soviel ist sicher, daß der Liberalismus als Gesamterscheinung zu Ende ist, wenn er gegenüber der Macht des Großbetriebes aus Furcht oder aus Mangel eines neuen freiheitlichen Gedankens sich tatenlos und programmlos zurückzieht. Dasselbe gilt von der Sozialdemokratie, die ein Teil der liberalen Gesammtbewegung ist. Natürlich wird sie immer sagen können, daß ja schon Marx die Überwindung der kapitalistischen Gefahr vorgezeichnet habe. Ganz richtig! Nur kommt es nicht darauf an, einen späteren weltgeschichtlichen Sieg in allgemeinen Worten zu feiern, sondern darauf, Maßnahmen vorzuschlagen, wie innerhalb der Riesenbetriebe die einzelnen Menschen nicht zu Sklaven werden, das heißt zu Leuten, die von der Willkür einer Oberstelle abhängen, auf die sie nicht den geringsten Einfluß haben. Das ist der Kern des Freiheitsproblems im modernen Industriestaat. Hier liegen die Aufgaben der nächsten Jahrzehnte.

Diese neue Art der Freiheitsfrage ist noch sehr wenig durchgearbeitet. Das trifft ebenso den bürgerlichen Liberalismus wie die Sozialdemokratie. Beide Bewegungeu haben sich viel lebhafter mit den Verhältnissen der kleinen Einzelbetriebe beschäftigt. Das kommt unter anderem auch daher, weil die größten Betriebe sozialpolitisch über dem Durchschnitt zu stehen pflegen und deshalb weniger Anlaß zu Notstandsklagen der Arbeiter und Angestellten bieten. Die sozialpolitisch elendsten Betriebe sind die Kleinen und Kleinsten, politisch aber sind diese Kleinen völlig ungefährlich. In ihnen wird teilweis gehungert, aber sie sind nicht entscheidend für den Charakter des Volkstums

im Ganzen. In den großen kartellierten Betrieben wird nicht gehungert, aber die Menschen werden Maschinenteile und Nummern. Die erste Generation bringt möglicherweise noch gewisse Persönlichkeits- und Freiheitsideen von draußen mit, aber wer sagt, ob in der Welt der Großbetriebe nicht schon in zweiter oder dritter Generation eine sklavenhafte Geduld sich einstellt, die alle bisherigen Ergebnisse liberaler Geschichtsentwickelung zu nichte macht? Tritt aber dieses ein, finden sich in den zentralsten Industrien Deutschlands hunderttausende von Männern, die gleichsam Kriegsgefangene des vereinigten Großkapitalismus sind und sein wollen, dann sinkt der Liberalismus zum Paganismus herab, das heißt zur Anschauungsweise kleinerer und mehr nebensächlicher Betriebsformen. Dann ist die Freiheit ein Zwischenspiel gewesen, eine Episode zwischen Mittelalter und Eisenzeit.

Das Beängstigende am großindustriellen Freiheitsproblem ist, daß die gewöhnlichen Mittel demokratischer Gegenwirkung gegen Überwältigung hier zu versagen scheinen, denn was bedeutet bisher die Organisation der Arbeiter in den größten Betrieben? Nichts oder fast nichts! Was bedeutet ein Druck der öffentlichen Meinung? Nichts, denn wer macht denn öffentliche Meinung? Die neuen Wirtschaftsgebilde sind mindestens so fest und selbstherrlich wie vor Zeiten der alte Polizeistaat. Vielleicht ist es aber gerade dieser Vergleich, der gewisse Aussichten bietet. Der alte absolute Staat hat es sich gefallen lassen müssen, daß er liberalisiert wurde; wird es nicht möglich sein, auch den zentralisierten industriellen Großbetrieb zu ähnlichen Zugeständnissen zu zwingen?

Die Richtung dieser Zugeständnisse würde, wie unsererseits schon an anderen Stellen ausgeführt wurde, eine doppelte sein müssen. Es handelt sich einerseits um Mitwirkung der Beschäftigten an der Leitung und andererseits um rechtliche Feststellung der unbedingten menschlichen und politischen Selbständigkeit der Arbeiter und Angestellten außerhalb des industriellen Dienstes. Beide Aufgaben sind voll von Einzelfragen und Schwierigkeiten, das was für jetzt erreicht werden muß, ist, daß zunächst einmal die Notwendigkeit eines besonderen Freiheitsrechtes für Gtoßbetriebsangestellte vom Liberalismus anerkannt wird. In der Verteidigung und Mehrung der Freiheit dieser Angestellten pulsiert in der gegenwärtigen Periode unseres Volkslebens die alte Freiheitsbewegung am wärmsten, oder sollte es wenigstens tun. Es ist also die heutige Freiheitsfrage etwas ganz spezielles, durch den Zustand der gewerblichen Entwickelung gegebenes. Um die Frage der Freiheit im Großbetrieb werden sich, sobald sie scharf und allgemein erfaßt wird, die anderen teils alten, teils neuen Freiheitsfragen wieder gruppieren, wie sie sich früher mit den politischen Verfassungsfragen verbunden haben. Ein Freiheits-

streben fördert dann, wenn die Gruppirung einmal vollzogen worden ist, das andere. Der Anfang aber ist schwer: die Sammlung der Geister auf die zentrale Angelegenheit.

Man denke noch einmal an die Parteien der deutschen Linken! Die große Zahl der Sozialdemokraten ist bisher keine sehr wirksame politische Kraft. Es wird alles ohne sie und das meiste gegen sie gemacht. Die Vertretungen des entschiedenen bürgerlichen Liberalismus sind klein und garnicht in der Lage, die Richtung der Gesetzgebung zu bestimmen. Das sind die Elemente, die das Erbe der Freiheitsbewegung zu tragen haben. Ihnen gegenüber wächst die neue Macht. Wird dieses Wachsen die Kräfte der Freiheit wecken? Wird es die Linke politisch muskelhaft machen? Es steht viel auf dem Spiele, nicht mehr und nicht weniger als das Ideal der Freiheit.

* * *

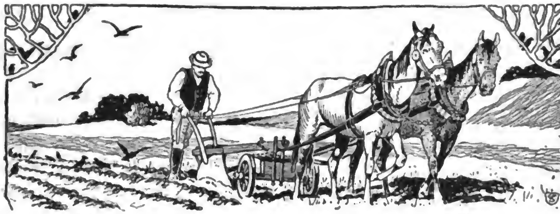
Wir wissen also, daß Freiheit nichts ist, was zu allen Zeiten und an allen Orten genau die gleiche Form und Farbe hat. Jede Zeit hat ihre Freiheiten, die sie sucht. Aber in allen Verschiedenheiten gibt es doch etwas einheitliches, das ganz tief in der Seele liegt, nämlich eine Art der inneren Entschlossenheit, ohne welche alle derartigen Kämpfe nicht geführt werden können. Bis jetzt sagten wir: Freiheit ist eine nationale, rechtliche und kulturelle Idee, die sich nach Volk, Zeit und Umständen verschieden wandelt, nun aber zum Schluß schreiben wir: *Freiheit ist eine ganz persönliche Angelegenheit* und wenn sie das nicht ist, dann gibt es keine freien Staaten und keine freien Kulturen.

Kein Fortschritt der Freiheit ist in der Welt erreicht worden, wenn es nicht Menschen gab, die lieber sterben als Knechte sein wollten. Das ist am offenbarsten bei den Freiheitskämpfen der Nationen, aber auch alle innerpolitischen Kämpfe sind durchtränkt mit Herz und Blut. Die Gasse der Freiheit trägt Spuren verspritzten Lebens. Mit bloser Abrechnung macht man Menschen nicht von ihren Banden los. Ja, man kann sagen, daß die „Freiheiten“, die ohne merkbare und große Opfer gewonnen wurden, weniger fest und sicher sind als die, die durch Tod gekittet sind. Es ist schon öfter darauf hingewiesen worden, daß das Wahlrecht zum deutschen Reichstag fester sein würde, wenn es mit unverlöschlichen Opfern erzwungen worden wäre. Daß es der Masse gegeben wurde, ehe sie stark genug war, es sich zu holen, ist seine Schwäche. Natürlich soll man nicht unnötig Kämpfe suchen und soll nicht künstliche Märtyrer herstellen wollen, aber es würde nicht richtig sein, vom Ideal der Freiheit zu reden, ohne es klar auszusprechen, daß es Freiheit

nicht gibt ohne freie Menschen. Freie Menschen sind aber solche, die im Entscheidungsfalle selbst den Tod nicht fürchten.

Damit ist der Zusammenhang zwischen Freiheit und Religion gegeben. Die Formen des Freiheitsstrebens sind, wie wir bisher sehen, meist unreligiös und enstammen den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, der Untergrund aller Freiheiten aber ist mit Religion sehr verwandt, denn er ist ein Seelenzustand, der voll von Glauben und Hingabe ist. Man streiche alle Menschen aus der Welt, die diesen Zustand haben, und die Freiheiten werden nur wie naß geregnete Fahnen von den Dächern herabhängen. Oft war Religionskampf und Freiheitskampf in der Geschichte direkt miteinander verbunden. Fast alle englischen Freiheitskämpfe waren dieser Art. Aber auch da wo gar keine konfessionellen, antikonfessionellen, wiedertäuferischen, methodistischen oder sonst ähnlichen Interessen mitspielen, wo es sich nur um juristische, politische und wirtschaftliche Freiheiten handelt, ist der Dienst der Freiheit ein Kultus gewesen, der nicht ohne Vertiefung und Opfer ausgeübt werden konnte, denn so sicher ist es, daß Freiheit Nutzen bringt, wo sie glücklich gedeiht, so sicher ist auch, daß es oft nicht der Privatnutzen der Kämpfer war, für sie zu streiten. Man hat deshalb in jedem Sinn ein Recht, von ihr als von einem Ideal der Freiheit zu reden.

Und wenn wir klagen, daß der Fortschritt der Freiheit im deutschen Volke kein eilender ist, so zwingt uns diese Beobachtung bis in den Untergrund der Seelen hineinzuschauen und zu erwägen, wie viele arme Nützlichkeitsseelen vorhanden sind, die zu jeder Knechtschaft bereit sind, wenn man sie nur in Ruhe läßt. Man will sich nicht kompromittieren, nicht anstoßen, nicht stören, nicht unbequem werden. Das aber schadet alles der Freiheit im Ganzen. Das erste darum, was wir tun können, um an der allgemeinen Freiheit mitzuhelfen, ist, daß wir selber frei zu werden suchen, soviel uns immer möglich ist.



Die Anfänge der agrarischen Bewegung in Deutschland.

Von

Dr. Max Nitzsche.

Die altpreußischen und die neudeutschen Agrarier.

In der agrarischen Bewegung lassen sich zwei Epochen unterscheiden. Die erste reicht von den Anfängen des Zollvereins bis etwa in die Mitte der 70er Jahre. Diese Bewegung war rein aristokratisch, ihr Träger war der altpreußische Großgrundbesitz, eine kleine, aber mächtige Partei, die opponierte gegen all die großen Freiheitsgesetze, die am Beginn des 19. Jahrhunderts zu Preußens Wiedergeburt geführt hatten.

Durch ihren Einfluß wurde in der Tat vieles von der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung rückgängig gemacht. Die Bauernbefreiung wurde dazu benutzt, im weitem Umfange Bauernland einzuziehen; denn das Bauernlegen war rentabel, so lange die Preise für landwirtschaftliche Produkte stiegen. Bei hohen Preisen hat sich noch immer der Großgrundbesitz ausgedehnt und ist immer der Bauernstand zurückgegangen. Jene Millionen besitzloser Landarbeiter, die das Hauptkontingent der deutschen Auswanderer bilden, sind Bauernsöhne, deren Vorfahren die Junker damals aus ihrem Besitz vertrieben haben. Nach A. Meitzen gab es in den alten preußischen Provinzen i. J. 1859 9873 Bauerngüter weniger als i. J. 1816, und die Verminderung des Bauernstandes dauerte bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein.

Ebenso dauerte der Gegensatz zwischen Grundadel und Bauerntum, der die ganze Zeit der Hörigkeit erfüllt hatte, bis in die Anfangszeit der

neudeutschen Entwicklung in den Köpfen der Landleute fort. So kam es, daß man bis Mitte der 70er Jahre, d. h. bis zum Einsetzen der überseeischen Konkurrenz, nichts von der Solidarität der landwirtschaftlichen Interessen hörte.

Als Deutschland unter den weitblickenden Staatsmännern des Zollvereins sich aus den engen Verhältnissen des reinen Agrarstaates herauszuarbeiten begann, erklärte sich die Feudalität als prinzipieller Gegner der großindustriellen Entwicklung, denn sie fürchtete für ihre politische und soziale Machtstellung. Deshalb bekämpfte sie auch alle industriellen Schutzzölle, die damals als Erziehungszölle für die jungdeutsche Industrie eine unbedingte Notwendigkeit waren gegenüber dem mannesstarken englischen Konkurrenten. Preußen aber sollte nach dem Willen der Feudalen ein Agrarstaat bleiben, worauf es, wie sie behaupteten, durch die natürlichen Bedingungen, durch geographische Lage, Klima 2c. angewiesen sei.

Einer ihrer Vorkämpfer war der ultrakonservative Abg. Otto v. Bismarck, damals gelegentlicher Mitarbeiter der Kreuzzeitung. Ebenso wie alle Schutzzölle, bekämpfte er die Verbesserung der Agrarverhältnisse, die Regulierung der Grundsteuer, die Aufhebung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit u. s. w. als „Konzessionen, die man der Theorie und einem angeblichen Zeitgeist machen wolle". Von den Schutzzöllen fürchtet er, daß sie dem Industrialismus Vorschub leisten, und der Industrialismus war für ihn nur der fruchtbare Boden für revolutionäre Bestrebungen.

> „Die Fabriken bereichern den Einzelnen, uns aber erziehen sie die Massen von Proletariern, von schlecht genährten, durch die Unsicherheit ihrer Existenz dem Staate gefährlichen Arbeitern. Für die Arbeiter fällt nichts dabei ab, denn daß Fabrikarbeiter jemals Kapitalien zurückgelegt oder sich bereichert hätten, das habe ich nie bemerkt". — „Die Schutzzölle verschärfen nur die kapitalistischen Gegensätze und bedrohen uns mit neuen revolutionären Gefahren". „Der Schutzzoll ist der Schutz gegen die Freiheit der Inländer, da zu kaufen, wo es ihnen am wohlfeilsten und bequemsten scheint, also ein Schutz des Inlandes gegen das Inland. (Bismarcks Landtagsreden vom 18. u. 19. Oktober 1849.)

Das Alles war durchaus im Geiste der preußischen Konservativen gesprochen. Sie litten damals unter keiner ausländischen Konkurrenz, trieben vielmehr einen gewinnbringenden Export, besonders nach England. Daher waren sie begeisterte Freihändler und suchten mit allgemein ethischen Grundsätzen die Verwerflichkeit jedes staatlichen Eingreifens und jeder staatlichen Unterstützung darzutun. Wenn nun auch die preußisch-deutsche Handelspolitik im wesentlichen nach den Wünschen und Interessen der Junker geleitet wurde, in der allgemeinen Wirtschaftspolitik vermochten sie ihr Programm nicht zu verwirk-

lichen, da waren sie ohnmächtig gegenüber der neuen Zeit und dem Liberalismus. Natürlich waren sie Gegner aller liberalen Freiheiten außer der Handelsfreiheit. Bis Mitte der 70er Jahre trieben diese feudalen Frondeurs eine zwar energische aber aussichtslose Opposition gegen das liberale Wirtschaftssystem, sie waren in einer hoffnungslosen Minoität.

Seit 1875/76 aber gewinnen die agrarischen Ideen allmählich an Einfluß, und überraschend schnell, bereits Ende der 70er Jahre gelangen sie zum vollständigen Siege. Die Steuer- und Wirtschaftsreform von 1879 bedeutet nicht nur Bruch mit dem Freihandel, sondern Bruch mit dem liberalen Wirtschaftssystem überhaupt. Dieses Jahr ist ein wichtiger Merkstein in der deutschen Geschichte, es bildet die Grenzscheide zwischen einem liberalen und einem konservativen Zeitalter. Der konservative Agrarismus drückt nunmehr der gesamten wirtschaftlichen Gesetzgebung seinen Stempel auf. Wie ist dieser plötzliche Erfolg zu erklären?

Es wird oft behauptet, die Agrarier seien allein durch Bismarcks Hilfe zum Siege gelangt. In dieser Ausschließlichkeit ist das irrig und beruht auf einer Überschätzung der Persönlichkeit in der Politik. Der entscheidende Grund ist in der Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu suchen

Nach dem glänzenden Aufschwung und der Milliardenzeit war seit 1873 eine schwere allgemeine Wirtschaftskrise über Deutschland hereingebrochen, wir erlebten einen allgemeinen und intensiven Preisfall wie kaum zuvor in der Geschichte; und zu der Industriekrise trat seit 1875 eine Agrarkrise.

Das hatte weittragende Folgen, die zur Orientierung hier kurz vorweggenommen werden sollen.

Einmal war jetzt die Voraussetzung gegeben für die „Solidarität aller produktiven Stände,“ von Industrie und Landwirtschaft, wie sie jetzt immer lauter proklamiert wurde. Die gemeinsame Not einte die bisherigen Feinde. Sodann ändert die agrarische Bewegung selbst ihren Charakter, insofern sie jetzt eine breite demokratische Basis über ganz Deutschland hin gewinnt. Die Grundgedanken allerdings, die leitenden Prinzipien bleiben dieselben. Die allgemeine wirtschaftliche Not, der in allen Bevölkerungskreisen herrschende Pessimismus waren den agrarischen Bestrebungen überaus günstig. Jetzt finden die Angriffe auf die liberale Wirtschaftsordnung einen ganz andern Resonanzboden. Die Junker sammeln alle Unzufriedenen um ihre Fahnen und übernehmen die Führung der antiliberalen Elemente. Damit gelingt es ihnen, sich die Massen anzugliedern, die ihnen vorher gefehlt hatten. Das Anschwellen der auswärtigen Konkurrenz treibt den konservativen Agrariern mehr und mehr auch die Landwirte aus den anderen Parteien in die Arme. Der

Gedanke einer großen Agrarpartei ohne politisches Programm wird wiederholt proklamiert. In den Jahren 1876 und 1877 wagt man zuerst den Ruf nach Agrarzöllen zu erheben, welche die Junker ohne fremde Hilfe nie bekommen hätten.

Daher näherten sie sich seit Anfang 1877 den Industriellen, während sie die ersten Jahre, solange die Krise allein die Industrie in Mitleidenschaft zog, schadenfroh bei Seite gestanden hatten. Denn das Aufhören der industriellen Prosperität brachte der Landwirtschaft billigere Arbeitskräfte und billigeres Kapital. Zugleich war damit dem Hasse der Agrarier gegen die durch Konjunktur und Gesetzgebung begünstigte Großindustrie der Hauptgrund entzogen, zumal seit dem 1. Okt. 1877 die Eisenzölle gefallen waren, gegen welche die Landwirte seit Jahren mit Leidenschaft agitiert hatten. Die Hauptdifferenzpunkte waren also beseitigt. So kam i. J. 1878 die denkwürdige Koalition zwischen „rheinischem Hochofen" und „ostelbischem Rittergut" zustande.

Seither brachten die Agrarier die grundsätzliche Feindschaft gegen die großindustrielle Entwicklung aus taktischen Gründen nicht mehr offen zum Ausdruck, vielmehr beschränkten sie sich auf den Kampf gegen das mobile Kapital.

Der Bruch mit den bisherigen handelspolitischen Traditionen war entscheidend für das politische Machtverhältnis. Nun hatten sie nicht mehr nötig, in den wichtigen Fragen der Zollpolitik mit den verhaßten Liberalen zusammen zu gehen. Durch Aufstellung eines allgemeinen Wertzolltarifs, eines „lückenlosen" Tarifs, durch allerlei Kompromisse und Konzessionen warben sie sich neue Bundesgenossen auf allen Seiten. Als Freihändler hätten die Agrarier den Liberalismus nie überwinden können, sie siegten mit Hilfe des Schutzzolls. Es wurde auch ihre Stellung zur Regierung eine ungleich günstigere, denn jetzt konnten sie dieser etwas bieten. Das agrarische Zoll- und Steuerprogramm verhieß den notleidenden Reichsfinanzen gewaltige und von selbst steigende Einnahmen — besonders die Getreidezölle mußten eine große finanzielle Wirkung ausüben — und zwar ohne daß damit eine lästige, parlamentarische Kontrolle verbunden war. Das war es eben, was Bismarck wollte und was ihm die Liberalen hartnäckig verweigerten.

Der letzte entscheidende Schritt war, daß die peußischen und süddeutschen Agrarier, diese erbitterten Partikularisten national wurden und sich auf den Boden der Reichsverfassung stellten. Denn sie waren sich wohl bewußt, daß sie einen Einfluß auf die Reichspolitik nur durch Verzicht auf alle partikularistische Opposition gewinnen konnten. Das Reich hatte über die Handelspolikik zu entscheiden, nur das Reich konnte ihnen die begehrte Hilfe bringen. So proklamieren sie denn eine „nationale" Handelspolitik, im Gegensatz zum „kosmopolitischen" Freihandel, der den „produktiven Ständen" feindlich sei

und nur den Interessen des vaterlandlosen Geldkapitals diene. Damit rücken sie Bismarck wiederum einen Schritt näher.

Der endgiltige Sieg wird ihnen durch den Beitritt des Kanzlers, der sich 1877/78 mit seinen frühern Gegnern aussöhnt. Es ist irrtümlich oder tendenziös, ihn als dən „Macher" der agrarischen Bewegung zu bezeichnen. Bismarck machte nur die elementaren Kräfte der neuen Bewegung seinen höheren politischen Zwecken dienstbar, er nahm die ihm präsentierten Steuerquellen an, um durch sie die Reichsfinanzen zu konsolidieren, die Zentralgewalt zu stärken. Gleichzeitig wurde es ihm jetzt möglich, mit den übermächtigen Liberalen zu brechen, die ihm schon lange unbequem und gefährlich waren.

Das ist in kurzem der Weg, auf dem die Agrarier zum Siege gelangt sind.

Der Pessimismus als Stütze reaktionärer Bestrebungen.

Den fruchtbaren Boden für reaktionäre Bestrebungen aller Art bildete die allgemeine Unzufriedenheit, die pessimistische Grundstimmung während der zweiten Hälfte der 70 er Jahre.

Deutschland wurde von einer schweren und andauernden Wirtschaftskrise heimgesucht, und alle Bevölkerungsschichten sahen sich mehr oder weniger davon in Mitleidenschaft gezogen. Nach dem fieberhaftem Aufschwung und Gründungstaumel, der 1873 seinen plötzlichen Abschluß erreichte, befand sich das Laud in einer hochgradigen Erschöpfung; Mutlosigkeit und Verzweiflung hatten Platz gegriffen, Mißtrauen in die eigene Kraft und in das Allheilmittel der „Selbsthilfe". Man hatte einen gründlichen Katzenjammer und sah alles schwarz in schwarz. Ganze Erwerbszweige fühlten sich durch die „laisser-faire" Politik benachteiligt, ausgebeutet. Sie waren ins Hintertreffen gekommen und glaubten sich nicht im Stande, aus eigener Kraft den verschärften Kampf ums Dasein zu bestehen.

Lauter und lauter ertönte der Ruf nach Staatshilfe, nach Reformen! Waren sich auch die Wenigsten klar über das, was sie wollten, soviel stand für sie fest: Es muß anders werden! Nun kamen die Agrarier und sagten: „Seht! Das sind die Früchte der freien Konkurrenz, der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, all diese schönen liberalen Freiheiten sind nur der goldenen Internationale, dem Bank- und Börsenkapital zu Gute gekommen. Das liberale Wirtschaftssystem hat Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht, wir stehen vor dem völligen Ruin!" Dem Freihandel sagten sie noch nichts böses nach, mit dem brachen sie ja erst 1878. Im Gegenteil, bis auf weiteres wurde gerade den Schutzzöllen die Mitschuld an dem Gründungsschwindel und der Depression zugeschrieben. In diesen Angriffen steckte insofern ein richtiger

Kern, als die Krise allerdings eine Folge der überschnellen Industrialisierung Deutschlands, eine kapitalistische Kinderkrankheit war. Es wurde die Parole ausgegeben: „Schutz den Schwachen", damit meinte man in erster Linie sich selbst, und überhaupt alle Kreise, die der modernen Entwicklung feindlich gegenüberstanden bezw. ihr nicht folgen konnten.

Die Reaktion erhielt Zuzug von den verschiedensten Seiten, vom katholischen und protestantischen Klerus, vom Handwerk und einem großen Teile der arbeitenden Massen. Es waren ganz heterogene Elemente, die durch die Gegnerschaft gegen den modernen Kapitalismus geeinigt wurden und bei aller Verschiedenheit ihrer Ziele einig waren in der Todfeindschaft gegen die Verkehrsfreiheit mit ihrem Prinzip der freien „zügellosen" Konkurrenz.

Seitdem der Liberalismus begann, den alten Polizei- und Patriomonialstaat in Trümmer zu schlagen, haben die Junker unablässig einen erbitterten Kampf gegen alle Neuerungen geführt. Sie rangen um die Alleinherrschaft im Staate. Ihre politische und soziale Machtstellung sahen sie zusehends bedroht durch die neue industrielle Feudalität einerseits, die Handels- und Finanzaristokratie andererseits. Mit der ersteren kamen sie bald zu einem Kompromiß Der Angriff konzentrierte sich seit Ende der 70er Jahre gegen das Übergewicht des mobilen Kapitals im öffentlichen Leben, gegen das Börsentreiben vor allen Dingen, das Schuld sei an dem andauernden Sinken der Getreidepreise. Mit Haß und Verachtung blickte der Junker auf die Parvenus, die reich gewordenen „Pfeffersäcke" herab, deren Lebenshaltung bald kostspieliger und luxuriöser als die seine wurde. Da ein großer Teil der grandseigneurs gewohnt war, seine führende Stellung auch äußerlich durch die Größe der Ausgaben und entsprechende Prachtentfaltung zu dokumentieren, so wollte er sich darin nicht überflügeln lassen. Das war ein Hauptmoment ihrer Verschuldung, denn es fehlte immer mehr die ökonomische Grundlage.

Die stetig steigenden Getreidepreise, besonders ihre abnorme Höhe Anfang der 70er Jahre, hatte eine wilde Grundstücksspekulation zur Folge gehabt, an der sich der Großgrundbesitz hervorragend beteiligte. Es waren allgemein übertriebene Spekulationspreise gezahlt worden in der Erwartung dauernd günstiger Getreide-Konjunktur. Infolgedessen wurde mit geringer Anzahlung gekauft und hohe Restschulden auf den Gütern stehen gelassen, sodaß allmählich ein krasses Mißverhältnis zwischen Grundwert und Ertragswert eintrat. Eine schwere Krise war unausbleiblich, sobald die Preise nicht weiterstiegen.

Tatsächlich enteignete die steigende Hypothekarverschuldung den Grundbesitz zu Gunsten der großstädtischen Gläubiger; die Grundstücke der alteingesessenen Geschlechter wurden „mobilisiert". Nun klagten sie über hohen

und ungerechten Steuerdruck, über ungünstige Kreditverhältnisse, hohe Stempelsteuern, über die freie Bank- und Börsengesetzgebung, die Freizügigkeit und das „römische" Erbrecht.

Mitte der 70er Jahre erschien eine Hochflut von Broschüren und Schmähschriften gegen das herrschende Wirtschaftssystem, die unleugbar eine große Wirkung auf die öffentliche Meinung hatten. Vor allem sind zu nennen: R. Meyer: Korruption und Gründer in Deutschland, Wilmanns: Die goldne Internationale, v. Diest-Daber: Geldmacht und Sozialismus, v. Wedemeyer-Schönrade: Die ländliche Arbeiterfrage, A. Niendorf: Die Geheimnisse der herrschenden Wirtschaftspolitik u. a. m. Abgesehen von R. Meyer sind die Verfasser durchweg agrarische Wortführer. Mit agitatorischem Geschick wurden darin die schärfsten prinzipiellen Angriffe gegen die großkapitalistische Entwicklung gerichtet, die das Land entvölkere und hungernde, elende Proletariermassen in den Großstädten züchte. Der Liberalismus sollte ausschließlich verantwortlich sein für die Ausschreitungen der Gründerperiode von 1873, an der sich die Vorkämpfer der Reaktion selbst hervorragend beteiligt hatten; man lese nur die Gründerlisten bei R. Meyer nach, und man wird adelige und fürstliche Namen in Menge finden. Jetzt wurden dem Liberalismus die engen persönlichen Beziehungen zu Bank- und Börsenwesen verhängnisvoll. Weite Kreise des Bürgertums, besonders des sogenannten Mittelstandes gingen damals ins konservative Lager über und verhalfen einige Jahre später dem Schutzzollgedanken mit zum Sieg.

Der Kampf kulminierte in den berüchtigten „Ära Artikeln der Kreuzzeitung" vom Juni 1875, deren anonymer Verfasser Perrot war:

> Für die intellektuellen Urheber der herrschenden Wirtschaftspolitik erklärt er die Minister Delbrück und Camphausen, auf die Bleichröder einen enormen Einfluß ausübe. Die sogenannte „nationalliberale" Presse befinde sich vorzugsweise in den Händen seiner Glaubensgenossen oder von ihnen mehr oder weniger abhängigen Leuten. „Die Finanz- und Wirtschaftspolitik des neuen deutschen Reiches macht auf unbefangene Beurteiler den Eindruck reiner Bankierpolitik. Dies konnte nach den Verhältnissen der in diesen Dingen leitenden Persönlichkeiten durchaus nicht Wunder nehmen; denn Herr G. v. Bleichröder ist selbst Bankier, Herr Delbrück ist Verwandter eines Bankhauses (Delbrück, Leo & Comp.) und Herr Camphausen ist Bruder eines Bankhauses. Wenn zugleich die Geld- und Wirtschaftspolitik des deutschen Reichs immer den Eindruck von Judenpolitik (das ist von und für Juden betriebener Politik und Gesetzgebung) machte, so ist das ebenfalls sehr erklärlich, da der intellektuelle Urheber dieser Politik, Herr v. Bleichröder, selbst Jude

ist . . . . . Die Herren Lasker, Bamberger und der beiden eng befreundeten H. B. Oppenheim sind ja Juden und sind die eigentlichen Führer der sog. „nationalliberalen" Majorität des Reichstags und der preußischen zweiten Kammer. Die jüdischen Bankhäuser haben Einfluß auf die Ministerernennungen. Sowohl die Staaten als die leitenden Staatsmänner suchen sie von sich abhängig zu machen." Die Maß- und Gewichtsreform, die Münzreform, die Anlegung der Milliarden aus der Kriegsentschädigung, die Eisenbahnpolitik, die Aktiengesetzgebung sind nur den Bank- und Börsenkreisen zu gute gekommen. Zum Schluß wird des nähern auf die intimen Beziehungen Bismarcks zu Herrn v. Bleichröder eingegangen, und Perrot scheut sich nicht, den Kanzler der Korruption durch die Kapitalmächte zu zeihen.

Die Agrarier bekannten sich mit der Tendenz dieser Artikel vollkommen einverstanden. Der Konflikt Bismarcks mit den Konservativen war damals auf dem Höhepunkt. Am 9. Februar 1876 erfolgte im Reichstage eine scharfe Abwehr des Kanzlers.

„Jeder, der das Blatt (die Kreuzzeitung) hält und bezahlt, beteiligt sich indirekt an der Lüge und Verleumdung, die darin gemacht wird, an Verleumdungen, wie die Kreuzzeitung sie im vorigen Sommer gegen die höchsten Beamten des Reichs enthalten hat, ohne die leiseste Andeutung eines Beweises."

Sofort zeigten einige Hundert hervorragende Konservative, die sogenannten Deklaranten, ihre erneuten Abonnements in der Kreuzzeitung an. — Es ist charakteristisch, mit welchen Mitteln damals von Konservativen gegen die Regierung gekämpft wurde! — Besonders den drei „konstitutionellen" Ministern: Delbrück, Camphausen, Achenbach warfen die Reaktionäre enge Verbindung mit der Börse und Mitschuld an dem Gründungsschwindel vor. Die liberalen Berliner Zeitungen wurden als Juden- und Gründerblätter denunziert, die liberalen Parteiführer: Miquel, Bamberger, Braun, Bennigsen, Hammacher u. a. mit persönlichen Verdächtigungen überhäuft und beschuldigt, daß sie ihre parlamentarische Machtstellung zu Vermögensvorteilen aller Art mißbraucht hätten.

Die Bücher von Perrot und Glagau „Über den Gründungs- und Börsenschwindel" erregten ungeheures Aufsehen und hatten einen unzweifelhaften Einfluß auf die Wahlen zum Reichstag und Landtag 1876/77. Eine ganze Reihe der angegriffenen nationalliberalen und fortschrittlichen Gründer wurden nicht wiedergewählt. Es ist indessen bemerkenswert, daß unter den von Glagau p. 70 ff. namentlich aufgezählten Gründern hohe Aristokraten, hoch gestellte Beamte u. s. w., die der konservativen Partei angehörten, sehr zahlreich vertreten sind. Es ist erklärlich, daß durch diese fanatische und skrupellose

Kampfesweise dem Liberalismus viele Anhänger verloren gingen: semper aliquid haeret!

Ihr Zentrum fand diese Agitation zunächst im Kongreß deutscher Landwirte, wo 1875 die agrarische Richtung die Oberhand gewann und die nationalliberale Leitung hinausdrängte. Anfang 1876 erfolgte dann die epochemachende Gründung des Vereins deutscher Steuer- und Wirtschaftsreformer, dessen Mitglieder sich durchweg aus dem Großgrundbesitz rekrutierten. An der Spitze standen Graf Udo-Stolberg, Frh. v. Thüngen-Roßbach, Frh. v. Mirbach, A. Niendorf, v. Wedemeyer. Man beschloß ein umfassendes, wirtschaftliches und soziales Programm, dessen wichtigste Grundzüge folgende sind:

> „Es ist auf eine gleichmäßige Verteilung aller Steuern hinzuwirken, damit der bis jetzt überbürdete Grundbesitz und die redliche Arbeit in allen Berufszweigen entlastet werde."

Alte, zum Teil gerechtfertigte Klagen, die den Ausgangspunkt der ganzen Bewegung bildeten!

> „Auf der Grundlage des Freihandels stehend, sind wir Gegner der Schutzzölle, behandeln jedoch die Eingangszölle und Konsumtionssteuern als eine offene Frage."

Das war sehr diplomatisch ausgedrückt, man ließ sich bereits eine Hintertür offen.

> „Die Einführung einer Börsenumsatzsteuer nach dem Werte, sowie eine Besteuerung der ausländischen Wertpapiere sind dringend geboten."

Aus den Verhandlungen geht hervor, daß damit eine Erdrosselungssteuer gemeint war.

„Das Aktiengesetz vom 11. Juni 1870 bedarf einer durchgreifenden Reform. Insbesondere sind Schutzmaßregeln zu treffen gegen die sittlichen und wirtschaftlichen Gefahren, welche die unzureichende Verantwortlichkeit der Gründer und Vorstände nach sich zieht."

In den Verhandlungen wird offen ausgesprochen, daß man nur vorläufig aus Opportunitätsgründen eine Reform verlangt, im Prinzip aber für vollständige Beseitigung des Aktienwesens ist.

> „Die Gewerbeordnung und das Unterstützungswohnsitzgesetz bedürfen dringend der Revision."

Damit ging man der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit zu Leibe.

„Gegen Kontraktbruch wird ein wirksamer Rechtsschutz im beschleunigten Verfahren mit vorläufiger ortspolizeilicher Entscheidung verlangt."

Das war die Quintessenz ihrer Sozialpolitik. Man stößt in den Berichten auf ausführliche Erörterungen über die „Arbeiterfrage." Die Fragestellung lautet aber nicht etwa: wie können wir das elende Los unserer Arbeiter bessern? sondern: wie können wir am besten den Arbeitgebern helfen, ihnen billige und willige Arbeitskräfte verschaffen? Zu diesem Zwecke wird ferner verlangt: Verstärkung der grundherrlichen Polizeigewalt, Wiedereinführung der Prügelstrafe, geringere Schulbildung, kurz Rückkehr zum alten Patriarchalstaat!

Schließlich werden auch Staatseisenbahnen gefordert. Das war wichtig für die spätere Annäherung an Bismarck.

Viele dieser Forderungen sind durch die spätere Gesetzgebung verwirklicht worden. Bis auf den heutigen Tag nimmt der Verein für sich die geistige Urheberschaft der Steuer- und Wirtschaftsreform von 1879 in Anspruch, die einen sagen, sie hätten den Kanzler überredet, die andern sie hätten ihn gezwungen. So viel ist richtig, daß Bismarck 1879 und später durchaus mit den Argumenten der „Steuer- und Wirtschaftsreformern" gearbeitet hat. Das Wichtigste hatte man allerdings in den Statuten aus taktischen Gründen nicht erwähnen können, wovon sich jedoch jeder aus den Berichten genügend überzeugen kann, nämlich: Kampf bis aufs äußerste gegen die ganze neuzeitliche ökonomische und kulturelle Entwicklung! Es tritt uns eine geschlossene agrarische Weltanschauung entgegen, die eine Rückwärtsrevidierung aller liberaler Errungenschaften verlangt. Dafür ein paar Belege.

Frh. v. Thüngen-Roßbach führte am 26. Febr. 1879 aus:

Wir verlangen deshalb grundlegende Umgestaltung und weitest gehende Reform auf allen Gebieten der Wirtschaftsgesetzgebung, welche einen einseitig großkapitalistischen Charakter an sich trägt; und vor allem verlangen wir einen vollständigen Bruch mit den Staat uud Gesellschaft zerstörenden Irrlehren des Manchestertums, des Vorkämpfers für die nackten Geld- und Kapitalsinteressen der goldenen Internationale. (Stürm. Beifall.)

v. Knebel-Döberitz meinte im Febr. 1878:

„Es ist mit den wesentlichsten Errungenschaften des Jahres 1848 und seinen vielfachen Nachklängen zu brechen. — Was ist die Ursache der heutigen Kalamität? . . . Es ist der durch die Revolution . . . . ins Leben gerufene „Rechtsstaat" und die Beseitigung des früheren Staates der Sicherheit, der Ordnung, der christlichen Sitte

und Zucht. Der Rechtsstaat hat sich überlebt, ... wir werden zu dem sog. Patrimonial- oder Patriarchalstaat zurückkehren müssen". (Beifall.)

Kein Redner hat diesen Ausführungen widersprochen.

Die agrarischen Bundesgenossen.

Die Steuer- und Wirtschaftsreformer setzten sich fast ausschließlich aus Mitgliedern der Landaristokratie zusammen; es waren Feldherren ohne Massen. Aber das Junkertum bewährte sein altes politisches Geschick. Es verstand, sich zahlreiche Bundesgenossen anzugliedern, deren positive Interessen den ihrigen durchaus nicht gleichartig waren, mit denen es sich nur zusammenfand in der Negation, im Haß gegen den ökonomischen und politischen Liberalismus. Den Handwerkern wird Schutz gegen die Übermacht des Großbetriebes versprochen, Zwangsinnungen und Befähigungsnachweis. Den Bauern wird gepredigt, ihre zunehmende Verschuldung und Auswucherung durch großstädtische Kapitalisten sei ebenfalls durch die liberale Gesetzgebung verursacht. Alle Landwirte hätten gemeinsame Interessen, seien in gleicher Weise schutzbedürftig gegen die ausländische Konkurrenz und gegen das städtische Kapital. Ferner macht der Großgrundbesitz seinen Zwecken dienstbar die antisemitische Strömung, deren Vorkämpfer und geistiger Urheber er ja war, denn die agrarische Propaganda hat von Anfang an einen stark antisemitischen Beigeschmack. Der Antisemitismus hängt wiederum eng zusammen mit der damals von Konservativen und Ultramontanen inaugurierten Mittelstandspolitik, ja er war vielfach mit ihr identisch. Im Jahre 1879 und in den folgenden Jahren erreicht er seinen Höhepunkt gleichzeitig mit der Schutzzollbewegung, die er aufs kräftigste unterstützt. Das Wiedererwachen des Antisemitismus ist zurückzuführen auf die allgemeine geistige und wirtschaftliche Reaktion jener Periode, auf das Wiederaufleben der mittelalterlich ständischen Ideale und des Gedankens vom „christlichen Staat". Damals begannen in Berlin hervorragende und beliebte Professoren, wie A. Wagner und H. v. Treitschke, das Judentum aus nationalen und ethischen Gründeu zu bekämpfen. Sie fanden starken Anhang unter ihren Hörern, in jenen Jahren entstanden die antisemitischen „Vereine deutscher Studenten". Die Anhänger des Antisemitismus rekrutieren sich entweder aus vorkapitalistischen Kreisen, wie dem Junkertum, dem Handwerk und Detailhandel, oder aus Kreisen, die nicht im Erwerbsleben stehen, die auf ein festes Gehalt und Einkommen angewiesen sind, also: Lehrer, Professoren, Studenten, Geistliche, Beamte. Man verglich die eigene mühsame Berufsarbeit, die nur ein bescheidenes Auskommen sicherte, mit den Riesenvermögen, die gleichsam spielend an der Börse erworben wurden, und nicht immer auf die lauterste

Weise. Damals kam das Wort auf: Man erwirbt die Millionen nicht, ohne mit dem Ärmel ans Zuchthaus zu streifen! Es war eine Folgeerscheinung des glänzenden wirtschaftlichen Aufschwungs, daß die soziale Differenzierung reißende Fortschritte machte, die Kluft zwischen Arm und Reich sich erweiterte. Die sozialen Gegensätze waren noch nie so grell hervorgetreten wie in den 70er Jahren und noch nie so scharf zum Bewußtsein der unteren Klassen gekommen. Es zeugte freilich von geringer volkswirtschaftlicher Einsicht, wenn in weiten Kreisen die semitische Plutokratie für Mißstände verantwortlich gemacht wurde, die aus dem Charakter der jungen und stürmischen kapitalistischen Entwicklung selbst hervorgingen.

Agitatorisch läßt sich allerdings besser auf die Masse wirken, mit persönlichen Verdächtigungen und Verleumdungen, als mit sachlichen Argumenten. Es gelang die seit Jahrhunderten fortgeerbten Rassenantipathieen zu neuem Leben zu erwecken. Wie der übertriebene Kultus der Nationalität leicht dahin führt, den Haß gegen andere Nationen zum Kennzeichen echt nationaler Gesinnung zu machen, so auch den Haß gegen andere Rassen. Es wurde dem Judentum vorgeworfen, es sei der geborene Feind des christlichen und germanischen Staatsgedankens, es demoralisiere deutsches Wesen und christlichen Sinn! Darum zurück zur alten Gebundenheit! Dann werde auch die bedrohliche finanzielle und geistige Übermacht der semitischen Rasse gebrochen, der die liberalen Freiheiten wie auf den Leib geschnitten seien. Da nun Börse- und Handelskapital zum großen Teile jüdisch und zugleich freihändlerisch waren, so gehörten die Antisemiten eo ipso zu den eingefleischten Schutzzöllnern.

Bismarck war ein zu skrupelloser Realpolitiker, als daß er sich diese neue Bewegung nicht zu Nutze gemacht hätte. Er erkannte klar, daß der **Antisemitismus eine Spaltung und Schwächung des Bürgertums** bedeutete.

Auch die evangelische nicht minder wie die katholische Orthodoxie, die von Natur antiliberal ist, wurde nun größtenteis agrarisch. Der preußische Junker und die lutherische Orthodoxie haben immer fest zusammen gestanden. Man fürchtete den Liberalismus, der alles mobilisierte, die Menschen und den Boden, der das Denken und die Begriffe revolutionierte, der Tradition und Autorität erschütterte, auf denen die Machtstellung des Staatskirchentums ruhte.

Auf Tradition und Autorität stützte sich ebenfalls das Junkertum und der monarchische Militärstaat. So war eine natürliche Interessengemeinschaft der **konservativen Mächte gegen die neue Zeit** begründet. Gewiß, Bismarck mußte sich seinerzeit auf die Liberalen stützen, um das Reich zu gründen und auszubauen. Aber der alte preußische Militärstaat widerstrebte seiner ganzen

Struktur und Überlieferung nach einem liberalen Regiment. Eben das Prinzip der Autorität trieb den Kanzler zum Bruch mit dem übermächtigen Liberalismus, der ihm die monarchische und die eigene Souveränität zu gefährden schien. Er wollte nicht konstitutionell regieren, sondern „Herr im Hause“ sein.

Umgestaltung der politischen Parteien.

Die hocharistokratische Führung darf uns darüber nicht täuschen, daß der Agrarismus mehr und mehr einen demokratischen und demagogischen Charakter annimmt. Die grandseigneurs befanden sich in einer Zwangslage. Wollten sie unter dem allgemeinen gleichem Stimmrecht ihren Einfluß behaupten, so mußten sie vor allen die Bauernschaft für sich gewinnen, d. h. an die Massen appellieren. Das haben sie getan uud zu diesem Zweck das Autoritätsprinzip in der Politik geopfert, das sie als Arbeitgeber, als Gerichts- und Patronatsherren weiter hartnäckig verteidigten. Wir sind die Majorität, die große Zahl! Das war eins ihrer Hauptargumente und kehrt in den Reden Bismarcks immer wieder. Damit verließ man die alte konservative Tradition. Die Agitation wurde in ganz demagogischer Weise betrieben, Land gegen Stadt, Produzenten gegen Konsumenten, Christen gegen Juden aufgehetzt. Der Anlaß zu diesem Vorgehen lag für die Konservativen, wie gesagt, in dem Reichstagswahlrecht. In wenigen Jahren entstand unter dem Drucke der auswärtigen Konkurrenz eine mächtige Agrarpartei, eine Klassenpartei, die auf der Gemeinsamkeit der Berufsinteressen beruhte im Gegensatz zu den bisherigen politischen Parteiprogrammen.

Bereits 1875 hatte der damalige Führer v. Wedemeyer auf dem Kongreß deutscher Landwirte ausgeführt:

> „Ich würde es für eine Dummheit halten, wenn wir politische Bestrebungen in den Kongreß hineintragen wollten. Ich meine, es schadet grade den landwirtschaftlichen Interessen, wenn wir sie an eine politische Partei knüpfen wollten . . . . Unsern Agrarinteressen entspricht es am meisten, in jeder politischen Partei die Interessen der Landwirtschaft vertreten zu sehen.“

Und in der Tat beginnt damals das Eindringen des agrarischen Gedankens in die alten Parteien und deren allmählige Zersetzung.

Die Einheit der Fraktion wurde schwer bedroht, wo die Wählermassen verschiedenen Berufsständen mit andersartigen Interessen angehörten. Das war der Fall insbesondere beim Zentrum und der nationalliberalen Partei. Bei ersterem vermögen die religiösen Ideale, die wirtschaftlichen Gegensätze bislang zu überbrücken, wobei sich eine periodische Erneuerung des Kulturkampfes als ein vorzügliches Bindemittel erweist. Die Nationalliberalen litten am

meisten, Handwerker, Bauern, Arbeiter gingen ihnen reißend schnell an die Klassenparteien verloren. Das rein politische Programm war eben nicht mehr zugkräftig, denn die großen nationalen und liberalen Forderungen waren in der Hauptsache verwirklicht, und auch die verfassungs- und kirchenpolitischen Kämpfe traten jetzt in den Hintergrund. Man hatte nur noch Altes zu verteidigen und nichts Neues zu bieten, es ging die Wucht der politischen Initiative verloren. Nach rechts und links bröckelte die Partei ab, und selbst der Rest war in allen wirtschaftlichen Fragen gespalten.

Der Bund von Großgrundbesitz und schwerer Industrie.

Den entscheidenden Wendepunkt in der agrarischen Bewegung bildet ihr Bruch mit dem Freihandel Ende 1877, dieser verhilft ihr zum Siege. Denn jetzt werden die Agrarier regierungsfähig, weil ihr Programm, (d. h. das der Steuer- und Wirtschaftsreformer) dem Reiche große Einnahmen verheißt und sie sich gleichzeitig mit der Reichsgründung aussöhnen. Das müssen sie, denn nur vom Reich können sie wirksame Hilfe hoffen, hier liegt die Entscheidung über die zukünftige Handelspolitik. Und die Reichsfinanzreform war die Voraussetzung der Steuerreform in den Einzelstaaten. Nur wenn die Reichskassen mit neuen Einnahmen gefüllt wurden, konnte der Großgrundbesitz in den Einzelstaaten auf Erleichterung seiner Steuerlasten rechnen.

Ferner wird jetzt die Landwirtschaft ein wertvoller Bundesgenosse für die schutzzöllnerische Großindustrie, ihren alten Feind. Seit 1876 wird lauter und lauter die Interessensolidarität der beiden großen Produktionszweige verkündet. Die Hauptdifferenzpunkte waren ja beseitigt: infolge der Industriekrise hatte der Abfluß der ländlichen Arbeiter nach den Industriezentren aufgehört und war der ländliche Kredit billiger geworden; schließlich fielen mit dem 1. Januar 1877 auch die letzten Eisenzölle mit Ausnahme der Zölle auf feine Eisen- und Stahlwaren. Dabei hatten die Landwirte selbst kräftig mitgewirkt.

Bis 1877 trieben sie die radikalste Freihandelspolitik im Bunde mit der Manchesterpartei. Die schrittweise Aufhebung der Eisenzölle erfolgte seit 1873 ohne die geringste Rücksichtnahme auf die Notlage der Eisenindustrie, die sich seit dem Krach in einer Depression befand und infolge der Einführung des Bessemerverfahrens gerade eine große technische Umwälzung durchmachte. Wenige Monate vor dem großen Krach wurde von den Führern der Konservativen: v. Behr-Greifswald, v. Below-Saleske, v. Wedell-Malchow u. a. im Verein mit den „Manchestermännern“ Prince Smith, Braun, Bamberger u. a. die Aufhebung der Eisen- und Maschinenzölle beantragt. v. Behr erklärte am 26. Mai 1873 im Namen seiner Freunde: „Nächst dem Brot und Fleisch ist

nichts wichtiger als freies Eisen." 354 landwirtschaftliche Vereine veranstalteten damals eine Monstre-Petition gegen jede Verlängerung der Eisenzölle. Liberale Führer waren es, die durch ein Kompromiß die endgültige Aufhebung der Zölle bis 1877 hinausschoben. Selbst die von der Regierung vorgeschlagenen Ausgleichszölle gegen die französischen Ausfuhrprämien wurden abgelehnt.

Man darf mit Recht sagen, daß diese Überstürzung in der Tarifreform, dieser handelspolitische Radikalismus den späteren Abbruch des Freihandelssystems wesentlich begünstigt hat. Indem also die Agrarier einseitig und rücksichtslos ihre Interessen verfolgten, bereiteten sie in höchst wirksamer Weise den Umschwung vor, der ihnen dann wieder zu Gute kam. Sie haben bewußt oder unbewußt eine raffiniert machiavellistische Politik getrieben, denn es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß sie in voller Absicht handelten. Wenigstens läßt sich dafür ein bisher nicht beachtetes Dokument anführen. Einer der einflußreichsten Schutzzöllner, der nahe Beziehungen zu Bismarck unterhielt und zuerst mit Kardorff für den Gedanken der „Solidarität" eintrat, der Großindustrielle A. Lohren äußert sich in einem Vortrag vom 16. Dezember 1876 p. 4, über „die Reform des Zolltarifs" wie folgt:

> „Wenn die Landwirtschaft noch heute gegen die Beibehaltung der Eisenzölle plädiert, so weiß ich aus dem Munde hervorragender Führer, daß dies vielfach aus taktischen Gründen geschieht. Man spricht es offen aus, daß viele Landwirte, welche gegen die Beibehaltung der Eisenzölle stimmen, keineswegs die Wichtigkeit und Notwendigkeit derselben verkennen, daß sie nur befürchten, die Eisenindustriellen würden mit diesem Sieg vom Kampfplatz des Schutzes nationaler Arbeit verschwinden (!) und hinterher kein Herz für die landwirtschaftliche Arbeit haben ... Nur wenn die mächtigste der Industrien, die Eisenindustrie, durch diese freihändlerischen Experimente in Mitleidenschaft gezogen und bis an den Rand des Abgrunds geführt worden sei, dann erst könne es gelingen, gesundere Ansichten über wirtschaftliche Grundsätze im Volke zu verbreiten .... Deshalb sei es am besten, der Sistierung der Eisenzölle beizustimmen und die herrschende Freihandelspartei abwirtschaften zu lassen."

Es ist zweifelhaft, inwieweit diesen Ausführungen ein historischer Wert beizumessen ist. Erblickt man darin mehr als einen geschickten Schachzug, der einer späteren Einigung vorarbeiten soll, so würde damit ein neues, keineswegs vorteilhaftes Licht auf die agrarische Politik fallen. Die Vertreter der „nationalen" Handelspolitik hätten dann von ihrem Standpunkt aus ein äußerst gewagtes, ja frivoles Spiel mit der wirtschaftlichen Blüte ihres Vaterlandes getrieben. Wo sind da die nationalen Gesichtspunkte?

Im Jahre 1877/78 kam die denkwürdige Koalition zwischen dem Zentralverband deutscher Industrieller und den Steuer- und Wirtschaftsreformern zustande. Man schloß eine gegenseitige Versicherung auf Schutzzoll. Wie es von Wedell-Malchow plastisch formulierte (Reichstag 16. Mai 1879):

> „Der Schutz von Eisen und Roggen ist gleich unentbehrlich für das Wohl des Vaterlandes".

Man hat dieses Bündniß damals vielfach einen unnatürlichen Wechselbalg genannt und ihm ein kurzes Leben prophezeit. In der Tat bestand ja nach wie vor hinsichtlich der letzten Ziele eine tiefe Kluft zwischen den Verbündeten, und auch in wichtigen wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart gingen sie weit auseinander. Die Großindustriellen waren eine aufstrebende Klasse, für sie hieß es: vorwärts auf der Bahn großkapitalistischer Entwicklung, und darum: fortschrittliche Verkehrspolitik, geordnete internationale Handelsbeziehungen, freie Entfaltung des Bank- und Börsenverkehrs, Aufrechterhaltung der Goldwährung. Nichts lag ihnen ferner als die rückschrittlichen Ideale ihrer Freunde, die in allem das Gegenteil anstrebten. Und doch wurden all diese scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze glatt überwunden, durch die Interessensolidarität in der Zollfrage, durch den daraus erwachsenden ungeheuren pekuniären Vorteil.

Wenn darauf hingewiesen wurde, daß die Agrarier durch die Industriezölle geschädigt würden und umgekehrt, daß der Nutzen aus Agrar- und Industriezöllen sich gegenseitig aufhebe, so traf das für die Mittel- und Kleinproduzenten in weitem Umfange gewiß zu. Der Vorteil vom eignen Zoll wird aber den Nachteil durch die andern Zölle, die Kompensationszölle, in dem Maße überwiegen, als der Wirtschaftsbetrieb an Größe zunimmt, und je weniger durch den Zoll verteuertes Rohmaterial gebraucht wird. Beides traf für die Großproduzenten in Industrie und Landwirtschaft zu. Ihr gemeinsames Ziel ging auf Beherrschung des heimischen Marktes, der ihnen wichtiger war als der ausländische Markt, indem für beide Teile weniger als in andern Produktionszweigen vitale Exportinteressen auf dem Spiele standen. Weiterhin ist zu beachten, daß es überwiegend Urproduzenten waren, welche 1877 die erwähnte Coalition schlossen, Besitzer von Grund und Boden, deren Produkte teils nicht vermehrbar waren, wie Kohle und Eisen, teils nicht beliebig vermehrbar, wie die wichtigsteu agrarischen Erzeugnisse. Infolgedessen hatten sie die Möglichkeit, den Zoll voll auszunutzen. Die höhere Rentabilität rief keine nennenswerte inländische Konkurrenz hervor, die zudem durch Kartellierung vollends

beseitigt wurde. Die Urproduzenten, besonders in der Industrie, waren also in der Lage, Monopolpreise im Inland zu stellen und ihren schon vorhandenen großen Einfluß auf die gesamte Volkswirtschaft ins Ungemessene zu steigern.

Und noch auf einem anderen Gebiete hatten die Verbündeten ein wichtiges gemeinsames Interesse, das bis auf den heutigen Tag wirksam ist, nämlich die Stellung zur Arbeiterfrage. Mit allen Mitteln bekämpften sie die Emanzipation des vierten Standes. Die alte wie die neue Aristokratie war darin einig, das patriarchalische Arbeitsverhältnis aufrecht zu erhalten und nicht auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit ihren Arbeitern zu verkehren. Ihr Argument hieß: Wir wollen Herren im Hause bleiben! Ebenso weigerten sie sich, den Arbeitern eine Stimme im Staats- und Gesellschaftsleben einzuräumen. Aber, ließe sich einwenden, waren nicht dieselben Leute die eifrigen Förderer der damals inaugurierten Sozialpolitik, zeugt das nicht von ihrer Arbeiterfreundlichkeit? Da muß man fragen: sollte die Bismarcksche Sozialpolitik wirklich einer freiheitlichen Arbeiterbewegung, einer Emanzipation die Wege bahnen? Das Gegenteil war ihr Zweck. Sie sollte die Autorität des Staates und der „Brotherrn" festigen. Das Sozialistengesetz war ein integrierender Bestandteil dieser Sozialpolitik. Es entsprach durchaus den Wünschen der Verbündeten, machte es doch die Arbeiterpresse mundtot und den Gewerkschaften die Erkämpfung besserer Arbeitsbedingungen unmöglich. Durch ihre mächtigen Bundesgenossen blieben die Fabrikherren vor jedem energischen Arbeiterschutz bewahrt. Andrerseits entsprang Bismarcks bekannte Abneigung gegen jede Staatsintervention in den Fabriken, wofür er sämtliche Gründe der „Manchestermänner" ins Feld führte, nicht zuletzt einer politischen Notwendigkeit; er durfte seine großindustriellen Bundesgenossen nicht verstimmen.

Das Alles dürfte es zur Genüge verständlich machen, warum der „unnatürliche" Bund von Großgrundbesitz und Großindustrie noch immer in ungeschwächter Kraft fortbesteht.

Welche Bewandnis es mit den „nationalen" Gesichtspunkten hatte, die für die neue Wirtschaftspolitik so laut proklamiert wurden, zeigt auch folgender Umstand. Wenn viele Landwirte noch 1879 an ihren freihändlerischen Anschauungen festhielten, so bestimmte sie dazu nicht zum wenigsten ihr Mißtrauen gegen die Industriellen, die Furcht bei dem Kompromiß den kürzeren zu ziehen, ein schlechtes Geschäft zu machen. Dieser Ansicht wurde im Reichstag und sonst wiederholt Ausdruck gegeben, so von Maltzahn-Gültz, v. Wedell-Malchow, Flügge u. a. Ein guter Beleg ist auch der schon mitgeteilte Passus aus einer Rede von A. Lohren. Recht charakteristisch ist eine Äußerung von Maltzahn-Gültz im Reichstag: Die Landwirte seien durch die Lockspeise (!)

der Kornzölle von den industriellen Schutzzöllnern gewonnen worden und würden schließlich die Geprellten sein.

„Wenn ich aber wirklich für Kornzölle stimmen sollte, so geschieht das in der ganz bestimmten Hoffnung, daß, wenn später die Agitation gegen die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel des Volkes (!), die zweifellos eintreten wird, anfängt und die Kornzölle wieder abschafft, daß sie dann bei dieser Gelegenheit einen Teil der Zölle der Industrie ebenfalls mit fortschwemmen wird".

Noch am 13. Dez. 1878 erklärte der Zentrumsabgeordnete und spätere Bauernbundsführer v. Schorlemer-Alst: „Ich wünsche keine Getreidezölle, weil ich der Bevölkerung das Brot nicht verteuern will". Es wird hier also von denselben Leuten die Verteuerung offen zugegeben, die sie später so hartnäckig leugneten.

Auch in den landwirtschaftlichen Interessenvertretungen war noch 1879 keineswegs allgemein eine Mehrheit für Schutzzölle vorhanden. Der Landwirtschaftsrat lehnte am 27. Jan. 1879 einen Antrag zu Gunsten des Programms des Reichskanzlers mit 46 gegen 11 Stimmen ab. Ferner sprachen sich die Provinziallandtage von Ost- und Westpreußen am 18. März 1879 gegen die Einführung von Agrar- und Eisenzöllen aus, da solche eine schwere Beeinträchtigung dieser Provinzen herbeiführen, ja sogar ihre Lebensfähigkeit in Frage stellen würde. Ebenso protestierten die Landtage von Oldenburg und Lippe.

Aber die Mehrzahl der Landwirte, besonders im Reichstag wußte sehr wohl, daß man bei dem mäßigen Kornzoll von 1 M pro Dz. nicht stehen bleiben würde, il n'y a que le premier pas qui coûte! Weitere Erhöhungen waren von Bismarck bereits in Aussicht gestellt, und daher begnügte man sich mit dem vorläufig Erreichbaren, mit dem „Linsengericht".

Allmählicher Übergang zum Schutzzoll.

Es ist in historischer und psychologischer Hinsicht äußerst interessant zu verfolgen, wie sich im einzelnen die Abkehr vom Freihandel vollzogen hat. Die Agrarier sind gewissermaßen auf Umwegen und Schleichwegen zum Schutzzoll gekommen. Als 1877 zum ersten mal die Forderung nach Agrarzöllen laut wurde, da war das etwas so unerhörtes, daß selbst die Agitatoren das Kind nicht beim rechten Namen zu nennen wagten. Sie fürchteten die öffentliche Meinung und die große liberale Presse. Der Name „Schutzzöllner" galt damals als Schimpfname, selbst die Eisenindustriellen unter Stumm's Führung erklärten sich für prinzipielle Freihändler, man hieß sie die „verschämten" Freihändler, im Gegensatz zu den Agrariern, den „unverschämten" Freihändlern.

Zunächst sollten die Agrarzölle als Retorsionszölle gegen Rußland und Österreich dienen. Diese Auffassung wurde von Bismarck in mehreren Reichstagsreden 1876 und 1877 vertreten. Natürlich bestand keineswegs die Absicht, daß die Zölle nach erreichtem Zweck fortfallen sollten, da man den Zweck überhaupt nicht wollte, nämlich bessere Handelsbeziehungen mit den betreffenden Ländern. Darüber sprach sich der damalige Führer der Agrarier, A. Niendorf (Verh. der Steuer- und Wirtschaftsreformer 1877) mit aller Offenheit aus:

> „Es ist eine sichtbare Tatsache, daß unser gesamtes deutsches Erwerbsleben stets merkwürdig blüht, wenn Rußland uns seine Grenzen von selbst verschließt".

Daher wollen wir Retorsionszölle auf Flachs, Hanf, Talg, Getreide, Holz u. s. w. Eine recht eigentümliche Logik!

Die Forderung von Retorsionszöllen und Reziprozität hat noch immer den Übergang zum Schutzzoll vermittelt. Das sehen wir heute in England. Und es ist daran zu erinnern, daß der ganze Hochprotektionismus in England und Frankreich während des 17. und 18. Jahrhunderts auf gegenseitige Kampf- und Retorsionszölle zurückzuführen ist.

Die Industriellen unter Stumm's Führung hatten bekanntlich die Forderung der „Reziprozität" auf ihre Fahne geschrieben. Das dies nur eine Verschleierung war, spricht einer ihrer Führer, A. Lohren (im Verein der rheinisch-westfälischen Industriellen 1876), selbst aus:

> „Schutzzölle, das sind aber verhaßte Begriffe in Deutschland, und ich würde nicht empfehlen, dieselben zum Wahlspruch unseres Vereins zu nehmen, solange nicht die Not dazu zwingt. Da gibt es einen ganz ausgezeichneten Weg, diese Klippe zu umgehen und doch zum Ziele zu gelangen. Derselbe besteht darin, daß wir „Reziprozität" auf unsere Fahne schreiben, und zwar mit Frankreich."

Ferner wurden die Getreidezölle in Anbetracht ihrer geringen Höhe — die ja nur eine vorläufige war — als statistische oder Deklarations-Gebühr erklärt, weiter als ein Ordnungszoll, der „Ordnung" in die Einfuhr bringen und der „ungesunden" Spekulation einen Riegel vorschieben soll. Auch einen Ausgleich der Produktionskosten gegenüber den Konkurrenzländern sollten sie bewirken, wozu allerdings eine ganz andere Höhe notwendig war. Schließlich werden sie als ganz ausgezeichnete Finanzzölle gepriesen, und nur als solche wollte sie Bismarck lange Zeit betrachtet wissen. Erst als 1885 der Weizen- und Roggenzoll auf 3 *M* erhöht wurde, erklärte er, jetzt sei es wirklich ein Schutzzoll.

Man schrieb also den Getreidezöllen eine außerordentliche Vielseitigkeit der Funktionen zu, ohne sich daran zu stoßen, daß eine Funktion die andere

ausschloß, denn eine harmlose, statistische Gebühr konnte unmöglich der Landwirtschaft viel helfen oder gar einen Ausgleich der Produktionskosten bewirken. Es kam häufig vor, daß in den Zolldebatten all diese sich widersprechenden Argumente gleichzeitig gebraucht wurden.

Das Unglaublichste allerdings war, daß man einerseits den totalen Ruin der deutschen Landwirtschaft und damit der gesamten Volkswirtschaft prophezeite, wenn der Staat nicht schleunigst zu Hilfe komme, andererseits immer wieder versicherte, die Landwirte wollten keine Schutzzölle, sie wollten überhaupt keine Preiserhöhung, denn der geringe Zoll werde vom Ausland, vom Importeur oder vom Getreidehändler getragen.

Diese Scheu vor dem „Schutzzoll" kommt auch in der Aufstellung eines allgemeinen „Wertzolltarifes" zum Ausdruck. A. Niendorf äußert sich darüber (Verh. der Steuer- und Wirtschaftsreformer 1877 S. 95):

> „Wenn alle Waren gleichmäßig prozentig verzollt sind, dann leben wir in dem wahren Freihandel. . . . prozentig gleichwertige Zölle verwandeln alle Schutzzölle in Finanzzölle."

Ebenso Frhr. v. Thüngen (ebenda 1878 S. 61):

> „Dann verwandelt sich der Schutzzoll in Finanzzoll, welcher die Reichskasse bestens füllt und den Stachel der Sondergunst vermeidet. Von diesem Gesichtspunkt fordere ich einen Zoll von 7% des Wertes für alle Produkte der Land- und Forstwirtschaft."

Niendorf hatte ein Jahr vorher erst 3% gefordert.

Dieser „lückenlose" Wertzolltarif war ein äußerst geschickter Schachzug. Er brachte den Agrariern verschiedene Vorteile: 1. Konnten sie den notleidenden Reichsfinanzen reiche Einnahmequellen in Aussicht stellen; 2. Warben sie sich einflußreiche Bundesgenossen; 3. Vermieden sie das Odium einseitiger Privilegierung, denn durch einen solchen Universalschutz wurde scheinbar niemand bevorzugt, und das entsprach „dem obersten agrarischen Grundsatz, daß keine Bereicherung einzelner auf Kosten der Gesamtheit stattfinden darf". (v. Thüngen-Roßbach, Verh. der Steuer- und Wirtschaftsreformer 1878 S. 61.) „Für sich selbst einen Schutz zu verlangen, dazu waren wir viel zu bescheiden: wir fürchteten uns auch vor der durch die Presse bearbeiteten öffentlichen Meinung." (v. Thüngen, ib. S. 63.)

Von der freihändlerischen Vergangenheit der Agrarier.

Zu diesem vorsichtigen Lavieren, dieser zaghaften Annäherung an den Schutzzoll zwangen nicht allein taktische Rücksichten, sondern ebenso sehr die Rücksicht auf das, was man selbst Jahrzehnte lang gesagt und getan hatte.

Der Kontrast wäre zu grell gewesen. Später, hoffte man, würde schon der Schleier der Vergessenheit darüber fallen.

Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung werden kaum ein besseres Beispiel finden als diesen völligen Prinzipienwechsel der Agrarier infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse. Denn ebenso wie von den „doktrinären" Manchestermännern wurde auch von den Konservativen der Freihandel nicht auf Grund der konkreten deutschen Verhältnisse gefordert, sondern auf Grund allgemeiner abstrakter Theorien, als das für alle Zeiten und alle Völker allein richtige. Jeder Schutzzoll sei ein gehässiges Privileg, er widerspreche dem obersten agrarischen Grundsatz der Gerechtigkeit, den armen Klassen dürfe Kleidung, Arbeitsgerät u. s. w. nicht verteuert werden, kurz die Agrarier vertraten den reinen Konsumentenstandpunkt. Natürlich ist es klüger „doktrinär" zu sein, sich auf die Forderungen der Wissenschaft und Humanität berufen, als auf dem eigenen Vorteil.

Ein paar Belege. In einer vom Kongreß deutscher Landwirte gekrönten Preisschrift von A. Lindwurm: Reformansprüche der Landwirtschaft an die Steuer- und Zollgesetzgebung im deutschen Reich, 1875, findet sich folgender Passus S. 42:

> „Es stellen sich die Schutzzöllner, unter dem Vorwand des Schutzes der „deutschen Arbeit" auf den Standpunkt der Ausbeutung der Massen zu Gunsten des eigenen Säckels, und dies in einer Zeit sozialistischer Aufregung .... Oder ist vielleicht die Schutzzollpartei so töricht zu wähnen, man werde ihren Vorwand der Erstrebung eines Schutzes der „deutschen Arbeit" nicht durchblicken? ... Man werde nie dahinter kommen, daß die Arbeit, für welche sie Schutz verlangt, diejenige einer Hand voll Leute ist, deren Zahl, lange nicht in Hunderttausenden die Millionen derjenigen erreicht, denen der Ehrentitel der „deutschen Arbeit" zukommt? Einer solchen Interessenauffassung gegenüber kann nicht genug betont werden, daß ein deutsches Interesse nur dann vorliegt, wenn das Interesse des Volksganzen, also das Konsumtionsinteresse gewahrt ist ..... Die Arbeitgeber schieben ihre Arbeiter vor, grade wie Bettler Kinder, um das Mitleid rege zu machen."

Der enthusiastisch gefeierte, agrarische Führer v. Wedemeyer klagt im Kongreß deutscher Landwirte (Verh. S. 151 ff. 1874) die Industriezölle an, daß sich durch sie die Großkapitalisten ... wie Blutegel von dem Blute der Nation voll gesogen haben. Durch das verwerfliche Prinzip der Staatshilfe würden einzelne Klassen bevorzugt und alle übrigen Klassen, namentlich die

ackerbautreibenden und die ärmeren Klassen benachteiligt. Die Zölle schädigten besonders den Arbeiter und förderten die Sozialdemokratie. (S. 156.)

„Die Bevorzugung des Großkapitals durch Verteurung mancher unentbehrlicher Nahrungsmittel, durch Verteuerung aller Bekleidungsgegenstände und viel unentbehrlichen Hausgeräts . . . wirkt auf die untern Klassen wie eine nach unten progressiv steigende Einkommensteuer. Unter diesen Umständen haben die Forderungen der Sozialdemokratie eine gewisse Berechtigung.“ (S. 199.)

Wie ernst es die Agrarier noch Anfang 1877 mit dem Freihandel meinten, geht aus einer Rede eines konservativen Parteiführers v. Wedell-Malchow hervor (Reichstag, 23. April 1877):

„Es existieren allerdings Zölle auf landwirtschaftlich Produkte, das sind: Hopfen, Butter, Käse und Schweine. Diese Zölle sind aber reine Finanzzölle und ich erkäre Ihnen — ich glaube, die deutschen Landwirte hinter mir zu haben — daß wir bereit sind, diese Zölle jeden Augenblick aufzugeben.“

Im folgenden übt der Redner die schärfste Kritik an der späteren Wirtschaftspolitik seiner eigenen Partei.

„Sie mögen nun Freihandel oder Schutzzoll haben — wenn die Industrie nicht die Mäßigung hat, sich vor Überproduktion zu schützen, werden Handelskrisen und wirtschaftliche Krisen immmer eintreten. Wir würden, wenn wir dem Antrag (auf Erhebung von Ausgleichsabgaben) Folge geben, m. E. auf die schiefe Ebene zum Schutzzoll gelangen und es würden die Sonderinteressen in ganz Deutschland entfesselt werden. Das Interesse würde ins Parlament übergeführt werden und m. H.! wir würden dadurch aus einer hohen politischen Körperschaft zu einer Interessenvertretung herabsinken.“

Zum Schlusse noch ein äußerst lehrreiches Flugblatt, das die konservative Partei 1862 nach Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses erscheinen ließ. (Zitiert von Rickert, Reichstag, 29. Nov. 1887, S. 23.)

Darin heißt es: Preußen braucht billiges Salz, billiges Brot, billiges Fleisch, billige Wohnungen, billige Kleidungsstücke; wir brauchen einen unbelästigten Handel und Verkehr, freie Verkehrswege, freie Schiffahrt und wohlregulierte Wasserstraßen.“

Wie haben sich die Zeiten geändert!

Bismarck und die Agrarier.

Der Kanzler war zu sehr mit Leib und Seele Landwirt, um nicht mit dem Einsetzen der ungünstigen Konjunktur den Klagen seiner Berufsgenossen ein geneigtes Ohr zu leihen. Bereits 1876 hatte er sich ihrer Agitation gegen die Differentialtarife der Eisenbahnen angeschlossen, weil durch diese die ausländischen Produzenten gegenüber den inländischen begünstigt würden. Ein unverdächtiger Zeuge wie Poschinger (Bismarck als Volkswirt, I, S. 163) schreibt:

> „Unleugbar hatten eigne ungünstige Erfahrungen über das Erträgnis seiner Landwirtschaft, seiner Forsten und seiner (landwirtschaftlich-) industriellen Betriebe ihm die Augen über die wirtschaftliche Lage des Landes geöffnet und seiner neuen Eisenbahntarifpolitik zur Richtschnur gedient."

Bekanntlich hat sich Bismarck wiederholt, auch im Reichstag, bitter über die zurückgehende Rentabilität seiner Besitzungen beklagt. Dagegen hat er den Beschwerden der Industriellen lange Zeit kein Ohr geliehen; ja beim Antrag auf Aufhebung der Eisenzölle 1873 war man im Reichstag allgemein der Meinung, daß die unmittelbare persönliche Initative des Fürsten Bismarck selbst zur Einbringung des Gesetzentwurfes geführt habe, daß ihn die Rücksicht auf die Notlage der Landwirtschaft (Arbeiterfrage und Kreditnot) dabei geleitet habe. (Abg. Richter, Reichstag 20. Sitzung 15. März 1879 S. 423.) Erst nachdem die Agrarkrise hereingebrochen und die Solidarität zwischen Landwirtschaft und Industrie bereits proklamiert war, kam er der Eisenindustrie zu Hilfe durch den Gesetzentwurf betr. die Ausgleichsabgaben gegenüber Frankreich.

In all den berühmten Zollreden des Kanzlers weht eine rein agrarische Landluft, seine Argumente hat er zum Teil wörtlich den Steuer- und Wirtschaftsreformern entlehnt, die Industrie spielt darin keine Rolle. Allerdings darf man nicht glauben, daß er sich durchweg mit den Anschauungen seiner agrarischen Bundesgenossen identifizierte. Er war weit entfernt, ihre Gegnerschaft gegen die großindustrielle und großkapitalistische Entwicklung Deuschlands zu teilen. Zwar scheinen manche Stellen in seinen Reden dafür zu sprechen, wo er ganz mit sozialistischen Argumenten gegen die „Unproduktivität" des Handels, die „übermäßigen" Gewinne der Zwischenhändler, das internationale Börsenkapital ꝛc. donnert. Hierbei ist indessen sein leidenschaftliches Temperament und seine persönlichen Antipathien gegen die Freihandelskoryphäen: Lasker, Braun, Richter, Bamberger u. s.. w. in Rechnung ziehen. Diese Ausfälle sind mehr vom politischen als vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte zu beurteilen, wie die gesamte Tätigkeit Bismarcks überhaupt. Sie leisteten ihm

ausgezeichnete agitatorische Dienste, um das Aussehen des Liberalismus vor der öffentlichen Meinung und den Wählermassen herabzusetzen. Sein Hauptaugenmerk war ja immer auf „gute" Wahlen gerichtet. Bismarck hat sich nie von Prinzipien und Doktrinen beherrschen lassen, auch nicht von agrarischen, je nach den Zeitumständen hat er seine Ansichten, seine Bundesgenossen und Minister gewechselt. Wäre er wirklich „Vollblutagrarier" gewesen, so hätte die antikapitalistische Tendenz in der Gesetzgebung ganz anders zum Ausdruck kommen müssen, während doch die Grundzüge der Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, der freien Bank- und Börsengesetzgebung unangetastet blieben. Eine schroffe Reaktion brach allerdings auf verfassungs- und verwaltungspolitischem Gebiete herein.

Jedenfalls stehen diese persönlichen Motive sehr zurück hinter dem finanziellen Gesichtspunkt. Die Steuerreform war für Bismarck der Ausgangspunkt, von da ist er zum Protektionismus gekommen. Das Ziel, dem er stets alles untergeordnet hat, war die Stärkung der Reichs- und Zentralgewalt. Der erste und wichtigste Schritt dazu war eben die Konsolidation der Reichsfinanzen.

Der Zusammenbruch des Liberalismus.

Nicht selten wird von Politikern wie von Nationalökonomen — so von Professor H. Dietzel in seiner Monographie über Bismarck — der Meinung Ausdruck gegeben, daß uns die handelspolitische Reaktion erspart geblieben wäre, wenn die Liberalen in den 60er und 70er Jahren die von der Regierung geforderten Finanzzölle und Steuern bewilligt hätten. Erst nach dem Scheitern des Tabakmonopols im Jahre 1878 habe sich der Kanzler den Agrariern und Schutzzöllnern in die Arme geworfen. Diese Ansicht dürfte irrig sein. Verschiedene bei Poschinger angeführten Dokumente sprechen dagegen. Bei den Verhandlungen über die Vorlage betr. die Erhebung von Ausgleichsabgaben am 12. Dezember 1876 erklärte der Fürst ausdrücklich, daß diese Vorlage für seine Zwecke nur eine „Abschlagszahlung" sein könne. Seine Rede wurde von Industriellen, die in persönlichen Beziehungen zu ihm standen, bereits als protektionistische Kundgebung gefeiert.

Mindestens seit 1876 war es Bismarcks sehnlicher Wunsch, auf allen Gebieten der inneren Politik das Tischtuch mit dem Liberalen zu zerschneiden. Der übermächtige Liberalismus schien ihm das monarchische Prinzip und sein eigenes selbstherrliches Regiment zu gefährden. Kein parlamentarisches régime und kein Königtum von Verfassungsgnaden! Diesen konservativen Grundanschauungen ist er immer treu geblieben. Wenn er länger mit den Liberalen zusammen hing, konnte er ihnen einen Anteil an der Regierung und die Erfüllung ihrer Hauptforderungen nicht gut versagen, nämlich: verantwortliche Reichsministerien, Diäten, volle Preßfreiheit, freies Versammlungs- und Vereinsrecht.

Es ist fraglich, ob der Kanzler überhaupt je aus innerer Überzeugung liberal gewesen ist, ob er nicht vielmehr durch die Macht der Verhältnisse, durch seine nationale Politik zu einer „Mesalliance“ mit dem Liberalismus gedrängt wurde. Diesem Gedanken hat er selbst Ausdruck gegeben, als er am 9. Juli bei der Debatte über die Franckenstein'sche Klausel furchtbar mit der nationalliberalen Partei abrechnete. Jetzt endlich brauchte er keine Rücksicht mehr auf sie zu nehmen, der Pakt mit dem Zentrum war geschlossen. Er stellte die außerparlamentarische Agitation des linken Flügels der Partei (gegen den „Brotwucher“) während der letzten Zeit mit derjenigen der Sozialdemokraten auf eine Linie. Er könne den Herren für die Zukunft nur größere Bescheidenheit anraten. Er sei durch die Abwendung der Konservativen in den kirchenpolitischen Kämpfen enger an die liberale Fraktion gedrängt worden, als es für den Minister und den Reichskanzler auf die Dauer vielleicht haltbar sei.

Die nationalliberale Partei war bereits 1878 nicht mehr ausschlaggebend, ehe es noch zum Entscheidungskampfe kam. Sie bildete zusammen mit dem Fortschritt keine absolute Majorität mehr. Bismarck hatte durch einen geschickten Schachzug bereits vorgearbeitet. Derselbe Reichstag, der über die zukünftige Handelspolitik zu entscheiden hatte, war unter dem Zeichen des „roten Schreckens“ gewählt worden. Nach dem Attentat des Dr Nobeling warf sich das Bürgertum in blinder Angst der Reaktion in die Arme. Es war Bismarck gelungen, die öffentliche Meinung irre zu führen und die Sozialdemokratie auch für dieses zweite Attentat verantwortlich zu machen, obwohl die Partei, wie geschichtlich erwiesen, damit nicht das geringste zu tun hatte. Fast die gesamte liberale Presse beteiligte sich an der von oben inszenierten Hetze gegen die sozialistischen „Mordgesellen“ und „Vaterlandsfeinde“, sie merkte nicht, daß es Bismarck in erster Linie auf den Liberalismus abgesehen hatte.

Sofort nach dem Attentat wurde der Reichstag aufgelöst. Der Wahlkampf wurde nicht nur gegen die Sozialdemokraten und Linksliberalen, sondern zum ersten Male auch gegen die Nationalliberalen geführt.

Die gouvernementale und konservative Presse griff sie auf das wütendste an, es wurde ihnen eine moralische Mitschuld an der Mordtat vorgeworfen, weil sie das erste Sozialistengesetz (eingebracht nach dem Hödel'schen Attentat) zu Falle gebracht hätten.

Das Resultat der Neuwahlen entsprach durchaus den Intentionen des Kanzlers, es hatte ein starker Ruck nach Rechts stattgefunden. Die Nationalliberalen zählten nur noch 97 Abg. (1877: 126 Abg., 1874: 155 Abg.), die Fortschrittspartei 23 (1877: 31, 1874: 49), die Sozialdemokraten verloren nur drei Sitze, 9 Abg. (1877: 12), gewannen aber mehrere Hunderttausend

Stimmen. Auf der anderen Seite wuchsen die Konservativen von 40 auf 59 Abg., die Reichspartei von 34 auf 50 Abg., das Zentrum kehrte so ziemlich in gleicher Stärke wieder, 93 Abg. (1877: 92). Es war jetzt möglich, eine konservativ-ultramontane Mehrheit zu bilden, während die liberalen Fraktionen in die Minorität gedrängt wurden.

Die Nationalliberalen waren in den eigenen Reihen tief gespalten und befehdeten sich auf das heftigste in Parlament und Presse. Diese rein politische Partei, die noch im Wahlaufruf von 1878 die wirtschaftlichen Fragen offen gelassen hatte, befand sich in der Zersetzung. Es gab drei verschiedene Richtungen, die eine von einander abweichende Stellung zu dem neuen Steuer- und Wirtschaftsprogramm des Kanzlers einnahmen.

Die Reaktion hatte jetzt leichtes Spiel, der Sieg war ihr von vornherein sicher. Es gab keine große Partei mehr, die sich geschlossen dem agrarischen Ansturm hätte gegenüberstellen können. Und dieses Resultat hatte Bismarck mit dem Sozialistengesetz beabsichtigt.

Vermöge der Frankensteinschen Klausel kam das Bündnis mit dem Centrum zu Stande, das damit alle Finanzzölle bewilligte — schutzzöllnerisch war es von vornherein — und auf alle konstitutionellen Garantien verzichtete, während die Matrikularbeiträge formell weiter erhoben wurden.

Schluß.

Das Gesamtfacit des Umschwungs von 1879 besteht in politischer Hinsicht in der Wiederbelebung der konservativen Parteien, der ausschlaggebenden Stellung des Centrums und dem dauernden Rückgang des Liberalismus; in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung bedeutet das „Solidaritätssystem" eine verhängnisvolle Reaktion, die in erster Linie beigetragen hat zum Anschwellen der Sozialdemokratie. Wir haben gesehen, daß es sich bei den agrarischen Bestrebungen nicht nur um Zollsätze, um ein paar Mark Zoll auf Getreide und Vieh handelt, sondern daß diese Großgetreideproduzenten gleichzeitig eine durch und durch rückschrittliche Welt- und Wirtschaftsanschauung vertreten, die mit der ultramontanen eine nahe Verwandschaft aufweist. In engherzigen Klassenegoismus wollen sie die weltwirtschaftliche Entwicklung ihres Vaterlandes hemmen, oder, soweit sie können, rückgängig machen. Und darum sind sie die natürlichen Feinde eines „größeren Deutschland" und einer großzügigen Weltpolitik, mögen sie auch aus taktischen Gründen dieser Gegnerschaft vorläufig nicht offen Ausdruck geben. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es ein Unding, wenn heute noch Politiker glauben, liberale und agrarische Gesinnung vereinigen zu können, hier giebt es nur ein Entweder-Oder!



Glossen zum Thema: Das Weib in der Literatur.

Die deutschen Volksmärchen, wie die Brüder Grimm sie gesammelt haben, berühren uns um ihrer Treuherzigkeit und Unschuld willen als besonders deutsch. Wir möchten meinen, daß, wer die eigenste Empfindungsweise unseres Volkes studieren wollte und sich zu diesem Zweck daran machte, die Geschichte des deutschen Märchens zu erforschen, einen guten Weg gewählt habe. In gewissem Sinne und mit einigen Vorbehalten mag dies auch wahr sein und seine Wahrheit behalten. Aber zunächst steht uns, wenn wir diesen Weg gehen, eine nicht geringe Überraschung bevor.

Wir haben gehört, daß die Märchen verblaßte Mythen seien; wir denken an die nationalen Götter- und Heldensagen, als deren älteste Quellen wir uns gewöhnt haben, hinter unseren großen Epen die nordischen Edden halb im Nebel verdämmern zu sehen — nicht so sehr mit Unrecht, als man es neuerdings hinstellt. Wir denken an die Walküre im Flammenwall, vom Kriegsgott mit dem Schlafdorn gestochen, die als Dornröschen weiterträumt. So sind wir gefaßt, auch den starken Siegfried, die getreue Kriemhild und die allergetreueste friesische Gudrun wiederzufinden und den schlimmen Verrat, wie er das Allerhäßlichste, Allerunwürdigste sei.

Wir werden auch nicht endgültig enttäuscht. Wir werden diese und manche andere Fäden in die Hand zurückbekommen. Aber zunächst werden unsere Studien uns in eine ganz andersgeartete Welt hineinführen, auf die wir zu allerletzt gefaßt waren, als wir in den Märchenschacht hinabstiegen, — in die mittelalterliche Ehebruchliteratur der Fabliaux, des Dekamerone und der „Abenteuer“. Wir sind zwar weit davon entfernt, die Behauptung der auf

dem Gebiet der Märchenforschung heute noch herrschenden Benfey'schen Schule zu unterschreiben, wonach alle oder weitaus die meisten europäischen Märchen aus Indien stammen, teils direkt aus indischen Märchen durch Volksmund oder Übersetzungen, teils indirekt über jene Boccaccio-Literatur hinweg. Wir glauben überhaupt nicht, daß das Märchen eine so einfache Form ist, daß man von ihm sagen könne, es sei entweder direkt aus dem Volksgeist geboren, oder durch Verblassung alter nordisch-deutscher Mythen entstanden, oder es stamme aus Indien, Griechenland oder Ägypten. Wir stellen uns vor, daß es ein Wasser ist, unter sehr starkem Gebirgsdruck entspringend und aus Sickerwassern zusammengelaufen, in welches sehr verschiedene Mineralien gelöst sind. Wie dem auch sei, in irgend einer Weise lagert jene Literatur hinter unserm Märchen in literarisch naher Verwandtschaft mit ihm. Man kann, wenn man die Entwicklung des Märchens kennen lernen will, an dieser Literatur nicht vorbei und man kann einige nicht unwichtige Erkenntnisse daraus entnehmen.

Einmal die allgemeine Erkenntnis, die nicht oft und nicht stark genug betont werden kann, daß aller Wert nicht im Stoff der Dinge ruht, sondern in der Art seiner Bewältigung. Der Stoff aller Dinge ist letztlich gering und erst die Art seiner Bearbeitung bestimmt die, sei es nun poetischen oder sittlichen, oder nationalen oder religiösen Werte.

Die andere mehr besondere Erkenntnis ist die, daß die Poesie des lachenden Ehebruchs sowenig eine moderne Erfindung ist, daß sie vielmehr recht alt ist und wir uns eher von ihr entfernen, als ihr nähern.

Das Folgende wird allerlei Veranschaulichung bringen.

* * *

Unsere erste Frage ist, wie es kommt, daß dies Ehebruchthema so sehr die mittelalterliche Poesie, wenigstens der Romanen, beherrscht, wie es nun doch der Fall ist.

Wir wollen uns nun nicht bei den Ursachen aufhalten, die für das Vorhandensein einer solchen Literatur immer da sind und immer da sein werden, z. B. die gewöhnliche Lüsternheit. Denn unsere Frage ist nicht die, wie es zu solcher Literatur überhaupt kommt, sondern wie es zu der offenbaren Vorherrschaft gerade dieses Themas in jener Zeit kommt, und wie es zu der ebenso offensichtlichen Parteinahme für den listigen und betrügerischen Teil kommt. Man kann ja fast — etwas übertreibend, aber nicht sehr — sagen, die Dichtung jener Zeit sei religiöse und Ehebruchsdichtung. Daneben hält sich nur noch etwas Säbelgerassel, im Norden mehr als im Süden.

Man hat gemeint, es handle sich hier einfach um eine Anthropomorphisierung der alten Wundergeschichten. „Aus den ungeschlachten, dummen Riesen, Dämonen und Drachen, welche ungeheure Schätze geraubt oder verzaubert, wunderschöne Prinzessinnen bewacht und von klugen, tapferen Menschenkindern durch List und Tapferkeit überwunden wurden, machte die Novellistik des Mittelalters dumme, eifersüchtige Ehemänner, welche von schlauen, jungen Liebhabern betrogen wurden. Wie im Märchen die verzauberte Jungfrau manchmal selbst die Mittel zu ihrer Erlösung angibt, so ist es auch in der Novelle oft die Frau, welche dem Liebhaber den Weg weist, auf dem er den Ehemann am besten betrügen kann“ (Marcus Landau). Man sieht sofort, daß diese hübsche Beobachtung wohl manche Einzelzüge erklärt, aber nicht die Sache selbst. Denn warum gerade so vermenschlicht man jene Erzählungen und warum gerade dieses Thema von den vielen mit solcher Vorliebe? Ja in jenen Wundergeschichten selbst, warum gerade dies? Auch die Themen der Wundergeschichte werden doch von Sitten, Sagen und Strebungen des Lebens diktiert.

Zunächst ist zu sagen, daß gerade diese Stoffe fast restlos zu denen gehören, die aus dem Orient herüberkamen. Und wenn dies auch nicht die Sache erklärt, so kann es doch zur Erklärung helfen. Es ist anzunehmen, daß die Verhältnisse, welche im Abendlande diese Geschichten so sehr willkommen sein ließen, da wo sie zur Erfindung der Geschichten trieben, noch deutlicher sich ausgesprochen haben möchten.

Das ist nun auch in hohem Maße der Fall. Man hat den Schlüssel des Verständnisses in den orientalischen Originalen sehr viel schneller in der Hand, als in den abendländischen Ableitungen.

Wenn man den fremdartigen Ton, den sie für unser Empfinden durchgehends haben, näher analysiert, so wird man bemerken, daß ein ganzer sozusagen Strang oder Strom von Empfindungen ausgeschaltet ist, der bei näherer Betrachtung dieser Verhältnisse mitspricht und sogar fortschreitend stärker mitspricht. An seiner Stelle ist ein anderer Strom, der aus unserer modernen Betrachtung noch nicht ganz geschwunden ist, aber doch sichtlich in ihr zurücktritt, um so spürbarer.

Die Empfindung ist in jenen Geschichten beim Treubruch des Weibes nicht dieselbe, wie beim Verrat eines Freundes. Ihre ganze Atmosphäre ist vielmehr die, daß der Treubruch das Selbstverständliche ist. Er wird vorausgesetzt und er wird leicht genommen. Und zwar desto mehr, je näher wir der Heimat dieser Geschichten kommen. Nicht „leicht“ in dem Sinne, daß die Frau straflos bleibt. In den indischen Märchen wird überall vorausgesetzt, daß der Mann Recht tut, der ertappten Frau die Nase abzuschneiden und sie

so davonzujagen. Aber „leicht" in dem Sinne, daß der Mann sich nicht das Herz darüber zerbricht. Er ärgert sich, ist wütend. Wie er sich ärgert, wenn er einen Sklaven auf einer Lüge ertappt. Aber im Grunde setzt er es voraus, daß der Sklave ein Lügner ist, und mindestens bleibt sein Gemüt dabei unbeteiligt.

Die Frau ist eben Besitz, Besitz in ganz ähnlichem Sinne wie der Sklave. Besitz in dem erniedrigenden Sinne, daß man davon mehr als ein Stück gleichzeitig haben kann. Wir sprechen vom Orient. Das ganze Problem der Liebe in unserem Sinne ist garnicht vorhanden. Dies, daß zwei Personen mit ihrem Seeleninhalt zusammenzuschmelzen, sich gegenseitig zu durchdringen begehren, nicht in einer flüchtigen Zeit des Rausches und Enthusiasmus, sondern in einer starken Lebensarbeit.

Diese Frage, wie gesagt, ist für den Orient noch nicht vorhanden. Sie fällt auch garnicht in seinen Gesichtskreis. Das spricht sich ja schon in der polygamen Sitte aus. Die ganze Ehefrage ist eine Frage des Eigentums, die Frage, wie man seinen Besitz verteidigt, mehrt, zusammenhält.

Spare auf die Zeit der Not die Habe dein,
Doch die Gattin sollst du mit dem Gut befrei'n.
In Gefahren aber sollst du für dein Leben,
Unbedenklich immer Gut und Gattin geben.[1]

Und da ist es nun sehr unangenehm, daß diese Art beweglicher Habe so sehr beweglich ist, darum so sehr schwer in Ordnung zu halten.

Nicht Scham, noch Rücksicht oder Scheu,
Nicht Sittsamkeit ein Weib bekehrt:
Nur dann ist sie dem Gatten treu,
Wenn keiner ist, der sie begehrt.
Hitepadesa I, 90.

---

[1] Hitepadesa I, 31. Der Hitepadesa, „Die freundliche Belehrung", ist eine aus dem Pentschatantra zum großen Teil hervorgegangene, spätere indische Märchensammlung. Zugänglich in der — wie die Beispiele zeigen — nicht gerade schönen, aber sehr brauchbaren Übersetzung Hertels bei Reclam. Das Grundwerk, der Pentschatantra, Fünfbuch, sozusagen Pentateuch, in der Benfey'schen Übersetzung. Dieses Benfey'sche Werk mit seiner „Einleitung", d. h. einem fortgehenden Kommentar, der die Geschichte aller einzelnen, mit dem Grundwerk zusammenhängenden Erzählungen durch die asiatische, afrikanische, europäische Literatur verfolgt, ist noch immer das Fahnenwerk der Märchenforschung. Erschienen bei Brockhaus, Leipzig 1859, 2 Bde. Für die altitalienische Novellistik gibt es fünf Bändchen des Inselverlags, wovon drei Boccaccio, die andern zwei eine Auswahl des übrigen Materials enthalten. Für die Märchen die unvergängliche Sammlung der Grimm, bei Reclam billig zu haben.

Nie liebt einen Mann die Frau,
Nie sie einen Mann verachtet,
Wie die Kuh in Waldesau
Stets nach neuen Kräutern trachtet.

Hitopadesa I, 156.

„Wenn Heimlichkeit, Gelegenheit und ein Mann fehlt, der sie begehrt, dann, o Narâda! wird Keuschheit auch wohnen in der Weiber Brust!“ heißt es in der ältesten uns erhaltenen indischen Märchensammlung, im Pentschatantra.

„Keinen gibts, den sie verschmähen, selbst das Alter hält sie nicht ab; einerlei, ob schön, ob häßlich, es ist ein Mann! sie lieben ihn.“

Pentsch. I, 159.

Ja, es ist wirklich gräulich mit ihnen, man höre:

„Obgleich bedeckt mit Stockschlägen, verstümmelt selbst mit Messern gar, unterwerfen sich Frauen niemals, nicht durch Geschenk und Liebe nicht.“

Pentsch. IV, 60.

Es wäre natürlich töricht, ein solches Wesen auch noch mit Vertrauen zu behandeln. Ein Mann kann geehrt sein, so lange er seines Weibes Rat nicht beachtet, heißt es einmal im Pentschatantra.

„Der Frau ist manches, manches ist auch den Freunden, den eigenen Söhnen manches zu verbergen.“ Pentsch. I, 113.

so lautet die Reihenfolge.

Wenn man seine Ansprüche sehr herunterstimmt, kann man ja darin doch noch eine relative Schätzung sehen. Wenigstens hinter Söhnen und Freunden kämen sie doch noch in Betracht. Aber auch das ist nichts für den Weisen.

„Der Weise gibt den Frauen Nahrung, Bekleidung und insonderheit eheliche Pflicht und Schmucksachen, doch pflegt er nie mit ihnen Rat.“

Pentsch. V, 51.

Deshalb sollen sie auch nie selbständig sein:

Der Vater schützt sie in den Mädchenjahren,
Und die Gemahlin soll der Gatte wahren;
Es schirmt der Sohn die Mutter, ist sie alt:
Nie habe über sich ein Weib Gewalt.

Hitopadesa I, 92.

Indessen wir erfahren auch, wie das Ideal eines Weibes für die indische Betrachtung aussieht:

Wenn rauhe Worte redet auch der Mann,
Und wenn er zeigt ein finster Angesicht:
Schaut trotzdem ihn die Gattin freundlich an,
So kennt die Gattin ihre Pflicht.

Hitopadesa III, 25.

In solchem Falle kann man mit ihr zufrieden sein, und für solche Fälle gibt es auch ein Lobwort:

„Nicht das Haus ist Haus," sagt man, „die Hausfrau wird das Haus genannt. Denn ein Haus, das ohne Hausfrau, wird wildem Walde gleich geachtet." Pentsch. I, 152.

Aber wann wohl kommt das vor?

„Wenn einst des Feuers Glut kalt ist und sehr glühend des Mondes Strahl, dann mögen auch die Frauen keusch sein, sowie die Bösewichter gut." Pentsch. III, 208.

Und so sind sie von Natur:

„Denn von innen sind voll Giftes, von außen lieblich anzuschau'n, gleichwie des Gundschastrauchs Beeren, ihrer Natur gemäß, die Frau'n." Pentsch. IV, 59.

Vielleicht würde sich der Inder nicht so viel mit solchen verworfenen Geschöpfen beschäftigen, wenn er sie nicht wiederum so sehr brauchte. Er gehört aber zum Stamm derer, welche sterben, wenn sie lieben — in dem Sinne, wie der Alkoholist stirbt, wenn ihm der Rausch entzogen wird, und stirbt auch, wenn er ihm nicht entzogen wird. Und in diesem Dilemma bekommt seine Weisheit stellenweise einen Anflug von Tragik:

„Nicht allzu sehr soll man an Weibern hängen; unmäßig wird sonst ihre Gewalt: und wie mit Kräh'n, deren Flügel gestutzt sind, spielen sie mit allzu ergebenem Mann.

Sie reden mit freundlichem, schönem Mund und greifen mit eisigem Herzen an; Honig ruht auf der Frauen Lippen, aber im Herzen nichts als Gift.

Betört drum durch die kurze Freude, saugen die Männer an ihren Lippen; ihr Herz aber schlagen sie nur mit Fäusten — wie es Bienen mit dem Lotus machen, begierig nach Met.

.... Dies, als Frau gestaltete, mit Ambrosia gemischte Gift, von wem ist es zum Untergang des Rechts in der Welt geschaffen?" Pentsch. I, 201 ff.

Man wird nun nicht mehr erstaunt sein, wenn das so betrachtete Weib von Grund auf verachtet wird. An einer Stelle, wo ein besonders schweres Unglück bezeichnet werden soll, nämlich daß der Sohn sich als unverständig erweist, um dessen willen, wie es einmal anderwärts heißt, die Frau Schonung verdient, werden allerlei böse Dinge aufgezählt, die immer noch besser als das seien. Dabei wird folgende Steigerung angegeben:

„Besser eine Fehlgeburt, besser Enthaltung vom Liebesgenuß, besser eine unfruchtbare Gattin, besser sogar, daß eine Tochter geboren wird." Pentsch. I, 8.

„Zur Welt gebracht, raubt sie der Mutter Herz; sie wächst heran unter der Freunde Sorg'; verehelicht selbst, bringet sie Schimpf auf sich; ach! Töchter sind unüberwindliches Mißgeschick!" Bentsch. I, 228.

Dies ist das ursprüngliche Milieu der Ehebruchgeschichten, es ist das Kulturniveau, dem sie entsprechen, die Moral, auf die sie die Quittung sind. Die übrige Literatur gibt diese Moral sogar z. B. in noch viel widerwärtigerer Form.

Nun hat schon einer unserer Indienschwärmer, — der von der Frauenkenntnis der angeführten Weisheitsworte bekennt, daß er sie „tiefer nirgends gefunden" habe, was uns mehr seine eigene, als die indische Frauenkenntnis zu charakterisieren scheint, — darauf hingewiesen, daß in der Stimmung dieser Geschichten eine gewisse Entwicklung stattfindet. Die späteren Zeiten hätten es weniger tragisch genommen als die früheren, sie hätten den Listen der Frauen zugejubelt, der betrogenen Männer gelacht, und gerade diese Stoffe seien am weitesten gewandert und von den mittelalterlichen Novellisten begierig aufgenommen worden.

Das ist durchaus richtig, und es fragt sich, wie es zu deuten ist. Damit kommen wir auf unsere Frage vom lachenden Ehebruch zurück. Weshalb nimmt die lustige Behandlung des Ehebruchs zunächst zu in der neueren Zeit? Mag sein, daß die Zeiten überhaupt lustiger wurden. Aber doch klingt das Lachen in sehr ernste asketische Jahrhunderte hinein, und der, welcher es am übermütigsten und unwiderstehlichsten angestimmt hat, ist in seinem bürgerlichen Beruf Kommentator Dantes gewesen.

Es ist, wie wir glauben, ein anderes Moment wichtiger für diese Stimmung geworden. Wir finden es, wenn wir darauf achten, daß sich mit dem zunehmenden Lachen etwas mischt, was sachlich gewiß am wenigsten mit ihm zusammenhängt: eine zunehmende Ritterlichkeit gegen die Frauen und ein zunehmendes Interesse an ihrer Selbständigkeit.

So sonderbar es klingen und so wenig es zunächst erwünscht erscheinen mag, wir glauben uns darin nicht zu irren, die Poesie des lachenden Ehebruchs ist ein Stadium im Kampf um die Emanzipation des Weibes, sie ist eine Form des Protestes. Oder vielmehr, sie ist die Form, in der der Protest zunächst zum Bewußtsein kommt, ja, anerkannt wird.

Das spricht sich besonders da sehr deutlich aus, wo der betrogene Mann nicht einfach als gutmütig oder dumm, sondern als eifersüchtig und gewalttätig geschildert wird. Es wird aber gelegentlich auch ganz ohne Umschweife herausgesagt, wie in der Einleitungsgeschichte von Tausend und eine Nacht, wo eine Frau, von einem scheußlichen Geist in einem vierfach verschlossenen Kasten herumgeschleppt wird und ihn dennoch betrügt. „Ihr sehet hieraus,"

sagt sie, „daß, wenn eine Frau einmal einen Vorsatz gefaßt hat, weder ein Ehemann noch ein Liebhaber vermag, sie an der Ausführung zu verhindern. Die Männer würden besser tun, uns keinen Zwang aufzulegen: das wäre das Mittel, uns vernünftig zu machen"

Keine besonders edle Form des Kampfes; aber auch keine bewußte. Nur daß sich das Verlangen nach Selbstbestimmung, das Verlangen, freien Willen zu haben, in der nächstliegenden und einzig möglichen Form durchsetzt, und in der Parteinahme der Literatur für das seinen Willen durchsetzende Weib Anerkennung findet. Denn, wenn auch in einer für unser sittliches Gefühl wenig angenehmen Form, es spricht sich doch das Bewußtsein darin aus, daß das Weib als Mensch die freie Verfügung über seinen Leib haben muß und daß der Mann, der statt auf freiwillige Treue die Ehe auf seine gesetzliche Übermacht gründet, den Hohn verdient, den er sich zuzieht.

Das, was diesem Kampfe einen Beigeschmack von Wehmut für uns gibt, sodaß das Lachen nicht recht frei heraus will, ist dies, daß sich in ihm das Weib so zeigt, wie es unter solchen Verhältnissen werden mußte, unter dem Zweck, ein Vergnügungsbesitz des Mannes zu sein, noch dazu ein verachteter.

* * *

Indessen wir wenden uns zu einem anderen Quell und Grund für Ehebruchsliteratur, einem, welcher dadurch interessant ist, daß sich in ihm jene Satyre, mit welcher die Geschichte so gern und so schlagkräftig arbeitet und darstellt, auf eine besonders geistreiche Art ausgedrückt hat. Diese Literatur verdankt ihre Verbreitung und Schätzung, stellenweise wohl gar ihre Entstehung, zum großen Teil mit dem Umstand, daß sich die asketische Tendenz und Lebensrichtung jener Zeiten für sie interessierte.

So sonderbar es klingt, die mittelalterliche Ehebruchliteratur gehört in der ältesten Form, in der wir sie kennen, zur Buddhalegende! Geschichten zur Abschreckung, würden wir sagen. Wir haben im Alten Testament ein spätes Buch, das der Lebensweisheit des Buddhismus verhältnismäßig nahesteht und deshalb von Schopenhauer besonders geliebt wurde, — ein poetisch hochstehendes Buch — den sogenannten „Prediger Salomo": Alles ist eitel. Darin findet sich ein kleines Stück von etwa fünf Versen, auf den Ton gestimmt: „Und ich fand etwas, das bitterer ist als der Tod: nämlich das Weib".

Dieser Ton ist einer der Grundtöne in der asketischen Weisheit der Inder und besonders im Buddhismus. Und um ihn zu illustrieren, treten Geschichten in Massen auf, teils solche, welche die Schlechtigkeit der Weiber und ihre Treulosigkeit überhaupt veranschaulichen und dadurch vor ihnen

warnen sollen, teils solche, welche die Widerstandskraft der buddhistischen Asketen den großen Versuchungen gegenüber beweisen und zur Nacheiferung auffordern sollen. In beiden Fällen haben die Frauen die Tugend zu bezahlen.

Von Buddha selbst ist ein Ausspruch überliefert, der bereits da, wo er berichtet wird, auf eine Geschichte bezogen wird: „Jedes Weib wird sündigen, wenn ihm die Gelegenheit gegeben wird, es im Geheimen zu tun, sollte der Liebhaber selbst ohne Arme und Beine sein“.[1] Es gibt mehrere Dschatakas, wörtlich „Geburten“, d. h. Erzählungen aus früheren Existenzen Buddhas, in denen dieser Ausspruch gefeiert wird. Der Buddha in einer früheren Existenz rettet sein Weib in der Wüste, er gibt ihr von seinem Blut zu trinken, von seinem Fleisch zu essen. Aber als ein Fremder in ihren Gesichtskreis kommt, ein Krüppel, den ihr Mann pflegt, zwingt sie den zur Sünde und versucht ihren Mann zu ermorden. Diese Geschichte ist im alten Indien außerordentlich beliebt gewesen — wir besitzen sie in fünf verschiedenen Aufzeichnungen, von denen die zwei ältesten Buddhalegenden sind. Die Tendenz ist der einen, der letzteren, als Einleitung beigegeben: Einer der Brüder gesteht dem Lehrer, er sei den Versuchungen einer Frau erlegen. Der sagt zu ihm: „Bruder, die Frauen sind alle undankbar und treulos. Vor Zeiten haben weise Männer die Torheit begangen, ihnen Blut aus ihrem Knie zu trinken zu geben . . . und sind doch nicht dazu gelangt, ihr Herz zu gewinnen“.[2] Das zu erweisen folgt die Geschichte.

Dies ist der eine Typus. Für den anderen diene die Geschichte des frommen Upagupta, welcher die Anerbietungen einer berühmten und gefeierten Hetäre standhaft abweist, aber sich ihrer, als sie zur Strafe für einen Mord verstümmelt wird, erbarmt und sie belehrt.[3]

Beide Geschichten und ähnlich natürlich die vielen anderen, für die sie stehen, entledigten sich der frommen Moral sehr bald und liefen, z. B. wie die des Upagupta, in den übermütigsten Gestalten auf die Gassen hinaus, von wo sie vielleicht die frommen Mönche erst zur Veranschaulichung ihrer Weisheit aufgelesen und in der Literatur heimisch, sozusagen literaturfähig, gemacht hatten.

Genau derselbe Prozeß vollzieht sich nun ganz selbständig noch einmal, als diese Geschichten nach Europa kamen. Und das scheint uns ein Beweis dafür, daß hier nicht ein bloßer Zufall, sondern in der Tat ein ausgeprägtes satyrisches Gesetz der Geschichte waltet.

---

[1] Siehe bei Benfey, Pentschatantra I, S. 442.
[2] Bei Gustav Paris in der Zeitschrift des Vereins für Volkskunde 1903, S. 5
[3] Benfey im Pentschatantrawerk I, 147 ff.

Wir besitzen aus dem frühen Mittelalter eine verhältnismäßig große Anzahl von — wie soll man sagen? — Anekdotensammlungen zum geistlichen Gebrauch, teils direkt als Sammlungen von Predigtbeispielen, teils mehr als anregende und belehrende Lektüre der Mönche gedacht. Meist kurze, pointierte Geschichten aus allen Zeiten, Gegenden, Kulturen, aus den Klassikern und sonstigen Schriftstellern der Griechen und Römer, aus Chroniken, Heiligenlegenden, Kirchenvätern, und so auch arabischen und durch arabische Vermittlung indischen Quellen.

In den Gesta Romanorum, vielleicht dem besten Beispiele der Gattung, schön, klar und treuherzig erzählt, heißt es dann wohl: „Von den treulosen Weibern und der Verblendung mancher Prälaten" oder „Wie junge Frauen von ihren Eltern vom Umgange mit Wollüstigen abgehalten werden müssen und ihrem Willen nicht überlassen werden dürfen". Ausführliche Moralisationen bringen dann noch allegorisierende Auslegungen, die manchmal wunderlich, manchmal auch sehr geschickt sind.

Nun hat man gemeint, wie das besonders stark Markus Landau betont — dessen Urteile auch sonst mit Vorsicht zu genießen sind —, es habe sich überhaupt darum gehandelt, zweideutige Geschichten unter moralischer Decke vorzutragen: „Manche Scheinheilige, die sich vielleicht genierten, die Fabliaux oder das Dekameron zu lesen, taten sich an den lüsternen Erzählungen der Gesta gütlich, die ja von ehrbaren Mönchen gesammelt und nur zur Erbauung und Belehrung der andächtigen Leser oder Zuhörer bestimmt waren". Wir gestehen, daß wir für diese Sorte von Erklärungen wenig übrig haben. Es gibt überhaupt viel weniger Heuchelei und viel mehr guten Willen in der Welt, als man gemeinhin annimmt. Auch sind die Erzählungen jener Art immerhin weit die Minderheit in der Masse der Geschichten, Parabeln, Allegorien. Obwohl freilich, wie der Kuriosität wegen angeführt sei, Königs Literaturbilderbuch — wenigstens in der uns vorliegenden neunten Auflage (1881), S. 234 — die Gesta schlankweg als eine Sammlung von Liebesgeschichten erwähnt! Wie dem sei, wir halten weder die buddhistischen, noch die mittelalterlichen Mönche, die diese Sammlungen geistlicher Anekdoten veranstaltet haben, für heuchlerisch; dagegen allerdings für sehr interessiert daran, die Schlechtigkeit der Weiber nachzuweisen, die mittelalterlichen übrigens weniger als die indischen.

Und nun geschieht auch hier, was in Indien geschehen war: die mit asketischer Tendenz literaturfähig gewordenen Stoffe werfen die ihnen im Grunde nur angeheftete Moral ab und werden Unterhaltungsstoff. Und nun freilich bald mit der umgekehrten antiasketischen Tendenz. Häufig bis zur offenen Verhöhnung des ursprünglichen Sinnes, wie denn Boccaccio die in

den Mönchserzählungen mitunter vorkommende Schlußformel: „Uns aber gebe Gott dasselbe“[1] mit besonderem Vergnügen ummünzt.

Und hier nun setzt jene andere Tendenz ein, die wir vorher besprachen.

* * *

Wie sonderbar doch die Fäden hier laufen! Diese Stoffe werden literaturfähig gemacht mit asketischer Tendenz, d. h. also mit der Absicht, charaktererhöhend zu wirken, die Persönlichkeit aus der Übermacht des Naturzwangs herauszubekommen, die Schöpfung höherer, naturbeherrschender Instinkte zu ermöglichen. Nun macht der Mann die Literatur und sein Denken ist, obwohl kühn, doch noch naiv, plump monistisch, den Gedanken einer Einheit aus Spannung nicht zu erfassen imstande. So also ist der Mann der Mensch. Der Mann ist das Ziel, der Weltherrscher, der Geist. Und da nun die Natur in ihrer zwingenden antigeistigen Tendenz ihm am stärksten und unmittelbarsten in der Geschlechtigkeit entgegentritt, so wird das Weib zum anderen Extrem, zur Personifikation des Naturzwangs, dem es zu entfliehen gilt. Dieses Denken, wenn es nicht geistreich war, so war es doch wirksam, ja Wirklichkeit. Wie sehr Wirklichkeit, erkennt man daraus, daß es noch heute da auftritt, wo man auf eine billige Weise geistreich zu sein begehrt, — ein Spiel mit Schatten.

In jener Tendenz nun also, die Natur verächtlich erscheinen zu lassen, um dem Naturzwang ein psychologisch wirksames Gegengewicht entgegenzustellen, betreibt man die Verächtlichmachung des Weibes. Man kann geradezu sagen, daß man Weib statt „Welt“ sagt. Die Natur, soweit sie auf den Willen wirkt. Was wir gewöhnlich Natur nennen dagegen, Tier- und Pflanzenleben, diese objektiv gewordene Natur, diese den Anreiz des Willens eher beruhigende als stachelnde Seite der Natur, die zur Ruhe gegangene Natur, gewinnt hohen Ruhm.

Denkt man sich einen Augenblick diese Entwicklung in einem Amazonenstaat vor sich gehend, so würde der Mann als das Niederziehende, als der Vertreter des Naturzwangs, als der Versucherische empfunden worden sein. Es ist nicht das Weib als Mensch, sondern das andere Geschlecht, die Geschlechtigkeit selbst, die gemeint ist.

Aber es war die Welt nicht amazonisch eingerichtet und das Weib mußte die Kosten tragen für die Entwicklung des Mannes.

Eben die Literatur nun, die für dieses Amt geschaffen wird, für die — sozusagen — geistige Besteuerung des Weibes zu Kulturzwecken des Mannes,

[1] Gesta Rom. bei Gräffe Nr. 59. Ähnlich Nr. 12, 153.

wird in ihrer Wirkung antiasketisch. Und sie, dieselbe Literatur, die den Mann erhöhen und das Weib erniedrigen sollte, wendet sich dazu, denselben Mann, der als verraten und betrogen beklagt werden sollte, als gewalttätig und dumm zu verhöhnen, und dasselbe Weib, das als treulos verflucht werden sollte, als listig und überlegen zu feiern. So, für das Weib Partei nehmend, bildet sie eine Brücke dazu, die einseitig männliche Entwicklung zu korrigieren, das Weib zu Besserem freizumachen.

Und hier nun haben wir, ehe wir weitergehen, dem bisherigen Bilde eine Farbe hinzuzufügen.

Die europäische Entwicklung war doch nicht einfach eine Wiederholung der indischen. Schon der Erfolg, zu dem die europäische geführt, die indische aber nicht geführt hat, würde eine solche Betrachtung der Dinge als falsch erweisen. Und sie ist es. Die abendländische Entwicklung setzt von vornherein anders ein.

Wie das Abendland nie Despotien nach Art der asiatischen geduldet hat, so hat es auch nie das Verhältnis der Geschlechter einfach orientalisch aufgefaßt als, man könnte ein bekanntes Wort benutzend sagen: durch Ehebruch gemilderte Sklaverei. Das drückt sich schon in der monogamen Sitte aus, durch die schon an sich das Weib eine andere Stellung hat als die eines Sklaven oder Vergnügungsmittels. Die monogame Sitte setzt von vornherein einige Rechte des Weibes voraus, also eine gewisse Nebenordnung, oder doch Elemente einer solchen, Ansätze zu ihr.

So hat auch die abendländische Askese nie die Glut der morgenländischen gehabt; sie hat von vornherein positiver eingesetzt, Mittel zu einem Zweck. Sie ist nie in dem Maße Selbstzweck geworden wie im Buddhismus. Desgleichen ist das Mönchtum im Abendland sehr bald etwas anderes geworden als das orientalische. Arbeitsgemeinschaft mit erzieherischen, ja kulturellen Zielen.

Dies spricht sich nun auch in der abendländischen Literatur, besonders den Legenden, Predigtbeispielen und Novellen aus.

Das Weib ist nicht mehr in dem Maße wie im Orient Personifikation, Verdichtung, Aggressivwerdung des Naturzwangs, der „Welt“. Eher ein Symbol dafür, „Frau Welt“. Und während die Tugend im Buddhismus fast durchgängig vom männlichen Heiligen vertreten wird, ist dafür im Abendland die allen männlichen Versuchungen gegenüber standhaft bleibende Jungfrau weit vorgezogen.

So ist das Weib im Abendland auch viel seltener der verführende Teil jener Geschichten. In der Mehrzahl eher zurückhaltend, ja abwehrend und

schwer gewonnen; und daß sie trotzdem nun, der Situation entsprechend, der die Verantwortung tragende Teil ist, das sichert ihr von vornherein eine andere Stimmung des Publikums.

Man kann nun in jener Wandlung, welche Askese und Mönchtum im Abendland durchmachen, sehen — und man hat es getan — einfach eine Abmilderung ursprünglich herberer Grundsätze, eine Art Kompromißlerei. Und das ist es ja auch, von der einen Seite gesehen. Man soll nur, wenn man so etwas feststellt, sich zugleich nach den Gründen der festgestellten Erscheinung umsehen. Natürlich sieht eine Askese, die auf wirkliche und womöglich endgültige Abtötung des Willens ausgeht, herber und ehrfurchtgebietender aus, als eine Askese, die nur dazu dienen soll, die Herrschaft über den Körper und die niederen Instinkte dem Geiste, dem geistig gewordenen Willen, auszuliefern, der mit ihnen um so energischer sich einsetzen will für positive Ziele. Wie auch eine zur Reife gekommene Kultur natürlich imposanter wirkt als eine kämpfende, die kaum noch ihr Ziel erkannt hat.

Wir gehören zu denen, welche dem Buddhismus noch einige Bedeutung und Zukunft für das abendländische Denken zusprechen. Wir sind aber überzeugt und hoffen, daß er sie in der Hauptsache in negativem, in warnendem Sinne haben wird. Es gibt in unserer Kultur Elemente, die in die indische Linie streben, und da wir die nicht wollen, ist es gut, ihre Vorstufen zu erkennen und zu vermeiden. Indien hat sich für das Nirwana entschieden und hat es gefunden. Europa aber streckte sich nach Zukunft und schöpferischem Leben und kämpft darum. Deshalb ging hier das Leben weiter.

So ist es nun auch auf dem Gebiet geschehen, von dem wir handeln. Die Poesie des lachenden Ehebruchs war ein Fortschritt im Orient und noch mehr dem Orient gegenüber. Ihre Zeit ist für uns vorbei. Als Literatur in ernsthaftem Sinn, in dem Sinn, in dem Boccaccios Dekameron Literatur war, ist sie für uns nicht mehr da. Sie ist an die Bahnhofliteratur übergegangen. Ihre Bedingungen sind nicht mehr vorhanden. Die Ehe ist uns nicht mehr eine Frage des Eigentums oder des gesetzlichen Zwangs. Diese Art Ehebruchgeschichten berühren uns wie die Erzählung irgend einer Gaukelei und fast als wie wenn uns Andersen vom großen Klaus erzählt: „Da nahm der große Klaus eine Axt und schlug seine Großmutter vor den Kopf". Der Schutz des Lebens und des Eigentums ist für uns kein Problem mehr, und so im umgekehrten Sinn die Ehe als gesetzliche Form. Wen interessiert das?

Diese Ehebruchliteratur also ist unwiderruflich vorüber. Oder vielmehr sie hat sich abermals gewandelt. Die Ehe ist uns nicht mehr Eigentumsfrage und nicht mehr ein gesetzlicher Akt, sie ist uns eine Schöpfung. Und darum sind ihre Probleme unendlich viel ernster und tiefer geworden. Schwere,

schwermütige Schicksalsprobleme. Von der Liebe als Lebensgemeinschaft und von der Liebe als Rausch. Von seelischem Zwang. Vom Niederziehenden und von der Befreiung. Und dies alles will bedeuten, daß die Zeiten sich gründlich gewandelt haben. Prinzipiell ist das Weib längst neben den Mann getreten. Die Kämpfe, die sie noch auszufechten hat, stehen auf anderem Niveau, als jene Kämpfe um ein Maß persönlicher Freiheit von Fall zu Fall. Wir werden eine Literatur erstehen oder vielmehr noch mehr wachsen sehen, in der das Weib ihre Empfindungen an denen des Mannes mißt und mit ihnen auseinandersetzt; aber jenen Faustkampf um Ellenbogenfreiheit werden wir nicht wieder erstehen sehen.

Buchverlag der „Hilfe“ Berlin-Schöneberg

empfiehlt:

Briefe über Religion

von **D. Fr. Naumann.**

3. umgearbeitete und verbesserte Auflage — fein kartonniert Mk. 1.50.

Die „Preußische Lehrerzeitung“ urteilt über diese Briefe:

„Viele Leser der „Gotteshilfe“ bestürmten Naumann, seine grundsätzliche Stellung zum Christentum darzulegen, namentlich auch zu erklären, wie er gleichzeitig Christ, Darwinist und Flottenschwärmer sein könne. Zwar nicht ein dogmatisches System, wohl aber seine Weltanschauung, seine Stellung zur Religion legt Verfasser hier in 28 formvollendeten, gedankentiefen und herzerwärmenden Briefen nieder . . . Wahrlich, herzerquickende, stärkende, stählende Lektüre.“

Asia

Orientreisebericht **D. Fr. Naumanns.**

Elegant gebunden und reich illustriert Mk. 4.—.

Athen, Konstantinopel, Damaskus, Nazareth, Jerusalem, Kairo, Neapel.

Politische, künstlerische und religiöse Betrachtungen.

Patria

Jahrbücher der „Hilfe“, 1901, 1992, 1903, 1904,

herausgegeben von **D. Fr. Naumann.**

Elegant gebunden à Mk. 3.—.

Die Jahrgänge bieten eine Reihe großzügig angelegter Abhandlungen und Betrachtungen über die verschiedensten Themata, alle durchweht von dem idealen Bestreben, Interesse für Volkswirtschaft und Politik, Kunst und Religion in weite Kreise zu tragen, um dadurch die Liebe zum freien Vaterland zu wecken und zu stärken.

Deutschland unter den Weltvölkern

von **Lic. Dr. Paul Rohrbach,**

Landeskommissar für die wirtschaftlichen Angelegenheiten in Deutsch-Südwest-Afrika.

Broschiert Mk. 2.50, fein gebunden Mk. 3.50.

In sieben Kapiteln zeigt der Verfasser den Zusammenhang derjenigen politischen Hauptprobleme, die unsere Lage gegenwärtig beherrschen. Das Buch wird in demselben Sinne ein Handbuch für auswärtige Politik genannt werden müssen, wie Naumanns „Demokratie und Kaisertum“ ein Handbuch für innere Politik ist.



Buchdruckerei: Alb. Sayffaerth (Otto Fleck), Berlin-Schöneberg, Bahnstr. 22.